Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg

Malfèr, Stefan

Wien, 1978

251811/66

STEFAN MALFÈR

WIEN UND ROM NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

BAND 26

Stefan Malfèr

WIEN UND ROM
nach dem Ersten Weltkrieg

Osterreichisch-italienische Beziehungen 1918-1921

1921

HERMANN KRELAUS NACHW. WIEN - KLIN - GRAL

STEFAN MALZER
WIEN UND ROM NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

7

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
BAND 66

Stefan Malfèr

WIEN UND ROM

nach dem Ersten Weltkrieg

Österreichisch-italienische Beziehungen 1919—1923

UB INNSBRUCK

+C14236506

1978

HERMANN BÖHLAUS NACHF. WIEN—KÖLN—GRAZ

(251.811/66)

DIE KOMMISSION
FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS

Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Erich Zöllner
Stellvertretender Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Fichtenau
Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt
Gen.-Dir. Hofrat Dr. Richard Blaas
Univ.-Prof. Dr. Fritz Fellner
Gen.-Dir. Hofrat Univ.-Prof. Dr. Walter Goldinger
Hofrat Univ.-Prof. Dr. Alfred Hoffmann
Univ.-Prof. Dr. Heinrich Lutz
Univ.-Prof. Dr. Alexander Novotny
Univ.-Prof. Dr. Richard Plaschka
Gen.-Dir. Hofrat Dr. Gebhard Rath
Univ.-Prof. Dr. Gerald Stourzh
Univ.-Prof. Dr. Hans Wagner
Univ.-Prof. Dr. Adam Wandruszka
Univ.-Prof. Dr. Hermann Wiesflecker
Univ.-Prof. Dr. Herwig Wolfram

A.

ISBN 3-205-08568-X

Copyright © 1978 by Hermann Böhlaus Nachf. Gesellschaft m. b. H., Graz

Alle Rechte vorbehalten

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Gesamtherstellung: Ferdinand Berger & Söhne OHG, A-3580 Horn, NÖ.

14. 3. 1979 : 1624.

67.95
501
[Handwritten signature]

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungen	8
Vorwort	9
Einleitung: Die Voraussetzungen	11
I. 1919 Wende und Anfang	11
II. Österreich in der italienischen Außenpolitik zu Beginn der Nachkriegszeit	15
III. Die Bedeutung Italiens für die österreichische Außenpolitik	19
Hauptteil: Die Ereignisse	23
I. Friedensschluß und Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Österreich und Italien	23
a) Beendigung des Kriegszustandes und erste Kontakte	23
b) Der Friedensvertrag — Die öffentliche Meinung in Italien und Österreich	25
c) Schwierigkeiten — gute Aussichten	26
d) Die formelle Wiederaufnahme der Beziehungen	28
e) Die Frage der Kontinuität Österreichs	29
II. Staatskanzler Renner in Rom im April 1920	31
1. Gründe für die Reise	31
2. Reisevorbereitungen — Verlauf — Verhandlungen	34
3. Das Renner-Nitti-Abkommen vom 12. April 1920	36
a) Text	37
b) Die wichtigsten Bestimmungen	38
c) Beurteilung	40
d) Dauer der Gültigkeit	41
4. Urteile über die Reise	42
5. Die Bedeutung der Reise	44
III. Die österreichisch-italienischen Beziehungen von Renner bis Schober (April 1920—Juni 1921)	46
1. Staatssekretär für Äußeres Karl Renner	46
a) Carlo Sforza — Renners Politik der europäischen Mitte — Annexionsdebatte im italienischen Parlament — Erste italienische Vermittlungsaktion in der Burgenlandfrage	46

b) Die Rolle Italiens in der Kärntnerfrage — das Aßlinger-Dreieck — Der Plan Vanutellis — die Volksabstimmung	49
c) Renner und Italien	54
2. Bundeskanzler Michael Mayr	55
a) Mayrs Verhältnis zu Italien	55
b) Die Kreditaktion	57
c) Die Anschlußabstimmungen im Frühjahr 1921 — Italien und der Anschluß bis zum April 1921 — Anschluß und Südtirol — Die italienische Regierung und die Abstimmungen	59
d) Weitere Normalisierung der Beziehungen	64
3. Bundeskanzler Johann Schober	65

IV. Italien und die Angliederung des Burgenlandes an Österreich 67

1. Die Entwicklung der westungarischen Frage bis zur Ödenburger Volksabstimmung — Italien: Vermittler oder Erpresser?	67
2. Die Rolle Italiens im Herbst 1921	72
a) Torretta	72
b) Die machtpolitische Situation	72
c) Die Vermittlung Torrettas	74
d) Die Haltung der österreichischen Parteien	77
e) Zusammenfassung	85
3. Die Burgenlandfrage und die österreichisch-italienischen Beziehungen	86

V. Periode der Spannungen (Dezember 1921—März 1922) 89

1. Der Vertrag von Prag—Lana	89
2. Die „Verstimmung“ und die Teilnahme Italiens an der Kreditaktion	91
a) Die Kreditaktion	92
b) Torrettas Veto	93
c) Die Antwort Schobers	93
d) Italiens Umschwung	94
3. Annäherungsversuche: Die Besuchsfrage und das Angebot eines politischen Vertrags	95
4. Entwurf eines politischen Vertrags zwischen Österreich und Italien	98
a) Inhalt	98
b) Interpretation	99
5. Die Unterredung von Genua zwischen Schanzer und Schober am 9. April 1922	101

VI. Die österreichische Staatskrise vom Sommer 1922 und die Genfer Sanierung 102

1. Seipel und die Anlehnung an Italien	103
2. Der italienische Vorschlag der interalliierten Finanzkontrolle	105
3. Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und Italien — Zollunion oder Handelsvertrag	107
4. Intermezzo: Die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen	108
5. Das Treffen Schanzer-Seipel in Verona — Die Zollunion	111
a) Vorgeschichte	111
b) Der Verlauf der Beratungen und die Zollunionsverhandlungen	112
6. Italien und die Genfer Protokolle	115
a) Schwierigkeiten	115
b) Die Teilnahme	117

VII. Die österreichisch-italienischen Beziehungen und die Machtübernahme des Faschismus	120
1. Der Marsch auf Rom	120
2. Die Frage nach der Kontinuität der italienischen Außenpolitik	122
3. Faschismus und Südtirol im Herbst 1922 — Staatsraison kontra Staatsraison	124
4. Fortsetzung der Versuche der italienischen Außenpolitik, die Vormachtstellung in Österreich zu erringen	129
a) Mussolini und Österreich	129
b) Die Ernennung des Präsidenten der neuen österreichischen Nationalbank	130
c) Weitere Beispiele	131
5. Der Antisozialismus in der Außenpolitik	133
6. Zusammenfassung	134
VIII. Bundeskanzler Seipel in Mailand und Rom im April 1923	135
1. Gründe für die Reise	135
2. Der Verlauf und die Unterredungen	137
a) „Die laufenden Angelegenheiten und schwebende Verhandlungen zwischen Österreich und Italien“ — der Handelsvertrag	138
b) „Die innere Lage Italiens“ — Südtirol	141
c) „Die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse zwischen Österreich und Italien“	141
d) „Die weltpolitische Lage und die Zukunft Europas“	142
3. Das Echo der Reise	143
4. Ergebnisse und Bedeutung	144
IX. Die Auswirkungen der faschistischen Südtirolpolitik auf die österreichisch-italienischen Beziehungen 1923	148
1. Entnationalisierungspolitik	148
2. Italienische Ortsnamen — Reaktion in Tirol — Die Antwort Wiens	150
3. Überlegungen am Ballhausplatz	151
4. Die öffentliche Meinung greift das Thema auf	153
5. Die Auseinandersetzung erreicht die diplomatische Ebene	154
6. Die Auseinandersetzung erreicht die parlamentarische Ebene	156
7. Ausblick	161
Schluß: Der größere Zusammenhang	163
Die Jahre 1919 bis 1923 im Rahmen von 150 Jahren österreichisch-italienischer Beziehungen	163
Anhang	
1. Renner-Nitti-Abkommen vom 12. April 1920	171
2. Die Regierungschefs und die Leiter der Außenministerien in Österreich und Italien 1919—1923	173
Quellenverzeichnis	175
Literaturverzeichnis	177
Register	183

ABKÜRZUNGEN

API	= Atti del Parlamento Italiano
Aus. f. Auß.	= Ausschuß für Äußeres des österreichischen Nationalrates
DDI/VII/I	= Documenti Diplomatici Italiani, Settima serie Volume I
ebd.	= bezieht sich auf die vorhergehende Anmerkung
Fol.	= Folio
geh.	= geheim
HHSTA	= Haus-, Hof- und Staatsarchiv
MIOG	= Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
MÖSTA	= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs
NFP	= Neue Freie Presse
NPA 345	= Neues Politisches Archiv des Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Die Ziffer bezeichnet den Karton.
Präs.	= Präsidialakten des NPA
Tel.	= Telegramm
Z	= Zahl

„Bericht aus Rom“ ohne nähere Angabe des Kartons bezieht sich auf die Originalberichte der österreichischen Gesandten in Rom (Quirinal), NPA 77 ff.

Ohne nähere Angabe ist bei der Formel „Tel. an“ (z. B. Tel. Nr. 2 an Kwiatkowski (Rom)) der Absender immer das Wiener Außenamt. Ebenso ist bei der Formel „Tel. aus“ (z. B. Tel. Nr. 4 aus Rom (Kwiatkowski)) der Empfänger das Wiener Außenamt.

VORWORT

Diese Arbeit untersucht vorwiegend anhand der Akten des Neuen Politischen Archivs im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv die Entwicklung der Beziehungen zwischen der neuentstandenen Republik Österreich und dem Königreich Italien vom Abschluß des Friedensvertrags von St. Germain-en-Laye bis in das Jahr 1923. Es wurden auch einige andere kleinere Archivbestände und selbstverständlich gedrucktes Aktenmaterial herangezogen, nicht aber die parallelen Akten der römischen Archive. Dies war mir nicht möglich. Die Arbeit ist also gewissermaßen von Wien aus geschrieben. Damit ist aber nur der Standort und nicht die Einstellung bezeichnet.

Die Einstellung ist folgende. Es ging mir nicht darum, einen Sektor der Außenpolitik der Ersten Republik zu beschreiben, sondern einen wie ich glaube entscheidenden Abschnitt der Geschichte der österreichisch-italienischen Beziehungen im Detail zu beleuchten.

Die österreichisch-italienischen Beziehungen der Vergangenheit sind vom Wort „Erbfeindschaft“ überschattet. Erbfeindschaft als eine Summe von Mißtrauen, Vorurteilen, historischen Mißverständnissen und Interessengegensätzen, die sich periodisch zu Kriegen und zu anderen Zwischenfällen verdichteten. Dies gilt besonders für das 19. Jahrhundert bis zum Zerfall der Monarchie. Der Erste Weltkrieg brachte einen gewaltigen Umsturz der Verhältnisse. Sowohl Österreich als auch Italien veränderten ihr Gesicht. Das Jahr 1919 war gleichsam eine Stunde Null. Es stellte sich aber sehr bald, etwa 1923, heraus, daß die Erbfeindschaft die Veränderungen überleben sollte, wenn auch in anderer Form und mit anderen Argumenten. Bedrückend und belastend erlebten wir sie noch vor wenigen Jahren, als die Eskalation der Ereignisse in Südtirol, die Terroranschläge und die damit verbundenen Prozesse nicht nur den Regierungen in Wien und Rom Sorgen bereiteten, sondern auch die Emotionen in Italien und Österreich aufstachelten. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, wie 1969, als endlich mit der Verabschiedung von „Paket“ und „Operationskalender“ die Südtirolfrage einer Lösung zugeführt werden konnte, sich allgemein ein Gefühl großer Erleichterung ausbreitete. Man sprach von einer neuen Epoche der österreichisch-italienischen Beziehungen.

Im Anschluß daran drängen sich aber einige Fragen auf. Woher kam eigentlich das Mißtrauen? Wo ist der Anfang dieser „Erbfeindschaft“? Warum ist gerade jetzt ihr Ende gekommen? Hätte sie schon früher begraben werden können und ist sie nun wirklich zu Ende?

Diese Arbeit sucht eine Antwort zu geben, indem sie einen neuralgischen Punkt in der Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen untersucht.

Die gewählte Einstellung fordert aber auch, die im Detail untersuchten Jahre in Beziehung zu setzen zu den Jahrzehnten vorher und nachher, sie in den größeren Zusammenhang der österreichisch-italienischen Beziehungen hineinzustellen. Dem ist das abschließende Kapitel gewidmet.

Zum Abschluß möchte ich denen aufrichtig danken, die diese Arbeit ermöglicht haben: meinem Lehrer, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Lutz, und meinen Eltern.

Die Arbeit ist als Dissertation am Historischen Institut der Universität Wien entstanden. Für den Druck wurde der Text noch einmal überarbeitet und das letzte Kapitel neu abgefaßt, auch die Bibliographie ergänzt und auf den letzten Stand gebracht. Für die wohlwollende Beratung und die Anregungen in diesem Zusammenhang sowie für die Drucklegung selbst darf ich den Herren Professoren Dr. Heinrich Lutz und Dr. Erich Zöllner meinen herzlichen Dank aussprechen.

Einleitung: Die Voraussetzungen

*La pace e la giustizia sono creazioni
di ogni giorno che la nostra volontà
deve realizzare in un travaglio senza tregua
contro le forze del male e del passato.*

Gaetano Salvemini

*Es führt nur ein Weg aus dem Gestrüpp
der Erbfeindschaft heraus:
die Wahrheit über die eigene Vergangenheit.*

Claus Gatterer

I. 1919: WENDE UND ANFANG

„Der Ausgang des Ersten Weltkrieges veränderte von Grund auf das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn Österreich und Italien, ja er führte in mehrfacher Hinsicht eine Art Rollentausch herbei.“¹⁾ In der Tat kann man sich kaum eine radikalere Veränderung in den Beziehungen zweier benachbarter Staaten vorstellen, als sie der Erste Weltkrieg für Österreich und Italien zur Folge hatte.

War vorher die österreichisch-ungarische Monarchie eine Großmacht gewesen, trotz ihrer inneren Probleme, so schien die neuentstandene Republik Österreich bloß ein unbedeutender Bruchteil, ein übriggebliebener Rest des alten Österreich — und selbst dieser Rest war in seiner weiteren Existenz in territorialer, wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht äußerst gefährdet. Dagegen war Italien, das vor dem Krieg neben den fünf europäischen Hauptmächten nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, jetzt mit Frankreich und England eine, wenn auch die schwächste, Großmacht, nachdem Deutschland, Österreich und Rußland ausgefallen waren und die Vereinigten Staaten sich zurückgezogen hatten.

Vor dem Krieg waren Österreich und Italien über dreißig Jahre lang im Dreibund Verbündete gewesen, jetzt standen sie sich als Sieger und Besiegter gegenüber. Dabei war aber der Dreibund immer mehr zu einer Einrichtung geworden, der beide Seiten Mißtrauen entgegenbrachten und die nur notdürftig die schwerwiegenden Interessengegensätze verdeckte, während das siegreiche Italien und das besiegte Österreich sehr bald zueinanderfanden.

Vor dem Krieg hatten Österreich und Italien eine aktive Außenpolitik betrieben, wobei sie insbesondere im Balkan und in der Adria Rivalen gewesen

Salvemini, Dalla guerra mondiale alla dittatura, S. 612

Gatterer, Erbfeindschaft, S. 230

¹⁾ Wandruszka, in: Furlani—Wandruszka, Österreich und Italien, S. 237.

waren. Jetzt war Österreichs Außenpolitik einzig darauf gerichtet, die weitere Existenz des Staates zu sichern und die zerstörte Wirtschaft in Gang zu bringen, während Italien mehr denn je Großmachtinteressen geltend machte, gerade auch im Donau-Balkan-Raum, und dabei sogar der Mithilfe Österreichs bedurfte, wollte es seine Ziele erreichen.

Vor dem Krieg hatten zwei Gebiete zu Österreich gezählt, die geschlossen oder teilweise von Italienern besiedelt waren und direkt an Italien grenzten: Trient und Triest. Italien hatte durch den Krieg nicht nur diese Gebiete erhalten und so seine nationale Einigung vollendet, es hatte darüberhinaus durch die Einverleibung deutscher, slowenischer und kroatischer Minderheiten seine nationalen Grenzen überschritten, wodurch es „auch im weiteren Sinne des Wortes zu einem ‚Nachfolgestaat‘ des habsburgischen Vielvölkerreiches“²⁾ wurde. Vor allem hatte es sich mit Südtirol seinerseits ein Gebiet einverleibt, das vollkommen von Deutschen besiedelt war (mit Ausnahme der ladinischen Täler), direkt an Österreich grenzte und von Österreich auch gefordert wurde.

Österreich und Italien hatten also in vielfacher Hinsicht ihren Charakter verändert, z. T. in völliger Umkehrung der Verhältnisse. Was bedeutete diese Zäsur aus der Sicht des einen und des andern?

Für Italien bedeutete die Auflösung der Habsburgermonarchie vor allem das Ende seines säkularen Gegners, gegen dessen Widerstand es in den drei Risorgimentokriegen seine Einigung und Staatswerdung hatte erkämpfen müssen, und der auch nach der Einigung Italiens noch zwei von Italienern bewohnte Gebiete besessen hatte. Obwohl die offizielle Politik freundschaftliche Beziehungen aufgenommen hatte, obwohl 1882 Italien im Dreibund Österreichs Verbündeter geworden war, hatte die Risorgimentproblematik weitergelebt, nämlich in der Form des Irredentismus, der die Beziehungen durchgehend belastet hatte, sei es durch die Forderung nach der Abtretung der Gebiete um Trient und Triest, sei es durch die Stärkung der Italiener in der Monarchie und ihrer Autonomieforderungen, sei es durch das Mißtrauen, das er in Österreich hervorgerufen hatte, bis hin zu den Präventivkriegsplänen des Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf. Auch war die Habsburgermonarchie, wie schon erwähnt, den italienischen Expansionswünschen im Balkan entgegengestanden.

All das war nun vom Tisch gefegt. Trient und Triest waren italienisch geworden, es gab keine österreichisch-ungarische Monarchie mehr, es gab keine Habsburger mehr. Das neue Österreich war ein ungefährlicher Kleinstaat. Nichts komme dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie an Bedeutung gleich, schrieb der „Corriere della sera“ anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain. Der territoriale Zuwachs in den Alpen und an der Adria, so erfreulich er sei, sei wenig im Vergleich zur Tatsache, daß es Italien gelungen sei, seinen Erbfeind (*nemico ereditario*) zu vernichten, was kein anderer der kriegführenden Staaten erreicht habe³⁾.

²⁾ Ebd.

³⁾ Curato, *La conferenza della pace*, S. 496.

Die Abneigung gegen die vergangene österreichisch-ungarische Monarchie blieb natürlich aufrecht, man vergaß nicht die Niederlage von Caporetto und betonte eifrig den Sieg von Vittorio Veneto, man war allergisch gegen jede Restauration der Habsburger und gegen jedes der Monarchie ähnliche Gebilde, doch wurden alle diese Gefühle nicht auf die junge Republik Österreich übertragen. Diese hatte mit der ungeliebten Monarchie nichts gemein. Zwar hielt man daran fest, daß die Republik die Kriegsschuld übernehmen und Reparationen zahlen müsse, aber eine Feindmentalität gegen das neue Österreich hat es in Italien nie gegeben. Man unterschied sehr gut zwischen dem Österreich der Habsburger und der Republik. Der „Corriere della sera“ schrieb sogar, daß Italien durch seinen Sieg so wie sich selbst und die anderen Völker auch das deutschösterreichische Volk von den Habsburgern befreit habe ⁴⁾.

So hat der Erste Weltkrieg in den österreichisch-italienischen Beziehungen aus italienischer Sicht ein Kapitel vollständig abgeschlossen. Die künftigen Beziehungen zu Österreich sollten allein von der geographischen Lage und von den allgemeinen politischen Vorstellungen, nicht aber von der Vergangenheit bestimmt werden.

Für Österreich war die Lage, von der psychologischen Seite betrachtet, wesentlich schwieriger. Der alte, verbündete Erbfeind, der das Bündnis verlassen und Österreich den Krieg erklärt hatte, war plötzlich der Sieger. Kein italienischer Soldat hatte bisher österreichischen Boden betreten, in elf Isonzoschlachten hatte Österreich gesiegt, nun war der Krieg dennoch verloren. Eine italienische Waffenstillstandskommission kam nach Wien und mischte sich überall ein, italienische Soldaten besetzten Tirol, Südtirol bis zum Brenner mußte im Friedensvertrag an Italien abgetreten werden. Die Vergangenheit war nicht ausgelöscht. Italien war nicht zerstört. Vielmehr schien sich aus österreichischer Sicht das Mißtrauen bestätigt zu haben.

Dennoch bedeutete das Ergebnis des Ersten Weltkrieges auch für Österreich in seinen Beziehungen zu Italien das Ende eines Kapitels und mit der Lösung lästiger Fragen einen ganz neuen Anfang. Nicht nur hatten sich der Irredentismus, die Minderheitenprobleme, die Frage der Errichtung einer italienischen Universität, von selbst und radikal erledigt, sondern Italien als solches hatte gewissermaßen seinen besonderen Charakter — den des ungeliebten Verbündeten — verloren und war ein Staat unter vielen geworden. Das eigentümliche Spannungsverhältnis, das zwischen der Monarchie und dem Königreich bestanden hatte, galt nicht mehr, und wenn auch Italien als Sieger und Nachbargroßmacht für Österreich von Bedeutung war, so schien es auf die Dauer zwischen den beiden Ländern keine Reibungsflächen zu geben.

Einzige Ausnahme war der Verlust Südtirols, der als eine besonders schmerzliche Wunde bezeichnet und empfunden wurde. Doch abgesehen von der Hoffnung, Italien werde es doch einmal zurückgeben, mußte man sich sagen, daß Südtirol bei weitem nicht das einzige deutsche Gebiet war, das unter fremde

⁴⁾ Ebd.

Herrschaft kam; auch gab es mehrfache italienische Zusagen, daß die Südtiroler Selbstverwaltung bekommen würden. So war Südtirol durchaus nicht von vornherein bestimmt, ein Zankapfel zwischen Österreich und Italien zu werden.

Auch für Österreichs Beziehungen zu Italien war also das Jahr 1919 ein Neuanfang, eine Stunde Null.

Es waren wohl nicht nur Phrasen, wenn der erste italienische Gesandte bei der Republik bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens am 24. Juli 1920 seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß die „neue Phase“ in den Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem italienischen Volk, die nun beginne, fruchtbare Zusammenarbeit bringen werde, und wenn der Präsident der österreichischen Nationalversammlung antwortete, er hoffe, daß die jahrhundertalten Kulturbeziehungen zwischen den beiden Völkern von nun ab, wo so viele Reibungsflächen beseitigt seien, die offiziellen Beziehungen durchdringen möchten⁵⁾.

Wie sich die österreichisch-italienischen Beziehungen von dieser Stunde Null ausgehend entwickelt haben, ist der Gegenstand dieser Arbeit.

⁵⁾ NFP 25. Juli 1920, Morgenblatt S. 6.

II. ÖSTERREICH IN DER ITALIENISCHEN AUSSENPOLITIK ZU BEGINN DER NACHKRIEGSZEIT

Die Stellung, die Österreich zu Beginn der Nachkriegszeit in der italienischen Außenpolitik eingenommen hat, kann nur im größeren Rahmen der italienischen Südosteuropapolitik bestimmt werden. Dabei wird der Begriff „italienische Außenpolitik“ mit dem Vorbehalt verwendet, daß die Außenpolitik von der jeweiligen Regierung, vom Außenministerium, von Interessengruppen bestimmt wurde, die keineswegs einer Meinung waren. Das gilt gerade für das Verhältnis zu Jugoslawien, das für die österreichisch-italienischen Beziehungen von besonderer Wichtigkeit war. Gleichwohl gibt es einige grundlegende Voraussetzungen historischer und geographischer Art, die unabhängig von Personen vorhanden waren. Es sind die durch den Zerfall der Monarchie entstandene Lage in Südosteuropa und das für Italien konkreteste und vordringlichste Problem, die Grenzziehung zu Jugoslawien. Die Reaktionen auf diese Gegebenheiten waren natürlich verschieden.

Weit im Vordergrund nicht nur des politischen Geschehens sondern auch der öffentlichen Meinung Italiens stand das Verhältnis zu Jugoslawien und die Tatsache, daß die italienisch-jugoslawische Grenze noch zu ziehen war. Im Londoner Vertrag von 1915 hatte der italienische Außenminister Sonnino für den Kriegseintritt Italiens auf seiten der Alliierten u. a. nicht nur Triest, Görz und jene Teile Istriens zugesichert erhalten, die mehrheitlich italienisch waren, sondern auch deren Hinterland und Teile Dalmatiens mit rein slawischer Bevölkerung. Dagegen hatte er das überwiegend italienische Fiume nicht gefordert, das der Monarchie als Zugang zum Meer dienen sollte. Seit 1915 hatten sich jedoch die Verhältnisse grundlegend geändert. Sonnino hatte stets mit dem Weiterbestand der Monarchie gerechnet. Diese gab es nun nicht mehr. Dafür war der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen entstanden, der natürlich auf alle südslawischen Gebiete Anspruch erhob. Zugleich war ihm im Präsidenten der Vereinigten Staaten ein mächtiger Anwalt erwachsen. Schließlich deckte sich die italienische Forderung nach Fiume, die entstanden war, als sich die Freistadt gegen einen Anschluß an den neuen südslawischen Staat wehrte, und die mit der Besetzung der Stadt durch Gabriele D'Annunzio am 11. September 1919 vollends zu einem ihre Bedeutung weit überschreitenden Gewicht gelangte, nicht mit dem Londoner Vertrag.

Der Londoner Vertrag war also aus vielen Gründen überholt, dennoch war Sonnino bei den Friedensverhandlungen in Paris zu einer Revision nicht bereit gewesen. Die Frage der italienisch-jugoslawischen Grenzziehung konnte daher in Paris nicht gelöst werden.

Für eine Lösung des Problems gab es in Italien in der Hauptsache zwei gegensätzliche Vorschläge.

Die Nationalisten forderten mit strategischen, historischen und ethnischen Argumenten die Erfüllung des Londoner Vertrags und Fiume. Sie waren nicht nur mehr oder weniger extrem antislawisch eingestellt, sondern richteten sich gegen jeden, der Jugoslawien unterstützte, wie Wilson, Frankreich, die Tschecho-

slowakei. Um die harte Linie durchzusetzen, verfolgten sie die „Einkreisung“ Jugoslawiens, d. h. die Jugoslawien umgebenden Staaten sollten unter italienischen Einfluß oder wenigstens in besonders gute Beziehungen zu Italien gebracht werden. Zugleich mußte unbedingt jede Verbindung zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei verhindert werden, sei es in der Form einer über das Burgenland verlaufenden direkten Landbrücke zwischen den Staaten, dem sogenannten „Korridor“, sei es in Form eines allgemeinen politischen Zusammenschlusses zwischen Prag, Wien und Belgrad, wie es die von Frankreich gewünschte Donaukonföderation oder dann der Eintritt Österreichs in die Kleine Entente mit sich gebracht hätten.

Für die Nationalisten war also Österreich in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Einerseits war es ein Teil des Ringes um Jugoslawien und insbesondere die einzige Verbindung zu Ungarn, das aufgrund seiner Verluste auf jeden Fall gegen Jugoslawien eingestellt war. Andererseits bildete Österreich einen Puffer zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Dazu kam noch die strategische Bedeutung Kärntens als Aufmarschbasis im Falle eines kriegesischen Zusammenstoßes zwischen Italien und Jugoslawien. Ziel der nationalistischen außenpolitischen Richtung war es folglich, in Österreich Einfluß zu gewinnen und es an Italien zu binden.

Gegen diese Konfrontationspolitik stellten Demokraten und Sozialisten die Forderung nach einer Verständigungspolitik, von den Nationalisten als „Verzichtpolitik“ bezeichnet. Italien müsse auf Dalmatien ganz verzichten, auf die anderen slawischen Gebiete insoweit es strategisch vertretbar sei. Dafür müsse Fiume freie Stadt werden. In einer dauernden, soliden Freundschaft zwischen Italien und Jugoslawien sahen sie nicht nur die Gewähr für den Frieden und für die Verhinderung einer Habsburgerrestauration, sondern auch die einzige Möglichkeit einer italienischen Wirtschaftsexpansion im Balkan.

Für diese von Bissolati, Nitti, Giolitti und vor allem von Außenminister Sforza, dem entschiedensten Freund Jugoslawiens, vertretene Richtung, die vom Sommer 1919, als Orlando und Sonnino von Nitti abgelöst wurden, bis zum Sommer 1921 die offizielle Außenpolitik darstellte, war Österreich von weitaus geringerer Bedeutung. Ihr Ziel war es nicht, in Österreich einen Einfluß in imperialistischem Sinne zu gewinnen. Sie waren an guten Beziehungen zu Wien nicht mehr und nicht weniger interessiert als an solchen zu Belgrad und Prag.

Neben der Frage der Grenzziehung zu Jugoslawien, die erst mit dem Vertrag von Rapallo wenigstens vorübergehend gelöst wurde, war es allgemein die durch den Zusammenbruch der Monarchie entstandene Situation, mit der sich die italienische Außenpolitik zu befassen hatte.

Italien hatte gegen die Monarchie Krieg geführt. Diese war nun „vernichtet“. Der Haß und die Angst aber, die nur vergleichbar sind mit der französischen Revanche-Idee, bestanden weiterhin. Daher forderte es sozusagen die Logik des Sieges, daß Italien jeden Restaurationsversuch vereiteln mußte. Links und Rechts waren sich darin einig, wobei nicht nur die unmittelbaren Versuche des Exkaisers Karl 1921, sondern jedes der Monarchie ähnliche Gebilde auf heftige Ablehnung stieß. Vor allem galt eine Donaukonföderation unter Ausschluß

Italiens als Wiederherstellung der Monarchie, während die strikte Selbständigkeit Österreichs oder eine engere Anlehnung Österreichs an Italien oder sogar der Anschluß Österreichs an Deutschland unter diesem Gesichtspunkt für Italien tragbar oder wünschenswert waren.

Ein weiterer und gewissermaßen der allgemeinste Gesichtspunkt, der die Stellung Österreichs für die italienische Außenpolitik bezeichnete, war die Tatsache, daß mit dem Zerfall der Donaumonarchie und der gleichzeitigen Schwäche Deutschlands und Rußlands im Donau-Balkan-Raum ein Machtvakuum entstanden war. Das soeben zur „Großmacht“ aufgerückte Italien konnte nicht umhin, die Vorgänge in diesem Machtvakuum zu verfolgen und auch Stellung zu nehmen. Dabei bestand eine verbale Übereinstimmung, daß Italien anstelle der Monarchie jetzt die Rolle der Ordnungsmacht im Donauraum übernehmen müsse. Über das Wie gingen allerdings die Vorstellungen auseinander.

Die wiederum von Carlo Sforza repräsentierte Richtung wünschte eine Neuordnung Südosteuropas durch eine möglichst enge Zusammenarbeit aller Staaten. Dazu war vor allem auch eine restlose Verständigung Italiens mit Jugoslawien notwendig. Italiens Aufgabe sollte es sein, das Selbstverständnis der neuentstandenen Staaten zu stärken. Außer dem allgemeinen Ziel der friedlichen Entwicklung sollte vor allem der Wille, eine Habsburgerrestauration zu verhindern, das einigende Band sein. Die Kleine Entente schien durchaus geeignet, einen Anfang der gewünschten Entwicklung zu bilden.

Dagegen waren die Nationalisten völlig in ihrer Abneigung gegen Jugoslawien gefangen. Sie sahen in der Kleinen Entente eine gegen Italien gerichtete panslawistische Gruppierung, deren Ziel die Einigung Osteuropas unter slawischer Vorherrschaft war. Dadurch würde Italien nicht nur aus diesem Raum verdrängt, es würde sogar seines Sieges beraubt werden, weil ein slawisches Zentraleuropa so wie die Monarchie die italienische Vorherrschaft in der Adria bedrängen würde. Dieselbe Gefahr wie vom Panslawismus drohte vom „deutschen Drang nach Osten“, wenn nach dem unvermeidlichen Wiedererstarken Deutschlands Mitteleuropa unter deutschen Einfluß geraten würde. Italien müsse dies verhindern, indem es selbst eine expansive Donaumaumpolitik betreibe, und seine eigenen Vorstellungen verwirklichen, was auf eine italienische Hegemonie im Donauraum hinauslief.

Waren die neuen Staaten für die von den Demokraten und Sozialisten verfochtene Außenpolitik sozusagen Partner, so waren sie für die Nationalisten im Grunde nur Objekte eines schlecht verhehlten Imperialismus.

Die Haltung der italienischen Außenpolitik zu den jeweiligen Problemen der kommenden Jahre — Anschluß, Burgenlandfrage, Österreichs Verhältnis zur Kleinen Entente, Sanierung Österreichs u. s. w. — leitet sich von diesen Grundlagen ab. Dabei sei die Entwicklungsrichtung kurz vorweggenommen. Zuerst ist mit dem Ministerpräsidenten Nitti (bis Juni 1920) und mit Außenminister Sforza (bis Juli 1921) die demokratische Richtung vorherrschend. Aber schon in dieser Zeit ist die antislawische Richtung nicht einflußlos: der italienische Gesandte in Wien, Torretta, gehört ihr an. Im Juli 1921 übernimmt Torretta das Außenministerium für acht Monate. Es folgt 1922 Carlo Schanzer, ein

Parteilager Giolittis und Sforzas, doch war mittlerweile im Außenministerium selbst, der „Consulta“, die antislawische Richtung erstarkt, während von außen der Druck des Faschismus wuchs, der in seiner außenpolitischen Ausrichtung stark vom Nationalismus geprägt wurde. Im Oktober 1922 ergriff er die Macht.

In dem Maße, in dem die demokratischen Kräfte in Italien an Boden verloren, gewannen ihn die nationalistischen Kräfte, deren Wunsch es war, Österreich in Abhängigkeit von Italien zu bringen.

III. DIE BEDEUTUNG ITALIENS FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENPOLITIK

Die Bedeutung Italiens für die österreichische Außenpolitik war weniger von politischen Konzeptionen als von den Bedürfnissen Österreichs abhängig. „Österreich ist zu schwach für eine aktive Außenpolitik, aber es ist nicht wunschlos.“ ¹⁾

Die junge Republik hatte mit ungewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Neben den Folgen des Krieges für die Wirtschaft, der Ablieferung von Kriegsmaterial (z. B. rollendes Material), neben der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, also gewissermaßen „normalen“ Nachkriegsschwierigkeiten, waren es vor allem die Zerreißung der alten Wirtschaftseinheit und die wirtschaftliche Absperrung der Nachfolgestaaten, die die österreichische Volkswirtschaft vor schier unlösbare Probleme stellten. Die landwirtschaftliche Produktion war völlig unzureichend, Mangel an Kohle und strukturelle Schwächen lähmten die industrielle Produktion. Ohne auswärtige Hilfe wäre eine Hungersnot unvermeidlich gewesen. Lebensmittel- und Rohstofflieferungen, Kredite, Öffnung der Grenzen, das waren die Erfordernisse der Stunde.

Gebot der Stunde war aber auch die Festigung der Republik, der von vielen Seiten Gefahren drohten: Restauration, Bolschewismus, Länderpartikularismus.

Schließlich war die Abgrenzung des Staatsgebietes, besonders im Süden und gegen Ungarn, ein ernstes Problem.

Die meisten Österreicher sahen im Anschluß an die Republik von Weimar eine Lösung dieser Fragen. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 suchte Otto Bauer, Staatssekretär für Äußeres in der Koalitionsregierung, mit aller Energie den Anschluß durchzusetzen. Gleichzeitig versuchte er, von Italien einen günstigen Verlauf der Südgrenze zu erwirken. Seine Politik scheiterte an den Interessen der Siegermächte. Daraufhin vollzog die österreichische Regierung eine radikale Änderung ihrer Politik. Sie entsagte dem Anschluß und richtete sich ganz „nach dem Westen“ aus, d. h. nach dem Willen der Sieger, nach Paris, nach St. Germain. Die Leitung dieser realistischen Verzichtspolitik übernahm der Staatskanzler Renner. Diese Politik bedeutete:

„Ausrichtung der österreichischen Politik nach St. Germain bedeutet Anerkennung der definitiven Liquidierung der habsburgischen Donaumonarchie, der Selbständigkeit der Nachfolgestaaten und somit Verzicht auf jede Restauration, Verzicht auf den Anschluß an Deutschland, es sei denn im Wege der Zustimmung des Völkerbundes, und aufrichtigen Versuch, als selbstständiges Staatswesen ein neues Leben zu begründen. Innerhalb dieses Rahmens waren nun auch die Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Donaauraum neu zu begründen.“ ²⁾

Der wichtigste Bezugspunkt für die österreichischen Staatsmänner, der auch

1) Konsul Hoffinger in einer „Denkschrift zur Neuorganisation der auswärtigen Vertretungsbehörden Deutschösterreichs“ 22. September 1919, NPA Präs. 3 Fol. 340 ff.

2) Renner, Österreich, S. 31.

den bestmöglichen Ersatz für den verbotenen Anschluß darstellte, war der Völkerbund. In der ersten Sitzung des Ausschusses für Äußeres der österreichischen Nationalversammlung nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain führte Renner aus, Österreich werde nichts anderes als reine Völkerbundpolitik betreiben und durch Pflege intensiver wirtschaftlicher Beziehungen mit den westlichen Demokratien und allen Nachbarn die Volkswirtschaft wieder in Gang bringen³⁾. Und in der Instruktion für den ersten österreichischen Gesandten in Paris heißt es, Österreich werde die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen loyal erfüllen, es halte aber zugleich an der Erwartung fest, daß den Unbilligkeiten, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben, abgeholfen werde.

„Diese Erwartung gründet sich nicht und in keiner Weise auf ein Sonderbündnis mit bestimmten Staaten, das sich gegen andere Staaten richten würde . . ., sie entspringt ausschließlich dem Glauben an die internationale Gerechtigkeit, als deren Hochburg und berufene Vertretung wir den Völkerbund betrachten. Die Aufnahme in den Völkerbund und die Erwirkung seines gerechten Schutzes ist unser ganzes Streben und Wollen auf internationalem Gebiete.“⁴⁾

Damit begann jene Politik der Freundschaft nach allen Seiten, jenes Sich-nicht-bindens, das nicht nur eine Folge der Schwäche Österreichs war — gerade die Schwäche erfordert oft die besondere Anlehnung an einen mächtigeren Staat —, das auch nicht ein bloßes Warten auf den Anschluß war, sondern als ein Vorläufer der späteren Neutralitätspolitik betrachtet werden kann. Diese Politik wurde im wesentlichen während des ganzen ersten Jahrzehnts der Ersten Republik beibehalten, auch wenn die Befürworter des Anschlusses immer wieder eine energische Anschlußpolitik forderten.

Italiens Stellung war hierbei klar. Italien war Mitglied des Völkerbundes, es war ein Nachbarstaat, mit dem auf die Dauer keine Reibungsflächen zu erwarten waren, wenn sich die Bevölkerung einmal mit der Abtrennung Südtirols abgefunden haben würde, der aber von beträchtlicher Bedeutung für die Wirtschaft war. Italien war in den Zwanzigerjahren der fünftwichtigste Handelspartner Österreichs (nach Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, und gemeinsam mit Jugoslawien), wobei meist sogar ein Exportüberschuß erzielt wurde. Auf jeden Fall waren daher mit Italien freundschaftlich-korrekte Nachbarschaftsbeziehungen zu pflegen.

Allerdings erschöpfte sich damit die Bedeutung Italiens nicht. Innerhalb der Gleichgewichtspolitik gab es Meinungsunterschiede und Präferenzen, die damit zusammenhingen, daß die Nachbarstaaten doch verschiedenes Gewicht besaßen. Es war die Frage, ob man in Paris, in Prag oder in Rom für die vielfältigen Probleme mehr Verständnis und Hilfe finden würde. Aber alle Vorstellungen, sich an einen anderen Staat in stärkerem Maße politisch anzulehnen, mußten ihre Grenzen an den unumstrittenen Bedürfnissen finden: Österreich war abhän-

³⁾ Exposé Renners im Aus. f. Äuß. 22. November 1919, NPA Präs. 1 Fol. 10 ff.

⁴⁾ Instruktion für den österreichischen Bevollmächtigten und späteren Gesandten in Paris, Z I—6412/2 2. Oktober 1919, Kopie, NPA 342 Fol. 825—833.

gig von Zucker und Kohle aus der Tschechoslowakei, von Lebensmitteln aus Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, von den erhofften Krediten aus London und Paris. Und Italien?

Italien war eben nicht nur ein Nachbar, sondern die benachbarte Großmacht. Das zeigte sich zwar nicht in wirtschaftlicher oder finanzieller Hinsicht, wohl aber im politischen Einfluß. Italien war Siegermacht und besaß Sitz und Stimme im Obersten Rat, in der Botschafterkonferenz und in der Reparationskommission, die gerade für die wirtschaftliche Ausrichtung Österreichs sehr wichtig wurde. Italien konnte demnach in vielen für Österreich wichtigen Fragen eine mitunter sogar ausschlaggebende Bedeutung gewinnen. Dazu kam, daß Italien, wie oben ausgeführt, Ordnungsmacht im Donaauraum sein wollte und bestimmte Interessen verfolgte. Diese Sonderrolle Italiens konnte die österreichische Außenpolitik nicht unberücksichtigt lassen.

Es ist daher nur selbstverständlich, wenn in allen die Außenpolitik berührenden Fragen der Nachkriegsjahre — Kärnten, Burgenland, Beziehung zur Kleinen Entente, Kredit- und Sanierungsaktion, Anschluß, Liquidierungsfragen usw. — Italien beigezogen und seine Unterstützung gesucht werden mußte, oder, anders ausgedrückt, Italien ein gewichtiges Wort mitzureden hatte.

Allerdings bargen die angeführten Momente die Tendenz in sich, daß die im Augenblick verstärkte Bedeutung Italiens für die österreichische Außenpolitik abnehmen würde, und zwar nach der Bereinigung aller Grenzprobleme, nach erfolgreicher Umstellung der Volkswirtschaft auf die neue Lage, mit zunehmender Konsolidierung der Republik und mit der allmählichen Entfernung vom Krieg und der damit verbundenen Schwächung des Siegerstatus Italiens.

Hauptteil: Die Ereignisse

I. FRIEDENSSCHLUSS UND WIEDERAUFNAHME DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ÖSTERREICH UND ITALIEN

a) Beendigung des Kriegszustandes und erste Kontakte

Am 23. Mai 1915 erklärte Italien Österreich-Ungarn den Krieg. Drei und ein halbes Jahr dauerte der Kriegszustand. Am 3. November 1918 wurde er vom Waffenstillstand abgelöst. An diesem Tage aber gab es die österreichisch-ungarische Monarchie praktisch nicht mehr. Die Proklamation der Tschechoslowakei und die Loslösung der südslawischen Völker aus dem österreichisch-ungarischen Staatsverband waren bereits erfolgt, in Ungarn hatte Graf Károlyi eine selbständige Regierung gebildet, und in Wien hatten sich die deutschen Abgeordneten des Reichsrates zur „Provisorischen Nationalversammlung des selbständigen deutschösterreichischen Staates“ konstituiert. Die österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel, auf ihrem Gebiet entstanden die sogenannten Nachfolgestaaten. Einer von ihnen nannte sich wieder Österreich, genauer „Deutschösterreich“. Am 12. November 1918 proklamierte die „Provisorische Nationalversammlung“ die „Republik Deutschösterreich“.

Die Alliierten anerkannten den neuen Staat de facto sofort, wenn auch bis zur rechtlichen Anerkennung eineinhalb Jahre vergingen.

Italien knüpfte sehr rasch Kontakte mit dem neuen Österreich an. Ende Dezember 1918 traf in Wien die italienische Waffenstillstandskommission ein, deren Leiter General Roberto Segre war. Ihre Aufgabe war es, namens der Alliierten die Waffenstillstandsbestimmungen durchzuführen. Doch Segre selbst schreibt, daß die Kommission nicht umhin konnte, auch politisch tätig zu werden ¹⁾. Ein Mitglied der Kommission, Gino de Macchioro Vivalba, wurde zum „politischen Kommissär“ ernannt. Als Frankreich im März 1919 eine eigene Kommission nach Wien sandte, an deren Spitze ein einigermaßen namhafter Diplomat — Henry Allizé — stand, wurde Macchioro durch den prominenteren Prinz Livio Borghese ersetzt ²⁾. Die politische Tätigkeit der Waffenstillstands-

¹⁾ Segre, La missione militare italiana per l'armistizio, S. 25 ff.

²⁾ Borghese war 1920 Mitglied der Kärntner Volksabstimmungskommission.

kommission war von sehr beschränkter Bedeutung für die Zukunft Österreichs, dennoch dokumentiert sie, daß Italien bereits von den ersten Lebensmonaten der österreichischen Republik an, da sie weder klare Grenzen noch eine Verfassung besaß, sein politisches Interesse bekundete.

Dies geschah auch in Paris, wohin die Alliierten im Mai 1919 eine österreichische Friedensdelegation eingeladen hatten. Zwischen Mitgliedern dieser Delegation und italienischen Diplomaten gab es bald Kontakte. Der Wirtschaftsexperte und langjährige Sektionschef Dr. Richard Schüller, Mitglied der Friedensdelegation, erzählt, man habe ihm zu verstehen gegeben, daß Italien Österreich als seine Einflußsphäre betrachte und auch für Österreich eintreten wolle³⁾. Italien wünsche enge Beziehungen mit Österreich. Man forderte Schüller auf, einen Plan dafür zu unterbreiten. Als er die Italiener fragte, ob sie eine Zollunion mit Italien meinten, antworteten sie, nicht gerade eine Zollunion, aber doch sehr enge Beziehungen. Daraufhin schlug Schüller den Instruktionen Otto Bauers getreu vor, nach dem Friedensschluß sollte in einer Völkerbundkommission über das Verhältnis Deutschösterreichs zu seinen Nachbarn verhandelt werden⁴⁾. Schon hier taucht also die Idee einer Zollunion mit Italien auf, die im Sommer 1922, am Tiefpunkt der österreichischen Finanzkrise, große Bedeutung gewann. Später, 1931, erregte das Projekt der Zollunion mit Deutschland die Gemüter.

Auch österreichischerseits fand man sehr schnell den Weg zum alten Nachbar wieder. Obwohl die Italiener der Feind schlechthin und der Krieg gegen Italien der eigentlich populäre gewesen war, startete Otto Bauer, seit 11. November 1918 Staatssekretär für Äußeres, sofort seine bekannte Politik einer direkten Verständigung mit Italien vor und außerhalb der Friedenskonferenz⁵⁾. Otto Bauer sah, daß Italien und Österreich gemeinsam daran interessiert waren, die von Frankreich gewünschte Donaukonföderation zu verhindern. Ebenso trat man der jugoslawischen Expansion in Südkärnten entgegen. Auch war Italien anfangs weit weniger anschußfeindlich als Frankreich. Schließlich und vor allem hoffte Bauer, den drohenden Verlust Deutsch-Südtirols in direkten Verhandlungen mit Italien abwenden zu können⁶⁾. Als aber Prinz Borghese Otto Bauer mitteilte, daß Italien über die Brennergrenze nicht diskutieren könne, wußte Bauer, daß er gescheitert war. In seinem Demissionsschreiben⁷⁾ beklagte er sich über den italienischen Imperialismus, und daß es ihm nicht gelungen sei, „die einzige Frage, die trennend zwischen Italien und uns steht“, auszuräumen und Deutschösterreich die Freundschaft Italiens zu sichern. Wenn Italien auf der Annexion Deutschsüdtirols bestehe, sei jene enge Freundschaft zwischen Italien und Deutschösterreich, die er herbeiführen wollte, auf absehbare Zeit nicht möglich.

Am 26. Juli 1919 löste Karl Renner Otto Bauer in der Führung der auswärti-

3) Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 11.

4) ebd. S. 34; siehe auch Schäfer, Genesis der Anschlußbewegung, S. 268.

5) Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik; Kerekes, Zur Außenpolitik Otto Bauers.

6) Ein Detail am Rande: Otto Bauer hatte seine Kindheit in Meran verbracht.

7) NFP 26. Juli 1919.

gen Angelegenheiten ab und schlug die sogenannte „westliche Orientierung“ (Absage an die Anschlußpolitik) ein, um bei den Friedensverhandlungen ein günstigeres Ergebnis zu erzielen.

b) Der Friedensvertrag — Die öffentliche Meinung in Italien und Österreich

Das wichtigste Dokument für die Aufnahme der Beziehungen Österreichs zu anderen Staaten war ohne Zweifel der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye vom 10. September 1919. Die Präambel des Vertrages lautet:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan ...
einerseits
und Österreich
andererseits
sind ... über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages nimmt der Kriegszustand ein Ende.

Von diesem Augenblick an und unter Vorbehalt der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages werden amtliche Beziehungen der alliierten und assoziierten Mächte mit der Republik Österreich bestehen.“⁸⁾

Der Vertrag stellte also den Friedenszustand wieder her und brachte — vorbehaltlich der Ratifizierung — die Anerkennung der Republik Österreich durch die alliierten und assoziierten Staaten, mit allen Folgen für die Souveränität und die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen.

Der Vertrag beendete vor allem, so enttäuschend er auch war, jene langen Monate des Wartens und Hoffens, er brachte vollendete Tatsachen und damit einen neuen Anfang. Man hat ihn „das Ende der Vorgeschichte Österreichs“ genannt⁹⁾. Am 22. November 1919 sagte der Staatskanzler Karl Renner vor dem Ausschuß für Äußeres der Konstituierenden Nationalversammlung:

„Mit der Unterzeichnung und Ratifikation des Staatsvertrages von St. Germain hat eine neue Phase in den auswärtigen Beziehungen unseres jungen Staates begonnen. Die Spannung des Krieges, die Stimmungen, die zwischen Siegern und Besiegten herrschen, treten zurück, ein normales Verhältnis zwischen Staat und Staat bahnt sich an.“¹⁰⁾

Es ist nicht uninteressant, in diesem Moment einen Blick nach Italien zu werfen. Wie sah die italienische öffentliche Meinung den Vertrag, diesen Totenschein der vielbekämpften und gehaßten österreichisch-ungarischen Monarchie?

Die sozialistische Presse¹¹⁾ verurteilte den Vertrag, so wie jenen von Versailles, als einen Gewaltfrieden der Mächtigen, der nichts Gutes bringen könne. Die harten Lasten, die die herrschenden Plutokraten den besiegten Völkern aufgezwungen, seien nichts anderes als der Anlaß zu neuen Kriegen. Die liberale „La Stampa“ verurteilte vor allem das französische Anschlußverbot und das Verbot des Namens Deutschösterreich. Der „Corriere della sera“ betonte zuerst die historische Tragweite und die Größe des italienischen Sieges, weil der Feind

⁸⁾ Der Staatsvertrag von St. Germain (Wien 1919), S. 2—7.

⁹⁾ Kreissler, Österreich 1918—1938, S. 85.

¹⁰⁾ NPA Präz. 1 Fol. 10 ff.

¹¹⁾ Folgende Pressestimmen sind aus Curato, La conferenza della pace, S. 491 ff.

nicht nur besiegt oder gedemütigt sei, sondern zu bestehen aufgehört habe. Das deutschösterreichische Volk sei nun ebenso wie die anderen Völker und wie Italien von der usurpatorischen Habsburgermonarchie befreit. Dann verurteilt das Blatt schärfstens, daß das Recht der Selbstbestimmung der Völker durch das Anschlußverbot verletzt worden sei.

Die nationalistischen und faschistischen Zeitungen hoben vor allem die Wichtigkeit der Brennergrenze für die nationale Sicherheit hervor. Bezüglich Südtirols schrieb Mussolini im „Popolo d'Italia“, man müsse den Deutschen, die nun politisch Italiener seien, eindeutig sagen, daß Italien keine entnationalisierenden Absichten habe, vielmehr Sprache, Brauchtum und Verwaltungsautonomie wahren werde¹²⁾. Eine bemerkenswerte Stellungnahme!

In keiner Zeitung klangen irgendwelche Gefühle der Feindschaft gegen das österreichische Volk an — diese galten der untergegangenen Monarchie —, vielmehr Mitleid¹³⁾, Verständnis für den Anschluß, Hilfsbereitschaft. Die Österreicher hätten mit den Stellungnahmen sehr wohl zufrieden sein können.

In Österreich aber war die Stimmung alles eher als italienfreundlich. Hauptursache war die unbewältigte Vergangenheit. Man war noch weit davon entfernt, die umstürzenden Ereignisse der letzten Jahre zu verkraften. Der Sturz von der Großmacht zum elenden Kleinstaat war nicht zuletzt durch Italiens Beitrag eingetreten. Die für die Masse doch überraschende Entscheidung des verbündeten Italien zur Neutralität 1914 und zum Kriegseintritt gegen Österreich 1915 bewirkte ebenso wie die Nähe der italienischen Front und die vielen Isonzoschlachten, daß „in der Stimmung der alpenländischen Bevölkerung der Italiener der Feind schlechtweg war“¹⁴⁾. Dieser Feind war nun Sieger. Die Besetzung Tirols, die Präsenz der italienischen Militärmission in Wien, ihr Eingreifen in viele Fragen, Unregelmäßigkeiten von Missionsmitgliedern, die Vorfälle um den „Bilderraub“, schließlich der Verlust Südtirols — all das war belastend, demütigend und dazu angetan, die Grundstimmung zu nähren. Demgegenüber verblaßte auch Positives wie Lebensmittelhilfe, Kinderhilfe, die Unterstützung in Südkärnten¹⁵⁾.

c) Schwierigkeiten — gute Aussichten

Für die Regierung selbst gab es genug Schwierigkeiten, wie die zähen Verhandlungen mit der Militärmission oder der drängende Wunsch der Italiener

¹²⁾ „Sin da questo momento bisogna dai giornali e dal Parlamento, dire ai Tedeschi dell'Alto Adige, da oggi politicamente italiani, che l'Italia non ha intenzioni sopraffattrici o snazionalizzatrici; che rispetterà la lingua e i costumi, che accorderà le necessarie autonomie amministrative.“ Mussolini in „Il popolo d'Italia“ vom 11. September 1919, zit. nach Curato, La conferenza della pace, S. 499.

¹³⁾ „Die Österreicher haben unterschrieben, mit dem Messer am Hals und dem Hunger zur Seite“ (Avanti!), ebd. S. 492.

¹⁴⁾ Renner, Österreich, S. 37.

¹⁵⁾ Dazu etwa Renner, Österreich, S. 36 f. und Furlani—Wandruszka, Österreich und Italien, S. 238 ff.

nach einem Kunstabkommen. Ein Beispiel: Im Dezember 1919 fuhr Renner nach Paris, um der verzweifelten Ernährungslage abzuhelpfen. Er erreichte unter anderem, daß 30.000 Tonnen in Triest lagerndes Getreide sofort nach Wien gesendet werden sollten. Die Lieferung verzögerte sich, man argwöhnte, daß es von den Italienern absichtlich aus verschiedenen Gründen zurückgehalten werde. Am 22. Dezember schüttete der Staatskanzler dem englischen Gesandten Lindley sein Herz aus und bat ihn um Intervention. Auf die Italiener sei überhaupt kein Verlaß, klagte er, man wisse nicht, woran man mit ihnen sei und man könne kaum anders, als hinter der Verzögerung unlautere Absichten zu sehen. Er beklagte sich auch über Schmuggelaktionen, zu welchen italienische Beamte in Österreich ihre Stellung mißbrauchten. Italien sei jedenfalls ein unbequemer Nachbar, und es sei unmöglich, in einem Vertrauensverhältnis mit ihm zu leben¹⁶⁾.

Lindley telegraphierte nach London, und eine Intervention Curzons hatte den sofortigen Beginn der Lieferungen zur Folge. Ein paar Tage später erhielt Renner ein persönliches Telegramm des italienischen Ministerpräsidenten Nitti:

„Die Kornlieferungen haben am 24. Dezember begonnen; infolge meiner ausdrücklichen Anweisungen werden sie ohne Unterbrechung und so schnell es die verfügbaren Transportmittel erlauben fortgesetzt, bis die bestimmte Menge erreicht ist. Sie können voll auf meinen Eifer vertrauen, weil ich wünsche, bei der Beseitigung der Schwierigkeiten so viel wie möglich zu helfen.“¹⁷⁾

Dieses herzliche Telegramm des aufrechten Staatsmannes bewies, daß es entgegen der pessimistischen Äußerung Renners möglich sein würde, zu einem Vertrauensverhältnis und zu guten Beziehungen zu kommen, wenn nur erst die Kleinlichkeit überwunden war. Es barg die Hoffnung, daß guter Wille und Verständnis alle Wunden heilen können. Gab es zu Ende des Jahres 1919 Anzeichen dafür?

Schon Anfang Oktober 1919, also sehr bald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, traf der zukünftige Vertreter Italiens, Torretta in Wien ein. Er bemühte sich, wie Renner sagt, „aufrichtig um die Wiedergewinnung der öffentlichen Meinung des Landes“, und „trotz der Grundstimmung der Bevölkerung gestalteten sich die offiziellen Beziehungen normal“¹⁸⁾.

Bereits am 7. Oktober 1919 ratifizierte Italien den Vertrag von St. Germain und bekundete damit seinen Willen zu einer raschen Normalisierung.

Vor allem aber war es das politische Konzept der Regierenden, das zu Hoffnungen berechtigte. Seit Juni 1919 war Francesco Saverio Nitti italienischer Ministerpräsident. Sein Programm war die militärische, politische und psychologische Demobilisierung. Er verwarf den Versailler Friedensvertrag, verurteilte vor allem die französische Intransigenz. Er wollte die gefährliche Trennung zwischen Siegern und Besiegten aufheben. Das kam den Bemühungen Renners,

¹⁶⁾ Tel. Lindley an Curzon, 22. und 23. Dezember 1919, British Foreign Policy, Ser. I, Vol. VI. Nr. 390 und 392.

¹⁷⁾ Tel. Lindley an Curzon 28. Dezember 1919, ebd. Nr. 399 (übers. v. Verf.).

¹⁸⁾ Renner, Österreich, S. 37.

den feindlichen Ring um Österreich zu durchbrechen, sehr entgegen. Der Sozialdemokrat Renner und der radikale Demokrat Nitti standen sich nahe. Es konnte nicht ausbleiben, trotz der Stimmungen und Schwierigkeiten, daß die guten Voraussetzungen zum Erfolg führten.

Der gute Wille der Verantwortlichkeit in Rom und Wien, repräsentiert durch Nittis „Friedenspolitik“ und Renners Politik der Anerkennung der Verträge und der Freundschaft nach allen Seiten, fand seinen Höhepunkt zu Ostern 1920 in der Reise Renners nach Rom auf Einladung Nittis. Der Besuch in Rom war nicht nur der erste Staatsbesuch der österreichischen Regierung bei einer der alliierten Hauptmächte¹⁹⁾, er bedeutete auch — nur eineinhalb Jahre nach dem Krieg und bei dem hohen Symbolcharakter, der einem Staatsbesuch innewohnt — recht eigentlich die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Italien und Österreich.

d) Die formelle Wiederaufnahme der Beziehungen

Bevor wir uns ausführlich mit dieser Reise beschäftigen, sei noch kurz die rein formelle Seite der Wiederaufnahme der österreichisch-italienischen Beziehungen zu Ende geführt.

Italien ratifizierte, wie gesagt, den Vertrag bereits am 7. Oktober 1919, Österreich am 25. Oktober. Durch eine Verzögerung der Ratifikation in Paris vergingen noch zehn Monate bis zum Inkrafttreten des Vertrages. Erst damit konnten volle diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und anderen Staaten aufgenommen werden.

Am 16. Juli 1920 ist der Vertrag von St. Germain in Kraft getreten. Einige Tage später überreichten die Repräsentanten der in Wien vertretenen Hauptmächte Italien, Großbritannien und Frankreich in dieser Reihenfolge ihre Beglaubigungsschreiben.

Vorher war zwischen dem englischen Gesandten Lindley und dem italienischen Gesandten Torretta ein Streit entstanden, wer zuerst vom Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung, Seitz, der als Staatsoberhaupt fungierte, zur Überreichung der Akkreditive empfangen werden sollte²⁰⁾. Lindley hatte sich früher zur Zeremonie angemeldet, Torretta war aber als erster nach Wien gekommen und verlangte für Italien das Recht des Vortrittes. Staatskanzler Renner sagte zum Italiener, der Engländer werde einfach abreisen, wenn seine Priorität nicht gewahrt werde. Torretta blieb dabei, daß er Doyen sein müsse, er habe Auftrag, auf seinem Range zu bestehen. Er setzte sich schließlich durch. Der lächerlich scheinende Vorfall, der „nunmehr seit einer Woche den Präsidenten, Staatssekretär und das ganze Staatsamt beschäftigte“, wie Renner sagte, zeigt die Position, die Italien einzunehmen wünschte.

¹⁹⁾ Bei seiner Reise nach Paris im Dezember 1919 traf Renner wohl mit französischen Regierungsorganen zusammen, der Besuch galt aber dem Obersten Rat. Auch wurde die Reise angesichts der drohenden Hungersnot nicht als Staatsbesuch, sondern als „Bettelbesuch“ empfunden. Zur Reise nach Rom siehe das folgende Kapitel.

²⁰⁾ Hausnotiz Nr. 59 und Nr. 62 vom 13. bzw. 20. Juli 1920, NPA Präs. 133.

Am 24. Juli 1920 konnte die Zeremonie stattfinden²¹⁾. Marchese Pietro Tomasi della Torretta dei principi di Lampedusa, mit dem Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, war der erste Gesandte Italiens bei der Republik Österreich²²⁾. In seiner Ansprache an den Präsidenten der Nationalversammlung sagte er u. a., die kgl. italienische Regierung, die als erste unter den Alliierten eine Politik des Friedens und der Versöhnung der Völker aufgenommen habe²³⁾, wünsche lebhaft, mit der österreichischen Regierung Beziehungen herzlicher Freundschaft herzustellen. Sie beabsichtige, mit allen Mitteln am Wiederaufbau und an der Festigung der jungen Republik mitzuarbeiten. Torretta sprach auch die Hoffnung aus, daß die „neue Phase“ in den Beziehungen zwischen dem italienischen und dem österreichischen Volk, die nun beginne, fruchtbare Zusammenarbeit bringen werde. Präsident Seitz antwortete mit einer ebenso freundlichen und hoffnungsfrohen Rede, wie es bei diplomatischen Empfängen nun einmal üblich ist. Er hoffe, daß die jahrhundertealten Kulturbeziehungen zwischen dem italienischen und dem österreichischen Volk von nun ab, wo so viele Reibungsflächen beseitigt seien, die offiziellen Beziehungen durchdringen möchten.

Die Errichtung einer österreichischen Gesandtschaft in Rom konnte erst im März 1921 verwirklicht werden, weil der Aufbau des auswärtigen Dienstes der Republik der finanziellen Notlage wegen langsam vor sich ging²⁴⁾. Erster österreichischer Gesandter am königlich italienischen Hofe war Generalkonsul I. Klasse Dr. Remi Kwiatkowski, mit dem Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers. Am 3. April 1921 wurde er von König Viktor Emanuel III. in „auffallend langer“ Audienz empfangen und überreichte sein Beglaubigungsschreiben²⁵⁾.

Damit waren die durch den Ersten Weltkrieg unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Italien wieder in vollem Umfang aufgenommen.

e) Die Frage der Kontinuität Österreichs

Allerdings unterschied sich das neue Österreich wesentlich vom Österreich des Jahres 1915, so stark, daß die Kontinuität der beiden von vielen und offiziell geleugnet wurde. Die österreichischen Politiker vertraten die Ansicht, daß die deutschösterreichische Republik ein ganz neuer Staat sei, der wie die anderen Nachfolgestaaten auf dem Gebiet der Monarchie entstanden war und der sich daher mit keinem anderen Staat im Kriegszustand befunden habe. Man verwarf das Wort „Friedensvertrag“ und nannte den Vertrag von St. Germain

²¹⁾ NFP 25. Juli 1920, Morgenblatt, S. 6.

²²⁾ Das Beglaubigungsschreiben mit Datum 6. Oktober 1919, befindet sich im HHSTA, Staatsdokumente.

²³⁾ Regierung Nitti, siehe nächstes Kapitel.

²⁴⁾ Bundeskanzler Mayr im Aus. f. Auß. am 5. Jänner 1921, NPA Präs. 1. Fol. 125 ff.

²⁵⁾ Bericht Nr. 5 aus Rom (Kwiatkowski) 15. April 1921 und Tel. Nr. 6 aus Rom (Kwiatkowski) vom 3. April 1921, Z 1358, NPA 678.

„Staatsvertrag“. Daher müsse auch der diplomatische Verkehr neu eröffnet werden ²⁶⁾.

Für diese These sprachen die großen staatsrechtlichen und territorialen Veränderungen. Dagegen sprach vor allem der Wille der Sieger, die den österreichischen Standpunkt verwarfen. So sagte der italienische Außenminister Tittoni in Paris in der Sitzung der Delegationsführer am 19. August 1919, als man darüber diskutierte, ob Österreich als neuer oder als feindlicher Staat zu betrachten sei, „wenn Österreich kein feindlicher Staat sei, dann hätten die Italiener dreieinhalb Jahre lang ein bloßes Phantom bekämpft und dabei mehr als eine halbe Million Menschen verloren . . .“ ²⁷⁾. Diese Argumentation ist zwar nicht unbedingt logisch, doch ist es genau der Standpunkt, den die Alliierten schließlich einnahmen. Das Problem der Kontinuität war aber vor allem aufgeworfen worden, um den Vorwurf der Kriegsschuld von Österreich abwälzen oder zumindest auf die anderen Nachfolgestaaten ausweiten zu können.

Darüberhinaus leugnete niemand, daß die deutschösterreichische Republik die historische Fortsetzung eines Teiles dessen war, was man früher eben auch „Österreich“ genannt hatte. Vor allem die Kontinuität der Länder wurde betont ²⁸⁾. Ein bezeichnendes Beispiel lieferte gerade Präsident Seitz in der oben erwähnten Zeremonie. In seiner Antwort an Torretta drückte er seine Freude aus, „daß die italienische Regierung die Wiederaufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen mit der österreichischen Republik“ ²⁹⁾ beschleunigt habe. Dieser Satz war offenkundig eine Fehlleistung, weil nach der Diskontinuitätstheorie Italien mit der Republik Österreich die Beziehungen nicht „wieder“ aufnehmen konnte.

So war jedenfalls das Bewußtsein der Kontinuität des alten und neuen Österreich vorhanden, und heute zweifelt niemand, daß man trotz der einschneidenden Änderungen von Wiederaufnahme der Beziehungen sprechen kann ³⁰⁾.

²⁶⁾ Renner in der Gremialsitzung im Außenamt am 25. Oktober 1919 NPA Prä. 1 Fol. 454 ff; Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 37 f.

²⁷⁾ Stadler, Hypothek auf die Zukunft, S. 67.

²⁸⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 17, S. 21; Zöllner, Formen und Wandlungen des Österreichbegriffes, S. 78 f.

²⁹⁾ NFP 25. Juli 1920, Morgenblatt, S. 6.

³⁰⁾ Siehe Stadler, Hypothek auf die Zukunft, S. 62—72 und Furlani—Wandruszka, Österreich und Italien, z. B. S. 236, S. 238.

II. STAATSKANZLER RENNER IN ROM IM APRIL 1920

1. Gründe für die Reise

Österreich hatte Gründe genug, um das direkte Gespräch mit Italien zu suchen. Und mit dem allgemeinsten zu beginnen: Die größte Bitterkeit während der Friedensverhandlungen hatte die Tatsache hervorgerufen, daß es dabei so gut wie keine „Verhandlungen“ gab. Das Fehlen des persönlichen Gesprächs, die Unmöglichkeit, die eigenen Argumente als ein Gesprächspartner vortragen zu können, das war nicht nur unvorteilhaft sondern auch demütigend gewesen. Der Wunsch, mit den Nachfolge- und Siegerstaaten über die vielen offenen Probleme finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art persönlich und direkt zu verhandeln, bedarf daher keiner besonderen Begründung. Der Vertrag von St. Germain brachte zudem keineswegs die Lösung aller Fragen, gab vielmehr oft nur Leitlinien und forderte nachfolgende direkte Verhandlungen, wobei man natürlich eine Milderung so mancher Vertragsbestimmung zu erreichen hoffte.

Ein weiterer und wohl der wichtigste Grund war, daß die österreichischen Politiker alles versuchen mußten, um die Wirtschaft des Landes wiederanzutreiben. Bei aller Niedergeschlagenheit über die politische Situation, über Gebietsverluste usw., war das Bedrückendste für die Verantwortlichen zweifellos die Tatsache, daß sich Österreich im wahrsten Sinne des Wortes nicht selbst erhalten konnte und von Almosen lebte. Österreichs Außenpolitik mußte im Grunde Wirtschaftspolitik sein, wie es Karl Renner formulierte¹⁾. Wichtige Voraussetzungen für den Aufschwung der Wirtschaft waren erstens die Normalisierung der Lage (z. B. im Verkehrswesen), die volle Öffnung der Grenzen für den Handel, in der weiteren Folge Handelsverträge u. s. w., zweitens eine politische Stabilisierung. Unruhige Zeiten behindern das Unternehmertum. Das bedeutete, keine einseitigen Bindungen einzugehen, gleichmäßig gute Beziehungen zu allen Nachbarn zu unterhalten. Völkerbundpolitik wurde es auch genannt. Allein die Tatsache, daß Renner im Dezember 1919 in Paris, im Januar in Prag gewesen war, ließ eine Reise nach Rom im Sinne des Gleichgewichts fällig werden. Drittens brauchte die Wirtschaft direkte Hilfe in Form von Lebensmitteln, Rohstoffen und Krediten. In allen diesen Belangen konnte Italien helfen, mitwirken, beschleunigen.

Österreichs Außenpolitik war aber nicht nur Wirtschaftspolitik, trotz Renners Ausspruch. Es gab handfeste „rein“ politische Anliegen, zu denen eine wohlwollende Einstellung Italiens gesucht werden mußte. Dazu gehört vor allem die territoriale Integrität der jungen Republik. Zwar waren die Grenzen durch St. Germain festgelegt, doch ist zu bedenken, daß im Frühjahr 1920 die Linie Spielfeld—Radkersburg in der Südsteiermark noch von Jugoslawien, das Burgenland von Ungarn besetzt waren, daß in Kärnten die Volksabstim-

¹⁾ Sitzung des Aus. f. Auß. vom 22. November 1919, NPA Präs. 1 Fol. 10 ff.

mung stattfinden sollte, und daß die separatistischen Bewegungen in den Ländern, besonders in Vorarlberg, noch nicht überwunden waren. „Der Kampf um das Staatsgebiet“ (Goldinger) war noch nicht zu Ende. Wir werden sehen, daß dieser Punkt in Rom eine beträchtliche Rolle spielte.

Zwei weitere politische Wünsche sind zu nennen. Trotz Otto Bauers gescheitertem Versuch hoffte man bezüglich Südtirols im direkten Gespräch mit Italien etwas zu erreichen, z. B. die Zusage einer Lokalaautonomie. Italiens Haltung zum Anschluß war weit weniger ablehnend als die französische, daher hoffte man auf die Unterstützung Italiens bei einem allfälligen Gesuch an den Völkerbund, wie es Artikel 88 des Friedensvertrages vorsah.

Es gab also genug Fragen und Anliegen, die in direkten Verhandlungen mit Italien gelöst oder gefördert werden konnten.

Die Gründe, die Italien zur Einladung veranlaßten, waren anderer Art. Es ging nicht um einzelne Wünsche, sondern um politische Ziele, die einerseits mit der italienischen Donauraumpolitik, anderseits mit den französisch-italienischen und italienisch-jugoslawischen Beziehungen in Zusammenhang standen.

Sehr wichtig war dabei die Person des italienischen Ministerpräsidenten Nitti und seine politischen Vorstellungen. Nitti lehnte die französische Politik der Sicherheit durch Niederhaltung Deutschlands ab. Er erkannte richtig, daß Deutschlands Wirtschaftspotential zu groß war, um es auf die Dauer niederhalten zu können, und daß eine harte Durchführung des Vertrags von Versailles nur den Wunsch nach Rache nähren würde. Man sollte die wirtschaftlichen Klauseln großzügig durchführen, die Trennung zwischen Siegern und Besiegten aufheben und so die deutsche Demokratie stärken. Diese „germanophile“ Politik brachte Nitti in starken Gegensatz zu Frankreich. Nittis Hauptgrund, den österreichischen Kanzler nach Rom einzuladen, war die Absicht, für diese Politik ein Beispiel zu setzen und für die Entente-Konferenz in San Remo, die Mitte April stattfinden sollte, ein *fait accompli* zu schaffen.

Sowohl Renner als auch Nitti führen in ihren Memoiren das als einzigen Grund an²⁾. Sicherlich war die Konferenz von San Remo die einzige Ursache, daß der für Pfingsten geplante Besuch plötzlich in großer Eile auf Ostern vor-

²⁾ Renner, Österreich, S. 37: „Die demokratische Regierung Nitti bemühte sich damals im Schoße des großen Rates, die Scheidemauern zwischen Siegern und Besiegten niederzureißen ... Nach Ostern 1920 sollte die Konferenz von San Remo zusammentreten, und Nitti faßte über Nacht den Beschluß, durch vollzogene Tatsachen die Verfemung der Besiegten zu durchbrechen. Die italienische Regierung lud wenige Tage vor Ostern die österreichische Regierung zu einem Besuch in Rom ... ein.“

Nitti, Friedloses Europa, S. 258: „Am notwendigsten ist es also, zu wahren Friedensgefühlen zurückzufinden und bei Regierungshandlungen auf alles zu verzichten, was in den Pariser Verträgen als Vorschläge des Hasses niedergeschrieben ist. Ich habe als italienischer Premierminister, als Schriftsteller und als Politiker mich stets bemüht, meine Handlungen mit diesen Prinzipien in Einklang zu bringen. In den ersten Monaten des Jahres 1920 gab ich dem italienischen Gesandten in Wien ... den Auftrag, den Besuch des Staatskanzlers Renner zu beschleunigen.“

gezogen wurde³⁾, im übrigen aber ist für Nitti noch ein weiterer Grund anzunehmen.

Nittis wichtigstes außenpolitisches Ziel war die Bereinigung der adriatischen Frage mit Jugoslawien. Er hatte es noch nicht erreicht, als die bevorstehende Konferenz von San Remo Gelegenheit zu persönlichen Kontakten bot. Nitti schrieb am 12. April 1920 an den italienischen Vertreter in Belgrad, es sei seine feste Absicht, auf der Konferenz die adriatische Frage zu lösen⁴⁾. Nun war Nitti ein erklärter Gegner jener nationalistischen Forderung einer Einkreisung Jugoslawiens⁵⁾. Dennoch könnte er die Freundschaft der Nachbarn Jugoslawiens (Rumänien, Ungarn, Österreich) auch mit dem Hintergedanken gesucht haben, dem jugoslawischen Friedenswillen etwas nachzuhelfen. Jedenfalls konnte es auf die Gespräche, die Nitti in San Remo mit Trumbić führte, nicht ohne Einfluß bleiben, daß unmittelbar vorher Italien herzliche Beziehungen zu Österreich aufgenommen hatte.

Andere Ziele als Nitti verfolgten jene außenpolitischen Kreise der Consulta, zu denen auch der Wiener Gesandte Torretta gehörte, die eine aktive italienische Donauraumpolitik in ausgesprochen antislawischem und antifranzösischem Sinne forderten. Für sie bedeutete ein enger Kontakt mit Österreich vielfache Beeinflussungsmöglichkeiten. Vor allem würde er eine Verbindung Prag—Wien—Belgrad verhindern, die Frankreich wünschte, die aber für Italien im Zuge des italienisch-jugoslawischen Konfliktes unvorteilhaft gewesen wäre. Die Reise Renners nach Prag im Jänner 1920 löste bei ihnen eine verstärkte „Korridor“-angst aus. So sagte der italienische Geschäftsträger in Wien, Augusto Biancheri, zu Renner, man habe erfahren, daß es ein tschechisch-österreichisch-jugoslawisches Übereinkommen gebe, wonach Österreich im Falle von Unruhen besetzt werden sollte. Renner nannte das lächerlich und dementierte⁶⁾. Dennoch fragte auch der Gesandte Torretta zweimal, ob es so ein Besetzungsübereinkommen gebe. Italien könne keine militärischen Abmachungen dulden⁷⁾. Renner beteuerte, es gebe solche Abmachungen nicht. Er zeigte sogar Torretta auf dessen Wunsch den Originaltext des Geheimabkommens, das er in Prag mit Beneš geschlossen hatte, und erlaubte ihm, Notizen zu machen, was Torretta als großen Freundschaftsbeweis wertete⁸⁾. Torretta überzeugte sich, daß eine Korridorgefährdung nicht bestand, doch gab er sich damit nicht zufrieden. Er ersuchte Renner nicht nur, von einer geplanten Belgradreise vorerst Abstand zu nehmen⁹⁾, sondern setzte sich auch in Rom sehr dafür ein, daß die Beziehungen mit Österreich ausgebaut würden.

³⁾ Siehe unten S. 35.

⁴⁾ Alatri, Nitti, D'Annunzio e la questione adriatica, S. 447.

⁵⁾ Nitti an Tittoni, 6. September 1919: „... sarebbe una politica di guerra, mentre l'Italia vuole e deve seguire una politica di pace.“ bei Seton—Watson, L'Italia 1870—1925, S. 633.

⁶⁾ Hausnotiz Nr. 8, 24. Januar 1920, NPA Präz. 133.

⁷⁾ Hausnotiz Nr. 17 und Nr. 29, 10. Februar bzw. 8. März 1920, NPA Präz. 133.

⁸⁾ Tel. Torrettas nach Rom, 15. März 1920, bei Lindeck—Pozza, Venediger Protokoll, S. 19 und Anm. 6.

⁹⁾ Wie Anmerkung 7.

Bisher habe sich Italien bemüht, schrieb er nach Rom ¹⁰⁾, normale Beziehungen herzustellen. Er selbst habe aufzuzeigen versucht, daß es zwischen Italien und Österreich nunmehr keinen Interessenkonflikt gebe, daß vielmehr eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit vorteilhaft wäre. Aber angesichts der vielen gemeinsamen Interessen, angesichts der französischen Versuche, eine Donauföderation zu errichten, was nichts anderes wäre als die Wiederherstellung der Monarchie mit slawischer Vormacht und daher auch von Österreich abgelehnt werde, schließlich angesichts des Prager Geheimabkommens erhebe sich die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, die bisherige mehr passive Politik durch eine positivere Einflußnahme abzulösen und zu einer eindeutigen Regelung der Beziehungen zu Österreich zu schreiten. Dadurch könne verhindert werden, daß Österreich in politische Kombinationen eintrete, die für Italien schädlich seien. Er sei überzeugt, daß für einen Ideenaustausch (*cambio di vedute*) und eine Vereinbarung (*intesa*) der Augenblick günstig sei. Als Elemente einer Vereinbarung nannte Torretta in seinem Vorschlag die Sicherung des im Vertrag von St. Germain festgelegten Territoriums, eine gegenseitige Verpflichtung, politisch unliebsame Kombinationen wie die Donauföderation zu verhindern, und eine enge diplomatische Zusammenarbeit.

Um die Konkurrenz der anderen Mächte zu besiegen, schrieb Torretta zusammenfassend, müsse es zwischen Österreich und Italien zu einer politischen Zusammenarbeit kommen, welche der jungen Republik das Gefühl der Konsolidierung des Staates und der sicheren Unterstützung einer Großmacht gewähre.

In Italien war man also an einem Besuch des österreichischen Kanzlers sehr interessiert, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

2. Reisevorbereitungen — Verlauf — Verhandlungen

Nach mehrmaligen Gesprächen zwischen Renner und Torretta über direkte Verhandlungen Rom—Wien ¹¹⁾ brachte Torretta am 30. März 1920 eine offizielle Einladung des italienischen Ministerpräsidenten an Renner, zu den Pfingsttagen nach Rom zu kommen, „um die friedlichen Beziehungen aufzunehmen und die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Durchführungsmaßregeln gemeinsam zu beraten“ ¹²⁾. Die Vorbereitungen sollten geheimgehalten, die Gesandten aus Belgrad, Paris, London über die Reise und ihren „unpolitischen Hintergrund“ informiert werden.

Renner informierte auch sofort den deutschen Gesandten Rosenberg und bat

¹⁰⁾ Lindeck-Pozza, Venediger Protokoll, S. 20 und Torretta an Scialoja, 20. März 1920 (für die Einsicht in diesen Bericht danke ich Frau Dr. Lindeck-Pozza).

¹¹⁾ Hausnotiz Nr. 17 und Nr. 39, 10. Februar bzw. 25. März 1920, NPA Präs. 133 und Renner im Aus. f. Auß., 16. April 1920, NPA 654 Fol. 45 ff.

¹²⁾ Aufzeichnung der Unterredung Renner—Torretta am 30. März 1920, Z 1297/2, NPA 476 geh. I/II Fol. 12 f.

um eine Antwort aus Berlin. Wie vorsichtig Renner ans Werk ging, zeigt ein Billet an den Sektionschef im Außenamt Rappaport:

„Welchen politischen Bedenken begegnet diese Reunion? In welcher Hinsicht können wir durch sie wider willen italienischen Sonderinteressen dienstbar werden? Welche Kautelen sind anzuwenden, um England, insbesondere Frankreich nicht zu verstimmen? In welcher Weise wehrt man allfällige Empfindlichkeiten der Jugoslawen ab? Bitte um kurze Denkschrift bis nach Ostern.“¹³⁾

Zu einer Antwort fand Rappaport allerdings keine Zeit, denn bereits am nächsten Tag, dem 1. April, erschien Torretta erneut bei Renner — er war ihm sogar nach Gloggnitz nachgefahren — und brachte die überraschende Bitte Nittis, Renner möge sofort nach Rom kommen, damit der Besuch noch vor der Konferenz von San Remo stattfinde.¹⁴⁾ Renner lehnte diese Vorverlegung zunächst ab. Erstens seien ja noch überhaupt keine Vorbereitungen getroffen, man wisse gar nicht, worüber man verhandeln solle. Zweitens sei die äußere Inszenierung wichtig. Eine so überstürzte Reise könne sehr leicht die anderen Mächte reizen. Nach längerem und zähem Hin und Her bot Torretta eine Garantie Italiens für den in St. Germain festgelegten territorialen Besitzstand Österreichs. Das war an sich eine Selbstverständlichkeit, doch bei dem gegenwärtigen Zustand Österreichs, wie wir gesehen haben, eine Zusage von beträchtlichem Wert, vor allem hinsichtlich des Burgenlandes. Da Renner durch die plötzliche Eile Italiens seine Position recht gestärkt sah, brachte er noch eine Autonomie für Südtirol ins Spiel. Torretta erwiderte, man könne darüber zwar nicht verhandeln, doch wolle er bei Nitti erreichen, daß dieser spontan eine Erklärung abgebe, was auch tatsächlich geschah¹⁵⁾.

Unter diesen Versprechungen gab Renner seine Zusage, „sammelte Hals über Kopf, was an Staatssekretären und leitenden Beamten trotz des Osterurlaubes zur Stelle zu schaffen war, und fuhr nach Rom“¹⁶⁾. Der Besuch dauerte vom 7. — 15. April 1920 und verlief in einer sehr gelösten und freundschaftlichen Atmosphäre. Die österreichische Delegation wurde vom König empfangen, Renner traf dreimal mit Nitti zusammen, auch ein Besuch im Vatikan wurde absolviert¹⁷⁾.

Die Verhandlungen bewegten sich auf zwei Ebenen. Die von den Experten geführten wirtschaftlichen Verhandlungen brachten in der Hauptsache folgende Ergebnisse: Die italienische Regierung bewilligte 20.000 Tonnen Mehl und Getreide als Vorschuß auf amerikanische Lieferungen, das waren 10%. Sie erklärte sich bereit, an den internationalen Reliefkrediten (Kredite in Rohmaterialien und Lebensmitteln) teilzunehmen und zwar für einen Betrag von

¹³⁾ Renner an Rappaport, 31. März 1920, Z 1297/2, ebd. Fol. 17.

¹⁴⁾ Streng vertrauliche Aufzeichnung der Unterredung Renner—Torretta in Gloggnitz, 1. April 1920, Z 1297/2, ebd. Fol. 4—7.

¹⁵⁾ Siehe unten S. 40 f.

¹⁶⁾ Renner, Österreich, S. 38.

¹⁷⁾ Über den Verlauf berichteten die Wiener Zeitungen ausführlich.

100 Millionen Lire. Italien versprach, die Kohle für den österreichisch-italienischen Zugverkehr zu besorgen. Außerdem wurden ein Abkommen über Triest und ein handelspolitisches Abkommen geschlossen, das die Rechte, die der Friedensvertrag einseitig italienischen Staatsbürgern und dem italienischen Handel einräumte, provisorisch auf den österreichischen Handel ausdehnte¹⁸⁾. Insgesamt eine Palette nicht zu unterschätzender Hilfs- und Normalisierungsmaßnahmen.

Die politischen Gespräche¹⁹⁾, an denen Nitti, Graf Carlo Sforza (Staatssekretär im Außenministerium) und Torretta einerseits, Renner und Sektionschef Rappaport andererseits teilnahmen, eröffnete Nitti, indem er seine Anschauungen über die Solidarität zwischen Siegern und Besiegten entwickelte. Es gebe für Europa nur eine Alternative, gemeinsam für den Wiederaufbau zu arbeiten oder gemeinsam dem Verderben entgegenzugehen. Leider seien England und vor allem Frankreich nicht leicht für die Idee zu gewinnen, daß man den Besiegten helfen müsse.

Renner erläuterte die Lage Österreichs, die Schwierigkeiten, in denen es sich befinde, und sprach die Hoffnung aus, in Italien die Stütze zu finden, deren Österreich bedürfe. Dann ging man auf die einzelnen Fragen über. Man beschloß, das Ergebnis der Gespräche in einem Memoire festzuhalten: es ist das sogenannte Renner-Nitti-Abkommen vom 12. April 1920, auch Geheimvertrag genannt. Weil das Abkommen und die Gespräche eine Einheit bilden, erübrigt es sich, zuerst die Gespräche und dann das Abkommen zu behandeln.

3. Das Renner-Nitti-Abkommen vom 12. April 1920

Es ist keineswegs ein formvollendeter Vertrag, vielmehr ein recht unformelles, aus 15 Absätzen ohne jede Einteilung oder Numerierung bestehendes Papier. Im französischen Original heißt es „accord“, also Abkommen, Übereinkommen. Im Protokoll der Gespräche (Anmerkung 19) wird es auch als Memoire oder Denkschrift bezeichnet, die „das Ergebnis der Verhandlungen wiedergeben soll“. Dennoch verpflichtete es, zwar nicht die Staaten, wohl aber die Regierungen, und zwar nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die folgenden, sofern sie es nicht kündigen würden. Seine Geheimhaltung beschloß man mit der Begründung, daß „die Vereinbarung eine rein persönliche Verpflichtung für die Staatsmänner bilde“. Einige Absätze wären für die österreichische Öffentlichkeit oder Teile von ihr kaum tragbar gewesen. Man muß diese Absätze mit Rücksicht auf die prekäre Lage Österreichs und auf die vertragschließenden Personen sehen.

¹⁸⁾ Detaillierte Angaben siehe NFP 14. April 1920, Morgenblatt, S. 3.

¹⁹⁾ Ein kurzes Protokoll befindet sich im Staatsarchiv, NPA 476 geh. I/II: Zusammenfassung des Gesprächs vom 8. April 1920 im Palais Braschi zwischen Ministerpräsident Nitti und Staatskanzler Renner, Fol. 26—28, und vom 10. April, Fol. 30—34.

Hier der Text ²⁰⁾.

a) Text

- (1) Um zur praktischen Durchführung der Klauseln des Vertrags von St. Germain-en-Laye zu schreiten und die Beziehungen zwischen dem Königreich Italien und der Republik Österreich zu regeln, wurde folgendes vereinbart zwischen S. E. Onorevole Nitti, Ministerpräsident S. Majestät des Königs von Italien, und Dr. Karl Renner, Kanzler und Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der Republik:
- (2) Die beiden Regierungen werden in loyaler Übereinstimmung mit den im Vertrag von St. Germain-en-Laye übernommenen Verpflichtungen dieselben zur Grundlage ihres politischen Verhaltens in allen Fragen von gegenseitigem Interesse machen.
- (3) Bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln des Vertrags verpflichtet sich Italien, von seinen Rechten in einem versöhnlichen Geiste und unter Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Österreichs Gebrauch zu machen.
- (4) Italien verpflichtet sich, Österreich seine diplomatische Unterstützung zu gewähren hinsichtlich der Integrität des der Republik Österreich durch den Vertrag von St. Germain zugesprochenen Territoriums sowie hinsichtlich der Aufnahme Österreichs in den Völkerbund.
- (5) Die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen wird ohne Verzug stattfinden.
- (6) Um die Errichtung der Gesandtschaft der Republik Österreich in Rom zu erleichtern und zu beschleunigen, wird sich die königlich italienische Regierung bemühen, einen Sitz für diese diplomatische Mission bereitzustellen. Die Modalitäten werden noch besprochen.
- (7) Während sich die Republik Österreich verpflichtet, weder mitzuwirken noch teilzunehmen an der Bildung einer neuen politischen oder wirtschaftlichen Konföderation oder Union, die der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gleich oder ähnlich ist, verspricht Italien, ihr seine diplomatische Unterstützung zu geben, um Bestrebungen entgegenzuarbeiten, deren Ziel eine solche Umgestaltung, oder eine Restauration des alten Regimes, oder die Abtrennung irgendeiner der Provinzen von Österreich ist.
- (8) Im Fall, daß Italien oder Österreich von einer dritten Macht angegriffen wird, werden sich die beiden Staaten diplomatische und politische Unterstützung gewähren. Ebenso wird die Lieferung von Kriegsmaterial oder allem anderen Banngut zugunsten des Angreifers sofort eingestellt.
- (9) Ausgehend vom Grundsatz, daß die Behandlung von Minderheiten eine rein innere Angelegenheit ist, drücken die beiden Regierungen ihre feste Entschlossenheit aus, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Unterricht einerseits der italienischen Sprache in Wien und in den anderen Städten Österreichs, andererseits der deutschen Sprache in den Städten der Venezia Giulia ²¹⁾ zu erlauben, wo eine genügende Anzahl von Schülern das Bedürfnis begründen kann.
- (10) Die österreichische Regierung wird die italienische Regierung über die politischen und

²⁰⁾ Übers. v. Verf. Das französische Original siehe Anhang Nr. 1. Eine Abschrift befindet sich in NPA 476 geh. I/II Fol. 22 f. Laut Protokoll des Gesprächs vom 10. April wurden Torretta und Rappaport mit der Abfassung des Textes beauftragt. Lindeck-Pozza, Venediger Protokoll, S. 21 und Anmerkung 9, die als erste Näheres über das Abkommen mitteilte, berichtet von einer handschriftlichen Notiz Sforzas bei seinen nachgelassenen Papieren, wonach das Abkommen von ihm verfaßt sei („in realtà preparato da me“). Die endgültige Fassung ist jedenfalls in Zusammenarbeit entstanden.

²¹⁾ Julisch Venetien, das Gebiet um Triest. Die Klausel hat nichts mit Südtirol zu tun.

wirtschaftlichen Verhandlungen am laufenden halten, die sie in Zukunft mit anderen Regierungen führen wird.

- (11) Im Bestreben, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern, werden die königlich italienische und die österreichische Regierung zusammenarbeiten gemäß den Richtlinien, die in speziellen Abkommen aufzustellen sind. Die Abkommen werden die Errichtung von italienisch-österreichischen Handelskammern in den Handelszentren der beiden Staaten vorsehen.
- (12) Übereinstimmend mit ihrem Grundsatz, die Verfügungen des Vertrags von St. Germain im Geiste der Billigkeit und mit Rücksicht auf die Bedürfnisse Österreichs zu interpretieren, beabsichtigt die italienische Regierung, ihren Einfluß bei den Alliierten dahingehend geltend zu machen, daß in der Reparationskommission zu hohe Kosten und eine zu komplizierte Vorgangsweise vermieden und ihre Funktionsdauer nicht über Gebühr ausgedehnt werde. Österreich seinerseits verpflichtet sich, seinen Verwaltungsbehörden einzuschärfen, in keiner Weise die Verhandlungen der Kommission zu verzögern.
- (13) Betreffend die Gespräche zwischen dem italienischen Roten Kreuz und der Gemeinde Wien über das Hospiz San Pelagio, wird die italienische Regierung eine Lösung zu erreichen trachten, die weitgehend den gesundheitlichen Bedürfnissen der Kinder Wiens Rechnung trägt.
- (14) Die Übereinkommen, die sich aus den gegenwärtigen Gesprächen verschiedener Ressortvertreter Italiens und Österreichs in Rom ergeben, werden als Annex zu vorliegendem Abkommen betrachtet. Die Gespräche werden fortgeführt und gemäß den Bedürfnissen auf andere Materien ausgedehnt werden.
- (15) Das vorliegende Abkommen stellt eine Verpflichtung der gegenwärtigen Regierungen dar sowie ihrer Nachfolger, sofern diese es nicht zu kündigen vorziehen.

Rom, 12. April 1920

Renner, Staatskanzler m. p.

Nitti m. p.

b) Die wichtigsten Bestimmungen

Den Protokollcharakter des Abkommens zeigte schon der erste Absatz. Es wird auf eine hochtrabende Begründung verzichtet. Zweck der Vereinbarung ist es einfach, die praktische Durchführung des Friedensvertrages zu beginnen und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu regeln.

Das Abkommen war für Österreich in zweierlei Hinsicht wertvoll. Erstens fällt die allgemeinpositive Einstellung Italiens zu Österreich auf. Es ist der neue Ton, den Nitti den Besiegten gegenüber anzuschlagen gewillt war. So versprach Italien eine wohlwollende Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln der Verträge von St. Germain [(3) und (12)]; es anerkannte die Schwäche und Hilfsbedürftigkeit Österreichs [(3) und (12)]; es versprach, für ein möglichst kostensparendes Vorgehen der Reparationskommission einzutreten (12) und die Aufnahme Österreichs in den Völkerbund zu unterstützen (4). Hierher gehört ebenso die unverzügliche Aufnahme der diplomatischen [(5) und (6)] und die Förderung der Handelsbeziehungen (11) wie die Großzügigkeit in kleinen Fragen (13). Mit Artikel (14) wurden die genannten wirtschaftlichen Verhandlungen in den politischen Vertrag einbezogen und ihre Fortsetzung beschlossen. Wie erfreulich das alles war, wird einem bewußt, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig Frankreich seine harte Politik Deutschland

gegenüber beibehielt und gerade im April 1920 einige deutsche Städte besetzte, was große Erbitterung hervorrief.

Wertvoll war zweitens die Verpflichtung Italiens, die territoriale Integrität Österreichs zu schützen, was ja schon Torretta versprochen hatte. Gleich drei Absätze beschäftigten sich damit. Absatz (4) garantiert die Grenzen des Friedensvertrages, indirekt auch Radkersburg und vor allem Westungarn. Absatz (7) enthält den Schutz gegen die Separationsbestrebungen der Länder, was Renner besonders wichtig war²²⁾. In Absatz (8) schließlich erhält Österreich diplomatische und politische Unterstützung gegen einen möglichen Aggressor: ein Einmarsch Jugoslawiens in Kärnten lag ebenso im Bereich der Möglichkeit wie Feindseligkeiten von seiten Ungarns²³⁾.

Mit Absatz (8) sind wir aber schon bei dem, was Österreich geben mußte, weil die Unterstützungspflicht gegenseitig war. Konkret konnte man bei dieser Verpflichtung an einen italienisch-jugoslawischen Konflikt denken. Jedenfalls bedeutete Absatz (8) nichts weniger als ein Verteidigungsbündnis, was für das schwache Österreich unter Umständen sehr belastend werden konnte. Daher versuchte man auch später, die Unterstützungspflicht in eine Neutralitätspflicht umzuwandeln²⁴⁾.

Viel weniger schwerwiegend war die Verpflichtung, einer Habsburgerrestauration und einer Donaukonföderation in jeder Form abzusagen (7), auch wenn das in normalen Zeiten als Eingriff in die Souveränität Österreichs hätte ausgelegt werden können. Hier zeigt es sich besonders, daß das Abkommen in erster Linie Renner betraf. Denn Renner wollte natürlich weder eine Habsburgerrestauration noch eine Föderation, die der alten österreichisch-ungarischen Monarchie ähnlich war, sondern den Anschluß.

Das größte politische Zugeständnis war zweifellos Absatz (10), wo sich Österreich verpflichtete, Italien alle wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen mit anderen Staaten mitzuteilen. Auch wenn Renner nicht die Absicht hatte, irgendwelche gegen Italien gerichteten Verträge abzuschließen, begab er sich damit doch unter italienische Aufsicht, was bei einer weniger wohlmeinenden Regierung als der Nittis recht unangenehm werden konnte. Tatsächlich hat Italien später mehrmals politische Schritte Österreichs mit dem Hinweis auf das Renner-Nitti Abkommen mißbilligt oder zu verhindern versucht. Das Renner-Nitti Abkommen ist zwar kein Vorläufer der Römischen Protokolle, dennoch erinnert dieser Absatz an die „Konsultationspflicht“²⁵⁾.

²²⁾ Schon am 1. Dezember 1919 hatte Renner Torretta um die Unterstützung der Alliierten gegen die Vorarlberger Abfallbewegung gebeten. Es wurde sogar eine Besetzung Vorarlbergs durch italienische Truppen erwogen. Hausnotiz Nr. 48, 1. Dezember 1919, NPA Präs. 133.

²³⁾ Tatsächlich überschritt am 31. Juli 1920 eine Bande von einigen 100 Leuten die österreichisch-ungarische Grenze und plünderte in Fürstenfeld ein Waffenlager.

²⁴⁾ Siehe unten S. 99. Daß im übrigen Renner diesen Absatz viel mehr als einen Schutz Österreichs auffaßte und Österreich aus jedem Konflikt herauszuhalten gesucht hätte, zeigen seine Äußerungen anlässlich des polnisch-russischen Krieges, siehe unten S. 46 f.

²⁵⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 211; Lindeck-Pozza, Venediger Protokoll, S. 21.

Ein Zugeständnis war auch die Anerkennung, daß die Behandlung der Minderheiten eine rein innere Frage sei (9). So weit die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens.

c) Beurteilung

Das Abkommen hatte Vor- und Nachteile. Das Urteil muß jedoch einseitig ausfallen, wenn man nur Vor- und Nachteile abzuwägen versucht. Wichtiger ist die Frage: Hatte Renner sein politisches Ziel erreicht, und um welchen Preis? Die Beantwortung dieser Frage erleichtert uns neben dem schon erwähnten Protokoll der Gespräche ein bei den Reiseunterlagen befindliches, zwölf Punkte umfassendes Papier, das mit „Verhandlungsgegenstände“ überschrieben ist und offenbar das Programm der politischen Gespräche war ²⁶⁾.

Der Großteil der dort nur stichwortartig angeführten Verhandlungsgegenstände findet sich im Abkommen wieder. Einige Punkte wurden nur gesprächsweise erörtert, aber in positivem Sinn. So bat Renner um die Unterstützung Italiens für eine rasche Abstimmung in Kärnten, er deponierte, daß Österreich mit Jugoslawien und Rumänien Verhandlungen führen werde, und ersuchte um die Beteiligung Italiens an den Rohstoffkrediten. Allen diesen Punkten stimmte Nitti zu, dem letzten mit einem Betrag von 100 Millionen Lire.

Nur in zwei Punkten erhielt Renner eine Absage. Der eine war der lebhafteste Wunsch Renners, eine den künftigen Anschluß betreffende Klausel ins Abkommen aufzunehmen oder wenigstens mündlich zu hören, daß Italien ein allfälliges Gesuch Österreichs an den Völkerbund um die Erlaubnis zum Anschluß unterstützen werde. Hier erwiderte Nitti, daß die italienische Regierung diesbezüglich keine formelle Verpflichtung eingehen könne, und zwar wegen ihrer heiklen Stellung Frankreich aber auch Lloyd George gegenüber. Nitti fügte hinzu, es sei gerade für die Sache des Anschlusses äußerst gefährlich und schädlich, wenn man vorzeitig und überstürzt handle und den Eindruck erwecke, als ob man auf die Mächte einen Druck ausüben wolle. Dann komme es nur zu einem Aufflackern extrem nationalistischer Tendenzen, wie man es in Frankreich beobachten könne.

Der zweite Punkt war die lokale Autonomie für Südtirol. Schon beim ersten Gespräch zwischen Nitti und Renner, am 8. April, teilte Nitti „spontan“, wie es Torretta in Gloggnitz versprochen hatte, seine Absicht mit, dem oberen Etschtal eine autonome Verwaltung zu gewähren (was er übrigens schon durch die Ernennung des deutschfreundlichen Credaro zum Zivilkommissär und die Errichtung des „Ufficio centrale per le Nuove Province“ bewiesen hatte) ²⁷⁾.

²⁶⁾ NPA 476 geh. I/II Fol. 83—85.

²⁷⁾ Der betreffende Absatz im Protokoll der Gespräche (siehe Anmerkung 19) lautet: „Schließlich macht der italienische Ministerpräsident die vertrauliche Mitteilung, daß die königlich italienische Regierung beabsichtige, den Bewohnern des oberen Etschtales eine autonome Verwaltung zu gewähren, welche im weiten Ausmaße ihrer Nationalität und ihren besonderen Verhältnissen Rechnung tragen werde, und behält sich vor, diese Absicht bei einer in naher Zeit stattfindenden Zusammenkunft genauer zu formulieren.“

Als Renner beim zweiten Gespräch, am 10. April, eine diesbezügliche Klausel im Accord vermißte, wies Nitti auf die heikle Stellung der Regierung hin. Aus innenpolitischen, aber auch prinzipiellen Gründen sei es unmöglich, die Autonomie in das Abkommen aufzunehmen, doch sei er zu ihrer Durchführung wirklich entschlossen²⁸⁾. Renner mußte sich damit begnügen, die spontane Autonomieerklärung Nittis in ein möglichst helles Licht zu stellen, was aber die hochgespannten Erwartungen der österreichischen Bevölkerung nicht erfüllen konnte.

Die wichtigsten politischen Ziele Renners waren gewesen: Garantie des Besitzstandes von St. Germain, Schutz berechtigter österreichischer Interessen durch Italien, umfassende Wiederaufnahme der Beziehungen. All das hatte Renner in hohem Maße erreicht. Die Südtirolniederlage war durch die spontane Erklärung Nittis gemildert. Es bleibt die Absage an den Anschluß.

Ob der Preis, den Österreich zahlen mußte, hoch war, hängt ganz vom Standpunkt des Betrachters ab. Die ausdrückliche Anerkennung des Vertrages von St. Germain und die Minderheitenklausel hätten viele in Österreich als Verrat, als zu hohen Preis bezeichnet — doch gerade diese „Verzichtspolitik“ Renners ermöglichte den Fortschritt in der Entspannung. Es bleibt als auffälligster Preis die Vertragsmitteilungsklausel (10), die Italien die Überwachung der österreichischen Außenpolitik ermöglichte, außerdem durch ihre Einseitigkeit befremdet. Renner scheint nicht befürchtet zu haben, daß Italien sie mißbrauchen könnte.

Das Abkommen war eben persönlicher Natur. Man kann es nicht vom gesamten Bild des Besuches trennen. So gesehen scheint der Preis nicht zu hoch. Renner konnte jedenfalls zufrieden sein.

Auch in Italien hatte man die gesteckten Ziele erreicht: Friedenspolitik und ein Abkommen, das vor allem im Absatz (10) ein hervorragendes Instrument der Beeinflussung enthielt.

d) Dauer der Gültigkeit

Offiziell wurde das Renner-Nitti Abkommen nie gekündigt. Schober bekannte sich Anfang 1922 noch dazu, wenn auch mit Einschränkungen. Am Ballhausplatz wurde es aber schon damals als „eine sehr peinlich empfundene geheime Bindung“ bezeichnet²⁹⁾ und daher ein neuer Vertrag angestrebt³⁰⁾.

²⁸⁾ Zur Bekräftigung wurde Salata beigezogen. Das Protokoll der Gespräche (siehe Anmerkung 19) führt aus: „Der Kommandeur Salata, der mit der Ausarbeitung der Lokalaautonomie für das obere Etschgebiet beauftragt ist, wird der Zusammenkunft beigezogen und legt in einer direkten Konversation mit dem Kanzler die Ideen auseinander, nach denen er seine Aufgabe durchführen will, und vor allem seine Absicht, über alle Details sowohl mit den italienischen wie deutschen Parteiführern dieses Gebietes zu verhandeln. Diesbezügliche Verhandlungen sollen schon dieser Tage in Rom stattfinden und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß man ungeachtet der bestehenden Schwierigkeiten bald eine befriedigende Lösung erzielen werde.“

²⁹⁾ Pro Memoria „Unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten“, Z 1215/1A, 3. April 1922, NPA 771 Fol. 43—52.

³⁰⁾ Siehe unten S. 96—101.

Seipel hielt den Vertrag für überholt und ließ dies Italien auch wissen, allerdings ohne zu kündigen³¹⁾. Die nächsten politischen Verträge zwischen Österreich und Italien waren der nichtssagende Freundschaftsvertrag Schobers vom 6. Februar 1930 und die Römischen Protokolle.

4. Urteile über die Reise

Die Bedeutung der Osterreise Renners erschöpfte sich nicht in wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen. Das Besondere daran lag sogar jenseits aller Verhandlungsdetails, nämlich in der Atmosphäre der Versöhnung, in der sich die Reise abspielte. „Un vent de cordialité“, wehe zwischen Rom und Wien, schrieb ironisch die französische Agencia Havas³²⁾. Der Korrespondent der Vossischen Zeitung berichtet vom „seltsam erregenden Schauspiel der neben der italienischen flatternden rot-weiß-roten Flagge“, und „von hier und heute beginnt — wenn den Worten Taten folgen — die neue Geschichte der italienisch-österreichischen Beziehungen“³³⁾. Die Arbeiter-Zeitung sah in den wirtschaftlichen Erfolgen „ein Zeichen . . ., daß die Zeit des brutalen Diktats, die Zeit des schonungslosen Mißbrauchs des Sieges doch allmählich überwunden wird“³⁴⁾.

Dieser Versöhnungseffekt war von Renner und besonders von Nitti bewußt inszeniert, war ein Teil der politischen Bedeutung der Reise. Es wäre aber falsch, das als einen bloßen Effekt abzutun. Es klingt glaubwürdig, was Renner und Nitti über den Besuch später sagten und schrieben. Renner:

„Man kam mit dem Eindruck nach Hause, daß im Volke ein Verlangen nach Herstellung eines wirklichen Friedens herrsche, daß mehrhundertjährige Mißverständnisse zwischen den beiden Völkern aus der Welt geschafft und ihre Beziehungen auf neue Grundlagen gestellt sind.“³⁵⁾

Und Nitti:

„... kein Wort fiel, das an den Haß der Vergangenheit, an den alten Zorn erinnert hätte; man sprach nur von Wiederaufbau, von der Notwendigkeit, neue Lebensadern aufzufinden und neue Richtlinien für den Handel aufzustellen. Die italienische Regierung kam, wo sie nur immer konnte, der österreichischen Regierung zu Hilfe. Wenn ich so handelte, fühlte ich, daß ich mehr für die Größe meines Vaterlandes leistete als mit jeder törichten Verfolgung.“³⁶⁾

Allerdings wurde die Versöhnung in Österreich nicht einstimmig angenommen. Die Arbeiter-Zeitung schrieb natürlich positiv³⁷⁾. Sie betonte vor allem den Unterschied zu den französisch-deutschen Beziehungen. Während dort immer noch der latente Kriegszustand, Säbelrasseln, Drohungen und Haß herrschten,

³¹⁾ Siehe unten S. 142 und 145.

³²⁾ NPA 654 Fol. 69 f.

³³⁾ Zitiert nach Arbeiter-Zeitung, 22. April 1920.

³⁴⁾ Leitartikel der Arbeiter-Zeitung, 14. April 1920.

³⁵⁾ Renner im Aus. f. Auß., 16. April 1920, NPA 654 Fol. 45 ff. Siehe auch Renner, Österreich, S. 38.

³⁶⁾ Nitti, Friedloses Europa, S. 258.

³⁷⁾ Der im folgenden besprochene Leitartikel vom 14. April 1920 könnte von Otto Bauer sein.

führe Italien friedliche Verhandlungen mit Österreich, erkläre die italienische Regierung, daß die Periode der Feindschaft vorüber sei, und alles, obwohl der Friede von St. Germain noch nicht in Kraft sei. Dies sei möglich geworden, weil die Habsburgermonarchie, die in Italien nur das kirchenräuberische Königreich gesehen habe, durch die Republik abgelöst sei. Die Republik könne die Verantwortung für die alte Schuld Habsburgs ablehnen, sie sehe in Italiens Kriegen gegen Habsburg ein ruhmvolles Stück Geschichte der europäischen Demokratie. Zum Schluß stellt der Autor den Besuch in den Rahmen der europäischen Politik. Hier herrsche ein Kampf zwischen Frankreich, das die Politik des Schwertes fortsetzen wolle, und England und Italien, die für den Wiederaufbau eintreten. Die Verhandlungen in Rom seien ein Beispiel versöhnlicher Politik gewesen, im Hinblick auf San Remo und im Kampf zwischen der Politik der Gewalt und der Politik des Friedens. Bezüglich Südtirols schreibt der Autor, sein Schicksal könne nicht durch Kühle und Feindschaft gegen Italien gewendet werden, sondern erst dann, wenn die beiden Völker einander näherrückten, Freunde würden und darum die einzige Streitfrage, die zwischen ihnen stehe, schlichten wollten.

So weit die Arbeiter-Zeitung. Dagegen verhielten sich die Neue Freie Presse und die Reichspost enttäuscht bis ablehnend.

Anfänglich hatte die Neue Freie Presse die Reise wohl begrüßt, doch hegte sie so hochgespannte Erwartungen für Südtirol, daß sie nur enttäuscht werden konnte: „Wir wissen, daß gegenwärtig die Rückkehr nicht möglich ist ... aber das Herz ist stärker als der Kopf ... Südtirol, das ist der Weg zum deutschen Volke.“³⁸⁾ Über die Autonomieerklärung Nittis schreibt die Zeitung, Autonomie sei nicht die Erfüllung des unbedingten Bedürfnisses nach Rückkehr³⁹⁾. Im abschließenden Kommentar⁴⁰⁾ heißt es, die Zusammenkunft habe manches wirtschaftliche Ergebnis gebracht, sie sei kein Mißerfolg, aber sie sei an der Kernfrage vorbeigegangen: „Das deutsche Südtirol bleibt unerlöst.“

Auch der Reichspost ging es bei der italienischen Reise vorwiegend um Südtirol. Sie verurteilt das Verhalten Renners und seine Interviews als unterwürfig, geschmacklos, seine Politik als Dilettantismus. Er rede von Freundschaft und vergesse, daß ehrliche Freundschaft die Wiedergutmachung begangenen Unrechts voraussetze. „In seinem Enthusiasmus, einem der Sieger zu Gefallen zu reden, gibt er auch Deutschsüdtirol preis.“⁴¹⁾ Seine Politik stehe im Widerspruch zu den Gesinnungen der Bevölkerung.

Hierin hatte die Reichspost freilich recht, daß Renners Politik im Widerspruch zu den Gesinnungen großer Teile der österreichischen Bevölkerung stand. Doch war sie deshalb falsch? Auch Nitti wurde wegen seiner Parole der allgemeinen Demobilisierung heftigst angegriffen, obwohl sie doch die einzige vernünftige Alternative gewesen wäre. Viel eher kann man sagen, daß weite Bevölkerungsschichten in Österreich den Ereignissen einfach nicht gewachsen und

³⁸⁾ NFP 9. April 1920, Leitartikel des Morgenblattes.

³⁹⁾ NFP 9. April 1920, Abendblatt.

⁴⁰⁾ NFP 16. April 1920, Leitartikel des Morgenblattes.

⁴¹⁾ Reichspost 9. April 1920, Morgenblatt.

für eine Verständigung und psychologische „Demobilisierung“ noch nicht bereit waren. Die Stimmungen, die wir oben anlässlich St. Germain beschrieben haben, waren immer noch vorhanden, daran konnte zunächst auch eine Reise nichts ändern, die bewußt im Zeichen des Wiederbeginns stand.

Freilich muß auch gesagt werden, daß es den Italienern viel leichter fiel, den Österreichern die Hand hinzustrecken, weil diese mit dem alten Feind wenig gemeinsam hatten, weil der Besuch des Kanzlers der 7-Millionen-Republik Österreich ja auch eine Bestätigung des italienischen Sieges über die 50-Millionen-Monarchie war. Dagegen gab es für viele Österreicher nichts, was ihre Ressentiments gegen Italien hätte beseitigen können. Die Reise war nicht selbstverständliches Ergebnis eines Zustandes, sondern eine Manifestation des Willens der Regierenden, und als solche auch für die Völker ein Beispiel. Sie zeigte eine Möglichkeit für die Zukunft. Sie war ein „verheißungsvoller Anfang“⁴²⁾.

5. Die Bedeutung der Reise

Die Bedeutung der Osterreise Renners liegt, zusammengefaßt, erstens in dem schon öfters erwähnten Beispielcharakter für die europäische Politik. Renner schreibt:

„Offenbar aber lag die Bedeutung des römischen Empfanges viel weniger in diesem selbst als in dem Beispiel, das das demokratische Italien Nittis und Sforzas für die künftige Behandlung der französisch-deutschen Beziehungen geben wollte, indem man zum erstenmal Sieger und Besiegte an einen Tisch setzte und zu kontradiktorischer Aussprache veranlaßte.“⁴³⁾

Weiters war die Reise für die außenpolitische Lage Österreichs ein Erfolg. Sowohl die politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse — auch sie übrigens laut Absatz (14) des Abkommens ein Anfang — als auch allgemein die Aufnahme der Beziehungen mit dem großen südlichen Nachbar und Ententemitglied waren ein Fortschritt für die Stabilisierung und Normalisierung, ein weiterer Schritt, um die „Fensterlosigkeit Österreichs“ zu beenden.

Für die österreichisch-italienischen Beziehungen schließlich waren die Reise und die Verhandlungen die erste umfassende und wesentliche Kontaktaufnahme nach dem Umsturz. Die stark geänderten Verhältnisse hatten viele Interessen-gegensätze aus der Welt geschafft, gleichzeitig aber auch neue Gegensätze geschaffen: Anschluß und Brennergrenze. Doch waren diese Gegensätze auflösbar. Die Anschlußfeindlichkeit Italiens war nicht so unbedingt wie die französische. Nitti hatte auch ausdrücklich die Rücksicht auf Frankreich als Grund für seine Absage angeführt. Der Verlust Südtirols war sicher schmerzlich, doch hatte man den Verlust einer Großmacht erlebt, man hatte den Verlust der deutschen Gebiete Böhmens und Mährens hinnehmen müssen, man würde sich auch allmählich an den Verlust Südtirols gewöhnen. Es muß hier daran erinnert werden, daß „Südtirol“ eine Minderheiten- und Grenzfrage war wie viele andere im

⁴²⁾ Renner, im Aus. f. Auß., 16. April 1920, NPA 654 Fol. 45 ff.

⁴³⁾ Renner, Österreich, S. 38.

damaligen Europa. Zum „Südtirolproblem“ in dem Ausmaß, wie wir es kennen, ist es erst durch die faschistische Entnationalisierungspolitik geworden. Es soll damit keineswegs die Entrüstung übersehen werden, die über die Zerreißung Tirols, über die Mißachtung der Wilsonschen Prinzipien, über die Verweigerung der Selbstbestimmung, in Tirol und in ganz Österreich herrschte. Man darf aber ebensowenig übersehen, daß man einerseits in Wien und auch in Bozen ⁴⁴⁾ gewillt war, realistisch zu bleiben, und daß es andererseits der liberalen Regierung in Rom mit der Autonomie ernst war. Zunächst konnte das Klima des guten Willens, das den Osterbesuch Renners kennzeichnete, durchaus zu Hoffnungen berechtigen.

Es war jedoch den beiden Hauptakteuren nicht gegönnt, die Entwicklung der österreichisch-italienischen Beziehungen auf dem von ihnen vorgezeichneten Weg weiter zu beaufsichtigen. In Italien wuchsen die inneren Schwierigkeiten Nitti über den Kopf. Sieben Wochen nach Renners Besuch, am 9. Juni 1920, trat sein Kabinett zurück. Es folgten Giolitti, mit Sforza als Außenminister, und dann, nach einem kurzen Zwischenspiel, der Faschismus.

Fast am selben Tag, am 10. Juni 1920, ging in Österreich die Koalition in Brüche. Karl Renner blieb zwar im folgenden Proporzkabinett Staatssekretär für Äußeres, doch die Wahlen vom 17. Oktober brachten der Christlichsozialen Partei die Mehrheit. Sie übernahm die Führung der österreichischen Außenpolitik.

⁴⁴⁾ Siehe dazu unten S. 148; Herre, Südtirolerfrage S. 273; Ritschel, Diplomatie um Südtirol, S. 103.

III. DIE ÖSTERREICHISCH-ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN VON RENNER BIS SCHÖBER (APRIL 1920 — JUNI 1921)

1. Staatssekretär für Äußeres Karl Renner

a) Carlo Sforza — Renners Politik der „europäischen Mitte“ — Annexionsdebatte im italienischen Parlament — Erste italienische Vermittlungsaktion in der Burgenlandfrage

Der Sturz Nittis brachte keine Änderung der Politik Italiens gegenüber Österreich. Der neue Außenminister Graf *Carlo Sforza* war vorher Unterstaatssekretär im Außenministerium gewesen, er hatte den politischen Gesprächen beim Besuch Renners beigewohnt und war an der Abfassung des Renner-Nitti Abkommens beteiligt. Er war vielleicht weniger radikal als Nitti, in seinen Reden etwas emphatischer, wenn es um Ruhm und Ehre Italiens ging, doch war er von den nationalistischen außenpolitischen Forderungen ebensoweit entfernt wie Nitti. Vordringliches Ziel war ihm die Bereinigung der adriatischen Frage mit Jugoslawien. Die Slawen waren für ihn nicht machtgierige Barbaren, sondern zukünftige Freunde¹⁾. Ein besonderes Anliegen war ihm, jede mögliche Habsburgerrestauration zu verhindern, doch beeinflusste dies nicht seine Einstellung zur österreichischen Republik.

Renner seinerseits war zwar ab 7. Juli (Proporzkabinett unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für Verfassungs- und Verwaltungsreform Dr. Michael Mayr) nicht mehr Staatskanzler, blieb aber Staatssekretär für Äußeres und änderte natürlich auch nicht seine Politik gegenüber Italien. Als er im August aus Anlaß des russisch-polnischen Krieges seinen recht utopischen Plan einer mitteleuropäischen Neutralitäts-Entente propagierte, schlug er sogar vor, Italien solle die Führung dieser „Politik der europäischen Mitte“ in die Hand nehmen.

Ihm schwebte eine politische Vereinigung oder eine gemeinsame Deklaration der mitteleuropäischen Staaten (im wesentlichen Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Italien) vor, die ihnen eine Sicherung vor einem Krieg im Osten und vor dem Imperialismus Frankreichs und Englands im Westen gewähren und zugleich unter der Devise „unser eigenes Leben leben“ den friedlichen Aufbau ermöglichen sollte²⁾. Im Ausschuß für Äußeres formulierte er es so: „Wir müssen zunächst uns selber leben, wir brauchen den äußeren und inneren Frieden. Durch die Leiden und Opfer des Krieges sind wir dermaßen in Mitleidenschaft gezogen, daß wir

1) Sforza war 1915—1918 italienischer Gesandter bei der serbischen Regierung gewesen. In seiner reichen schriftstellerischen Tätigkeit trat er für eine italienisch-jugoslawische Verständigung ein, auch nach dem Zweiten Weltkrieg.

2) Die Politik der europäischen Mitte, NPA 470 geh. Fol. 1—50; Gespräch Renners mit Beneš 7. August 1920, NPA Präs. 133 Nr. 66; Gespräch Renners mit Torretta 26. Aug. 1920, NPA Präs. 133 Nr. 76; siehe auch Reisel, Karl Renner, S. 199 ff.

schon den Zustand schwer ertragen, daß irgendwo jenseits unserer Grenze Krieg geführt wird und dadurch wichtige Zufuhren abgeschnitten sind. Um so verhängnisvoller wäre es, wenn unser Land selbst auch nur mittelbar einem Kriege dienstbar würde, welcher Krieg immer es sei. Wir müssen die *strikteste Neutralität* einhalten. ... Wir teilen diese Lage mit den meisten Ländern, die zwischen dem Westen und Osten liegen.“³⁾

Renner vertrat die Ansicht, daß weder Deutschland noch Österreich diese Neutralitäts-Entente initiieren dürften. Am geeignetsten hielt er dafür Italien. Doch hätte dies ein Ausscheren Italiens aus der Entente bedeutet. Nitti wäre vielleicht dem Plan positiv gegenübergestanden. Aber Giolitti und Sforza bemühten sich gerade im Sommer 1920, sich mit Frankreich besser zu stellen als Nitti und beide Ententepartner zu sanftem Druck auf Jugoslawien zu bewegen, um endlich die adriatische Frage lösen zu können. Es gelang ihnen. Einige Monate später, am 12. Dezember, konnte mit dem Vertrag von Rapallo dieses Kapitel — wenigstens für einige Zeit — beiseitegelegt werden. Aus diesem Grunde konnte und wollte Rom im August mit Renners Plänen nichts anfangen und winkte ab.

Am 24. Juli wurden, nachdem endlich die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages ausgetauscht worden waren, die offiziellen diplomatischen Beziehungen aufgenommen⁴⁾.

In der auf die Inkraftsetzung des Vertrages folgenden *Debatte im italienischen Parlament*⁵⁾ über den Gesetzentwurf „Approvazione del trattato di pace di San Germano e annessione al Regno dei territori attribuiti all'Italia“, kurz *Annexionsdekret*, erklärten Giolitti und Sforza erneut, daß der deutschen Bevölkerung diesseits der Alpen ihre Eigenständigkeit garantiert sei: „... vedranno pienamente garantiti ... la loro lingua, i loro sentimenti, i loro particolari interessi.“⁶⁾ Der Senat nahm das Dekret einstimmig an, in der Abgeordnetenkammer aber stimmten 22%, die Linksparteien, dagegen, also gegen die Annexion Südtirols. Außerdem hatten auch Abgeordnete, die dafür stimmten, in der Debatte Kritik geübt. Z. B. verurteilte Salvemini, einer der aufrechtesten Demokraten und späteren Antifaschisten, scharf das Anschlußverbot und trat für eine revisionistische Durchführung der Verträge ein⁷⁾. Das war es wohl, was Renner zur Äußerung veranlaßte, aus der Verhandlung im italienischen Parlament sehe man, daß die öffentliche Meinung Italiens Verständnis für die Härten und Unbilligkeiten der Friedensordnung zeige⁸⁾.

Der Sommer und Herbst 1920 brachte Bewegung auf den wichtigsten Fronten der jungen Republik. Die Ausarbeitung der Verfassung trat in ihr Endstadium. Am 1. Oktober wurde sie beschlossen. Wenig später, mit den Wahlen vom 17. Oktober, übernahmen die Christlichsozialen die Führung in Österreich, während

³⁾ Renner im Aus. f. Äuß. 19. August 1920, NFP 20. August 1920 S. 6.

⁴⁾ Siehe oben Seite 29.

⁵⁾ API, Camera dei Deputati, sessione 1919—1920, Discussioni Vol. V.

⁶⁾ Ebd. S. 4984.

⁷⁾ Ebd. S. 5051 ff.

⁸⁾ Renner im Aus. f. Äuß. 19. August 1920, NFP 20. August 1920 S. 6.

sich die Sozialisten in die Opposition zurückzogen. Ferner nahm nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages (16. Juli) die österreichische Sektion der Reparationskommission unter Sir William Goode ihre Tätigkeit auf. Die Entsendung dieses Alliierten Organes war ein erster Schritt auf dem Weg zur finanziellen Sanierung Österreichs. Die Alliierten hatten ja in der Mantelnote des Vertrages von St. Germain ausdrücklich versprochen, Österreich in seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage, die durch den Zerfall der Monarchie entstanden war, zu helfen. Freilich dauerte es noch mehr als zwei Jahre, bis mit den Genfer Protokollen die Sanierung Wirklichkeit wurde, aber schon jetzt, 1920, schlug Sir William Goode einen „Sanierungskredit“ in der Höhe von 250 Millionen Dollar vor. Schließlich kam es bei den territorialen Fragen zu Entscheidungen und Aktionen.

Am 26. Juli 1920 wurde der Hauptteil des Stadtgebietes von Radkersburg von den SHS-Truppen geräumt.

Für die Gewinnung des Burgenlandes war der 4. Juni ein Stichtag. Am 4. Juni war der Friedensvertrag mit Ungarn, der Vertrag von Trianon, unterzeichnet worden. Das bedeutete für Ungarn eine Hoffnung weniger, die Westungarischen Komitate, also das Burgenland, doch noch behalten zu können. Die Ungarn gaben aber keineswegs auf. In der Nacht zum 29. Juli 1920 überschritt eine bewaffnete Bande von mehreren 100 Leuten die österreichisch-ungarische Grenze und plünderte in Fürstenfeld in der Steiermark ein Waffenlager. Obwohl der ungarische Ministerpräsident Teleki den Überfall verurteilte, zeigte dieser deutlich, daß der Wille der Ungarn zum Widerstand groß war⁹⁾. Renner erhob natürlich Protest. Er teilte auch den Vorfall sofort dem italienischen Gesandten Torretta mit und bat ihn um Unterstützung. Er versuchte sogar, Torretta zu einer Vermittlungsaktion zwischen Österreich und Ungarn zu gewinnen. Torretta griff sofort zu, weil er darin eine gute Chance sah, den Einfluß Italiens zu vergrößern und Österreich von der Kleinen Entente abzuhalten. Torretta vertrat stets eine Politik, die einer vermeintlichen oder tatsächlichen „panslawistischen Politik Prags“ entgegenarbeitete. Eine Verschärfung der Lage zwischen Österreich und Ungarn hätte Österreich beinahe automatisch in eine Linie mit der anti-magyarischen Kleinen Entente gebracht, die sich gerade im August 1920 formiert hatte. Dies zu verhindern war Torretta bestrebt. Daher ersuchte er in Rom um Erlaubnis zu der Vermittlungsaktion, die Sforza auch erteilte. Die Aktion war die erste dieser Art. Im Januar 1921 wurde sie ohne Erfolg abgebrochen. In dem der Burgenlandfrage gewidmeten Kapitel wird sie etwas ausführlicher behandelt werden. Hier sei festgehalten, daß schon im Sommer 1920 Renner die Idee einer italienischen Vermittlung in Umlauf setzte. Ein Jahr später, im Herbst 1921, wurde sie erneut aufgegriffen und mit umstrittenem Erfolg beendet.

Bewegung kam im Sommer 1920 auch in die Kärntner Frage. Schon im Mai 1919, endgültig am 4. Juni, war in Paris die Entscheidung gefallen, daß über die Zugehörigkeit Südkärntens zu Österreich oder zu Jugoslawien eine Volksabstimmung befinden sollte, und zwar drei Monate nach Inkrafttreten des Frie-

⁹⁾ NFP 30. und 31. Juli 1920.

densvertrages. Nach dem 16. Juli 1920 begann daher die alliierte Abstimmungskommission ihre Tätigkeit. Am 10. Oktober entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung für Österreich.

b) Die Rolle Italiens in der Kärntner Frage — Das Aßlinger-Dreieck — Der Plan Vanutellis — Die Volksabstimmung

Im Hinblick auf das 50jährige Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung 1970 kam es zu einer intensiveren Beschäftigung mit den Ereignissen in Kärnten 1918—1920, unter anderem auch zu einem Streit über die Rolle Italiens in der Kärntner Frage. War bisher die Meinung vorherrschend, daß Italien wegen seines Gegensatzes zu Jugoslawien eine für Österreich sehr positive Rolle gespielt habe, so zeichnete Wilhelm Neumann in einer ebenso polemischen wie interessanten Arbeit ein wesentlich negativeres Bild¹⁰). Neumann findet, daß Italien kein wirkliches Verdienst am Verbleib Kärntens bei Österreich zukomme, Italien habe eigentlich bloß „technische Hilfe auf unterer Ebene“ und „diplomatische Routinearbeit“ (S. 44) geleistet. Steine des Anstoßes sind vor allem die Frage des Aßlinger-Dreiecks und ein Plan des italienischen Diplomaten Vanutelli. Dieses Urteil ist m. E. ebenso einseitig wie die Meinung, Italien habe stets den österreichischen Standpunkt vertreten. Italiens Interessen in Kärnten liefen mit den österreichischen parallel — allerdings mit einer wichtigen Ausnahme, dem Aßlinger-Dreieck. Daher hat Italien Österreich unterstützt, aber nicht ausnahmslos. Worum ging es?

Die Aussage, Italien sei in der Kärntner Frage gegen Jugoslawien und für Österreich eingetreten, muß dahingehend präzisiert werden, daß Italien primär weder an einer Vergrößerung Österreichs noch an der Einheit Kärntens interessiert war, sondern die durch Kärnten führenden, wirtschaftlich und strategisch äußerst wichtigen Eisenbahnverbindungen zwischen Triest (Nordostitalien) und Wien (Mittel-Osteuropa) nicht Jugoslawien überlassen wollte. Durch die Entstehung des SHS-Staates war ja bereits die wichtige Südbahn (Triest—Laibach—Marburg—Wien) jugoslawisch geworden. Es gab noch zwei weitere Bahnen, die Triest mit Wien verbanden:

1. über Tarvis — Villach — St. Veit a. d. Glan

¹⁰) Wilhelm Neumann, Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918—1920. Legenden und Tatsachen (Klagenfurt 1970). Rezensionen des Buches: Kärntner Ausgabe der Kleinen Zeitung 9. Oktober 1970 S. 12 (Manfried Rauchensteiner); MIOG 25 (1972) 221 (Franz Huter); Intern. Zeitschr. f. Südostforschungen 31 (1972) 393 (Arnold Suppan). Neumann stützt sich, was die Ereignisse auf der Friedenskonferenz betrifft, auf die Arbeit von Claudia Kromer, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Frage Kärnten 1918—1920 (Klagenfurt 1970), die vor allem die bedeutende Rolle der Coolidge Mission und Wilsons hervorhebt. Rezensionen dieser Arbeit: Kärntner Ausgabe der Kleinen Zeitung 8. August 1970 S. 24 (Manfried Rauchensteiner); MOSTA 23 (1970) 406 (Rudolf Neck). Mit der Arbeit Kromers setzt sich auch auseinander Georg E. Schmid, Die Coolidge Mission in Österreich 1919. In: MOSTA 24 (1971) 433—467. Vgl. auch Ludwig Jedlicka, Vom alten zum neuen Österreich, S. 311 ff, und das Sammelreferat von Alfred Ogris, Ausgewähltes Schrifttum zur mittelalterlichen und neueren Geschichte Kärntens (1959—1971). In: MIOG 81 (1973) 344—432, S. 366 f.

2. über Jesenice/Aßling — Karawankentunnel — Rosenbach — Klagenfurt — St. Veit a. d. Glan

Beide Bahnen führten über Kärntner Gebiet. Hätte Jugoslawien seinen Forderungen gemäß auch Kärnten oder gewisse Teile davon bekommen, so wären sämtliche Bahnverbindungen Triests mit seinem Einzugsgebiet im Norden über jugoslawisches Gebiet verlaufen. Auch die Verbindung Italiens mit Ungarn wäre nur mehr über den Brenner möglich gewesen. Schließlich war Kärnten eine „Aufmarschbasis“ im Fall eines italienisch—jugoslawischen Konfliktes ¹¹⁾.

¹¹⁾ Jedlicka, Die Außenpolitik der Ersten Republik, S. 2. Renner sagte auf der St. Veiter Konferenz (Neumann, Abwehrkampf, S. 93): „Es ist von italienischer Seite das Wort gefallen,

Es ist selbstverständlich, daß Sonnino alles versuchte, um die jugoslawischen Pläne zu durchkreuzen. Die Folge war, daß Italien energisch — im eigenen Interesse — für den Verbleib Kärntens oder wesentlicher Teile (Villach, Klagenfurt, St. Veit) bei Österreich eintrat, und zwar sowohl bei der Friedenskonferenz in Paris als auch an Ort und Stelle durch die stillschweigende Billigung des Kärntner Abwehrkampfes und durch die Besetzung der 1. Bahnlinie Villach—St. Veit durch italienische Truppen am 12. Juni 1919.

Im Juli 1920, nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, stellte Italien Österreich den Abzug dieser Truppen frei. Renner als Staatssekretär für Äußeres sowie Breisky, Staatssekretär für Inneres, und der Staatssekretär für Heereswesen Deutsch fuhren daraufhin nach Kärnten, um mit Vertretern der Kärntner Landesregierung und anderen Kärntner Politikern neben verschiedenen die Abstimmung betreffenden Fragen auch den Abzug der italienischen Truppen zu besprechen (St. Veiter Konferenz vom 28. Juli 1920)¹²⁾. Einige forderten den Abzug und meinten, die Bevölkerung warte mit Sehnsucht darauf. Dem widersprach die Mehrheit und forderte aus Mißtrauen gegen die Jugoslawen den Verbleib der Italiener bis zur Abstimmung¹³⁾. Man einigte sich auf den Vorschlag Deutschs, die Italiener um den Verbleib eines Teils der Truppen zu ersuchen. Italien entsprach natürlich diesem Wunsch. Die Beziehungen zwischen den italienischen Truppen und der Bevölkerung waren, von wenigen Zwischenfällen abgesehen, gut¹⁴⁾.

Die Besetzung und Sicherung der ersten Bahnlinie durch Italien wurde also von Österreich als eine der Einheit Kärntens und einer ruhigen Abstimmung förderliche Maßnahme erachtet und gewünscht. Das Interesse Italiens an der ersten Bahnlinie war demnach jedenfalls für Österreich günstig.

Anders verhielt es sich bei der zweiten Bahnlinie. Sie führte durch das sogenannte Aßlinger-Dreieck. Dieses oberkrainische Gebiet lag jenseits der Wasser-

wenn die Abstimmungszone A den Jugoslawen zufällt und die Jugoslawen nördlich von den Karawanken eine Aufstellungsmöglichkeit für ihre Truppen haben, dann ist es bei einem Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien selbstverständlich, daß sich beide auf Kärntner Boden begeben, und dann würde Kärnten das Schicksal Belgiens haben. Das hat der Italiener selbst gesagt.“

¹²⁾ Neumann, Abwehrkampf, S. 64—192 hat das stenographische Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht. Eine Kopie befindet sich auch im NPA 803 Fol. 682—742.

¹³⁾ Der Landesverweser von Kärnten, Dr. Arthur Lemisch, sagte u. a. — es sei wegen der unmittelbaren Anschaulichkeit auch im Hinblick auf die österreichisch-italienischen Beziehungen zitiert —: „Mit der Liebe zu den Italienern steht es so: Vor dem Krieg war die Liebe nicht da. Die Kärntner haben seit hundert Jahren alle Kriege gegen Italien mitgekämpft, jeder Urgroßvater, Großvater und Vater weiß das. 1848/49, 1859, 1866 — das sind meine Erinnerungen. Wir können die Italiener nicht übermäßig lieben. Jetzt haben wir die Jugoslawen da. Wir Kärntner müssen uns fragen, was ist besser, Jugoslawen oder Italiener? Wir müssen schauen, daß wir die Italiener gut behandeln, damit unsere Sache gut ausgeht.“ (Neumann, Abwehrkampf, S. 99).

¹⁴⁾ Siehe den Erinnerungsbericht des österreichischen Verbindungsoffiziers Oberleutnant Helmut Hütter, Die Rolle Italiens im Kampf um Kärnten. In: Carinthia I 150 (1960) 603—619.

scheide Adria/Schwarzes Meer und war rein slowenisch besiedelt. Sonnino forderte es in Paris nicht für Italien, schlug aber vor, es an Österreich zu geben. Als Kompensation hätte das nur mehrheitlich slowenisch besiedelte Südostkärnten (Gebiet um Völkermarkt, Bleiburg und Ferlach), das durch die Zuteilung Marburgs zu Jugoslawien eisenbahntechnisch uninteressant geworden war, an Jugoslawien fallen sollen. Diese Regelung, die sowohl ethnische als auch historische Grenzen mißachtet hätte, wäre natürlich ohne Volksabstimmung vorgenommen worden. Sie wäre für Österreich schlecht gewesen, weil sie die Volksabstimmung verhindert und das Klagenfurter Becken zerrissen hätte, und weil viele Kärntner Slowenen, die bei Kärnten bleiben wollten, zu Jugoslawien gekommen wären. Dafür wäre Österreich ein rein slowenisches Gebiet, das es nie gefordert hatte, zugeteilt worden. Hier deckten sich also die italienischen Interessen nicht mit den österreichischen.

Obwohl Sonnino in Paris hartnäckig für diese Lösung eintrat mit der Begründung, die erste Bahnlinie sei viel zu schwach, die Zerstückelung der zweiten würde Triest großen Schaden zufügen u. s. w., drang er nicht durch. Vor allem bestanden die amerikanische Delegation und Wilson auf der Einheit des Klagenfurter Beckens und auf der Volksabstimmung¹⁵⁾. Die Ereignisse in dieser Phase hat Neumann ins rechte Licht gerückt. Mit der Entscheidung für die Volksabstimmung (4. Juni 1919) war der Plan Sonninos erledigt. Italiens Interesse lag nun in einer für Österreich günstigen Volksabstimmung.

Allerdings tauchte der Plan Sonninos ein Jahr später, im Sommer 1920, wieder auf, und zwar durch einen italienischen Diplomaten in Paris, Legationsrat Graf Vanutelli-Rey. Er war schon bei den Friedensverhandlungen 1919 einer der italienischen Kärnten-Spezialisten gewesen und hatte für den Vorschlag Sonninos gearbeitet. Jetzt versuchte er mehrmals, dem österreichischen Gesandten Eichhoff den Plan schmackhaft zu machen¹⁶⁾. Er sagte zu Eichhoff, es sei doch sehr zu befürchten, daß die Volksabstimmung gegen Österreich ausgehe. Daher sei es besser, alles zu tun, um sie zu verhindern. Dann würden die Grenzen im Verhandlungswege gezogen werden, und Österreich könne so mehr bekommen als beim negativen Ausgang des Plebiszits. Es schwebte ihm natürlich die Lösung vor, welche die Bahn Görz — Jesenice/Aßling — Rosenbach den Jugoslawen genommen hätte. Dabei riet er zu einem recht skrupellosen Vorgehen. Er meinte, man müsse in der Abstimmungszone eine solche Erregung hervorrufen, daß die Abstimmung unmöglich und eine Verhandlungslösung notwendig würde. „Die Opfer, die derartige Stürme fordern, dürfen bei Verfolgung höherer Zwecke wie der dauernden Bildung eines Staatsgebietes nicht ins Gewicht fallen. Es sei außerordentlich traurig, wenn die ... Bewegung zum Blutvergießen führt, er (Vanutelli) sehe aber gerade im Interesse des Kärntner Volkes

¹⁵⁾ Kromer, Die Vereinigten Staaten, S. 141 ff; Moodie-Taylor, The italo-yugoslav boundary, S. 183 ff.

¹⁶⁾ Berichte Eichhoffs aus Paris vom 14. Juni 1920 Nr. 1817/P Z 2502/4 (NPA 803 Fol. 592), vom 14. Juli 1920 Nr. 2162/P und vom 25. August 1920 Nr. 2621/P (die beiden letzten siehe Dokumentenanhang bei Neumann, Abwehrkampf, S. 58 und S. 134).

keinen anderen Ausweg.“¹⁷⁾ Eichhoff wies ein solches Vorgehen mit Protest zurück. Außerdem sei Österreich überzeugt, daß die Abstimmung günstig verlaufen werde.

Als Renner auf der St. Veiter Konferenz die Idee des Verzichts auf die Volksabstimmung zur Sprache brachte, drückten die Kärntner ihre Zuversicht aus, daß die Mehrheit für Österreich stimmen werde; sie nannten 60%. (Tatsächlich stimmten dann 59% für Österreich). Renner konnte nach Paris die Weisung geben, daß man zu dem von Vanutelli ventilierten Vorgehen keinen Anlaß habe, womit der Vorstoß erledigt war.

Neumann vertritt nun die Ansicht¹⁸⁾, daß Vanutelli diesen für Österreich nachteiligen Plan und das skrupellose Vorgehen im Auftrag Roms propagiert habe, und schließt daraus, daß das Verhalten Italiens eben unverändert für Österreich schädlich gewesen sei, und man also nicht davon reden könne, daß Italien Österreich unterstützt habe.

Es gibt aber keinen Beweis, daß Vanutelli im Auftrag Roms gehandelt hat, wo sich seit dem Frühjahr 1919 und seit dem Abgang Sonninos personell viel geändert hatte. Vielmehr gibt es mehrere Hinweise, daß Vanutelli eine Sonderpolitik betrieben haben dürfte, mit der die verantwortlichen italienischen Politiker Nitti, dann Giolitti und Sforza nichts zu tun hatten und die sie nie gebilligt hätten. Erstens betonte Vanutelli mit geradezu ängstlichem Nachdruck den rein „persönlichen“ Charakter seiner Bemerkungen. Er sprach auch keineswegs „als Vertreter des Botschafters“, wie Neumann schreibt. Zweitens ist es sicher, daß der italienische Vertreter in der Kärntner Plebiszitkommission, Prinz Livio Borghese, der Weisung hatte, in der Kommission für Österreich einzutreten¹⁹⁾, den Verschleppungstaktiken der Jugoslawen in den Verhandlungen der Abstimmungskommission wiederholt energisch entgegentrat²⁰⁾. Vanutelli wollte aber gerade die Abstimmung verschleppen und verhindern. Drittens ist es kaum vorstellbar, daß Außenminister Carlo Sforza, der ein integrierter Mann war, einen so rein imperialistischen Plan verfolgt haben soll²¹⁾. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Sache von nationalistischen Kreisen betrieben wurde, die die Vorteile Italiens mit allen Mitteln zu erreichen suchten, und also nicht der offiziellen Politik Italiens entsprach.

Die Abstimmung selbst verlief korrekt, woran der italienische Vertreter, Livio Borghese, seinen Anteil hatte. Das Urteil über ihn ist einstimmig, nämlich daß er „sehr tatkräftig die österreichischen Bestrebungen, die Abstimmung frei und unbeeinflusst . . . zu gestalten“²²⁾, unterstützte.

¹⁷⁾ Bericht vom 14. Juni, ebd.

¹⁸⁾ Neumann, Abwehrkampf, S. 45 ff.

¹⁹⁾ Renner auf der St. Veiter Konferenz (Neumann, Abwehrkampf, S. 107). Renner wußte das wahrscheinlich von Torretta, zu dem er guten Kontakt besaß.

²⁰⁾ Wutte, Kärntens Freiheitskampf, S. 359.

²¹⁾ Zur außenpolitischen Konzeption und zur Person Sforzas siehe Seton-Watson, *L'Italia dal liberalismo al fascismo*, S. 660—668.

²²⁾ Wie Anmerkung 20.

Natürlich war es nicht bloß Italiens Verdienst, daß ganz Kärnten bei Österreich verblieb. Dazu hat eine Vielzahl von Faktoren beigetragen. Es stimmt auch, daß für Italien eine Volksabstimmung nicht besonders wünschenswert war. Man darf aber die Kärntner Frage nicht allein aus dem Blickwinkel der Volksabstimmung sehen, wie es Neumann tut. Insgesamt kann man sagen, daß Italien, weil seine Interessen mit Ausnahme des Äblinger-Dreiecks mit Österreich parallel verliefen, in der Kärntner Frage Österreich unterstützt hat. Diese günstige Einstellung als eine bloße „technische Hilfe auf unterer Ebene“ und „diplomatische Routinearbeit“ abzutun, ist keinesfalls richtig. Im übrigen sind „untere Ebenen“ ja Befehlsempfänger und müssen mit „oberen“ übereinstimmen.

c) Renner und Italien

Bald nach der Volksabstimmung in Kärnten schied Renner aus dem Außenamt aus. Renner hatte mit seinem Besuch in Rom die Weichen für die österreichisch-italienischen Beziehungen der Nachkriegszeit gestellt. Renner war kein „Italophiler“. Auch er konnte die Italiener nicht übermäßig lieben, wie es Lemisch formuliert hatte²³⁾. Niemand konnte das damals in Österreich, dazu war die Umstellung zu groß, die Wunden zu frisch. Auch waren die Italiener keine Engel, und wenn ein ideal denkender Mensch wie Nitti an der Spitze der Regierung stand, so reichte sein Arm doch nicht allzu weit, und die Details, die Dinge des Alltags mußten mit anderen besprochen werden. Renner sagte selbst im Zusammenhang mit der Finanzierung der in Kärnten stationierten italienischen Truppen: „Die Italiener machen von allen Nationen, mit denen wir es zu tun haben, die allerschlaueste und allerberechnendste Politik. Sie übersehen gar nichts.“²⁴⁾

Dennoch hat Renner gute Beziehungen zu Italien gepflogen. In der Nationalratsdebatte über die Regierungserklärung der Regierung Mayr am 23. November 1920 hielt Renner in seiner Rede Rückschau auf seine eigene Regierungstätigkeit. U. a. sagte er:

„Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, eine Verständigung mit Italien herzustellen, und ich muß bekennen, daß sowohl bei der Verhandlung der Friedensverträge von St. Germain, wo es sich um Deutschwestungarn und auch um Unterkärnten gehandelt hat, als auch bei der Durchführung dieser Verträge, wo es sich um die Durchführung der Volksabstimmung, um die Räumung von Spielfeld und Radkersburg gehandelt hat, in allen diesen Fällen uns die Freundschaft Italiens viel genützt hat.“²⁵⁾

Als Realpolitiker wollte Renner nicht nur die italienische Politik für Österreich gewinnen, er wußte auch, daß die Zeit Wunden heilt. Er vertraute auf eine demokratische Zukunft, gleich ob es sich um Südtirol, den Anschluß oder den friedlichen Wiederaufbau Mitteleuropas handelte.

²³⁾ Siehe Anmerkung 13.

²⁴⁾ St. Veiter Konferenz (Neumann, Abwehrkampf, S. 87).

²⁵⁾ Stenographische Protokolle des Österreichischen Nationalrates, Bd. I, S. 68.

2. Bundeskanzler Michael Mayr

Der Oberösterreicher und Wahltiroler Dr. Michael Mayr, Archivdirektor und seit 1900 auch Universitätsprofessor für Geschichte in Innsbruck, hatte sich als Staatssekretär für Verfassungs- und Verwaltungsreform durch die Verhandlungen über die neue Verfassung profiliert. Nach dem Scheitern der Koalition im Juni 1920 hatte er in der Übergangslösung des Proporzkabinetts den Vorsitz geführt. Nach den Oktoberwahlen hätte eigentlich der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober Bundeskanzler werden sollen, sogar die Sozialdemokraten hatten nichts gegen ihn einzuwenden. Doch waren die Großdeutschen nicht einverstanden, und so einigten sich Großdeutsche und Christlichsoziale darauf, daß Michael Mayr weiterhin, jetzt als Bundeskanzler, die Regierung führen sollte. Am 23. November 1920 übernahm er das Amt und gleichzeitig das Staatsamt für Äußeres.

In der Außenpolitik trachtete er, „den schon von Renner beschrittenen Weg der Neutralität nach allen Seiten, das beharrliche Bemühen, nirgends anzustoßen, beizubehalten“ ²⁶⁾.

a) Mayrs Verhältnis zu Italien

In bezug auf Italien war Mayr allerdings schwerstens vorbelastet. Er hatte sich als Historiker in Innsbruck u. a. mit dem gegen die Habsburgermonarchie gerichteten italienischen Irredentismus beschäftigt. Innsbruck war in den letzten Jahrzehnten der Monarchie zu einem Zentrum der Italienfeindlichkeit geworden. Die erbitterten Auseinandersetzungen um eine italienische Rechtsfakultät in Innsbruck hatten das Ihre beigetragen. Über all dem war Michael Mayr zu einem stark ausgeprägten Italophobismus gekommen. Der „Verrat“ Italiens von 1914 war Öl aufs Feuer. 1916 gab er ein Buch über „Die Entwicklung des italienischen Irredentismus in Tirol“ heraus, das als sein historisches Hauptwerk galt. Schon 1917 wurde dieses durchgehend antiitalienische Werk in zweiter, verbesserter und vermehrter Auflage gedruckt. In dem Buch, einer fast unverhüllten politischen Kampfschrift, ließ er, verpackt in wissenschaftliche Forschung, kein gutes Haar an den Italienern. Er verurteilte den Irredentismus, forderte strenges Durchgreifen der Behörden und vertrat Ansichten, die eindeutig einer „fascistischen“ Ideologie angehörig sind, was nur z. T. aus der Entstehungszeit erklärt werden kann ^{26a)}. Die Innsbrucker Nachrichten nannten es „ein Werk politischer Aufklärung, das uns zeigt, daß Nachgiebigkeit und Versöhnlichkeit nicht am Platze sind“ ²⁷⁾. Ein anderer Rezensent jedoch (Fränkische Zeitung) bemerkte bissig, das Buch sollte eher heißen „Der Kampf der österreichischen Polizei gegen den italienischen Irredentismus vom polizeilichen Standpunkt aus“, und: „Auf den 400 Seiten des Buches finden sich nur ganz vereinzelte Versuche ...

²⁶⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 89 ff.

^{26a)} Siehe dazu Ramhardter, Geschichtswissenschaft und Patriotismus. Österreichische Historiker im Weltkrieg 1914–1918, besonders S. 137–140.

²⁷⁾ Zitiert nach Ingeborg Richter, Michael Mayr, S. 72 ff.

dem politischen, nationalen, staatlichen und religiösen Gegner gerecht zu werden.“²⁷⁾ Lassen wir Mayr selber zu Wort kommen!

Zum „Treuebruch, dessengleichen die Weltgeschichte nicht kennt“, schrieb er: „Kein Land und keine Regierung war jemals vom ärgsten Feinde schlimmer behandelt worden als der Verbündete Italiens, mit dem es seit 33 Jahren zum größten eigenen Vorteil im engsten Vertragsverhältnisse gestanden war. Schließlich triumphierte wiederum, wie so oft schon, der Irredentismus.“²⁸⁾

Worin allerdings dieser Treuebruch gelegen haben soll, versteht man nicht ganz, wenn man den nächsten Satz liest:

„Für Österreich-Ungarn und für Deutschland aber war die endliche Lösung des *längst unwahren Bundes* mit Österreichs altem Erbfeind eine geschichtliche Notwendigkeit geworden.“²⁹⁾

Über den italienischen Irredentismus schreibt Mayr im Schlußwort:

„Ein größeres Meer von Blut und Elend ist die böse Frucht der Irredenta. Angesichts solch schlimmer Folgen, die hauptsächlich das unschuldige Volk büßen muß, ist es Pflicht der Selbsterhaltung und ein Recht der Notwehr, daß der Staat das wuchernde Dornestrüpp der Irredenta, welches die von den Italienern bewohnten Gebiete Österreichs dicht überzogen hat, unbarmherzig ausrotte und der patriotischen Bevölkerung wieder Luft und Licht zum Leben verschaffe.“³⁰⁾

und

„Von irgendeiner bevorzugten Sonderstellung oder Autonomie des italienischen Volksstammes oder von Teilen desselben aus bloß nationalen Gründen darf in Zukunft keine Rede mehr sein.“³¹⁾

und

„Der Irredentismus in Österreich ist eine Schlange, welcher der Kopf zertreten werden muß. Kirche, Schule, Presse, Staats- und Landesverwaltung müssen sich energisch in den Dienst der Sache stellen und diese notwendige Arbeit besorgen.“³²⁾

Diese Sätze stimmen voll mit der späteren faschistischen Ideologie bezüglich Südtirols überein, es könnte sie mit umgekehrten Vorzeichen und geänderten Namen, wörtlich Ettore Tolomei geschrieben haben. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen war Mayr gezwungen, die Politik eines guten Einvernehmens mit Italien fortzusetzen³³⁾. Es ist aber verständlich, daß dieser Repräsentant der Erbfeindschaft, anders als Renner vor ihm und Schober nach ihm, nichts tat, um die österreichisch-italienischen Beziehun-

²⁸⁾ Mayr, Irredentismus 2. Auflage S. 338.

²⁹⁾ Ebd. S. 339, Hervorhebung vom Verfasser.

³⁰⁾ Ebd. S. 339.

³¹⁾ Ebd. S. 340.

³²⁾ Ebd. S. 343.

³³⁾ Unterredung Mayrs mit Torretta, Hausnotiz Nr. 103, 18. Dezember 1920, NPA Präs. 133. Ob man in Rom über die Vergangenheit Mayrs etwas wußte, geht aus den Akten des NPA nicht hervor.

gen zu fördern. Schon in der Regierungserklärung hat er beim außenpolitischen Teil Italien nicht genannt, aber, was auffälliger ist, auch in den Reden vor dem Ausschuß für Äußeres während seiner sechsmonatigen Kanzlerschaft erwähnte er Italien nie. Ein besonderes Verhältnis zum südlichen Nachbar war von ihm nicht zu erwarten. Seine kurze Regierungszeit und die relative Konstanz, die jede Außenpolitik kennzeichnet, verhinderten mögliche Spannungen.

Bundeskanzler Mayr ist jedenfalls ein Beispiel dafür, welchen Schwierigkeiten eine Besserung der österreichisch-italienischen Beziehungen begegnen konnte.

b) Die Kreditaktion

Die vordringlichste Aufgabe der Regierung Mayr war es, einen Kredit zur Sanierung des österreichischen Budgets zu erlangen. Wie schon Sir William Goode bewiesen hatte, konnte nur eine kräftige Kreditspritze den Verfall der Währung aufhalten und die Wirtschaft zu erhöhter Produktion anregen.

Am 9. Dezember 1920 bat Mayr die Gesandten der alliierten Mächte zu sich und informierte sie über die katastrophale Versorgungslage. Wenn Österreich keine Kredite erhalte, müsse die Regierung zurücktreten³⁴⁾. Dennoch entschlossen sich die Alliierten, nicht die von Goode vorgeschlagenen Regierungskredite zu geben, sondern Privatkredite zu empfehlen. Da aber private Geldgeber nicht das notwendige Vertrauen in die Zukunft Österreichs hatten, scheiterte auch dieser Plan. Daher fuhr Bundeskanzler Mayr Mitte März 1921 nach London und Paris, um persönlich bei Obersten Rat das Anliegen Österreichs zu vertreten. Es konnte tatsächlich ein Durchbruch erzielt werden. Die Sanierungsaktion wurde dem Völkerbund unterstellt. Das Finanzkomitee des Völkerbundes wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit Wien einen detaillierten Wiederaufbauplan zu erstellen. Gleichzeitig stellten die Alliierten in Aussicht, für eine bestimmte Zeit auf das Generalpfandrecht zu verzichten, mit dem alle österreichischen Aktiva im Friedensvertrag belegt worden waren, um die Reparationszahlungen zu sichern. Erst dieser Verzicht ermöglichte, daß Österreich privaten Geldgebern den Zinsen- und Tilgungsdienst garantieren konnte. Allerdings waren die Alliierten zu diesem Schritt erst bereit, wenn alle Staaten, vor allem die USA, sich anschließen würden. Im April und Mai 1921 wurde der Wiederaufbauplan erarbeitet, im Juni fertiggestellt. Anfang Juli stimmten die Alliierten dem Plan zu³⁵⁾.

Italien beteiligte sich als alliierte Macht natürlich an der Aktion, aber es tat dies zögernd. Nicht etwa, daß man die prekäre Situation Österreichs nicht sah oder nicht helfen wollte. Sforza hatte auf der Pariser Konferenz der Alliierten Ende Jänner 1921 erklärt, das österreichische Problem müsse dringend behandelt werden. Es könne nicht mehr darum gehen, die bisherigen Hilfsaktionen weiterzuführen, man müsse vielmehr etwas tun, was die Lebensgeister Öster-

³⁴⁾ Aufzeichnung über eine Gesandtenkonferenz im Außenministerium am 9. Dezember 1920, NPA Präs. 1 Fol. 108 ff.

³⁵⁾ Ladner, Staatskrise, S. 18 f.

reichs wecke ³⁶⁾. Sforza unterbreitete auch einen Plan. Wenn man dennoch von zögernder Beteiligung sprechen kann, so weil Italien über die Modalitäten andere Vorstellungen hatte. Der Hauptpunkt war dabei, daß Italien von den Reparationen, die Österreich zu zahlen haben würde, 50% bekommen sollte und nun befürchtete, falls die Kreditaktion scheiterte, am meisten geschädigt zu werden. Und weil Italien selbst große Kriegsschulden hatte, vor allem ebenso wie England und Frankreich an die USA, wollte es Schulden nur dann nachlassen, wenn auch seine Schulden großzügig behandelt würden. Vor allem lehnte es Sforza ab, das Generalpfandrecht vollständig aufzuheben, dafür sollten aber Teile der österreichischen Aktiva befreit werden. Im Bereich über die Londoner Konferenz (Mitte März 1921) in der Kammer ³⁷⁾ sagte er, Italien müsse und wolle sein Recht unvermindert erhalten, von Österreich die ihm geschuldeten Reparationen zu bekommen. Dennoch habe es zugestimmt, daß Teile der österreichischen Aktiva als Garantie für die Anleihe verwendet werden. Er sei stolz über diese Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Österreichs.

Italien blieb dabei. Als sich daher Mayr am 7. Juni — der Wiederaufbauplan war schon fertiggestellt — beim italienischen Geschäftsträger in Wien, Biancheri, beklagte, Italien habe immer noch nicht der Rückstellung der Pfandrechte zugestimmt, konnte Biancheri nicht anderes sagen, als daß man in Rom sehr intensiv mit der Sache beschäftigt sei ³⁸⁾.

Am 21. Juni übernahm Schober die Regierung. Dem neuen Bundeskanzler erklärte Torretta, warum sich in Italien ein gewisser Widerstand gegen die Aktion geregt habe ³⁹⁾. Für Italien stehe hier mehr auf dem Spiel als für die anderen Staaten, der Völkerbund sei ein „unverantwortlicher Faktor“, dem man so wichtige Sachen ungern anvertraue, außerdem seien die USA nicht Mitglied des Völkerbundes.

Als dann am 27. Juni 1921 das Kabinett Giolitti demissionierte, war Italien in der Endphase der Verhandlungen um den Wiederaufbauplan ohne Regierung. Schober sagte im Ausschuß für Äußeres am 9. Juli, „die italienischen Vertreter konnten mit Rücksicht auf den sich vollziehenden Regierungswechsel nicht definitiv Stellung nehmen“ ⁴⁰⁾.

Die zögernde Haltung Italiens war aber nicht die einzige und nicht die wichtigste Ursache, daß der Völkerbund-Wiederaufbauplan vom Frühjahr 1921 dann doch nicht verwirklicht wurde und Österreich noch mehr als ein Jahr bis zur Sanierung warten mußte. Eine weit größere Schwierigkeit, ja Gefahr als das

³⁶⁾ Bericht Sforzas über die Pariser Konferenz in der Kammer am 7. Februar 1921, Sforza, *Un anno di politica estera*, S. 83 ff. Sforza forderte wörtlich „un'opera di ricostruzione organica dell'Austria svegliandone i fattori di vita che pur vi esistono“.

³⁷⁾ Sforza, *Un anno di politica estera*, S. 105 und Bericht Nr. 1/P aus Rom (Kwiatkowski) vom 22. März 1921.

³⁸⁾ Gespräch Mayers mit Biancheri am 7. Juni 1921, NPA 553 Nr. 14.

³⁹⁾ Unterredung Schobers mit Toretta 23. Juni 1921, NPA 553, auch vom 27. Juni 1921, NPA 553 Nr. 16.

⁴⁰⁾ Wiener Zeitung 10. Juli 1921.

Zögern Italiens war die Anschlußbewegung, die gerade in diesen Monaten ihren Höhepunkt erreichte, als zum erstenmal ein Plan zur Sanierung Österreichs mit einer gewissen Aussicht auf Verwirklichung erwogen wurde. Anschluß und Kredite waren unvereinbar, weil die Sieger nicht für einen Machtzuwachs Deutschlands bezahlen wollten. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß die Anschlußrufe die Kreditaktion äußerst gefährdeten und auch verzögerten.

Ein weiteres Problem war das schon besprochene Generalpfandrecht, weil sich seine Aufhebung als schwieriger denn erwartet erwies. Nicht nur Italien opponierte, sondern auch die Nachfolgestaaten. Damit hatte sich vor allem die Regierung Schober zu befassen. Die Anschlußbewegung aber brachte die Regierung Mayr zu Fall.

c) Die Anschlußabstimmungen im Frühjahr 1921 — Italien und der Anschluß bis zum April 1921 — Anschluß und Südtirol — Die italienische Regierung und die Abstimmungen

Im Frühjahr 1921 wurde Österreich durch ein Anwachsen der Anschlußbewegung und durch die ländersweisen Anschlußabstimmungen erschüttert. Sie führten zu diplomatischem Eingreifen und zu massiven Drohungen der Entente-mächte — auch Italiens — und zum Rücktritt der Regierung Mayr am 1. Juni, weil es Mayr nicht gelang, der Bewegung Einhalt zu gebieten. Italiens Proteste waren zwar nicht so hektisch wie die französischen, gleichwohl war es ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten Österreichs.

Das allgemeine starke Verlangen nach dem Anschluß braucht hier nicht besonders erklärt zu werden. Starke Zweifel an der Lebensfähigkeit Österreichs; das Gefühl, nur mehr ein Rest zu sein, der in ein größeres Gebiet eingegliedert werden müsse; das Gefühl, des Selbstbestimmungsrechtes beraubt zu sein, das waren die wichtigsten Gründe, weshalb weite Bevölkerungskreise — nicht alle — den Anschluß an Deutschland wünschten. Das war auch der Hintergrund, vor dem die Anschlußabstimmungen vorbereitet wurden ⁴¹⁾.

Am 1. Oktober 1920, am selben Tag, an dem die neue Bundesverfassung beschlossen wurde, nahm die Nationalversammlung einstimmig eine vom großdeutschen Abgeordneten Dr. Straffner eingebrachte Resolution an, in der die Staatsregierung aufgefordert wurde, innerhalb von sechs Monaten eine Volksabstimmung bezüglich des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich anzuordnen. Die Resolution widersprach dem Vertrag von St. Germain und wurde nicht durchgeführt. Die Anschlußanhänger gaben nicht auf. Im Februar brachte der Großdeutsche Dinghofer einen Gesetzesentwurf ein, in dem eine Volksabstimmung angeordnet wurde, „ob die Bundesbürger den Anschluß an das Deutsche Reich wünschen“. Mayr bemühte sich, die Annahme des Entwurfes zu verhindern. Das Gesetz wurde nun dahingehend geändert, daß die Frage lautete, ob die Bundesregierung „beim Völkerbund um Zustimmung zum An-

⁴¹⁾ Eine übersichtliche Darstellung der Ereignisse um die Abstimmung gibt Kleinwächter, *Deutschösterreichs Kampf*, S. 79 ff.

schluß ansuchen“ solle. In dieser dem Friedensvertrag nicht widersprechenden Form wurde das Gesetz am 12. Mai 1921 vom Nationalrat angenommen.

Mittlerweile hatten aber einige Bundesländer auf eigene Faust zu handeln begonnen, als sie das Unvermögen der Regierung sahen, eine allgemeine Abstimmung abzuhalten. Der Tiroler Landtag setzte für den 24. April eine Abstimmung in Tirol an. Es folgten Salzburg, Oberösterreich und die Steiermark. Damit wurde die Bewegung auch zu einer Kraftprobe zwischen Bundesregierung und Ländern. Die Bundesregierung vertrat beharrlich den Standpunkt, daß bei voller Wahrung der aus dem Artikel 88 des Friedensvertrags hervorgehenden Rechte derzeit Anschlußkündgebungen nicht am Platze seien, weil man zuerst einmal die wirtschaftliche Rettung Österreichs mit Hilfe der Siegermächte vorbereiten und durchführen müsse. Kredite und Anschluß seien unvereinbar. Es war ja von vornherein klar, daß die Entente, besonders Frankreich, weder eine allgemeine noch eine länderweise Abstimmung, die sicher eine Mehrheit für den Anschluß gebracht hätte, dulden würde. Um die Abstimmungen zu verhindern, fuhr man tatsächlich mit den schwersten Geschützen auf. Am 14. April drohte der französische Gesandte Lefèvre-Pontalis im Namen seiner Regierung, man werde die Hilfsaktion einstellen und die Reparationskommission in ihren Befugnissen wiederherstellen. Die Vertreter der englischen und italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung mit der Bemerkung an, wenn sich Frankreich zurückzöge, würden sie allein auch nicht helfen ⁴²⁾.

Dennoch fand am 24. April 1921 in Tirol die Abstimmung statt. 99% der Teilnehmer, das waren 77% der Stimmberechtigten, sprachen sich für den Anschluß aus ⁴³⁾. Daraufhin drohte Lefèvre, Jugoslawien werde mit französischer Billigung Kärnten besetzen, und Paris werde die Ansprüche Ungarns auf Westungarn unterstützen ⁴⁴⁾. Der englische Gesandte Lindley erklärte, die englische Regierung werde gegen den Anschluß absoluten Widerstand leisten, „damit nicht der Weg nach Osten ganz von Deutschland beherrscht wird“ ⁴⁵⁾. Mayr versuchte verzweifelt, den Ententevertretern gegenüber die Bedeutung der Volksabstimmung herabzusetzen. Er sprach von gefälschten Stimmen, von alldeutscher Agitation und versicherte, ein rascher Erfolg der Kreditaktion würde den „Anschlußrummel“ bald beenden ⁴⁶⁾. Gleichzeitig bemühte er sich, weitere Abstimmungen zu verhindern. In Salzburg hatte er nur einen halben Erfolg. Der Landtag hob zwar den Beschluß über die Volksabstimmung auf, gleichzeitig aber organisierten die Parteien eine „private“ Abstimmung. Am Tag vor der Abstimmung sprach Mayr in einem dramatischen Appell vor dem Ausschuß für Äußeres über die Gefahren der Anschlußbewegung. Nicht nur die Sanierungsaktion und Westungarn seien gefährdet, ganz Österreich drohe die Aufteilung und Besetzung ⁴⁷⁾. Trotzdem fand die Abstimmung statt (29. Mai). Es gebe keine

⁴²⁾ NFP 15. April 1921, Morgenblatt.

⁴³⁾ Hoor, Österreich 1918—1938, S. 69.

⁴⁴⁾ Unterredung Mayrs mit Lefèvre 27. April 1921, NPA Präs. 133 Nr. 10.

⁴⁵⁾ Unterredung Mayrs mit Lindley 30. April 1921, NPA Präs. 133 Nr. 11.

⁴⁶⁾ Mayr zum französischen Geschäftsträger Maugras 20. Mai 1921, NPA 553 Nr. 8.

⁴⁷⁾ Mayr im Aus. f. Auß. 28. Mai 1921, Wiener Zeitung 29. Mai 1921.

Autorität mehr, klagte die Neue Freie Presse⁴⁸⁾. Als der steirische Landtag eine Abstimmung für den 3. Juli ansetzte, demissionierte das Kabinett Mayr.

Die Pressuren der Entente begann nun zu wirken. Man erkannte in den Ländern, daß der Fortbestand Österreichs gefährdet war. Weitere Abstimmungen unterblieben. Nach drei Wochen wurde der Wiener Polizeipräsident Johann Schober Bundeskanzler.

Die italienische Regierung hatte in diesen Krisenwochen zwar entschieden gegen die Abstimmungen Stellung genommen, aber in einem gemäßigten Ton. Wie war überhaupt die Haltung Italiens zum Anschluß bisher gewesen? Man kann sagen, daß seit Orlando die Regierungen aus Entente-Rücksichten gegen den Anschluß waren, gleichzeitig aber große Gruppen dem Anschluß neutral oder positiv gegenüberstanden. Anders als in Frankreich, wo die Selbständigkeit Österreichs und das Verbot des Anschlusses zu den Dogmen der Politik der *securité* gehörten, war man in Italien in der ersten Zeit bereit, den österreichischen Wunsch nach Vereinigung mit Deutschland zu verstehen. Die Beziehungen Italiens zu Deutschland waren stets viel problemloser gewesen als jene zur österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Gedanke an ein wiedererstarktes Deutschland war für Italien — anders als für Frankreich — nicht schrecklich. Was man in Italien ebenso hartnäckig zu verhindern suchte wie in Frankreich den Anschluß, das war eine Restauration der verhaßten Habsburgermonarchie. Der Anschluß hätte sogar den Vorteil gehabt, eine solche Restauration endgültig unmöglich zu machen. So stand Italien, bevor die Pariser Friedenskonferenz das Anschlußverbot erhob, den Wünschen Deutschösterreichs verständnisvoll gegenüber. Die öffentliche Meinung blieb es auch nachher, nicht zuletzt ihrer anti-französischen Emotionen wegen. Ein eindrucksvoller Beweis sind die Pressekommentare anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain, in denen die linke und die liberale Presse das Anschlußverbot scharf kritisierten, weil es dem Selbstbestimmungsrecht widerspreche. Der *Corriere della Sera* schrieb z. B., es sei Ehrenpflicht aber auch wohlverstandenes Interesse Italiens zu verlangen, daß das Nationalitätsprinzip, „in dessen Namen wir gesiegt haben, auch für die Besiegten gelte“⁴⁹⁾. Auch nationalistische Publizisten, etwa in der „*Politica*“, vertraten die Meinung, daß der Anschluß unvermeidbar und jedenfalls einer Donauföderation vorzuziehen sei⁵⁰⁾.

Anders die offizielle Haltung der Regierungen. Anfänglich war die italienische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Paris durchaus anschlussfreundlich gestimmt, doch gelang es Clemenceau im März 1919, Orlando und Sonnino für das Anschlußverbot zu gewinnen. Ein wichtiger Grund war wohl, daß man nicht noch einen Streitpunkt zusätzlich zu Fiume und der italienisch-jugoslawischen Grenzziehung schaffen wollte⁵¹⁾. Ministerpräsident Nitti ver-

48) NFP 29. Mai 1921, Leitartikel im Morgenblatt.

49) Curato, La conferenza della pace, S. 497.

50) *Politica* Vol. 1 S. 96 (Alessandro Dudan), Vol. 3 S. 180 und Vol. 4 S. 31 ff (Francesco Coppola), Vol. 7 S. 154 und Vol. 12 S. 278 ff (Attilio Tamaro).

51) Schäfer, Genesis der Anschlußbewegung und Anschlußdiplomatie, S. 248 f.

urteilte selbst das Anschlußverbot ⁵²⁾, als ihn aber Renner bei seinem Rombesuch fragte, ob Italien ein Gesuch Österreichs an den Völkerbund um Erlaubnis zum Anschluß unterstützen würde, setzte er ausführlich auseinander, daß Italien dies unmöglich tun könne, weil seine Stellung Frankreich und England gegenüber viel zu heikel sei. Nitti meinte, es sei gerade für den Anschluß gefährlich und schädlich, vorzeitig zu handeln und Druck ausüben zu wollen ⁵³⁾.

Im Frühjahr 1921 kam es zu einer Wende in der italienischen Beurteilung Anschlusses. Anlaß waren die massive Anschlußbewegung und die Abstimmungen in Österreich, und gleichzeitige Vorfälle in Bozen. Man wurde sich nämlich der Gefahren bewußt, die Italien erwachsen konnten, wenn Deutschland am Brenner stünde. Man begann angesichts der Erregung in Österreich und besonders in Tirol, die Entstehung eines Südtirolirredentismus zu befürchten. Das Gespenst des Pangermanismus, die Möglichkeit eines deutschen Druckes auf Triest wurden sichtbar. Man vermutete, daß die deutsche Regierung hinter der Abstimmungsaktion stand ⁵⁴⁾. Im Juni 1921 schrieb F. Coppola in der „Politica“, einer nationalistischen Fachzeitschrift für Außenpolitik, mit Bezug auf die Abstimmungen in Tirol und Salzburg:

„Der Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine sehr große militärische Macht anstelle einer sehr kleinen und sehr schwachen unmittelbar an unserer Grenze; bedeutet, daß sich der etschländische Irredentismus automatisch in eine gewaltige Drohung verwandelt; bedeutet verhängnisvolle und bald aggressive Gravitation der gesamten deutschen Masse auf Triest und das adriatische Meer; bedeutet für die große Donaustraße eine baldige Wiederaufnahme des deutschen Drangs nach Osten; bedeutet also für Italien einen Komplex großer Gefahren.“ ⁵⁵⁾

Hier waren alle Argumente beisammen, die die italienische Haltung zum Anschluß in den nächsten fünfzehn Jahren bestimmten: Angst um die Brennergrenze und um den Einfluß im Donauraum. Gewiß war die *Politica* eine extreme Stimme, und es gab weiterhin in Italien anschlussfreundliche Stimmen. Doch war die Diskussion durch die plötzliche Handgreiflichkeit des Anschlusses, durch die mögliche Gefährdung der eigenen Interessen, offenkundig auf eine andere Ebene gelangt.

Verschärft wurde die Angst um die Brennergrenze durch den *Zwischenfall in Bozen* am 24. April 1921. Es war der Tag, an dem in Tirol abgestimmt wurde. Anlässlich der Frühjahrmesse fand ein Trachtenumzug statt. Ein faschistischer „fascio di combattimento“, an dem auch viele Faschisten aus den alten Provinzen teilnahmen, überfiel den Umzug. Es gab fünfzig Verletzte und einen Toten. Die Gewalttat wurde von den ruhigen Elementen der italienischen Bevölkerung scharf verurteilt, der Zivilkommissar Credaro sagte eine strenge Untersuchung an, dennoch festigte sich in Italien das Urteil, daß pangermanistische Agitation die Vorfälle verschuldet habe. Gleichzeitig wuchs in Südtirol und

⁵²⁾ Nitti, *Friedloses Europa*, S. 141.

⁵³⁾ Zusammenfassung der Gespräche zwischen Nitti und Renner 8. und 10. April 1920, NPA 476 geh. Fol. 26 ff, siehe oben S. 40.

⁵⁴⁾ Herre, *Die Südtiroler Frage*, S. 185 ff.

⁵⁵⁾ *Politica* Vol. 8 S. 253 (übers. v. Verf.).

jenseits des Brenners die Abneigung gegen Italien. In Innsbruck kam es zu Protestkundgebungen vor dem italienischen Konsulat, was wiederum ein Nachspiel in Wien hatte, wo sich der italienische Geschäftsträger Biancheri bei Bundeskanzler Mayr über die Innsbrucker Proteste beschwerte, vor allem, daß ein Vertreter des Landeshauptmannes Schraffl daran teilgenommen hatte:

„Die italienische Regierung könne auf keinen Fall dulden, daß eine nur sie angehende Angelegenheit innerpolitischer Natur unter Konnivenz verantwortlicher Faktoren in dieser Weise behandelt werde. Sie bedaure die Vorfälle in Bozen und habe eine strenge Untersuchung angeordnet. Er erwarte jedoch auch von der österreichischen Regierung, daß sie die Vorgänge in Innsbruck mißbillige.“⁵⁶⁾

Schraffl, der zu der Unterredung beigezogen war, sagte, die Teilnahme seines Vertreters habe nur der Beruhigung der Massen gedient. Mayr warf ein, was denn die Faschisten überhaupt in Bozen zu suchen hatten.

Für die italienische Regierung stellte sich die Lage so dar, daß zu den bisherigen Ententerücksichten eigene Argumente und eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung kam. Das erklärt ihre Haltung im April und Mai 1921, wo sie sich den Protesten der Ententepartner anschloß und sich an diesem „Eingriff in die Souveränität Österreichs“⁵⁷⁾ beteiligte.

Allerdings blieb der Ton gemäßigt. Am 30. April sagte man zum österreichischen Gesandten in der Consulta, es sei bedauerlich, daß sich die Anschlußagitation auch auf die italienischen Provinzen erstreckte. Das müsse die guten Beziehungen zwischen Österreich und Italien trüben. Italien müsse darauf bestehen, daß sich die mit großen Opfern erworbenen Provinzen zu Italien gehörig bekennen, dann könne man liberal sein, dann werde die deutsche Sprache und Eigenart erhalten bleiben. Eine Irredenta könne man nicht dulden⁵⁸⁾.

Also nicht der Anschluß, sondern die Auswirkungen der Abstimmungen auf Südtirol beschäftigten Rom.

Am 13. April teilte Biancheri dem Bundeskanzler mit, Lefèvre habe eine gemeinsame Demarche der Alliierten wegen der Salzburger Volksabstimmung angeregt, doch habe er abgelehnt, weil sie gegenwärtig nicht nützlich sei⁵⁹⁾. Eine Woche später sagte er, man müsse die österreichische Regierung in ihrem Kampf gegen die Abstimmungen unterstützen, doch Drohungen mit Gebietsabtrennungen, wie sie der französische Gesandte ausspreche, halte er für inopportun. Der lachende Dritte im Falle einer Besetzung Kärntens wäre nur Jugoslawien⁶⁰⁾. Am 6. Juni berichtete Kwiatkowski aus Rom, früher sei Italien für den Anschluß gewesen, durch die Umtriebe in Tirol und im Alto Adige sei ein Umschwung eingetreten, weil jetzt eine Gefahr für den Besitz drohe⁶¹⁾. Am 13. Juni meinte

⁵⁶⁾ Aufzeichnung der Unterredung zwischen Mayr, Biancheri und Schraffl am 30. April 1921, NPA Präs. 133 Nr. 9.

⁵⁷⁾ Otto Bauer im Nationalrat am 15. April 1921.

⁵⁸⁾ Bericht Nr. 7/P aus Rom (Kwiatkowski) 1. Mai 1921.

⁵⁹⁾ Gespräch Mayr—Biancheri 13. Mai 1921, NPA 553 Nr. 5.

⁶⁰⁾ Gespräch Mayr—Biancheri 21. Mai 1921, NPA 553 Nr. 9.

⁶¹⁾ Bericht Nr. 13/P aus Rom (Kwiatkowski) 6. Juni 1921.

Biancheri in Wien, es sei vielleicht nicht richtig gewesen, den länderweisen Plebisziten eine solche Bedeutung beizumessen⁶²⁾, und zehn Tage später sagte Torretta, der bald neuer italienischer Außenminister sein sollte, zum neuen Bundeskanzler Schober, Italien sei an der Anschlußfrage selbst nicht so sehr interessiert, doch betrachte es die diesbezüglichen Agitationen als schädlich und Unruhe verbreitend und mißbillige sie daher unbedingt⁶³⁾.

d) Weitere Normalisierung der Beziehungen

Bevor wir zu den die österreichisch-italienischen Beziehungen beeinflussenden Ereignissen unter Bundeskanzler Schober kommen, sind noch drei Ereignisse zu verzeichnen, die, voneinander unabhängig, zur Normalisierung der Beziehungen beitrugen.

Im März 1921 schritt man endlich an die Durchführung des „Sonderabkommen zwischen Italien und Österreich über den Kunstbesitz vom 4. Mai 1920“. Die Entführung von Kunstwerken und Handschriften aus Wiener Museen und Bibliotheken durch die italienische Militärmission 1919 hatte viel böses Blut gemacht⁶⁴⁾. Anfang 1920 kam es zu Expertenverhandlungen, die am 4. Mai 1920 abgeschlossen wurden. Die Durchführung verzögerte sich lange. Am 14. März 1921 trat das Abkommen endlich in Kraft. Am nächsten Tag schrieb die Neue Freie Presse in einem ausführlichen und sachlichen Artikel u. a.

„Es muß betont werden, daß durch das Kunstabkommen jede weitere Diskussion über den österreichischen Kunstbesitz ... Italien gegenüber für die Zukunft abgeschlossen ist. Über diese Kategorie kultureller Fragen soll es in Zukunft keinen Streit mehr zwischen den beiden Nationen geben.“⁶⁵⁾

Im März 1921 konnte endlich auch die österreichische Gesandtschaft bei der kgl. italienischen Regierung in Rom installiert werden⁶⁶⁾.

Am 6. April trat in Rom auf Initiative der italienischen Regierung eine Konferenz der Nachfolgestaaten zusammen, um juristische, verwaltungstechnische, wirtschaftliche und finanztechnische Probleme zu besprechen, die durch den Zerfall der Monarchie entstanden waren. Sie diente der Vorbereitung der Konferenz von Portorose (29. Oktober—23. November 1921). Diese Konferenzen und die

⁶²⁾ Gespräch Mayr—Biancheri 13. Juni 1921, NPA 553 Nr. 15.

⁶³⁾ Unterredung Schober—Torretta 23. Juni 1921, NPA 553.

⁶⁴⁾ Siehe dazu Hans Tietze, Die Entführung von Wiener Kunstwerken nach Italien. Eine Darlegung unseres Rechtsstandpunktes (Wien 1919); Alphons Lhotsky, Die Verteidigung der Wiener Sammlungen Kultur- und Naturhistorischer Denkmäler durch die Erste Republik. In: Aufsätze und Vorträge 4 (Wien 1974) S. 121—164, Nachdruck aus MIOG 63 (1955) 614—649; auch Freise, Die Tätigkeit der alliierten Kommissionen, S. 20—29. Italienisches Aktenmaterial verwertet die Arbeit von Johann Rainer, Die Rückführung italienischer Kulturgüter aus Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. In: Alpenregion und Österreich. Geschichtliche Spezialitäten, hrsg. E. Widmoser und H. Reinalter (Innsbruck 1976) S. 105—116. Im HHSTA befindet sich noch Material über das Kunstabkommen in NPA 443, 444 und 476 geh.

⁶⁵⁾ NFP 15. März 1921, S. 7.

⁶⁶⁾ Siehe oben S. 34.

zahlreichen Konventionen und Verträge, die in der Folge abgeschlossen wurden, waren wichtige Schritte zur Normalisierung und Intensivierung der Beziehungen unter den Nachfolgestaaten ⁶⁷⁾.

3. Bundeskanzler Johann Schober

Daß Johann Schober österreichischer Bundeskanzler wurde, konnte für die österreichisch-italienischen Beziehungen nur förderlich sein, galt er doch als besonderer Freund Italiens ⁶⁸⁾. Jedenfalls hatte er ein unbefangeneres Verhältnis zu Italien als Mayr. In seiner ersten Rede vor dem Ausschuß für Äußeres — er hatte auch das Außenamt übernommen — übergang er Italien nicht, sondern drückte seine Befriedigung darüber aus, daß

„die Pflege des Verhältnisses zu unserem großen südlichen Nachbar durch die Installierung unserer Gesandtschaft in Rom eine Erleichterung und wertvolle Ausgestaltung erfahren hat.“ ⁶⁹⁾

Wenige Tage nach dem Amtsantritt Schobers am 23. Juni 1921 demissionierte in Italien die Regierung Giolitti. Sforza ging als Botschafter nach Paris. Dem neuen Ministerpräsidenten Bonomi, einem Giolittianer, der u. a. mit Sforza den italienisch-jugoslawischen Vertrag von Rapallo ausgehandelt hatte, schlug Sforza im Einvernehmen mit dem Generalsekretär im Außenamt, Contarini, als Nachfolger den Wiener Gesandten Marchese Della Torretta vor. Er glaubte, Torretta würde seine Politik weiterführen. Darin täuschte er sich aber, weil Torretta eindeutig zum Lager der Slawophoben gehörte, während Sforza von der Notwendigkeit der italienisch-jugoslawischen Entspannung überzeugt war. In einem Brief an Giolitti äußerte Sforza seine Enttäuschung:

„Wie konnte ich annehmen, daß die Lobreden des faschistischen *Giornale d'Italia* und der *Idea nazionale* genügen würden, um ihn zu einem Kurswechsel zu bewegen?“ ⁷⁰⁾

Salvemini schrieb später, Sforza sei es gelungen, mit den neuen slawischen Staaten vertrauensvolle Beziehungen anzuknüpfen, aber Torretta habe das von

⁶⁷⁾ Zur römischen Konferenz siehe NPA 687; Salvatorelli-Mira, *Storia d'Italia*, S. 156; Sforza, *Jugoslavia*, S. 179. Zur Konferenz von Portorose siehe Schulthess' *Europäischer Geschichtskalender* 37 (1921) 2. Teil, S. 302; neuerdings auch Schuh, *Wirtschaftliche und politische Probleme Österreichs* 1921, S. 118—161.

⁶⁸⁾ Renner, *Österreich*, S. 37 und S. 50.

⁶⁹⁾ Exposé Schobers vor dem Aus. f. Auß. 9. Juli 1921, NPA 522 und Wiener Zeitung 10. Juli 1921.

⁷⁰⁾ Sforza an Giolitti 18. November 1921 (*Dalle carte di Giolitti* Vol. 3 Nr. 353). Wenig schmeichelhaft war auch das Urteil, das der Botschafter in Washington, Rolando Ricci, nach einem Gespräch mit Torretta in einem Brief an Giolitti über ihn schrieb: „L'On. Della Torretta è un funzionario nel più modesto senso della parola: meravigliato, io credo, di trovarsi ministro per designazione di Contarini, nel cui percontto regge gli Esteri. E la Consulta avrebbe invece bisogno di essere sgomberata dai troppi duchi, principi e marchesi ...“ (*Dalla Carte di Giolitti* Vol. 3 Nr. 346 28. August 1921).

Sforza begonnene Werk sabotiert ⁷¹⁾. Umsomehr hat Torretta versucht, Österreich möglichst eng an Italien zu binden.

Für Österreich schien die Ernennung Torrettas zum Außenminister von großem Vorteil zu sein. Im Ausschuß für Äußeres sagte Schober in seinem Exposé:

„Die Tatsache, daß der bisherige Gesandte Italiens, Marchese Della Torretta zum italienischen Minister des Äußeren ernannt wurde, berechtigt uns zu der Hoffnung, daß dieser hervorragende Kenner der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs, der oft seine Sympathie für unser Land an den Tag gelegt hat, den großen Einfluß seiner Regierung in den schwebenden internationalen Fragen zugunsten Österreichs in die Waagschale werfen wird.“ ⁷²⁾

Zwar gab es dann in der Debatte ⁷³⁾ auch mißtrauische Stimmen, aber Renner verteidigte Torretta und sagte, er habe die Aufträge seiner Regierung stets wohlwollend weitergeführt.

So fand innerhalb weniger Wochen in Österreich und in Italien ein personeller Wechsel im Auswärtigen Amt statt.

Schober ging sofort daran, unter Verzicht auf jegliche Anschlußpolitik die Sanierungsaktion und vor allem die Aufhebung des Generalpfandrechtes voranzutreiben. Bevor er aber hier entscheidende Erfolge erringen konnte, wurde ein anderes Problem akut, das Österreich an den Rand des Krieges brachte und bei dessen Lösung Italien und insbesondere Torretta eine große Rolle spielten: die Burgenlandfrage.

Otto Bauer erklärte im Ausschuß für Äußeres am 13. August 1921, die Bedeutung der Burgenlandfrage rücke alle anderen Beratungsgegenstände in den Hintergrund ⁷⁴⁾.

⁷¹⁾ Salvemini, *Dalla guerra mondiale alla dittatura*, S. 671.

⁷²⁾ Wie Anmerkung 69.

⁷³⁾ NPA Präs. 1 Fol. 216 ff.

⁷⁴⁾ Protokoll der Sitzung des Aus. f. Äuß. 13. August 1921, NPA Präs. 1 Fol. 255 ff.

IV. ITALIEN UND DIE ANGLIEDERUNG DES BURGENLANDES AN ÖSTERREICH

Im Friedensvertrag von St. Germain wurden Teile der westungarischen Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg Österreich zugesprochen. Ungarn widersetzte sich jedoch hartnäckig der Übergabe des Landes. Erst zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages ging das Burgenland in österreichischen Besitz über, allerdings ohne seine Hauptstadt Ödenburg und dessen Umgebung, die bei Ungarn verblieben. Italien griff in dieser „sehr verwickelten und hintergründigen Geschichte“¹⁾ mehrfach ein. Die westungarische Frage war zeitweise das wichtigste Thema zwischen Ballhausplatz und Consulta. Bevor wir auf die Rolle Italiens näher eingehen, ist es notwendig, einen Überblick über die Entwicklung der westungarischen Frage zu geben.

1. Die Entwicklung der westungarischen Frage bis zur Ödenburger Volksabstimmung — Italien: Vermittler oder Erpresser?

Auf das heutige Burgenland wurde 1919 bei der Neugestaltung der Grenzen von drei Seiten Anspruch erhoben. Ungarn, zu dem das Land bisher gehört hatte, führte historische und wirtschaftliche Gründe an. Österreich forderte es aus ethnischen Gründen. Es verlangte das in Wilsons 14 Punkten verankerte Selbstbestimmungsrecht für die in den westungarischen Komitaten lebende deutsche Mehrheit. Die Tschechoslowakei verfolgte den Plan des „slawischen Korridors“, d. h. einer über das Burgenland verlaufenden Landbrücke, die die Tschechoslowakei und Jugoslawien verbinden sollte, ein Argument von unverhüllt politischer Natur.

Eng mit den tschechischen Ambitionen hängt Italiens Interesse an der westungarischen Frage zusammen. Italien hatte natürlich kein direktes Interesse am Gebiet, wohl aber daran, daß dieser Korridor nicht verwirklicht werde, hätte er doch allen Vorherrschaftsplänen ein Ende bereitet und zugleich jede Hoffnung, Jugoslawien einzukreisen, zerstört. War sich Italien klar darüber, daß das Burgenland nie tschechischer Besitz werden durfte, so schwankte es in seiner Meinung darüber, ob das Gebiet Österreich oder Ungarn zufallen sollte. Während der Friedenskonferenz nahm Italien einen proungarischen Standpunkt ein. Außenminister Sonnino sagte, Österreich und Ungarn hätten fünfzig Jahre lang über diese Grenze nicht gestritten, es müsse verhindert werden, daß jetzt neue Schwierigkeiten entstünden²⁾.

Die Friedenskonferenz entschied aber für Österreich und gegen Ungarn. Ein weiteres Eintreten für den ungarischen Standpunkt hätte nun eine Revision der Verträge erfordert, wozu Italien keine Veranlassung hatte. In der Folge trat

¹⁾ Jedlicka, Entstehung des heutigen Burgenlandes, S. 176.

²⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 58 f. Siehe auch Schlag, Burgenlandfrage, S. 99 und Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 17.

Italien für eine strikte Durchführung der Verträge ein. Im Renner—Nitti Abkommen vom 12. April 1920 garantierte es Österreich die Grenzen von St. Germain, also auch das Burgenland.

Ungarn fügte sich der von der Friedenskonferenz gefällten Entscheidung nicht und begann einen äußerst hartnäckigen, zwei Jahre dauernden Kampf mit diplomatischen und auch mit kriegesischen Mitteln. Es versuchte in den Monaten zwischen St. Germain und Trianon (4. Juni 1920) die diplomatische Unterstützung Frankreichs und Italiens zu erlangen, mehrmals bemühte es sich, in direkten Verhandlungen Österreich zu einem Kompromiß zu veranlassen, um wenigstens einen Teil des Landes behalten zu können — ohne Erfolg.

In diesen Rahmen fällt auch der oben ³⁾ erwähnte erste italienische Vermittlungsversuch. Renner benützte den ungarischen Überfall auf Fürstenfeld vom 29. Juli 1920 und den im August 1920 erfolgten Zusammenschluß der gegen Ungarn gerichteten Kleinen Entente, die sogleich versuchte, Österreich in das Bündnis miteinzubeziehen, um dem italienischen Gesandten Torretta die Möglichkeit vor Augen zu führen, daß durch die Vermittlung einer Großmacht zwischen Ungarn und Österreich Frieden gestiftet werden könnte ⁴⁾.

Renner ließ Toretta merken ⁵⁾, daß Österreich viel an einer Bereinigung des Verhältnisses mit Ungarn gelegen sei, daß man dies aber nicht durch einen Beitritt zur Kleinen Entente zu erkaufen wünsche. Eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Ungarn sei für beide Länder von Vorteil. Allerdings würde es für Österreich mit der Zeit keine andere Möglichkeit mehr geben, als der Kleinen Entente beizutreten, wenn Ungarn nicht zu einer Verständigung bereit sei.

Torretta berichtete sofort nach Rom und betonte dabei die Vorteile, die Italien aus dieser Vermittlungsaktion erwachsen würden. Es würde nicht nur der Beitritt Österreichs zur Kleinen Entente verhindert, sondern auch zur Freundschaft Österreichs jene Ungarns gewonnen.

Außenminister Sforza gab seine Zustimmung zu einem Vermittlungsversuch, wobei er aber größte Vorsicht vorschrieb. In der Folge kam es zu mehreren Gesprächen in Budapest und Wien. Renner verlangte erstens die Zusicherung Ungarns, keinen Haburger auf den ungarischen Thron zu berufen, weil dadurch der Bestand der österreichischen Republik gefährdet würde, zweitens die Übergabe Westungarns. Als österreichische Gegenleistung bot er kleine Grenzberichtigungen und eine Volksabstimmung im ganzen Gebiet an. In der Habsburgerfrage hätte es einen Kompromiß geben können. Der ungarische Ministerpräsident Teleki nannte die Möglichkeit, daß ein Verfassungsartikel den künftigen König verpflichten könnte, keine andere als die ungarische Krone zu tragen. Zur Übergabe des Burgenlandes aber fand sich Ungarn nicht bereit, wäre doch eine Volksabstimmung im ganzen Gebiet sicher gegen Ungarn ausgefallen.

³⁾ Siehe S. 48.

⁴⁾ Irmtraut Lindeck-Pozza hat diesen Vermittlungsversuch in ihrer auf italienischem Archivmaterial fußenden Arbeit ausführlich dargestellt: Die Burgenlandfrage in der italienischen Außenpolitik. In: Röm. Hist. Mitteilungen 14 (1972) 123—153.

⁵⁾ Tel. Torretta an Sforza 4. September 1920, Archivio Affari Esteri, bei Lindeck-Pozza, Burgenlandfrage, S. 138 Nr. 2 und 3.

Der Wahlkampf für die ersten österreichischen Nationalratswahlen am 17. Oktober 1920 machte eine Unterbrechung der Vermittlung notwendig. Ungarn hoffte auf einen Wahlsieg der Christlichsozialen, von denen man mehr Verhandlungsbereitschaft als von den Sozialdemokraten erwartete. Die Christlichsozialen errangen tatsächlich die Mehrheit, doch vertrat der neue Bundeskanzler Mayr in bezug auf das Burgenland im wesentlichen denselben Standpunkt wie Renner. Im November bat der ungarische Außenminister Graf Csáky Torretta um die Wiederaufnahme der Vermittlung. In einem Gespräch mit Mayr glaubte Torretta die Bereitwilligkeit zu einem wirklichen Kompromiß in Form einer Abtretung beträchtlicher Grenzabschnitte herauszuhören.

Torretta unterstrich aber auch in einem Bericht an Sforza⁶⁾, daß Ungarn, wenn es wirklich durch die italienische Vermittlung die Frage bereinigen wolle, auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben müsse und nicht neuerlich die Autonomie der fraglichen Komitate oder gar ihr Verbleiben bei Ungarn fordern dürfe. Ungarn müsse sich im Klaren sein, daß jedes Zugeständnis Österreichs ein wirklicher Gewinn sei.

Als Ungarn nach langem Zögern eine unbefriedigende Antwort gab, untersagte Sforza im Jänner 1921 eine Fortsetzung der Vermittlungsaktion. Sie war also gescheitert, weil sich Ungarn völlig unnachgiebig zeigte. Bemerkenswert an dieser Episode ist, daß Torretta dabei überzeugt das Konzept der italienisch-österreichisch-ungarischen Freundschaft und Zusammenarbeit vertrat, und daß er durch diese Vermittlung mit der westungarischen Frage und auch mit dem österreichischen Rechtsanspruch bestens vertraut wurde. Ein halbes Jahr später wurde er ja — nunmehr als italienischer Außenminister — erneut mit der Frage konfrontiert.

Ende August 1921 trat die westungarische Frage in ein akutes Stadium. Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Trianon hatte die Entente den 27. August als Übergabetermin festgesetzt. Es war bis dahin zu keiner Einigung zwischen Österreich und Ungarn gekommen, und so widersetzte sich Ungarn gewaltsam der Übergabe des Burgenlandes an Österreich. Im September und Oktober beherrschten ungarische Freischärlerbanden unter kriegsähnlichen Zuständen das Land.

Um diese Entwicklung der burgenländischen Frage zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, warum sich Ungarn so heftig gegen die Abtretung dieses armen und nur von einer kleinen Minderheit von Magyaren bewohnten Landes wehrte. G. Schlag schreibt dazu:

„Von all den riesigen Verlusten, die das stolze Reich der Heiligen Stephanskrone zu erleiden drohte, empfand man den Verlust Westungarns an Österreich als besonders katastrophal, ja als entwürdigend. Denn daß sich auch Österreich, mit dem man Jahrhunderte einen gemeinsamen Weg gegangen war, an der ‚Beraubung Ungarns‘ beteiligte, empfanden die Magyaren als höchste Infamie. Die überschäumenden Emotionen ‚über das schreiende Unrecht‘ ließen keinen Raum für rationale Erwägungen.“⁷⁾

⁶⁾ Lindeck-Pozza, Burgenlandfrage, S. 149 Nr. 33.

⁷⁾ Schlag, Burgenlandfrage, S. 97.

Es stellte sich aber bald heraus, daß die kriegsähnliche Situation für Österreich und für Ungarn unhaltbar wurde. Es erwies sich auch, daß die Entente nicht bereit war, Ungarn zur Herausgabe des Landes zu zwingen und Österreich zu seinem Recht zu verhelfen, sondern eine Verständigung befürwortete. Der beste Weg dahin schien eine neuerliche Vermittlungsaktion eines dritten Staates zu sein. Torretta, schon einmal damit betraut, griff wieder zu, nicht zuletzt, weil er sich davon einen Prestigegewinn erhoffte. Ab Mitte September verhandelte er mit Österreich und Ungarn. Dabei war ein Kompromiß kaum anders als in einer Teilung des Landes denkbar. Die Regierung Schober und der österreichische Nationalrat fanden sich mehr oder weniger rasch — nicht ohne erbitterte Diskussionen — mit einer derartigen Lösung ab. Mitte Oktober lud Torretta die Kontrahenten zu einer Konferenz nach Venedig, wo am 13. Oktober 1921 das Venediger Protokoll unterzeichnet wurde. Österreich gestand eine Volksabstimmung in Ödenburg und Umgebung zu, während Ungarn versprach, für die Beseitigung der Banden zu sorgen. Praktisch verzichtete Österreich damit auf Ödenburg, während Ungarn seinen Widerstand gegen die Abtretung des Burgenlandes aufgab.

Die österreichische öffentliche Meinung beurteilte die Vorgänge jedoch anders als die beteiligten Politiker. Man anerkannte zunächst gar nicht, daß das Problem ein Problem war, weil doch durch die Friedensverträge die Rechtslage eindeutig gegeben sei. Das Unrecht liege allein bei Ungarn. Aus diesem Grund mißtraute man der Vermittlung. Konnte diese etwas Gutes bringen? Mußte nicht jede Vermittlung automatisch allein für Ungarn gut sein?

Mit der Vermittlung geriet natürlich auch der Vermittler in Mißkredit. So schrieb die Arbeiter-Zeitung:

„Italien betrachtet Ungarn als einen möglichen Verbündeten gegen Jugoslawien ... Darum sucht es auf Deutschösterreich einen Druck zu üben, der es ermöglichen soll, den Konflikt mit einer Stärkung Horthy-Ungarns zu beenden. Deutschösterreich hat die Freundschaft des Marchese Torretta gründlich kennengelernt. Nicht umsonst ist Macchiavell der Meister italienischer Staatskunst gewesen.“⁸⁾

Als Torretta in Venedig auch die Kreditaktion ins Spiel brachte, schien dies ein Beweis zu sein, daß Schober überrumpelt und das Ja zur Volksabstimmung von ihm erpreßt worden war.

Nach der Konferenz von Venedig konzentrierte sich die Hoffnung in Österreich auf einen günstigen Ausgang der Volksabstimmung, die am 12. und 14. Dezember 1921 stattfand. Das übrige Burgenland war im November ohne Zwischenfall übernommen worden. Die Hoffnung wurde allerdings enttäuscht, 65% stimmten für Ungarn. Die Enttäuschung verwandelte sich aber in Erbitterung, weil die Abstimmung nicht frei und unabhängig abgewickelt worden war. Unga-

⁸⁾ Arbeiter-Zeitung 9. Oktober 1921, Leitartikel.

„(Die ungarische Regierung) will von Österreich den Verzicht auf Ödenburg erpressen. [...] Die Geneigtheit Italiens, dieser erpresserischen Politik Vorschub zu leisten, ist unverkennbar ...“⁹⁾

⁹⁾ Arbeiter-Zeitung 11. Oktober 1921, S. 1.

rischer Terrordruck und umfangreiche Listenfälschungen für Ungarn hatten das Ergebnis verfälscht. In Österreich bezeichnete man die Abstimmung als „Verbrechen von Ödenburg“. Weil der Präsident der interalliierten Generalskommission, die die Abstimmung leitete, der italienische General Ferrario war, wurde auch die Abstimmung Italien angelastet.

Fortan sah man in Italien nicht den Vermittler, sondern den Erpresser. Das Urteil über die Rolle Italiens lautete: Obwohl Österreich durch die Verträge von St. Germain und Trianon einen klaren Rechtsanspruch auf Ödenburg mit Umgebung hatte — als Teil des Burgenlandes —, habe Torretta aus Sympathie für Ungarn den österreichischen Bundeskanzler veranlaßt, Ödenburg aufzugeben bzw. einer Volksabstimmung zuzustimmen, und habe Druck ausgeübt, um dies zu erreichen. Torretta und Ferrario seien schließlich mitverantwortlich gewesen, daß die Volksabstimmung zu einer Farce wurde. So habe Italien wegen seiner Freundschaft mit Ungarn Österreich um die natürliche Hauptstadt des Burgenlandes gebracht.

Aber nicht nur die öffentliche Meinung, auch die Geschichtsschreibung hat sich bis in die jüngste Zeit an dieses Urteil gehalten, zum Teil weil die betreffenden Akten nicht zugänglich waren, zum Teil aber auch, weil man gewisse Aspekte zu wenig berücksichtigt hat¹⁰⁾. Heute kann dieses einseitige und emotionelle Urteil nicht mehr aufrechterhalten werden. Als erste hat Irmtraut Lindeck-Pozza in einer auf italienischem Archivmaterial fußenden Arbeit eine Revision dieses Geschichtsbildes geboten und die Rolle Italiens aus einer neuen Sicht dargestellt¹¹⁾. Sie konnte z. B. nachweisen, daß die Vermittlungsaktion gar nicht von Torretta, dem bisherigen Hauptschuldigen, eingefädelt wurde, sondern daß er diesen Weg erst beschritt, als er erfuhr, daß beide Seiten kompromißbereit waren. Ferner hat Lindeck-Pozza die tatsächliche machtpolitische Lage viel stärker berücksichtigt. Sie kommt zum Ergebnis, daß Italien eine Scheinlösung und dadurch den drohenden Verlust des gesamten Burgenlandes verhindert habe.

Neben diesen Gesichtspunkten ist aber noch ein äußerst wichtiger Aspekt bis-

¹⁰⁾ Zum Beispiel Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 63: „(Italien) hatte angesichts seiner Spannungen mit Jugoslawien ein wesentliches Interesse, Ungarn nicht zu sehr zu verstimmen, auch brachte es dem Eingreifen der Tschechen wenig Sympathie entgegen. Es lud daher Österreich zu einer Konferenz in Venedig ein. Dort verlangte Bundeskanzler Schober die Säuberung des Burgenlandes von den Banden. Er wurde jedoch von dem italienischen Außenminister Torretta ... unter schweren Druck gesetzt ... Österreich mußte sich zur Abtretung Ödenburgs ... verstehen.“ In einer jüngeren Arbeit heißt es (Hochenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 50): „Eines ist aber sicher, hätte Schober gleich die Vermittlung des tschechoslowakischen Außenministers angenommen und nicht die Torrettas, dann hätte die ganze burgenländische Frage eine andere, zweifellos für Österreich günstigere Lösung gefunden.“ Die Beispiele ließen sich leicht vermehren.

¹¹⁾ Irmtraut Lindeck-Pozza, Zur Vorgeschichte des Venediger Protokolls. In: 50 Jahre Burgenland (Burgenländische Forschungen, Sonderheft III, Eisenstadt 1971) S. 15—44. Die Ergebnisse konnten in der allgemeinen Literatur über die Erste Republik noch keinen Niederschlag finden, ein burgenländischer Historiker sprach aber von „nahezu sensationellen neuen Aspekten“ (G. Schlag in Österr. in Gesch. u. Lit. 15 (1971) 352).

her nahezu völlig unberücksichtigt geblieben, nämlich die Stellung und die Verantwortlichkeit der österreichischen politischen Parteien. Da sie auch die Außenpolitik kontrollierten, ist ihr Einfluß nicht hoch genug einzuschätzen.

Im folgenden soll versucht werden, die Rolle Italiens bei den Ereignissen im Herbst 1921, die zum Verlust Ödenburgs führten, anhand der neuen Gesichtspunkte — Torretta und die Vermittlung, die machtpolitische Lage, die Haltung der österreichischen Parteien — darzulegen.

2. Die Rolle Italiens im Herbst 1921

a) Torretta

Im Juli 1921 war Torretta, seit 1919 italienischer Gesandter in Wien, Außenminister im Kabinett Bonomi geworden. Nur drei Wochen später trat der Burgenlandkonflikt in seine akute Phase, als die ungarischen Freischärler bewaffneten Widerstand gegen den Einmarsch der österreichischen Gendarmerie leisteten. Welche Haltung würde Torretta einnehmen? Er war mit Renner in einem Vertrauensverhältnis gestanden, kannte Schober sehr gut, er hatte in fast zweijähriger Tätigkeit in Wien die österreichischen Probleme gut kennengelernt und galt als Freund Österreichs. Wichtiger als die Meinung über ihn ist seine politische Einstellung: Er war ein überzeugter Verfechter der antislawischen italienischen Donaupraumpolitik. In Beneš sah er diesbezüglich seinen Hauptgegner. Österreich hatte er natürlich in sein Konzept einbezogen, wie schon die erste Vermittlungsaktion erwiesen hatte. Es ist daher völlig undenkbar, daß Torretta eine antiösterreichische und bloß proungarische Politik betrieb. Was hätte ihm die beste Freundschaft mit Ungarn genützt, wenn das Verbindungsglied Österreich nicht auch dazugehörte, sondern sich durch feindseliges italienisches Verhalten etwa der Kleinen Entente angeschlossen hätte? Im Gegenteil, zuerst und nach außenhin vertrat Torretta eine dezidiert österreichfreundliche Politik, gleichzeitig suchte er aber auch Ungarn miteinzubeziehen. Eine *Verständigung* der beiden lag ihm am Herzen, weil nur sie seinen politischen Zielen diene.

Zu diesen politischen Vorstellungen kommt noch die konkrete Situation. Beides muß unbedingt beachtet werden, wenn man Torrettas Verhalten beurteilen will. Im September spitzte sich die Lage so zu, daß Torretta befürchtete, die Kleine Entente könnte militärisch eingreifen und dabei entweder doch noch den Korridor verwirklichen oder zwar das ganze Burgenland an Österreich übergeben, dadurch aber Österreich an sich binden. Daß Torretta sein ganzes Geschick und Prestige einsetzte, um dies zu verhindern, ist wohl selbstverständlich.

b) Die machtpolitische Situation

Am 27. August begann die österreichische Gendarmerie ins Burgenland einzurücken, doch stieß sie sehr bald auf Widerstand und am 28. auf „überlegene ungarische Formationen“¹²⁾. Es waren „Freischärlergruppen“, bestehend aus

¹²⁾ Jedlicka, Entstehung des heutigen Burgenlandes, S. 179.

regulären und halbregulären Verbänden, unter ihnen viele Legitimisten. In blutigen Kämpfen wurde die österreichische Gendarmerie so bedrängt, daß man am 8. September beschloß, sie hinter die alte Grenze zurückzuziehen¹³⁾.

Das schuf eine völlig neue Situation. Nicht mehr der Wille der Entente, der Sieger, nicht mehr die Verträge, sondern Gewalt beherrschten die Lage. Wie reagierten die entscheidenden Instanzen auf die Ereignisse, die die gesamte politische Ordnung des Donauraumes in Frage stellten?

Ungarn selbst entzog sich der direkten Verantwortung, indem es erklärte, auf die Banden keinen Einfluß zu haben. Die Kleine Entente reagierte in Worten scharf, doch zurückhaltend in Taten¹⁴⁾. Die große Entente, die ja eigentlich brüskiert wurde, reagierte recht lahm. Sie forderte Ungarn auf, das Land zu räumen, Österreich befahl man zu warten. Es könne nicht Österreichs Aufgabe sein, das Burgenland mit Waffengewalt zu nehmen.

Eindeutiger reagierte Italiens Außenminister Torretta. Er erkannte die Gefahr, die die wirre Situation für Italiens Donauraumpolitik darstellte, und versuchte energisch, die Entente zu einer schärferen Gangart zu bewegen, indem er Italiens Entschlossenheit betonte, Ungarn zur Erfüllung des Friedensvertrages zu zwingen. Er schrieb an die Vertreter Italiens bei den Mächten:

„Ich bin entschlossen, bei unseren Verbündeten energische Schritte zu veranlassen, um Ungarn zur loyalen und vollständigen Durchführung des Friedensvertrages bezüglich Westungarn zu zwingen ... Ich könnte keinerlei Versuch zulassen, eine Änderung der territorialen Bestimmungen der Verträge von St. Germain und Trianon herbeizuführen ...“¹⁵⁾

Tatsächlich veranlaßte er, daß die Note der Entente an Ungarn energischer abgefaßt wurde¹⁶⁾. Und als am 3. Oktober kurz vor Ablauf eines Ultimatums der Entente in Ödenburg von der Generalkommission und einem Vertreter Ungarns ein Protokoll unterzeichnet wurde, daß Ungarn das Burgenland geräumt und damit den Friedensvertrag erfüllt habe¹⁷⁾, und die Botschafterkonferenz in Paris dazu neigte, diese Scheinlösung zu akzeptieren, da weigerte sich Torretta, sie anzuerkennen, weil „die Unterschrift unter dem Protokoll, ohne daß die Banden die Komitate geräumt haben, zu einer leeren Formalität ohne Inhalt herabgesetzt wird“¹⁸⁾.

Torrettas Entschlossenheit war jedoch ebensowenig ein Machtfaktor wie der Rechtsanspruch Österreichs oder die Entschließungen des österreichischen Ausschusses für Äußeres, der am 1. September den Beschluß faßte, ausschließlich

13) Guglia, Das Werden des Burgenlandes, S. 47 f.

14) Falk, Großherrschaftspläne, S. 91—93.

15) Tel. Torrettas an die ital. Vertreter bei den europäischen Regierungen, zit. nach Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 30.

16) Dazu Tagesbericht Nr. 60 vom 12. September 1921, Z 4588/Präs, über eine Unterredung Torretta—Schober, NPA 533.

17) Reichspost 4. Oktober 1921.

18) Torretta am 5. Oktober an die Botschafter in Paris und London, zitiert nach Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 36 und Anmerkung 23.

diplomatische Mittel anzuwenden und die Sache der Entente zu überlassen¹⁹⁾. Die Macht besaßen *die Banden*.

Um zu zeigen, wie sehr die Banden mit ihrer Guerillatätigkeit das Land beherrschten und jedem Eingriff konventioneller Truppen in geringer Stärke gewachsen waren, sei ein Bericht des österreichischen Vertreters bei der interalliierten Militärkommission in Ödenburg, Hauenschild, zitiert²⁰⁾.

„Die Vorrückung unserer Truppen wird zweifellos eine verstärkte Angriffstätigkeit der Banden gegen unsere Stellungen zur Folge haben. Schon bisher war zu konstatieren, daß gerade die auf burgenländisches Gebiet vorgeschobenen Gendarmerie- und Militärabteilungen das Hauptangriffsobjekt bildeten. Nachdem die zu besetzende Linie immerhin eine beträchtliche Ausdehnung hat, müßte meines Erachtens die Besetzung mit sehr starken Kräften erfolgen, um eine Aushebung schwacher Posten unmöglich zu machen, nachdem erfahrungsgemäß bisher alle unverwundet und selbst verwundet in die Hände der Freischärler gefallenen Wehrmänner umgebracht wurden. Bei dem ausgedehnten Netz ungarischer Spione und bei der außerordentlich raschen Beweglichkeit der Banden, welche ausnahmslos unter dem Schutz der Nacht operieren, müßten, wenn die Besetzung nach dem bisherigen System mit schwachen Kräften erfolgt, zahlreiche Wehrmänner der sicheren Gefahr des Todes ausgeliefert sein, oder wenn sie an einzelnen Punkten konzentriert blieben, würde eine solche Art der Besetzung absolut keinen Schutz dagegen bieten, daß die Banden durch die Zwischenräume durchbrechen und auch im Rücken unserer Truppen auftauchen.“

Wer hätte Österreich zu seinem Recht verhelfen sollen? Österreich selbst war zu schwach, die Entente wollte keine Truppen schicken, und die Kleine Entente, die zwar am ehesten marschbereit war, aber sicher nicht für Österreich nur die Kastanien aus dem Feuer geholt hätte, wollte nicht eigenmächtig vorgehen. Das war die verfahrenere und für Österreich ungünstige Situation. Es blieb, weil niemand einen Krieg wollte, nur eine diplomatische Lösung übrig.

c) Die Vermittlung Torrettas

Einen ersten Schritt dazu versuchte der italienische Geschäftsträger in Wien, Biancheri, der seit der Abberufung Torrettas die Wiener italienische Gesandtschaft leitete. Er sprach ohne Auftrag mit dem ungarischen Gesandten in Wien Masirevich und mit Bundeskanzler Schober. Er fand beide zu Gesprächen bereit. Seine Beurteilung der Lage gipfelte in der Vermutung, daß Österreich zu einem Verzicht auf Ödenburg bereit sei. An Torretta schrieb er:

„Als Beweis (daß ein Kompromiß möglich sein müßte) möchte ich anführen, daß Österreich, besorgt über die Schwierigkeiten, die die Verwaltung des Burgenlandes gegen den Willen Ungarns mit sich bringen wird, zu jedem vernünftigen Verzicht bereit ist. Ich habe Grund anzunehmen, daß Österreich zu einem Verzicht Ödenburgs gegen Kompensationen vorbereitet ist.“²¹⁾

¹⁹⁾ Beschluß des Aus. f. Auß. vom 1. September 1921, Wiener Zeitung 2. September 1921.

²⁰⁾ Bericht Hauenschildts an das Bundesministerium für Äußeres vom 25. September 1921, Z 4897/1B, NPA 333 Fol. 54 f. Anlaß war der Vorschlag der Generalkommission, Österreich solle einen Zipfel des Burgenlandes nordöstlich von Wiener Neustadt besetzen.

²¹⁾ Biancheri an Torretta 5. September 1921, zitiert nach Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 32 f und Anmerkung 20.

Torretta mißbilligte zuerst das eigenmächtige Vorgehen Biancheris, zögerte aber dann nicht lange, die gute Gelegenheit zu ergreifen. Bald darauf fuhr er selbst nach Wien, wo er persönliche Angelegenheiten zu regeln hatte, und übernahm gleichzeitig die Regie in der Frage einer italienischen Vermittlung. In einer ersten Unterredung mit Schober am 12. September²²⁾ sagte er noch nichts von einer Vermittlung, er wollte wohl sondieren. Er erzählte, was er bei der Botschafterkonferenz für Österreich unternommen habe, und warnte vor Prag und dem Korridor. Schober schilderte beredt die Lage, sprach von der „unendlichen Langmut Österreichs“, erwähnte aber auch die Bereitschaft Österreichs, sich mit Ungarn zu verständigen, ja sogar nach der tatsächlichen Übergabe des Landes einen Vertrag über territoriale Fragen abzuschließen.

Am nächsten Tag erschien Torretta neuerdings bei Schober²³⁾ und teilte mit, Graf Bánffy habe den italienischen Gesandten in Budapest gebeten, Torretta einen neuen ungarischen Vorschlag zu überreichen. Ungarn rief also die italienische Vermittlung an. Torretta übergab Schober den Vorschlag „ohne jedes Obligo“ und ohne Verpflichtung zu einer sofortigen Antwort. Eine westliche Zone A sollte Österreich sofort, eine östliche Zone B (Teile des Seewinkels, Ödenburg und ein 5 km breiter Streifen) der Entente übergeben werden, worauf Verhandlungen über den Grenzverlauf der Zone B erfolgen sollten.

Schober wies den Vorschlag sofort zurück. Ungarn habe sich in einer Note vom 20. August bereits auf Ödenburg mit Umgebung zurückgezogen. Wenn er jetzt auf diesen weitergehenden Vorschlag einging, wäre das eine Prämie für das Verhalten der ungarischen Banden. Als Torretta meinte, es würde die Lage wesentlich erleichtern, wenn das Entgegenkommen Österreichs schon jetzt genauer umschrieben werden könnte, antwortete Schober, er könne über österreichisches Gebiet nicht ohne den Ausschuß für Äußeres verfügen, doch sei sich Österreich klar, daß man mit Ungarn zu einem *modus vivendi* kommen müsse. Es sei das ureigenste Interesse Österreichs, *nach* der Übergabe Ungarn entgegenzukommen. Torretta, der — wie der Tagesbericht festhält — „während der ganzen Unterredung für die Ausführungen des Bundeskanzlers vollkommenes Verständnis zeigte“, erklärte daraufhin, er werde den ungarischen Vorschlag als unbestellbar zurückgeben.

Am 15. September verabschiedete sich Torretta von Schober. Bei diesem letzten Gespräch²⁴⁾ wurde nicht weiter über die Vermittlung gesprochen. Torretta kündigte ein Ultimatum der Entente an Ungarn an, das dann tatsächlich am 22. September erfolgte. Doch noch am selben 15. September überbrachte Biancheri einen Brief Torrettas: Ungarn habe ihm unmittelbar vor seiner Abreise einen Vorschlag gemacht, den er hiermit Schober zur Kenntnis bringe. Der Vorschlag hieß: Ungarn räumt vollständig das Burgenland, Ödenburg und Umgebung bleiben bei Ungarn, Torretta sollte Garant sein²⁵⁾.

²²⁾ Tagesbericht Nr. 60 vom 12. September 1921, Z 4588/präs, NPA 533.

²³⁾ Tagesbericht Nr. 61 vom 13. September 1921, Z 4597/Präs, NPA 533.

²⁴⁾ Tagesbericht Nr. 62 vom 15. September 1921, Z 4647/Präs, NPA 533.

²⁵⁾ Brief Torrettas an Schober, Wien 15. September 1921, Z 4716/1 B, NPA 909 Fol. 1020 und 1052 ff.

Schober lehnte diesmal nicht ab, sondern antwortete am 17. September ²⁶⁾.

Der Brief Torrettas und die österreichische Antwort wurden die Grundlage der Mediation und des Protokolls von Venedig.

Schober stellte zuerst Österreichs Recht und Ungarns Schuld fest und betonte, wie schwierig es für Österreich sei, neuerlich zu verhandeln, weil dies eine Prämie für ein Verhalten Ungarns bedeute, das doch Österreich aufs schwerste geschädigt habe. Weiters unterstrich er die bevölkerungsmäßige und verkehrstechnische Bedeutung Ödenburgs und deponierte das Recht Österreichs auf Ersatz der großen Schäden, die Österreich durch die Verzögerung der Übergabe erlitten habe. Dann fuhr er fort:

„Wenn sich die österreichische Regierung dennoch dazu entschließen könnte, anstatt den Erfolg der koerzitiven Maßnahmen der Entente Ungarn gegenüber abzuwarten, neuerlich den Verhandlungsweg zu betreten, so würde dies nur deswegen geschehen, weil eine Persönlichkeit von der Stellung, dem Ansehen, dem Einfluß und der Kompetenz des Marchese della Torretta es für angezeigt erachtet hat, in dieser Frage persönlich einzugreifen.“

Ich wäre daher unter diesen Umständen bereit, ohne von den vorerwähnten Ausschlußbeschlüssen selbst abgehen zu können, den mir mitgeteilten Vorschlag in ernste Erwägung zu ziehen und ihn zum Gegenstande von Vorbesprechungen zu machen, für deren Genehmigung ich den Außenausschuß des österreichischen Nationalrates bereits am 20. d. Mts. einberufen würde. ²⁷⁾

Die Grundlage, auf welcher eine Behandlung dieser Frage erfolgen könnte, die letzten Endes auf einen eventuellen Verzicht Österreichs auf Ödenburg samt seiner nächsten, noch zu vereinbarenden Umgebung mit Einschuß von Zinkendorf hinausgeht, wäre die einzuholende Willensäußerung der dortigen Bevölkerung. Dieses Prinzip wäre die einzige Form, welche für den österreichischen Ausschuß für eine derartige Lösung dieser Frage in Betracht kommen kann.“

Dann befaßt sich die Antwort mit den Grundsätzen, die bei der Übergabe, der Verwaltung, der Volksabstimmung und bei der Regelung finanzieller Fragen befolgt werden müßten.

Der ganze Brief und diese Grundsätze sind so konkret und ausführlich formuliert, daß sie eine echte Verhandlungsbasis darstellten. Aus der Antwort geht klar hervor, daß Schober und der Ballhausplatz ²⁸⁾ bereit waren, auf Ödenburg in Form einer Volksabstimmung zu verzichten ²⁹⁾. Es ist dies genau die Lösung der Venediger Konferenz — vier Wochen vorher. Man kann also keinesfalls behaupten, Torretta habe Schober in Venedig überrumpelt ³⁰⁾. Wenn die Zei-

²⁶⁾ Tel. 58 an Freudenthal (Rom) 17. September 1921, Z 4716/1 B, NPA 909 Fol. 1022 ff.

²⁷⁾ Der Ausschuß tagte vom 22.—24. September, siehe nächsten Abschnitt.

²⁸⁾ Die österreichische Antwort verfaßte Sektionschef Oppenheimer, der der engste Berater Schobers in der Burgenlandfrage war. Er begleitete auch den Kanzler nach Venedig.

²⁹⁾ Es sei dahingestellt, ob die Ursache für die Verzichtsbereitschaft Schobers bloß in seiner monarchistischen Überzeugung lag, zu welchem Ergebnis Hochenbichler kommt (Republik im Schatten der Monarchie, S. 50), oder einfach darin, daß er die Machtfaktoren abzuschätzen wußte und zur Einsicht gelangt war, Österreich würde das ganze Burgenland verlieren, wenn es nicht Hilfe annehme und Opfer bringe.

³⁰⁾ Z. B. schreibt Renner, Österreich, S. 50, Schober sei über Nacht nach Venedig geladen worden, wo ihm die Zustimmung zur Volksabstimmung „aufgedrängt“ worden sei.

tungen fragten, was Österreich in Venedig eigentlich zu suchen habe, Schober wußte es!

Aber auch Schober ist nicht der Schlüssel zur Lösung der Frage. Dieser liegt bei den Parteien. Denn Schober trug ja nicht alleine die Verantwortung. Er, der keine mächtige Partei hinter sich hatte, konnte nur regieren, solange man ihn ließ. Wenn Schober der italienischen Vermittlung zustimmte und nach Venedig fuhr, so nur mit offener oder geheimer Billigung der Parteien. Deren Haltung ist folglich äußerst wichtig.

d) Die Haltung der österreichischen Parteien

Weil die Burgenlandfrage primär eine außenpolitische war und weil Schober in dieser brisanten Frage sich innenpolitisch absichern wollte, sei es Unsicherheit, sei es aus kluger Korrektheit, wurde der Ausschuß für Äußeres des Nationalrates das maßgebende Gremium. In ihm saßen die führenden Männer und die außenpolitischen Experten der Parteien: Bauer, Renner, Seitz, Seipel, Mayr, Mataja, Dinghofer u. a. Es ist daher zielführend, die Entwicklung der Willensbildung anhand der Sitzungen des Außenausschusses zu verfolgen³¹⁾. Das Ergebnis sei vorweggenommen: Der Verlust Ödenburgs war nicht die Folge einer italienischen Intrige, vielmehr zeichnete er sich schon lange ab. Es ist bei den Parteien ein Loslösungsprozeß festzustellen, ein Wachsen der Kompromißbereitschaft, das im Venediger Protokoll seine logische Fortsetzung findet.

Anfänglich war die Haltung des Ausschusses folgende: erst Übergabe des Burgenlandes, dann Verhandlungen. Man vertrat den Standpunkt, daß die territoriale Seite der westungarischen Frage durch die Verträge von St. Germain und Trianon entschieden sei und man nur über lokale Grenzfragen mit Ungarn reden könne. Solchen Verhandlungen hatte Österreich immer zugesagt, weil man an einem guten Einverständnis mit Ungarn interessiert war. Diese Haltung mußte Ungarn ablehnen, weil es sonst seinen einzigen Trumpf, den de-facto-Besitz des Burgenlandes, weggegeben hätte. Langsam begann man in Österreich dies einzusehen.

Sitzung vom 13. August 1921³²⁾

In derselben Sitzung des Ausschusses vom 13. August, in der man den Beschluß faßte, daß die Regierung Verhandlungen nur unter der Bedingung und erst dann führen dürfe, wenn das Burgenland bis zum 27. August Österreich ohne Störung übergeben worden sei³³⁾, erhob Otto Bauer eine bemerkenswerte Forderung: man müsse eine neue Verhandlungsbasis finden. Auch er gehe davon aus, daß die integrale Übernahme des Landes Voraussetzung weiterer Verhand-

³¹⁾ Die Protokolle, die im Gegensatz zu denen der Plenarsitzungen des Nationalrates nicht veröffentlicht werden, befinden sich im Parlamentsarchiv, einige auch im Staatsarchiv, NPA Prä. 1.

³²⁾ Protokoll im NPA Prä. 1 Fol. 255—257.

³³⁾ Wiener Zeitung 14. August 1921.

lungen sei. Diese Verhandlungen seien aber von allerhöchster Bedeutung, da es von ihnen abhängen werde, ob man in Ungarn auf die Dauer einen unversöhnlichen, von Revancheideen geleiteten Feind haben werde oder nicht. Im ersten Falle würden sich Ungarns Revanchegeleüste notwendigerweise gegen den schwächsten Widerstand, Österreich, entwickeln. Auch ein kleinlicher Gebiets-schacher sei abzulehnen. Es müsse daher eine ganz neue Verhandlungsbasis gefunden werden. Eine solche sah er in einem Plebiszit im ganzen westungarischen Gebiet, wie man es schon 1919 vorgeschlagen hatte. Er stellte es sich so vor, daß ein gemeinsam gewählter Schiedsrichter die Grenze gemeindeweiser Abstimmung feststellen sollte.

Dieser Vorschlag war zwar nicht sehr realistisch, aber insofern bemerkenswert, als er von einer „neuen Verhandlungsbasis“ sprach, und weil ein Plebiszit die Möglichkeit des Verlustes beinhaltet. Gerade deshalb würde ihn aber auch Ungarn brüsk ablehnen, erwiderten Mayr, außenpolitischer Hauptsprecher der Christlichsozialen, und Schober.

Ungarn war jedoch gar nicht so sehr gegen eine Volksbefragung, freilich wollte es sie *vor* der Übergabe durchführen. Es machte Österreich einen dementsprechenden Vorschlag, über den der Ausschuß in der Sitzung vom 27. August beriet, also unmittelbar bevor die Übergabe stattfinden sollte.

Sitzung vom 27. August 1921 ³⁴⁾

Schober empfahl dabei dem Ausschuß unter Hinweis auf den Vorschlag Bauers, die ungarische Proposition nicht von vornherein abzulehnen. Der Beschluß, den der Ausschuß faßte, war dann auch ein kleiner Schritt in Richtung Kompromiß. Zwar erklärte er, bei der Reihenfolge „erst Übergabe, dann Verhandlungen“ zu bleiben, gleichzeitig ermächtigte er aber die Regierung,

„... schon jetzt der ungarischen Regierung mitzuteilen, daß Österreich den Abschluß eines Vertrages anstrebt, in dem alle, das künftige Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn berührenden Fragen bereinigt, die Abgrenzungsfragen ... *auf Grund der Willensäußerung des burgenländischen Volkes* selbst einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden.“ ³⁵⁾

Hier gab man also, ohne daß das Land übergeben war, zu erkennen, was man Ungarn in künftigen Verhandlungen bieten könne. Auch ist ausdrücklich von einer Volksabstimmung die Rede. Doch war es den Ungarn, die Ödenburg haben wollten, zu wenig, und da die österreichische Gendarmerie schon marschierte, blieben sie dabei, den schon längst vorbereiteten Widerstand zu leisten. Am 28. August stoppten die Banden den Einmarsch.

Es folgten spannungsreiche Tage, bis Österreich am 8. September beschloß, die Gendarmerie zurückzuziehen. Damit begann die eigentliche Krise. Sie veränderte das Problem. Nicht mehr die Frage, wie man mit Ungarn auskommen

³⁴⁾ Exposé Schobers NPA 906, Z ad 4120/1 B Fol. 213, auch Wiener Zeitung 28. August 1921. Das Protokoll der Debatte befindet sich im Parlamentsarchiv, allerdings nur in schwer leserlicher Gabelsbergerstenographie, weshalb es hier nicht berücksichtigt wurde.

³⁵⁾ Wiener Zeitung 28. August 1921 (Hervorhebung vom Verfasser).

könne, sondern wie man überhaupt in den Besitz des Burgenlandes kommen würde, war nun die zentrale Frage. Dabei waren sich alle österreichischen Politiker über zweierlei einig. Erstens, daß Österreich machtlos und ein Krieg undenkbar war. So billigte es der Ausschuß, daß die Regierung „ausschließlich diplomatische Mittel“ anwandte³⁶⁾. Zweitens wollte man sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht mit Ungarn ganz überwerfen. Auch die Sozialdemokraten waren dieser Meinung. Am 13. August hatte Otto Bauer gesagt, wenn Österreich sich mit Ungarn verfeinde, dann werde Österreich mit der Zeit nolens volens zur Kleinen Entente kommen, und es sei wohl klar, was das in politischer und völkischer Beziehung bedeute³⁷⁾. Er dachte natürlich an den Anschluß.

Daß Österreich Lebensmittel aus und Exporte nach Ungarn brauchte, wußte jeder. Dazu kam, daß sich die Entente nicht ernstlich bereit zeigte, mit allen Mitteln für Österreich einzutreten. Vor allem war niemand bereit, Truppen zu schicken, was allein Ungarn zur vollen Herausgabe des Landes hätte bewegen können. Am ehesten war die Kleine Entente bereit, Ungarn zu zwingen.

Daher ist gesagt worden, Österreich hätte sein Ziel durch eine entschiedene Wendung zur Kleinen Entente erreichen können, die dezidiert antiungarisch eingestellt war und als einzige das „Bracchium“ besaß, wie es Schober ausdrückte³⁸⁾. Doch sprachen — ganz abgesehen davon, daß die österreichischen Politiker vor kriegesischen Mitteln zurückschreckten — viele Gründe dagegen, die Kleine Entente mit der Lösung der Burgenlandfrage zu befassen. Erstens war die große Entente dagegen, und zwar, wie Beneš zu Schober sagte³⁹⁾, Italien aus Prinzip, die Franzosen, weil sie keine eigene Meinung hatten, und England, weil es sich entschlossen hatte, mit der Majorität zu gehen. Es ist sehr fraglich, ob die Kleine Entente ohne ein Mandat wirklich bis zum Äußersten gegangen wäre. Zweitens war man auch in Österreich dagegen, nicht nur weil man fürchtete, die Tschechen würden das Land nicht mehr verlassen (Korridor!)⁴⁰⁾, sondern weil es dem Eintritt in die Kleine Entente gleichgekommen wäre. Das war aber ausgeschlossen, aus nationalen, wirtschaftlichen und politischen Gründen: Ein Beitritt zur Kleinen Entente hätte den Anschluß unmöglich gemacht, den die Großdeutschen und die Sozialdemokraten wünschten, er hätte den dauernden Haß Ungarns gebracht, was nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich untragbar gewesen wäre, schließlich fürchtete man eine starke Verstimmung Italiens. Drittens war es überhaupt sehr fraglich, ob Österreich durch das Eingreifen der Kleinen Entente Ödenburg bekommen hätte. Die Mediation, die Beneš überraschenderweise am 23. September Schober anbot —

³⁶⁾ Beschluß des Aus. f. Auß. vom 1. September 1921, Wiener Zeitung 2. September 1921. Exposé Schobers ebenda. Protokoll dieser Sitzung NPA Präs. 1 Fol. 259 ff.

³⁷⁾ Wie Anmerkung 32.

³⁸⁾ Diese Meinung vertritt Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, z. B. S. 26, 50, 87 f.

³⁹⁾ In der Unterredung in Hainburg 23. September 1921, NPA 909 Z ad 4846/präs Fol. 1038 ff.

⁴⁰⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 63.

gerade während der Ausschluß für Äußeres beriet, ob die Mediation Torrettas anzunehmen sei —, war dem Inhalt nach mit der italienischen identisch. Auch Beneš empfahl einen Kompromiß bei Ödenburg. Der einzige Unterschied war, daß er die Machtmittel der Kleinen Entente als Garantie für die tadellose Räumung des restlichen Burgenlandes zusicherte, falls Österreich zur genannten Konzession bereit sei ⁴¹⁾.

Es ist leicht einzusehen, daß vor diesem Hintergrund die Kompromißbereitschaft in Österreich wachsen mußte. So standen die Dinge, als der Ausschluß für Äußeres in der Sitzung vom 22., 23. und 24. September über das weitere Vorgehen der österreichischen Regierung, insbesondere über die Annahme oder Ablehnung der Vermittlungsangebote beriet.

Sitzung vom 22.—24. September 1921 ⁴²⁾

Der Großdeutsche Dinghofer lehnte natürlich rundweg ab. Die Sozialdemokraten (Bauer, Renner, Seitz, Leuthner, Deutsch) waren entsprechend dem Vorschlag Bauers vom 13. August für die Annahme, während die Christlichsozialen (Mayr, Mataja, Miklas, Seipel, Gürtler, Vaugoin) zwar auch von Konzessionen redeten, aber die bisherige Politik — erst Übergabe, dann Verhandlungen — beibehalten wollten. So erklärte der frühere Bundeskanzler Mayr:

„Am besten scheint mir noch immer die Fortsetzung unserer bisherigen Politik zu sein, d. h. daß wir darauf bestehen, daß die Übergabe des Landes durch die Entente erfolge ⁴³⁾ und daß wir uns nicht weiter einzumischen haben. Höchsten könnten wir, was im Ausschluß für Äußeres schon einmal angeregt wurde, erklären, daß wir, um auch dem anderen Standpunkt gerecht zu werden, nicht diejenigen sind, die ein Gebiet erzwingen ohne Zustimmung des betreffenden Volksstammes und nach der Übergabe eventuell auf eine Volksabstimmung eingehen.“ ⁴⁴⁾

Die Sozialdemokraten wandten sich ganz entschieden gegen diese Haltung. Man erreiche so höchstens eine förmliche Übergabe durch die Entente, ohne daß das Problem — die Entfernung der Banden — gelöst werde. Sie warfen den Christlichsozialen verantwortungslose Unschlüssigkeit vor. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, meinte Bauer, Besetzung des Landes durch die Ententetruppen oder Verständigung mit Ungarn.

„Bei nüchterner Betrachtung der Machtmittel, über die wir verfügen und über die der Gegner verfügt, müssen wir uns sagen: Wenn wir uns durch fremde Truppen nicht schützen können, bleibt ein anderer Weg nicht übrig.“ ⁴⁵⁾

⁴¹⁾ Hohenbichler führt als Argument auch an (S. 26), daß Beneš durch das Abkommen mit Renner vom 12. 1. 1920 gebunden gewesen sei. Dazu sei bemerkt, daß Italien ebenso gebunden gewesen wäre durch das Renner—Nitti Abkommen vom 12. 4. 1920. Doch waren beide Abkommen durch die Ereignisse überholt.

⁴²⁾ Ich halte mich hier an das maschineschriebene Protokoll der Sitzung, das sich im Parlamentsarchiv befindet. Es ist höchstwahrscheinlich eine Abschrift des Stenogramms. Ich zitiere: Protokoll, Datum, Seite. Ein kürzeres Protokoll befindet sich im Staatsarchiv NPA Präs. 1 Fol. 276 ff.

⁴³⁾ Das Land mußte formell an die Entente, von dieser Österreich übergeben werden.

⁴⁴⁾ Protokoll 22. September S. 8.

⁴⁵⁾ Protokoll 22. September S. 9.

Seitz, der meist besonders offen redete, führte aus:

„Und da kommen wir wieder auf den alten Gegensatz, nämlich ob wir andeuten könnten, dieses oder jenes Gebiet, Ödenburg, zu übergeben oder ob wir diese Entscheidung von einer Volksabstimmung abhängig machen müßten. Der erstere Weg ist ... undenkbar. Keine österreichische Regierung kann sagen, ich übergebe freiwillig dieses oder jenes Land ... Daher bleibt nichts anderes übrig, als der andere Weg, nämlich die Verweisung auf eine Volksabstimmung. Abg. Mataja schätzt die Ungarn vielleicht unrichtig ein, wenn er meint, daß die Ungarn auf eine Volksabstimmung nicht eingehen werden. Ich glaube, daß die Ungarn nicht nur behaupten, daß Ödenburg zu ihnen will, sondern daß sie es auch glauben. Wir können nicht einfach die Hände in den Schoß legen. Unsere Regierung muß sich darüber klar sein, welches Angebot sie Ungarn macht ... eine bestimmte Meinung darüber müssen wir uns bilden, was wir den Ungarn in einem Vertrag bieten können. Daß wir die Hände in den Schoß legen und alles über uns ergehen lassen, wäre die unverantwortlichste Politik. Wir können nicht warten, daß die Entente uns eines schönen Tages das formelle Übergabsprotokoll übergibt und es uns überläßt, dort Krieg zu führen.“⁴⁶⁾

Und Bauer faßte zusammen:

Die einzig mögliche Politik ist, die (italienische) Vermittlung nicht abzulehnen, sondern anzunehmen, sagen, wie weit wir gehen können, wobei mir ein Plebiszit in dem strittigen Gebiet, in Ödenburg mit den paar Dörfern und sonst nichts die einzig mögliche Lösung erscheint, aber nur unter der Bedingung, daß die Entente mit ihrem Militär die Übergabe des Landes erzielt.“⁴⁷⁾

Der Christlichsoziale Mataja erwiderte, auf eine Volksabstimmung in Ödenburg *nach* der Übergabe würde Ungarn nie eingehen. Eine Abstimmung *vor* der Übergabe sei nur ein anderes Wort für Abtretung Ödenburgs an Ungarn.

„Denn wenn eine Abstimmung erfolgt, ohne daß Ödenburg vorher in österreichische Verwaltung übergeben wird, ist sich über das Resultat niemand im Zweifel. Wenn man der Regierung eine solche Direktive gibt, muß man wissen, was man damit meint. Man muß sagen, Abstimmung mit vorheriger Übergabe ist der letzte Schritt der zu machen ist, oder wir sind auch für die Abstimmung ohne Übergabe.“⁴⁸⁾

Und dazu waren die Christlichsozialen noch nicht bereit.

Am nächsten Tag teilte der Bundeskanzler den Inhalt des Mediationsangebotes von Beneš mit.

Dinghofers Meinung war unverändert. Seipel lehnte wegen Bedenken außenpolitischer Natur, wie er sagte, ein Zusammengehen mit der Tschechoslowakei ab. Dies bedeute ein Eintreten in die Kleine Entente. Österreich sei in der Sanierungsfrage von den Großmächten abhängig, eine Kooperation mit der Tschechoslowakei hieße, sich den Tschechen in die Arme werfen⁴⁹⁾.

Bauer widersprach. Er sah in dem neuen Angebot einen Beweis für Ungarns Schwäche und eine Besserung der österreichischen Lage, und weil Beneš ohne Zweifel wirksamer helfen könne als Torretta, müsse man das Angebot annehmen.

⁴⁶⁾ Protokoll 22. September S. 13.

⁴⁷⁾ Protokoll 22. September S. 17.

⁴⁸⁾ Protokoll 22. September S. 18.

⁴⁹⁾ Protokoll 23. September S. 6 f.

Man könne Beneš erklären, falls die ungarische Regierung die vollständige, restlose, effektive Räumung des Landes von den Banden erreiche, dann sei Österreich bereit, in Ödenburg eine Abstimmung zuzulassen. Man könne auch, um die Eitelkeit und Empfindlichkeit Torrettas zu schonen, diesem dieselbe Antwort geben ⁵⁰⁾.

Für Seitz war die Grundfrage die, ob man tatenlos zuschauen wolle, bis man Österreich das Land übergebe, oder ob man sich entschliefse, eine Vereinbarung zu finden, durch die Österreich zu seinem Recht kommen könne. Die Sozialdemokraten neigten allmählich der letzteren Auffassung zu, sagte Seitz, und

„Wenn wir sagen: Nach der klaglosen Übergabe des Landes sind wir bereit, mit Ungarn einen Vertrag zu schließen, können wir sowohl Torretta wie Beneš eine Antwort erteilen. Damit wären auch die diplomatischen Schwierigkeiten und Eifersüchteleien beseitigt. Es handelt sich nur darum, daß uns die führende Partei einmal sagt: Das wollen wir. Daß wir Ihnen dabei etwa größere Schwierigkeiten machen würden, können Sie nicht erwarten. Kein einsichtiger Mensch in Österreich würde Ihnen Schwierigkeiten machen.“ ⁵¹⁾

Das war klar genug. Es lag jetzt also nur bei den Christlichsozialen. Diese waren sich aber noch nicht einig. Die Debatte ging noch eine Weile hin und her, ohne daß man in der „Grundfrage“ weitergekommen wäre. Vaugoin, der Heeresminister, erklärte, vom militärischen Standpunkt aus sei ein Verzicht auf Ödenburg undenkbar; Miklas sagte, „unser Wille ist vollständig klar; wir wollen das ganze Burgenland“ ⁵²⁾.

Bemerkenswerterweise äußerte sich Seipel mit keinem Wort über einen Kompromiß in Ödenburg. Er hatte lediglich die tschechoslowakische Mediation abgelehnt und sich dann nicht mehr beteiligt. Ziemlich überraschend beantragte er die Vertagung. Man müsse den richtigen Zeitpunkt finden, um eine solche Entscheidung, die von der bisherigen abweiche, zu fällen. Vor allem müsse die ganze Partei an den Überlegungen teilnehmen ⁵³⁾. Offensichtlich wollte Seipel in seiner Partei eine Klärung herbeiführen.

Am nächsten Tag war es dann so weit. Man wich zwar einer direkten Entscheidung aus, doch war die Stellungnahme klar genug: weder Annahme noch Ablehnung, sondern freie Hand für die Regierung. Der Ausschuß habe seit dem 13. August den Weg einer direktiven Politik eingeschlagen, sagte Seipel. Er halte es für gut, diese Ära wieder abzuschließen, damit die Regierung handlungsfähiger sei. Der Minister des Äußeren solle die Verhandlungen führen und dann dem Ausschuß berichten ⁵⁴⁾. Das war nichts anderes als der Durchbruch zum Kompromiß, wenn auch nicht so offen wie im Vorschlag der Sozialdemokraten. Es war praktisch grünes Licht für Schober. Folgende Entschließung wurde gefaßt:

„... Der Ausschuß ermächtigt die Regierung, auch weiterhin alle Ihr erforderlich erschein-

⁵⁰⁾ Protokoll 23. September S. 9 ff.

⁵¹⁾ Protokoll 23. September S. 13.

⁵²⁾ Protokoll 23. September S. 15.

⁵³⁾ Protokoll 23. September S. 17 ff.

⁵⁴⁾ Nach dem Protokoll im Staatsarchiv, NPA Präz. 1 Fol. 283 S. 16.

den Schritte zu unternehmen, damit endlich der von Ungarn unter den Augen Europas verletzte Rechtszustand hergestellt, das Burgenland von seinen Qualen erlöst und der ständigen Beunruhigung der österreichischen Grenzbevölkerung ein Ziel gesetzt werde.“⁵⁵⁾

Dieser einstimmig angenommene Antrag Seipels erlaubte es Schober, den Mächten, die die Mediation angetragen hatten, entsprechend zu antworten. Noch am selben Tag telegraphierte Schober an Torretta:

„Der Ausschuß für Äußeres hat die Ermächtigung zur Annahme des der Mediation zugrundeliegenden Vorschlages der ungarischen Regierung nicht erteilt, hat jedoch die Handlungsfreiheit der Regierung in diesem Belange nicht eingeschränkt, sodaß die Fortsetzung der Konversation möglich ist.“⁵⁶⁾

Als Torretta daraufhin fragte, ob der österreichische Vorschlag vom 17. September noch gelte, antwortete Schober ausdrücklich, daß Österreich diesen Standpunkt nicht verlassen habe.

„Ich bin daher gerne bereit, die Pourparlers, welche über die freundliche Initiative des Herrn italienischen Ministers des Äußeren eingeleitet wurden, fortzusetzen.“⁵⁷⁾

Schober telegraphierte auch umgehend nach Rom, London und Paris und ließ wissen, daß Österreich gegen die Garantie, daß das Bandenunwesen ganz beseitigt werde, jede Vermittlung akzeptieren könne⁵⁸⁾.

Die Entente stimmte der italienischen Vermittlung zu. Torretta lud Schober und Bethlen für den 10. Oktober nach Venedig ein.

Wenn Schober die Vermittlung akzeptierte und nach Venedig fuhr, so war das von vornherein ein Ja zum Kompromiß. Ohne die Absicht und Möglichkeit, etwas — Ödenburg — zu geben, hätte es keinen Sinn gehabt, zu hoffen, er würde etwas — das Burgenland ohne Banden — bekommen. Daß Schober dazu bereit war, beweist seine Antwort vom 17. September, daß die Parteien zustimmen würden, wußte er seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Äußeres.

Es gab für Österreich nur drei Möglichkeiten, wie Lindeck-Pozza schreibt⁵⁹⁾: Entweder förmliche Übergabe durch die Entente bei Belassung der Banden, also Guerillakrieg, oder Eroberung mit militärischen Kräften, also Krieg mit unabsehbaren Folgen, oder eben gegen den Preis Ödenburgs die effektive Räumung und Rettung des übrigen Burgenlandes für Österreich.

Dennoch gab sich Schober am ersten Tag der Verhandlungen in Venedig⁶⁰⁾

⁵⁵⁾ Wiener Zeitung 24. September 1921.

⁵⁶⁾ Tel. Nr. 63 an Freudenthal (Rom) 24. September 1921, Z 4845/1 B, NPA 909 Fol. 993.

⁵⁷⁾ Tel. Nr. 65 an Freudenthal (Rom) 27. September 1921, Z 4930/1 B, NPA 909 Fol. 967. Torretta nannte dann auch den Ausschlußbeschuß „eine sehr elastische Formel“ (Sitzungsprotokoll der Venediger Konferenz, nach Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 146).

⁵⁸⁾ Tel. Z 4844/1 B 24. September 1921, NPA 909 Fol. 998 ff.

⁵⁹⁾ Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 37.

⁶⁰⁾ Ein Sitzungsprotokoll über die Venediger Konferenz aus dem Schober-Archiv des Archivs der Bundespolizeidirektion hat Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 143 ff (= Anhang 5) veröffentlicht.

hart, nicht nur, um für das österreichische Opfer möglichst viel zu bekommen, sondern wohl auch, um sein Gesicht zu wahren. Hier setzt nun der Druck Torrettas ein, den man ihm so übel genommen hat. Für Torretta war die Versöhnung der beiden Kontrahenten eine politische Notwendigkeit, darüberhinaus war ein Erfolg der Venediger Konferenz zu einer Prestigesache geworden, für Italien und für ihn, seit die italienische Vermittlung den Segen der Entente hatte. Schließlich wußte er auch, daß beide kompromißbereit waren. Als sich nun Schober überraschend unkonziliant zeigte, da fürchtete Torretta um sein Prestige und brachte Schober mit dem Hinweis auf die Kreditaktion auf die schon früher eingenommene Linie. Schober war dieser Druck vielleicht gar nicht ungelegen, weil er sich damit zu Hause verteidigen konnte.

Im Venediger Protokoll vom 13. Oktober 1921 ⁶¹⁾ verpflichtete sich Ungarn zu verschiedenen Maßnahmen, um die Freischärler aus dem Burgenland zu bringen. Acht Tage, nachdem die Interalliierte Generalkommission das Land als pazifiziert erklären würde, sollte dann in Ödenburg und Umgebung eine Volksabstimmung stattfinden.

In Wien berichtete Schober sofort dem Außenausschuß, der sich vertagte, um am 18. Oktober zur Beschlußfassung zusammenzutreten.

Sitzung vom 18. Oktober 1921 ⁶²⁾

Die Sitzung verlief in seltener Einstimmigkeit. Nur Dinghofer polterte, die Abstimmung sei eine reine Farce, man könne den ungarischen Versprechen nicht trauen. Doch Otto Bauer meinte, die Frage sei die, ob man wegen Ödenburgs kriegerische Entwicklungen riskieren wolle oder könne. Der gegenwärtige Zustand sei sicher unhaltbar, an ein militärisches Auftreten sei nicht zu denken, eine Ententehilfe sei nicht zu erwarten, kriegerisch sei also die Sache nicht auszutragen, es bleibe eben nur die friedliche Austragung möglich. Als auch Seipel „eine Austragung im Verhandlungswege“ befürwortete, meinte Seitz, die Parteien seien eigentlich einer Meinung, worauf — mit nur einer Stimmenthaltung — die Regierung ermächtigt wurde, „die in Venedig begonnenen Verhandlungen ... fortzusetzen und ... abzuschließen“ ⁶³⁾. Das bedeutete die prinzipielle Annahme des Protokolls, wie Schober nach Rom telegraphierte ⁶⁴⁾. Das Protokoll wurde dann am 30. November, nachdem das Burgenland außer Ödenburg ohne Zwischenfall von Österreich übernommen worden war, vom Nationalrat genehmigt.

Hätte der Ausschuß am 18. November die Venediger Lösung oder den Druck Torrettas als unerträglich empfunden, so hätte man die Zustimmung verweigern können. Hätte die Christlichsoziale Partei, die ja am längsten Widerstand geleistet hatte, eine bessere Lösung gesehen, so hätte man Schober jederzeit fallen lassen können. Nichts dergleichen geschah.

⁶¹⁾ Text des Protokolls siehe Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1922, Nr. 34, 15. März 1922, und auch Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 22 ff.

⁶²⁾ Handgeschriebenes Kurzprotokoll im Parlamentsarchiv, vgl. Anm. 31.

⁶³⁾ Beschluß des Aus. f. Auß. 18. Oktober 1921, Wiener Zeitung 19. X.

⁶⁴⁾ Tel. Nr. 81 an Kwiatkowski (Rom) 19. Oktober 1921, Z 5539/1 B, NPA 909 Fol. 847 ff.

Noch eine Frage ist zu stellen. War die unkorrekte Abstimmung vom 14. Dezember, das eigentliche „Verbrechen von Ödenburg“, für Österreich etwas völlig Überraschendes? Waren die Parteien völlig im Unklaren darüber, daß man ungarischer- und auch italienischerseits die Abstimmung als eine verschleierte Abtretung betrachtete?

Nach all dem, was in den Sitzungen des Ausschusses gesagt worden ist, muß man annehmen, daß die österreichischen Politiker erkannt hatten, die Lösung des Problems sei nur durch eine echte territoriale Konzession an Ungarn zu erzielen. Die Sozialdemokraten hatten doch ständig gefordert, die Christlichsozialen müßten sich entscheiden, „was man geben wolle“. Und der Christlichsoziale Mataja hatte am 22. September, drei Wochen vor dem Venediger Protokoll, gesagt:

„Wegen einer Volksabstimmung machen uns die Ungarn nicht die geringste Konzession. Wenn sie uns eine Konzession machen, so machen sie sie wegen Ödenburg. Daß die Ungarn etwa ihre Banden zurückziehen, damit eine Volksabstimmung dort stattfindet, das würden die Ungarn nur dann machen, wenn sie davon überzeugt sind, daß sie Ödenburg bekommen.“⁶⁵⁾

Ohne Zweifel wußten die Parteienvertreter am 18. Oktober, daß ihre Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Venediger Protokolls zugleich eine Entscheidung über Ödenburg war. Natürlich konnte man weiterhin hoffen und sich auch darum bemühen, daß die Volksabstimmung doch noch einen für Österreich günstigen Ausgang nehme⁶⁶⁾. Aber man *rechnete* mit dem Verlust Ödenburgs.

Zusammenfassend muß zur Haltung der österreichischen Parteien gesagt werden, daß ohne Zweifel die führenden Politiker der beiden Großparteien die Bereinigung der westungarischen Frage auf der Grundlage der Teilung des Landes akzeptierten, weil sie wußten, daß es keinen anderen Weg gab, um zu einem Frieden mit Ungarn zu kommen, was wiederum mit eine Voraussetzung war für die wirtschaftliche Normalisierung, für die Rettung der immer tiefer sinkenden Währung und der Volkswirtschaft.

Für die öffentliche Meinung brauchte man aber Sündenböcke. Die Entente, Italien, Schober, die Christlichsoziale Partei⁶⁷⁾ wurden dafür herangezogen.

e) Zusammenfassung

Berücksichtigt man die Aspekte, die in den letzten vier Abschnitten behandelt wurden, nämlich die keineswegs bloß proungarische Einstellung Torrettas, die für Österreich ungünstige machtpolitische Situation, die Verzichtbereitschaft Schobers und das Mitwissen und -wollen der verantwortlichen Parteienvertreter, so verschiebt sich das Bild. Italien ist nicht der Erpresser, durch dessen proungarische Haltung Österreich Ödenburg verloren hat, vielmehr konnte es beim Stand der Dinge nicht ohne Opfer Österreichs abgehen.

⁶⁵⁾ Protokoll 22. September S. 11 f.

⁶⁶⁾ Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 35.

⁶⁷⁾ Z. B. Leuthner (SD) in der Sitzung des Nationalrates vom 30. November 1921.

Die Banden beherrschten Westungarn. Die Entente war nicht willens, Truppen zu senden, eine Intervention der Tschechen wollte auch Wien nicht. So mußte man einen Kompromiß eingehen. Wenn Torretta sich darum bemühte, so gewiß, weil es für Italien vorteilhaft war, aber sicher nicht nur, um Ungarn zu helfen und gleichsam als Verrat an Österreich. Torrettas Interesse konnte es nicht sein, Österreich ganz zu vergrämen und in die Arme der Kleinen Entente zu treiben. Aber in dem Augenblick, da Österreich von seinem Rechtsstandpunkt abgerückt war, d. h. einer diplomatischen Lösung zustimmte und einen territorialen Kompromiß in Erwägung zog — und dies geschah nicht erst in Venedig unter italienischem Druck —, da brauchte Torretta doch nicht mehr auf dieses Recht zu pochen. Die Vermittlung geschah sicher auch, um ein Problem zu bereinigen und weil er überzeugt war, daß Österreich es wolle.

Der Verlust Ödenburgs ist vielmehr auf die verständliche Hartnäckigkeit der Ungarn, auf die militärisch-wirtschaftliche Schwäche Österreichs und auf das Desinteresse der Ententepartner zurückzuführen. Es ist wahrscheinlich, daß die ungarischen Freischärler wieder zu den Waffen gegriffen hätten, wäre die Abstimmung anders ausgegangen⁶⁸). Die Botschafterkonferenz selbst legte von dem Augenblick an, da man sah, daß Österreich und Ungarn miteinander redeten, diesen Zwist geistig ad acta. Man wollte, daß die Sache möglichst schnell zu einem Abschluß komme. Daher verhalten auch die an sich berechtigten Proteste Österreichs über das gefälschte Abstimmungsergebnis wirkungslos. Gesandter Eichhoff meldete aus Paris, die Haltung der französischen Regierung sei verständnisvoll, aber die Botschafter Italiens und Englands seien gegen den österreichischen Standpunkt, „der eine aus Mißstimmung darüber, daß man der Botschafterkonferenz Arbeit macht, der andere infolge seiner Instruktionen“⁶⁹). Und aus London berichtete Franckenstein, man habe ihm gesagt, den britischen Informationen zufolge sei es unzweifelhaft, daß eine unter besseren Garantien wiederholte Volksabstimmung wieder gegen Österreich ausfallen würde, und es wäre unter diesen Umständen doch richtiger und klüger, im Interesse der Herbeiführung eines freundschaftlichen Nachbarverhältnisses zu Ungarn, auf welches die Mächte großen Wert legten, sich mit dem Ödenburger Ergebnis abzufinden⁷⁰).

3. Die Burgenlandfrage und die österreichisch-italienischen Beziehungen

Man muß zwischen der Neueinschätzung der Rolle Italiens, wie sie heute möglich ist, und der damaligen Rezeption unterscheiden.

Der Verlust Ödenburgs wurde neben der Entente, die ohnehin für alles Schlechte verantwortlich gemacht wurde, vor allem Italien angelastet. Die Ausweglosigkeit der Situation war kein Trost, abgesehen von der Frage, wie weit

⁶⁸) Der Adjutant Ferrarios erklärte einem reichsdeutschen Journalisten, falls Österreich die Abstimmung nicht anerkenne und sich auf St. Germain zurückziehe, würde Ungarn dies als Kriegsfall betrachten. (NFP 18. Dezember 1921, S. 6).

⁶⁹) Bericht Nr. 198/P aus Paris (Eichhoff) 23. Dezember 1921, NPA 911.

⁷⁰) Bericht Nr. 154/P aus London (Franckenstein) 21. Dezember 1921 NPA 911 Fol. 355.

diese Aussichtslosigkeit überhaupt ins öffentliche Bewußtsein drang. Ein Trost war es viel eher, wenn man in Leitartikeln und Büchern einen Schuldigen anklagen konnte. So spricht die Reichspost vom „Diktat von Venedig“ und „vom Abgrund der Gefühle und Gesinnungen ... der uns drei Jahre nach Kriegsende vom Süden her anghäht“ ⁷¹⁾. Und die Arbeiter-Zeitung schreibt:

„Der italienische Imperialismus bereitet den nächsten Krieg vor ... Er sieht sich nach Bundesgenossen gegen Jugoslawien um. Ungarn ... ist sein natürlicher Bundesgenosse. Darum schützt der Marchese della Torretta das bluttriefende Regime des weißen Terrors. Darum hat Italien beschlossen, Ödenburg als Pfand der italienischen Freundschaft Ungarn zu schenken.“ ⁷²⁾

Der Verlust Ödenburgs wurde eine Belastung der österreichisch-italienischen Beziehungen in doppelter Hinsicht. Er befrachtete diese Beziehungen mit einem weiteren emotionalen Element, das sich ins Bild vom Erbfeind gut einfügte ⁷³⁾. Außerdem riefen die Ödenburger Ereignisse gemeinsam mit anderen Faktoren unmittelbar eine längere „Verstimmung“ hervor.

Schober hatte in der Zeit vor der Abstimmung alle Anstrengungen darauf gerichtet, möglichste Reinheit des Plebiszits durchzusetzen. Vor allem bemühte er sich um einen Aufschub, damit die Wählerlisten, über deren Mängel er von den österreichischen Abstimmungskommissaren unterrichtet wurde, sorgfältig geprüft und richtiggestellt werden konnten, und um der proösterreichischen Propaganda, die bisher unmöglich gewesen war, mehr Zeit zu geben. Schober tat dies sei es in der Hoffnung, es könnte so ein für Österreich günstiges Abstimmungsergebnis erfolgen, sei es aus Pflichtgefühl und um die Forderungen der Parteien zu erfüllen. Im letzten Augenblick erreichte er von der Botschafterkonferenz eine Zusage für den Aufschub, doch Ungarn wollte verständlicherweise nichts davon wissen, und der italienische General Ferrario, Präsident der Militärkommission, war ganz auf ungarischer Seite ⁷⁴⁾. So kam es also zu keinem Aufschub.

Als Österreich sich deshalb von der Abstimmung zurückzog und sie nicht anerkannte, wurde es von der Botschafterkonferenz, die, wie wir schon sagten, die Sache beendet wissen wollte, der Verschleppungstaktik beschuldigt. Das brachte Schober in Wut. Daß die Entente nicht nur in der Sache gegen Österreich entschied, sondern ihm Loyalität und Ehrlichkeit absprach, verletzte ihn. Wenn er resumierte, sagte er ganz „verbittert“ zu Orsini-Baroni, dem neuen italienischen Gesandten und Nachfolger Torrettas, so sei die ganze Entwicklung der Kreditfrage und der burgenländischen Frage eine Kette von Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten gegen Österreich gewesen. Er müsse zu seinem Bedauern konstatieren, daß er das Venediger Protokoll mit mehr Sorgfalt und Beharrlichkeit als der italienische Minister des Äußeren verteidigt habe. Italien möge doch endlich in

⁷¹⁾ Reichspost 17. Oktober 1921, S. 1.

⁷²⁾ Arbeiterzeitung 14. Dezember 1921, Leitartikel.

⁷³⁾ Renner, Österreich, S. 50: „Begreiflicherweise vertiefen sich durch diese Vorgänge noch die seit dem ersten Weltkrieg bestandenen, durch das Regime Nitti gemilderten Verstimmungen der österreichischen Bevölkerung gegen Italien.“

⁷⁴⁾ Dies, obwohl Torretta Ungarn aufgefordert hatte, der Verschiebung des Plebiszits zuzustimmen. (Chiffretelegramm aus dem Italienischen, Torretta an den italienischen Gesandten in Wien, Nr. 2136, Rom 11. Dezember 1921, Schober-Archiv, Fasz. „Westungarn“).

beiden Fragen einmal eine Tat setzen, welche es der österreichischen Regierung ermögliche, die ihr vorschwebende Idee einer Politik des besten Einvernehmens mit Ungarn und Italien zu verwirklichen ⁷⁵⁾.

Nicht nur Schober, auch Torretta war enttäuscht, und zwar über die in der letzten Phase der Burgenlandfrage von Österreich eingenommene Haltung. Im Februar 1922, als die „Verstimmung“ ihren Höhepunkt erreichte, ließ Torretta seinen Gesandten in Wien die Angelegenheit zur Sprache bringen ⁷⁶⁾: Er habe immer erklärt, daß auf Grund der Verträge das Burgenland Österreich gebühre und habe dies auch Ungarn gegenüber hervorgehoben, als er um die Vermittlung ersucht wurde. Wenn er Österreich geraten habe, Zugeständnisse zu machen, die das österreichische Parlament bereits prinzipiell angenommen hatte (Volksabstimmung), so sei das im Interesse Österreichs geschehen, das ja klar bewiesen habe, daß es nicht die Kraft hatte, das Burgenland zu halten. Er habe dem Kanzler völlige Freiheit gelassen und die Vermittlung erst dann in die Hände genommen, als Schober erklärte, „sie mit Dank anzunehmen“. Und weiter:

„Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß wenn es Österreich gelungen ist, Westungarn mit einem Minimum von Zugeständnissen in friedlicher Weise zu bekommen, dies der von mir entfalteten Aktion zu danken ist. ... Aus diesen Gründen waren die Haltung des Kanzlers und seine Erklärungen im Parlament wie auch die Kampagne in der dortigen Presse, in welcher die Haltung Italiens verkannt und nahezu zu Ungunsten Österreichs ausgelegt wurde, eine peinliche Überraschung für uns ...“ ⁷⁷⁾

Auch der Gesandte in Rom bekam solche Vorwürfe zu hören. Er antwortete, die österreichische Öffentlichkeit habe Italiens Verdienste in der Burgenlandfrage nicht verkannt, doch sei man durch die Haltung bei der Abstimmung in Odenburg enttäuscht, wo der italienische Vertreter der bescheidenen Bitte um Aufschub nicht stattgegeben und dadurch Parteilichkeit gezeigt habe ⁷⁸⁾.

Die Odenburger Ereignisse waren aber für Torretta, anders als für Österreich, nicht der einzige Grund für die Verärgerung und „Verstimmung“, die in den Monaten Jänner—März 1922 die österreichisch-italienischen Beziehungen beherrschten. Ausschlaggebend war für ihn vielmehr der sogenannte Vertrag von Prag-Lana, den Schober am 16. Dezember 1921 mit Beneš geschlossen hatte.

⁷⁵⁾ Gespräch Schober—Orsini, Hausnotiz Nr. 143, 27. Dezember 1921 Z 612/Präs, NPA 553. Und Tel. Orsini an Torretta Nr. 841 26. Dezember 1921, Schober-Archiv, Fasz. „Westungarn“. Orsini schreibt, er habe den Kanzler so verbittert gefunden wie nie.

⁷⁶⁾ Chiffretelegramm Torretta an die ital. Gesandtschaft in Wien, Nr. 471, Rom 15. Februar 1922, Schober-Archiv, Fasz. „Burgenland“.

⁷⁷⁾ Wie Anm. 76.

⁷⁸⁾ Tel. Nr. 17 aus Rom (Kwiatkowski) 24. Februar 1922, NPA 654 Fol. 100.

V. PERIODE DER SPANNUNGEN (DEZEMBER 1921 — MÄRZ 1922)

1. Der Vertrag von Prag-Lana

Die Ereignisse um das Burgenland waren bestenfalls eine Ablenkung, aber keine Verdrängung des zentralen Problems Österreichs: des Währungsverfalles. Die Durchführung der Sanierungsaktion war nach wie vor die wichtigste Aufgabe der Regierung Schober. Der Weg war klar vorgezeichnet. Im April und Mai 1921 hatten Völkerbundexperten einen Wiederaufbauplan ausgearbeitet, der am 28. Juni vom Obersten Rat genehmigt worden war. Auch die österreichischen Parteien waren damit einverstanden.

Nach energischen Maßnahmen im Innern und nach Aufhebung des Generalpfandrechtes sollte Österreich die zur Währungsstabilisierung nötigen Kredite erhalten. Eine stabile Währung ist ja die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Noch während die Regierung mit den Maßnahmen im Innern, z. B. Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse, und mit der Aufhebung des Generalpfandrechtes beschäftigt war, bemühte sie sich, Kredite als Vorschuß auf den Völkerbundkredit zu bekommen. Dies wurde vor allem gegen Ende 1921 notwendig, weil die Inflation immer größere Ausmaße annahm ¹⁾. Man verhandelte in London, versuchte auch in Paris und Rom Kredite zu bekommen, vorerst ohne Erfolg. Auch mit Prag suchte die Regierung Schober das Gespräch über wirtschaftliche Fragen. Hier stieß man auf Gegeninteresse. Beneš wußte, daß er durch wirtschaftliche Abkommen mit Österreich und durch Kredite diesen Staat dem Kraftfeld der Kleinen Entente annähern und ihr vielleicht sogar eingliedern konnte. Am 15. Dezember 1921 fuhr Bundespräsident Hainisch und Bundeskanzler Schober auf Staatsbesuch nach Prag. Daß der Besuch gerade stattfand, während Ödenburg für Österreich verloren ging, war sicher eine gewollte Ablenkung, doch scheint mir dieses zeitliche Zusammentreffen auch ein Zeichen dafür, daß die wirtschaftlichen Sorgen viel wichtiger waren und auch damals so empfunden wurden.

Obwohl die Reise schon länger geplant war, wurde sie ein Paukenschlag, weil Schober, abgesehen von wirtschaftlichen Abmachungen, mit einem politischen Vertrag und mit der Zusage eines Kredites von 500 Millionen Tschedenkronen zurückkehrte. Den größten Erfolg bedeutete es, das Beneš von nun an seinen Einfluß in Paris und London geltend machte, um die Kreditwürdigkeit und die Notwendigkeit zur Hilfe herauszustellen ²⁾.

Der tschechische Kredit war endlich einmal eine konkrete Zahl und zugleich ein Vertrauensbeweis. Die weiteren Kredite, die Österreich im Februar 1922 von den Ententemächten bekam, waren eine Folge des tschechischen. Das bemerkenswerte Ergebnis war, daß sich der Kurs der Krone vorübergehend stabilisierte ³⁾.

¹⁾ Ladner, Staatskrise, S. 18 ff.

²⁾ Telefonat Schobers mit Beneš, Hausnotiz Nr. 23 2. Februar 1922, Z 256/Präs, NPA 553.

³⁾ Ladner, Staatskrise, S. 20 f.

Was Österreich dafür geben mußte, war der politische Vertrag von Lana, unterzeichnet am 16. Dezember 1921 in Prag ⁴⁾. Der neue Vertrag war zwar keine festere Bindung an die Tschechoslowakei als das Rennersche Geheimabkommen vom 12. Jänner 1920, welches er ablöste, doch bedeutete er durch seine Öffentlichkeit eine gewisse Annäherung an die Tschechoslowakei. Der Vertrag enthielt eine wechselseitige Gebietsgarantie auf der Basis des Pariser Friedensvertrages, eine gegenseitige Neutralitätserklärung, die alle militärischen Klauseln des Geheimabkommens ablöste, ferner das Verbot von Organisationen, die gegen die Sicherheit des anderen Staates gerichtet waren, und Schiedsgerichtsklauseln; alles recht harmlose und selbstverständliche Punkte.

Der Vertrag fand Zustimmung sowohl bei den österreichischen Parteien (nach einigen Klärungen und mit Ausnahme der Großdeutschen, die eine freiwillige Verzichtserklärung auf die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei nicht annahmen) als auch in Paris und London, wo man hoffte, er würde die wirtschaftliche und politische Lage in Mitteleuropa konsolidieren helfen ⁵⁾.

Anders mußte der italienische Außenminister Torretta den Vertrag beurteilen. Für ihn war jede Wendung Österreichs zur Tschechoslowakei eine Abwendung von der italienischen Linie, also ein Mißerfolg.

Torretta wußte vom Geheimabkommen Renner—Beneš, er war ja von Renner selbst genau informiert worden, was er ihm hoch angerechnet hatte ⁶⁾. Auch im Dezember 1921 war Italien über die bevorstehende Reise informiert worden. Doch sollten nur wirtschaftliche Gespräche geführt werden. Als dann Schober einen politischen Vertrag abschloß, fühlte sich Torretta übergangen. Nicht einzelne Bestimmungen des Vertrages waren ihm zuwider, sondern die Geste als solche war ein Mißerfolg seiner Politik. Er mußte sich eingestehen, daß sein Versuch, sich durch die Vermittlung zwischen Österreich und Ungarn beide Staaten zu verpflichten, gescheitert war. Österreich war nicht nur, statt für die Gewinnung des Burgenlandes ihm dankbar zu sein, verärgert über den Verlust Ödenburgs, sondern lief auch gleich dem ärgsten Rivalen in die Arme und schloß einen politischen Vertrag ab. Dazu kam die Befürchtung, diesem ersten Schritt könnten weitere folgen. Schon gab es Gerüchte, Schober wolle auch mit Jugoslawien ein ähnliches Abkommen schließen. Orsini berichtete derartiges nach Rom ⁷⁾. Wiener Blätter brachten Nachrichten, daß anlässlich der bevorstehenden Durchreise Pašić' nach Prag Vertragsverhandlungen stattfinden würden. Tatsächlich äußerte im Februar der Gesandte Popović einen solchen Wunsch seiner Regierung ⁸⁾. Damit war aber ein kritischer Punkt erreicht. Die Reaktion der italienischen Außenpolitik auf die neue Lage war natürlich keine gefühlsmäßige, auch wenn die Worte Ärger, Enttäuschung, Verstimmung in den Berichten, Telegrammen und

4) Text siehe bei Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 93—96, und BGBl. f. d. Republik Österreich 1923, Nr. 141, 21. 3. 1923, S. 359 ff.

5) Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 101.

6) Lindeck-Pozza, Vorgeschichte, S. 18 und Anmerkung 6. Siehe auch oben S. 33.

7) Hohenbichler, Republik im Schatten der Monarchie, S. 102.

8) Tel. Nr. 9 an Kwiatkowski (Rom) 13. Februar 1922, NPA 654 Fol. 93. Weiters Material zu österreichisch-jugoslawischen Verhandlungen (1923) NPA 771.

Gesprächen oft vorkommen. Die „Verstimmung“, in deren Zeichen die österreichisch-italienischen Beziehungen von Jänner bis März 1922 standen, war nichts anderes als ein Werkzeug des politisch-diplomatischen Instrumentariums, mit dem man der Situation Herr werden wollte. Weitere Werkzeuge waren das Angebot, auch einen politischen Vertrag abzuschließen und die Bemühungen, ein Treffen zwischen Schober und dem italienischen Außenminister zu arrangieren. Auch in der Kreditfrage glaubte Torretta, eine willkommene Gelegenheit zur Einwirkung zu finden.

2. Die „Verstimmung“ und die Teilnahme Italiens an der Kreditaktion

Der erste Teil der italienischen Reaktion bestand darin, sich über den Vertrag erstaunt, besorgt, schließlich verärgert zu geben. Von der Rückkehr Schobers aus Prag bis in den März 1922 mußten die österreichischen Politiker und Diplomaten ein wahres Trommelfeuer von Warnungen, Befürchtungen und Vorhaltungen über sich ergehen lassen.

Schon am 21. Dezember kablete Kwiatkowski aus Rom, man sei in der Consulta unangenehm berührt, und die italienische Presse schreibe, Österreich sei der Kleinen Entente beigetreten⁹⁾. Zehn Tage später warnte Außenminister Torretta eindringlich vor dem „slawischen Fahrwasser“¹⁰⁾. Italien habe nichts einzuwenden, wenn Österreich eine wirtschaftliche Verständigung mit den Nachfolgestaaten suche, doch könne er nicht unerwähnt lassen, daß, wenn sich Österreich mit anderen Staaten, speziell mit Südslawien, in nähere Beziehungen einließe, es nur zu leicht in eine Richtung mitgerissen werden könnte, die weder für Österreich selbst, noch für seine Beziehungen zu Italien vorteilhaft wären. Österreich wäre ja nicht in der Lage, auf die anderen Nachfolgestaaten einen präponderierenden Einfluß auszuüben, es würde also in ihre Abhängigkeit geraten, was wohl nicht im Interesse Österreichs sei. Dann bemerkte er, er prüfe derzeit das Abkommen, und werde seine Auffassung in Wien bekanntgeben.

Dies geschah bei einem Besuch, den Orsini dem neuen österreichischen Außenminister Dr. Henet am 31. Jänner 1922 abstattete¹¹⁾. Torretta sei über das Abkommen von Prag beunruhigt. Es sei ein Abgehen von der bisherigen Linie, sei wissentlich oder unwissentlich ein halber Eintritt in die Kleine Entente und widerspreche — das war der schwerste Vorwurf — dem Renner—Nitti Abkommen.

Henet war um eine Antwort nicht verlegen. Ein wirtschaftliches Abkommen mit der Tschechoslowakei sei notwendig, ja eine Lebensfrage gewesen. Doch habe man nicht umhin können, auch irgendeinen politischen Vertrag abzuschließen. Dieser politische Vertrag aber binde Österreich weit weniger als das alte Ab-

⁹⁾ Tel. Nr. 123 aus Rom (Kwiatkowski) 21. Dezember 1921, NPA 654 Fol. 81.

¹⁰⁾ Tel. Nr. 128 aus Rom (Kwiatkowski) 31. Dezember 1921, NPA 654 Fol. 82.

¹¹⁾ Hausnotiz Nr. 21 31. Jänner 1922, Z 1922, Z 241/Präs, NPA 553. Henet war Außenminister im Kabinett Schober II (Jänner—Mai 1922).

kommen, und gegen eine Anerkennung der Friedensverträge und Grenzgarantien könne Torretta wohl nichts einwenden.

Orsini faßte die italienischen Bedenken zusammen mit dem Wort, es komme weniger auf den Text als auf den Geist an.

Bald darauf ereigneten sich zwei Vorfälle, die teils geeignet waren, die italienischen Befürchtungen zu unterstützen, teils von Torretta als willkommene Handhabe verwendet wurden, auf Österreich Druck auszuüben. Der erste war die Ablehnung Italiens als Schiedsrichter in der Burgenlandfrage. Es sollte nämlich im Jänner ein Schiedsrichter für die Verhandlungen über den endgültigen Verlauf der Grenze bestellt werden. Ungarn wünschte Italien, Österreich erklärte aber, die Schiedsrolle müsse einem neutralen Staat übertragen werden^{11a)}. Das war offenkundig ein Zeichen des Mißtrauens und der Enttäuschung Italiens gegenüber. Der zweite Vorfall hing mit der Kreditaktion zusammen.

a) Die Kreditaktion

Schon bald nach dem tschechischen Kredit hatte Schober Italien um Teilnahme an der Kreditaktion gebeten — nicht zum erstenmal —, und zwar führte er politische Gründe an¹²⁾. Ein Kredit von der Tschechoslowakei allein bringe Österreich in Verlegenheit, sagte er zum Gesandten Orsini, doch habe er Hoffnung, auch von England und Frankreich Kredite zu bekommen. Italien solle sich dieser Kreditaktion nicht ganz ferne halten und wenigstens „pro forma“ beteiligen. Österreich sei ein Damm zwischen den Slawen des Nordens und des Südens, und es liege in österreichischem und italienischem Interesse, daß er fest bleibe und die Bevölkerung wisse, sie werde von Italien nicht verlassen.

Eine schmeichelhafte Bitte! Orsini selbst befürwortete eine italienische Beteiligung. In Rom regte sich aber nichts.

Die Hoffnung auf einen englischen und französischen Kredit erfüllte sich bald. Verhandlungen¹³⁾, ein Appell des österreichischen Bundespräsidenten an die Staatsoberhäupter Englands und Frankreichs (nicht aber an den italienischen König) und eine Intervention von Beneš¹⁴⁾ bewirkten, daß Anfang Februar London 2½ Millionen Pfund Sterling und Paris 55 Millionen Francs als Voranschuß auf den Völkerbundkredit versprachen.

Da urgierte Orsini eine italienische Beteiligung. Er meldete nach Rom¹⁵⁾, daß die Nachrichten über den englischen und französischen Kredit in Wien ein Ereignis seien. Nun frage man, warum sich Italien nicht beteiligt habe. Da Italien dem Appell Schobers, sich zumindest pro forma zu beteiligen, nicht Folge geleistet

^{11a)} Tel. Nr. 11 an Kwiatkowski (Rom) 16. Februar 1922, NPA 654 Fol. 88.

¹²⁾ Chiffretelegramm Orsini an Torretta Nr. 842 27. Dezember 1921 Schober-Archiv Fasz. „Burgenland“.

¹³⁾ Ladner, Staatskrise, S. 24.

¹⁴⁾ Wie Anmerkung 2.

¹⁵⁾ Orsini an das Ministerium des Äußeren in Rom, 8. Februar 1922, Schober-Archiv, Fasz. „Burgenland“ („Kredite“). Der Charakter des Schreibens ist nicht näher feststellbar. Wahrscheinlich ist es wieder ein aufgefangenes Telegramm.

habe, stehe es nun in den Augen der öffentlichen Meinung abseits da, während Frankreich, England und die Tschechoslowakei um die Wette laufen, Österreich auf die Beine zu helfen. Das sei mit den Hegemonievorstellungen schlecht vereinbar, schloß Orsini seine Aufforderung.

b) Torrettas Veto

Torretta aber war noch nicht bereit, Österreich einen Kredit zu geben, sondern sah in der Kreditaktion eine willkommene Gelegenheit, die österreichische Wendung nach Prag rückgängig zu machen. Als Sicherstellung für den Zinsendienst der tschechoslowakischen Anleihe sollte die Verkehrssteuer verwendet werden, wozu die Reparationskommission ihre Zustimmung geben mußte. Italien verweigerte in der Kommission seine Zustimmung, gleichzeitig teilte Torretta durch Orsini dem österreichischen Bundeskanzler mit, daß er seine Zustimmung geben werde, wenn Schober schriftlich verspreche, in Zukunft nicht mehr, wie im Falle des Vertrages von Prag-Lana, die italienische Regierung zu überraschen, sondern entsprechend dem Renner—Nitti Vertrag die italienische Regierung von allen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen¹⁶⁾.

Damit sollte nicht nur die politische Abhängigkeit Österreichs von Italien unterstrichen, sondern konkret ein mögliches österreichisch-jugoslawisches Abkommen verhindert werden. Mit diesem Veto erreichte die „Verstimmung“ einen recht dramatischen Höhepunkt. Gleichsam um den Ernst der Lage festzustellen, mußte Orsini auch noch melden, daß Torretta „beleidigt“ sei, erstens wegen der Ablehnung in der Schiedsrichterfrage, zweitens weil Österreich zwar an das englische und das französische Staatsoberhaupt, nicht aber an den italienischen König um Kreditgewährung herangetreten sei.

c) Die Antwort Schobers

Schober ließ sich durch die italienischen Vorwürfe nicht einschüchtern. Vor allem war er, wie wir gleich sehen werden, in der Lage, das italienische Veto ohne weiteres zu umgehen. Seine Reaktion war eine sehr geschickte Mischung aus Härte und Loyalitätsbezeugung.

Schober zeigte sich¹⁷⁾ sehr entrüstet, ja verletzt über die italienischen Vorwürfe, vor allem über jenen, in Prag gegen das Renner—Nitti Abkommen verstoßen zu haben. Er sei nicht einer, der übernommenen Verpflichtungen untreu werde. Da die Italiener wiederholt informiert worden seien, habe man sich nicht gegen die „übrigens ungeheuerlichen Bestimmungen“ des Renner—Nitti Abkommens vergangen. Was die Kredite anlange, so habe man Italien mindestens viermal ohne Erfolg eingeladen. Dann machte Schober darauf aufmerksam, welch schlechten Eindruck es hervorrufen werde, wenn die Öffentlichkeit vom italieni-

¹⁶⁾ Unterredung Schober—Orsini, Hausnotiz Nr. 27 11. Februar 1922, Z 332/Präs, NPA 553 sowie Chiffretelegramm Orsini an Torretta 12. Februar 1922, Schober-Archiv, Fasz. „Burgensland“.

¹⁷⁾ Ebenda.

schen Veto erfahre. Man wisse zwar in Österreich, daß sich Italien selbst in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befinde, an dem Tage jedoch, an dem man erfährt, daß Italien nicht nur nicht an der Kreditaktion teilnimmt, sondern sie zu behindern sucht, um politische Zugeständnisse zu erlangen, wäre es nicht mehr am Platze, von guten gegenseitigen Beziehungen zu sprechen.

Im übrigen, fuhr Schober fort und spielte damit seinen Trumpf aus, werde Österreich die Genehmigung der Reparationskommission gar nicht brauchen, weil London, Paris und Prag angesichts der Schwierigkeiten in der Kommission zu einer anderen Form der Sicherstellung des Kredites bereit seien. Schober belegte dies mit mehreren Telegrammen.

Damit war das italienische Veto entkräftet, die Sachlage hatte sich geändert. Schober bewies aber Geschick und zeigte in dieser für Italien unangenehmen Lage Entgegenkommen, indem er zwar die Vorwürfe zurückwies und es ablehnte, der Forderung nach einer schriftlichen Erklärung nachzukommen, gleichzeitig aber sich loyal gab. Er sei überzeugt von der Notwendigkeit enger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich und Italien, er bekräftigte seine Treue zu den Abmachungen Renners mit Nitti und äußerte sogar den Wunsch, mit Torretta zusammenzutreffen, um die Beziehungen ins Reine zu bringen¹⁸⁾.

d) Italiens Umschwung

Torrettas Rechnung war nicht aufgegangen, es bestand sogar die Gefahr, daß Italiens Stellung noch mehr erschüttert werde. Es blieb ihm also nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen: Italien zog sein Veto zurück und gewährte überraschend selbst einen Kredit.

Am 15. Februar 1922 telegraphierte Torretta nach Wien¹⁹⁾. Er formulierte noch einmal ausführlich, welche Enttäuschung die österreichische Haltung in der zweiten Phase der Burgenlandfrage und in Prag für Italien dargestellt habe. Er erwähnte auch noch die Nachrichten, die ihm von verschiedenen Seiten zugekommen seien, daß Österreich andere politische Verhandlungen vorbereite. „Dies alles brachte uns zu dem Glauben, daß Österreich sich nach einer anderen Richtung ziehen lasse.“ Doch nun habe sich Schober als ein überzeugter Anhänger der römischen Vereinbarung und der politischen Richtlinie, welche die Vereinbarung voraussetzt, erklärt. Italien sei von dieser Erklärung befriedigt, weshalb man die Haltung in der Reparationskommission modifizieren könne. Er teilte dann mit, daß er mit dem Schatzminister um einen Kredit für Österreich Verhandlungen führe.

¹⁸⁾ So telegraphierte jedenfalls Orsini nach Rom. Die Hausnotiz enthält den letzten Wunsch nicht (siehe Anmerkung 16). Auch Kwiatkowski in Rom mußte die vielen Gravamina hören. Da seine Berichte und die Antworten Wiens der Kontroverse nichts Neues hinzufügen, kann auf Zitate verzichtet werden. Im einzelnen sind es: Tel. Nr. 9 (13. Feb.) nach Rom, Nr. 11 (16. Feb.) nach Rom, Nr. 12 (17. Feb.) aus Rom, Nr. 13 (19. Feb.) aus Rom, Nr. 12 (3. März) nach Rom, sämtliche in NPA 654 Fol. 85 ff, sowie der Bericht Nr. 11/P aus Rom (Kwiatkowski) vom 20. Februar 1922.

¹⁹⁾ Chiffretelegramm Torretta an die italienische Gesandtschaft Wien, Nr. 471, 15. Februar 1922, Schober-Archiv, Fasz. „Burgenland“ („Kredite“).

„Dieselben sind bereits zu einem Punkte gelangt, um Sie beauftragen zu können, dem Kanzler zu erklären, daß Italien prinzipiell entschlossen ist, Österreich sofort mit einem Darlehen nach Analogie des französischen und englischen zu Hilfe zu kommen.“²⁰⁾

Den Wunsch nach einer Begegnung nahm er wegen der parlamentarischen Lage abwartend entgegen. Am 26. Februar 1922 wurde die Regierung Bonomi durch die Regierung Facta abgelöst, in der Carlo Schanzer das Außenministerium übernahm. So ist es zu keiner Begegnung Schober—Torretta mehr gekommen.

Torretta hatte erkannt, daß sein Versuch, die Kreditaktion für sich auszunützen, mißlungen war. Trotzdem versuchte er noch einmal, einen politischen Gewinn zu ziehen. Als Kwiatkowski für die Kreditzusage dankte, wies Torretta darauf hin, wie schwierig die Beschaffung gewesen sei, daher müsse Italien gewisse Vorbehalte machen, d. h., Österreich dürfe keine Kombinationen mit der Tschechoslowakei oder Jugoslawien eingehen²¹⁾. Wien antwortete, wenn die Kredithilfe von Vorbehalten abhängig wäre, würde der günstige Eindruck der Hilfe vollkommen paralysiert²²⁾.

In dem Augenblick, als das Veto, ein handgreifliches und unter Umständen gefährliches Mittel, nicht den gewünschten Erfolg brachte, war es zu erwarten, daß auch die „Verstimmung“ wenig Eindruck hinterließ. Immerhin kann man es als einen gewissen Erfolg Italiens bezeichnen, daß man sich in Wien verstärkt der italienischen Empfindlichkeit bewußt wurde und tatsächlich einem Vertrag mit Jugoslawien aus dem Weg ging²³⁾.

3. Annäherungsversuche: die Besuchsfrage und das Angebot eines politischen Vertrags

Die Reaktion Italiens auf den Vertrag von Prag-Lana war von Anfang an zweifacher Art gewesen: einerseits Verstimmung, andererseits positive Werbung. Mit dem Kreditversprechen von Mitte Februar setzten die freundschaftlichen Bemühungen verstärkt ein. Sie gingen hauptsächlich von den Beamten der Consulta aus, z. B. von Biancheri, dem Wiener Geschäftsträger, der Torretta ans Ministerium nach Rom gefolgt war. Torretta trat ja ab. Sein Nachfolger Carlo Schanzer vertrat nicht die imperialistische und antijugoslawischen Donaupolitik seines Vorgängers und hatte daher weniger Interesse an Österreich²⁴⁾.

Zu diesen positiven Bemühungen gehört die Idee einer Begegnung zwischen

²⁰⁾ Ebenda. — Die Höhe des Kredites betrug dann 70 Millionen Lire.

²¹⁾ Tel. Nr. 13 aus Rom (Kwiatkowski) 19. Februar 1922, NPA 654 Fol. 89.

²²⁾ Tel. Nr. 12 an Kwiatkowski (Rom) 3. März 1922, NPA 654 Fol. 90.

²³⁾ Erst die Reise Seipels nach Belgrad ein Jahr später (Februar 1923) führte zu Gesprächen. Siehe NPA 771, Liasse SHS-Staat.

²⁴⁾ In Wien geboren, war Carlo Schanzer mit acht Jahren mit seiner Familie nach Triest und einige Jahre später nach Rom gezogen, wo er eine steile Karriere als Politiker machte. Vor der Übernahme des Außenministeriums war er Finanzminister gewesen. Er galt als zögernd, anglophil und war Giolittianer.

dem österreichischen Bundeskanzler und dem italienischen Außenminister, die „jede Verstimmung beseitigen und auch die öffentliche Meinung befriedigen könnte“, wie Biancheri zum österreichischen Gesandten sagte²⁵⁾. Die Idee war zwar von Schober ins Spiel gebracht worden, doch wurde bald die Consulta zum Befürworter, während Wien nichts mehr davon hören wollte. Man hätte es in Rom gerne gesehen, wenn die Begegnungen noch vor der für April in Genua einberufenen Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden hätte.

Weiters zeigte man bei der Konferenz der Nachfolgestaaten, die wieder in Rom tagte, Entgegenkommen²⁶⁾. Vor allem aber war da das Angebot, einen politischen Vertrag abzuschließen.

Der Gedanke eines neuen politischen Vertrages zwischen Österreich und Italien war schon unmittelbar nach Prag-Lana ausgesprochen worden. So hatte Schober, um die Harmlosigkeit des Vertrages herauszustreichen, zu Orisini gesagt, er sei bereit, auch mit Italien und Ungarn ähnliche Verträge abzuschließen. Am 30. Dezember 1921 erschien der italienische Gesandte bei Schober und regte ganz konkret den Abschluß eines politischen Vertrags zwischen Österreich und Italien an, „ähnlich wie zwischen Österreich und der Tschechoslowakei“ und anlehnend an das Renner—Nitti Abkommen. Schober bat den Gesandten um die Ausarbeitung eines Entwurfes für einen derartigen Vertrag²⁷⁾. Es vergingen aber zwei Monate, bis Italien wieder auf ein Abkommen zu sprechen kam. Erst am 24. Februar 1922, kurz nach der Kreditzusage, erwähnte Biancheri in einem längeren vertraulichen Gespräch mit Kwiatkowski, daß Österreich die Ergänzung des römischen Abkommens von 1920 angeregt habe, und sagte, Italien wolle Österreichs Wünsche und Bedürfnisse in jeder Richtung ehestens kennenlernen²⁸⁾. Einen Monat später meldete Kwiatkowski erneut, das ganze Gehaben der Consulta zeige, daß man Österreich zufriedenstellen wolle, um einen Beitritt zur Kleinen Entente zu verhindern²⁹⁾.

In einem Bericht am 22. März analysierte Kwiatkowski diese Annäherungsbemühungen. Seit dem Prager Übereinkommen sei man in Italien sehr beunruhigt, Österreich werde sich mit Jugoslawien verständigen, es könnte sich eine Staaten-Gruppe bilden, die der Monarchie ähnlich wäre und Italiens Großmachtansprüche in diesem Raum zunichtemache. Um Österreich davon abzuhalten wünsche man eine Entrevue noch vor der Konferenz von Genua, man komme Österreich in der römischen Konferenz auffallend entgegen, man möchte ein Abkommen schließen, das Österreich an Italien bindet. Kwiatkowski wirft dann die Frage auf, wie weit man Italien entgegenkommen solle, und meint selbst dazu, Österreich solle sich an Italien halten, das immerhin die benachbarte Großmacht sei und auch zu London einen guten Draht besitze; dagegen wiege Jugoslawien nicht viel. Ein

²⁵⁾ Tel. Nr. 12 aus Rom (Kwiatkowski) 17. Februar 1922, NPA 654 Fol. 86.

²⁶⁾ Bericht Nr. 16/P aus Rom (Kwiatkowski) 22. März 1922. Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 80. Zu dieser Konferenz siehe oben S. 64 f.

²⁷⁾ Gesprächsnotiz 30. Dezember 1921, NPA 654 Fol. 96.

²⁸⁾ Tel. Nr. 17 aus Rom (Kwiatkowski) 24. Februar 1922, NPA 654 Fol. 100.

²⁹⁾ Tel. Nr. 23 aus Rom (Kwiatkowski) 21. März 1922, NPA 654 Fol. 108.

Freund Jugoslawiens könne aber nie ein Freund Italiens sein ³⁰⁾. Kwiatkowski plädierte also eindringlich für Italien.

Wie stellte sich Wien zu diesen Bemühungen und Wünschen? Man war anderer Meinung. Gerade die Tatsache, daß die „Verstimmung“ für Österreich ohne ernste Folgen geblieben war, stärkte das Selbstbewußtsein am Ballhausplatz und machte für die Werbung unempfindlich. Die Vorwürfe, die man Österreich gemacht habe, seien nichts anderes als der Beweis für die Hilflosigkeit Italiens, das, nachdem es nichts erreicht hatte, einfach umgefallen sei und sua sponte den Kredit bewilligt habe, heißt es in einer „Pro domo“-Aufzeichnung im Außenamt, verfaßt von Lothar Egger, dem späteren Gesandten in Rom ³¹⁾. Und weiter:

„Ein über den Rahmen unserer Zusicherungen ³²⁾ hinausgehendes Entgegenkommen gegenüber Italien könnte uns nichts nützen, denn das Wohl- oder Übelwollen dieses Staates verliert täglich mehr an internationaler Wichtigkeit ...“

Harte Worte! Weit weg von einer Politik besten Einvernehmens mit Italien, wie es Schober Orsini gegenüber formuliert hatte. Dementsprechend fiel der Ton der Antworten Wiens aus. In einer Weisung an Kwiatkowski ³³⁾ werden in einem sehr selbstbewußten Ton noch einmal die Vorwürfe entschieden zurückgewiesen; die Frage der Begegnung solle er nicht aufwerfen; der Renner-Nitti-Vertrag wird in Frage gestellt: er sei überholt und seine geheime Natur sei konstitutionell anfechtbar. Auch eine neuerliche Anfrage Kwiatkowskis, wie weit man Italien entgegenkommen solle ³⁴⁾, änderte nicht die Meinung in Wien. Ein Besuch sei vor Genua nicht möglich. Bezüglich eines Vertragsabschlusses informierte man Kwiatkowski, daß Italien, und nicht Österreich diesen angeregt habe. Das war wichtig für die Verhandlungsposition. Wenn man in Rom davon zu reden beginne, solle er sagen, das Renner—Nitti Abkommen sei durch einen öffentlichen Staatsvertrag zu ersetzen, der vor der Öffentlichkeit vertretbar sei ³⁵⁾. Damit war nichts anderes gemeint als ein Vertrag, der Österreich weniger als das Rennersche Abkommen binde.

Man nahm also die Annäherungsbemühungen sehr zurückhaltend auf. Im März 1922 war die Lage Österreichs relativ gut. Die Kreditvorschüsse hatten ein weiteres Absinken der Krone vorläufig aufgehalten, und das letzte große Hindernis für den Völkerbundkredit, die Aufhebung des Generalpfandrechtes, hoffte man auf der bevorstehenden Konferenz von Genua beseitigen zu können, wo Schober mit den Staatsmännern persönlich zu verhandeln Gelegenheit finden würde. Ein Staatsbesuch oder ein politischer Vertrag hätten da leicht schaden können, waren doch neben London vor allem Paris und Prag, beide in einem Konkurrenzverhält-

³⁰⁾ Bericht 16/P aus Rom (Kwiatkowski) 22. März 1922.

³¹⁾ Pro domo, 26. Februar 1922, NPA 654 Fol. 98 ff.

³²⁾ Bezieht sich auf die Erklärungen Schobers zu Orsini.

³³⁾ Tel. Nr. 12 an Kwiatkowski (Rom) 3. März 1922, NPA 654 Fol. 90.

³⁴⁾ Tel. 23 aus Rom (Kwiatkowski) 21. März 1922, NPA 654 Fol. 108 und Bericht 16/P, wie Anmerkung 30.

³⁵⁾ Tel. Nr. 20, 25. März und Tel. Nr. 21, 27. März 1922 an Kwiatkowski (Rom), NPA 654 Fol. 109, 110.

nis zu Italien, die wichtigsten Geldgeber. Außerdem fehlte zur Aufhebung des Generalpfandrechtes u. a. gerade die Zustimmung Jugoslawiens.

Unter diesen Umständen kam es also zu keinem Besuch. Erst am 9. April traf Bundeskanzler Schober mit Außenminister Schanzer und auch mit Ministerpräsident Facta in Genua im Rahmen der Konferenz zu einem kurzen Gespräch zusammen. Auch zu einem Vertrag ist es nicht gekommen. Allerdings war Österreich einer Ersetzung des Renner—Nitti Abkommens nicht abgeneigt, wie wir gesehen haben. Doch sah es sich in einer stärkeren Verhandlungsposition und drängte nicht, dennoch bereitete man sich auf ein allfälliges konkretes Angebot Italiens vor.

Italien war aber natürlich für einen Vertrag nicht zu haben, der, statt Österreich mehr zu binden als der bestehende Vertrag, ihm mehr Unabhängigkeit gab. Das dürfte der Hauptgrund gewesen sein, daß es zu keinem Angebot italienischerseits, ja nicht einmal zu ernsthaften Gesprächen gekommen ist.

Trotzdem zeitigten die Vorbereitungen ein interessantes Ergebnis: einen österreichischen Entwurf zu einem politischen Abkommen zwischen Österreich und Italien.

4. Entwurf eines politischen Vertrages zwischen Österreich und Italien

Der Entwurf, mehrere maschineschriebene Blätter, trägt das Datum vom 27. März 1922 und ist überschrieben: „Politisches Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Italien“³⁶⁾. Es gibt keinerlei Hinweis, daß Italien diesen Entwurf gesehen hätte. Gespräche darüber wurden jedenfalls nicht geführt.

a) Inhalt

Der Entwurf enthält Teile aus dem Renner—Nitti Abkommen³⁷⁾, aus dem Prager Abkommen³⁸⁾ sowie neue Formulierungen.

Als Vertragsziel wird in der Präambel die Ausgestaltung der zwischen den Regierungen bereits bestehenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen genannt.

Artikel 1 formuliert ein Loyalitätsprinzip: Die Durchführung der Verträge ist die Grundlage der Politik, wobei sich die Regierungen vom Geiste gegenseitigen Entgegenkommens leiten lassen. Dieser Artikel entspricht den Absätzen (2) und (3) des Renner—Nitti Vertrags mit dem Unterschied, daß der Friedensvertrag von St. Germain, auf den er sich bezieht, nicht namentlich genannt ist. Das ist sicher auf die Proteste der Großdeutschen beim Prager Vertrag zurückzuführen, als sie erklärten, einer freiwilligen Anerkennung des Vertrags von St. Germain, der Österreich das Selbstbestimmungsrecht nehme, könnten sie nie zustimmen.

In Artikel 2 verpflichtet sich Österreich, an keinem Staatenbund teilzunehmen,

³⁶⁾ NPA 476 geheim, Z 1122/1 A, aus Folio 1—41.

³⁷⁾ Text siehe Anhang und oben S. 37 f.

³⁸⁾ Text wie Anmerkung 4.

der der österreichisch-ungarischen Monarchie gleich oder ähnlich ist. Italien wird Österreich seine diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen, um zu verhindern, daß eine derartige Entwicklung sich vollziehe. Dieser Antimonarchieartikel entspricht Absatz (7) des Renner—Nitti Vertrags, ähnlich ist auch Artikel 4 des Prager Vertrags.

Artikel 3 ist eine Neutralitätserklärung für den Fall des Angriffs einer dritten Macht. Er entspricht dem Artikel 3 des Prager Vertrags und ist eine wesentliche Zurücknahme des Absatzes (8) des Renner—Nitti Abkommens, das für so einen Fall die „diplomatische und politische Unterstützung“ vorsieht.

Ein weiterer Artikel, mit 6 numeriert, enthält die Verpflichtung, keine dem gegenwärtigen Vertrag widersprüchlichen Verträge abzuschließen (= Artikel 8 des Prager Vertrags) und keiner Mächtegruppe beizutreten, die direkt oder indirekt gegen den anderen gerichtet ist. Dieser letzte Absatz ist eine neue Formulierung und könnte als eine besondere Erklärung Österreichs, nicht der Kleinen Entente beitreten zu wollen, verstanden werden.

Der nächste Artikel behandelt die Minderheiten. Dabei fehlt im Vergleich mit dem entsprechenden Absatz (9) aus Renner—Nitti der Satz, daß die Minderheiten eine rein innere Angelegenheit seien, dagegen wird von beiden Regierungen die Absicht ausgedrückt,

„... die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Gebrauch der italienischen Sprache in Österreich sowie der deutschen Sprache in Italien vor Gerichten, sowie in den Schulen überall dort zu ermöglichen, wo es die ethnischen Verhältnisse erfordern.“

Artikel 8 bringt die Verpflichtung, sich gegenseitig über politische und wirtschaftliche Verhandlungen mit dritten Staaten, sobald sie das Interesse des anderen Staates berühren, auf dem Laufenden zu halten. Dies entspricht Absatz (10) des Renner—Nitti Abkommens, ist aber um die Gegenseitigkeit erweitert. Der bestehende Vertrag verpflichtete ja nur Österreich.

Schließlich verpflichtet man sich zu wirtschaftlichen Verhandlungen.

Es folgen Schiedsgerichtsartikel, sowie Klauseln über Kündigung, Ratifizierung und Hinterlegung beim Völkerbund.

b) Interpretation

Der Vertragsentwurf war für Österreich sehr günstig, für Italien wäre er wohl unannehmbar gewesen.

Für die Absage an eine Donaukonföderation und an die Kleine Entente und für die Zusage, Italien über laufende Verhandlungen zu unterrichten, hätte Österreich folgende Vorteile erhalten:

1. Die Eliminierung der zwei am meisten bindenden und daher als unangenehm bis untragbar empfundenen Absätze des Renner—Nitti Abkommens durch die Umwandlung der Beistandspflicht in Neutralität und der einseitigen in eine gegenseitige Informationspflicht. Beides bedeutete eine wesentliche Entschärfung des Geheimabkommens.

2. Eine Minderheitenklausel, die das Prinzip von der „inneren Angelegenheit“

fallenließ. Das hätte Österreich beträchtliche Einspruchsmöglichkeit Südtirol betreffend gegeben.

3. Der Entwurf vermeidet nicht nur das Wort St. Germain, sondern enthält auch keine gegenseitige Garantie der Grenzen, wie Absatz (4) Renner—Nitti und Artikel 2 des Prager Vertrags. Es wäre falsch, daraus einen konkreten Südtirol-irredentismus zu lesen, daß man aber bei der Weglassung einer Grenzgarantie an den Brenner dachte, ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Der Vertragsentwurf enthält auch kein dem Artikel 4 des Prager Vertrags entsprechendes Verbot irredentistischer Gruppen, was auch in bezug auf Südtirol (Andreas Hofer Bund!) naheliegend gewesen wäre.

Der Entwurf ist gewiß ein Maximalprogramm der einen Seite, und gewisse Änderungen und Ergänzungen dürften von vornherein eingeplant gewesen sein. Trotzdem ist kein Zweifel, daß man in Österreich einen Abbau der Verpflichtungen gegenüber dem Renner—Nitti Abkommen anstrebte und daß der neue Vertrag einen solchen Abbau gebracht hätte. Der Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsgerichtsvertrag, den Schober acht Jahre später, am 6. Februar 1930, mit Mussolini schloß, enthielt vollends nur mehr rein formale Klauseln über Vergleichs- und Schiedsgerichtsverfahren. Die Römerprotokolle von 1934 waren dann wieder mit ganz anderer Tinte geschrieben.

Über den Vertragsentwurf vom 27. März 1922 wurde, wie schon gesagt, nie geredet. Schon am 28. März berichtete Kwiatkowski, er stelle eine plötzliche auffallende Zurückhaltung bezüglich des Abkommens fest; am 1. April schreibt er, „... das anscheinende Desinteressement der Consulta hinsichtlich eines Abkommens hält an“³⁹⁾. Der Grund war nicht der österreichische Entwurf vom 27. März, den Rom wahrscheinlich gar nicht kannte, vor allem nicht schon am 28. März beurteilt haben konnte. Vielmehr gab es, wie Biancheri zu Kwiatkowski sagte, in der Consulta eine starke Strömung, die Österreich nicht sehr freundlich gesinnt sei; auch sei Schanzer ein homo novus und nicht so interessiert wie Torretta.

In Wien legte man das als einen taktischen Zug aus und glaubte weiterhin, daß Italien ein Abkommen wolle. Am 3. April, wenige Tage vor seiner Abreise zur Weltwirtschaftskonferenz nach Genua und dem für 9. April geplanten Treffen mit Schanzer, erhielt Schober vom Ballhausplatz ein „Pro Memoria“, in dem ausführlich das Verhältnis Österreichs zu Italien und Jugoslawien analysiert wird⁴⁰⁾. Die Verfasser kamen zu dem Schluß, daß Italien aus mehreren Gründen ein dauerndes, „von politischen Augenblickskonstellationen unabhängiges“ Interesse habe, möglichst intime Beziehungen zu Österreich zu suchen, während Österreich nur an reibungslosen und korrekt-nachbarlichen Beziehungen, nicht mehr und nicht weniger, interessiert sei. Daher wäre es gegenüber dem Geheimabkommen ein Fortschritt, wenn man zu einem von wirtschaftlichen Abkommen begleiteten öffentlichen Vertrag mit Italien komme.

³⁹⁾ Tel. Nr. 26 aus Rom (Kwiatkowski) 28. März 1922, NPA 654 Fol. 127 und Tel. Nr. 27 aus Rom (Kwiatkowski) 1. April 1922, Schober-Archiv, Fasz. „Burgenland“.

⁴⁰⁾ „Pro Memoria. Unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten“ Z 1215/1 A geheim, 3. April 1922, verfaßt von Egger und Bischoff, Kopie in NPA 771 Fol. 43—52.

Man erwartete sogar, daß Italien in Genua die Idee wieder unterbreiten werde, wie eine „Programm für Genua“ überschriebene Notiz beweist ⁴¹⁾:

„Daneben werden vorbereitende Besprechungen mit der italienischen Regierung zur Klärung des gegenseitigen Verhältnisses stattfinden. Es besteht der Renner—Nitti Vertrag. Die Italiener werden das Bestreben haben, von uns die Erklärung zu erhalten, daß wir nicht in die Kleine Entente eintreten. Das gegenwärtige Verhältnis ist eben infolge des Renner—Nitti Vertrages ein unklares und die Forderung nach Klärung desselben schwer abzulehnen und wohl auch nicht in unserem Interesse gelegen. Es wird sich zunächst darum handeln, zu erfahren, was die Italiener an Stelle des Renner—Nitti Vertrages setzen wollen. Unsererseits dürfte es möglich sein, zu erklären, daß wir in die Kleine Entente nicht einzutreten beabsichtigen.“

Doch weder Schober noch seine italienischen Gesprächspartner in Genua brachten die Vertragsidee zur Sprache.

5. Die Unterredung von Genua zwischen Schanzer und Schober am 9. April 1922

Am 9. April fand endlich in Genua die Unterredung zwischen dem italienischen Außenminister Schanzer und dem österreichischen Bundeskanzler Schober statt ⁴²⁾. Das letzte Treffen auf dieser Ebene war die Konferenz von Venedig gewesen.

Schober dankte namens Österreichs für das Kreditversprechen. Schanzer bemerkte, die anfangs bestandene Verstimmung wegen Lana sei gewichen. Dies nahm Schober zum Anlaß, ausführlich die österreichische Politik — Freundschaft nach allen Seiten — darzulegen. Das Abkommen mit Prag sei unbedingt notwendig gewesen, doch wolle Österreich keineswegs der Kleinen Entente beitreten. Er bemerkte auch, daß der Nitti-Vertrag eine einseitige Verpflichtung Österreichs darstellte.

Schanzer zeigte sich von den Ausführungen sehr befriedigt. Er sei überzeugt von der Loyalität der österreichischen Regierung, und er werde diese soweit als möglich unterstützen.

Dann verabschiedete man sich. „Bezüglich eines Besuches in Rom oder des Abschlusses eines neuen Vertrages zwischen Österreich und Italien war von keiner Seite die Rede“, heißt es lakonisch in der Aufzeichnung des Gesprächs ⁴³⁾.

Die Unterredung setzte einen Strich unter die Spannungen der letzten Monate. Die Verstimmung sei gewichen, sagte Schanzer. Aber auch die verstärkten Annäherungsversuche fanden mit dem 9. April ein vorläufiges Ende. Zwei Monate später war es Österreich, das, unter veränderten Verhältnissen, Italien eine Annäherung anbot. Im Mai wurde Schober gestürzt. Gleichzeitig begann die Krone ihren Sturz ins Bodenlose ⁴³⁾. Am 11. Juni bat der neue Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel den italienischen Gesandten um eine Unterredung. Damit begann eine neue Phase im Bemühen um engere Beziehungen, zugleich erhielt die Auseinandersetzung um Österreich ganz andere Dimensionen.

⁴¹⁾ „Programm für Genua“, maschineschriebene Kopie, (Anfang) April 1922, NPA 687 Fol. 279.

⁴²⁾ Hausnotiz Nr. 45, Genua 15. April 1922, Z 695/Präs, NPA 553.

⁴³⁾ Ladner, Staatskrise, S. 21.

VI. DIE ÖSTERREICHISCHE STAATSKRISE VOM SOMMER 1922 UND DIE GENFER SANIERUNG

Die seit dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes anhaltende Wirtschafts-, Finanz- und Vertrauenskrise in Österreich erreichte im Sommer 1922 ihren Höhepunkt. Die Inflation hatte die Währung zerstört, der Staatshaushalt drohte zusammenzubrechen. Als Folge fürchtete man Hungerrevolten, sozialen Unruhen, chaotische Zustände, schließlich auch das Auseinanderbrechen des Staates. Diese „Staatskrise“ Österreichs veranlaßte natürlich die Nachbarstaaten, die Entwicklung zu beobachten, mögliche Gefahren, die durch eine ernstliche Störung des Friedens im mitteleuropäischen Raum fürs eigene Land entstehen konnten, aber auch mögliche Vorteile, die sich aus den verschiedenen Lösungen des österreichischen Problems hätten ergeben können, wahrzunehmen. Die Vielfalt der Vorschläge, Gerüchte, Pläne zeigt nicht nur, wie verschieden die Interessen waren, sondern auch, wie unsicher man über die künftige Entwicklung tatsächlich war. Folgende Vorstellungen über die Zukunft Österreichs wurden genannt:

- Donaukonföderation
- Zentraleuropäischer Block (ČSR, Ungarn, Österreich) ¹⁾
- Regierungskredite von Frankreich oder England
- Eine Völkerbundaktion
- Übernahme der Kontrolle durch die Alliierten
- Anlehnung an die Tschechoslowakei
- Zollunion mit Italien
- Anschluß an Deutschland
- Aufteilung Österreichs unter seine Nachbarn

Schließlich rafften sich die europäischen Mächte auf, über den Völkerbund Österreich ausreichende Kredite zur Sanierung zu gewähren, wodurch tatsächlich die Inflation gestoppt und der Haushalt geordnet werden konnte. Das waren die sogenannten Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922. In den nächsten Jahren erholte sich auch die Wirtschaft ²⁾.

Die österreichisch-italienischen Beziehungen im Sommer 1922 sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Italien konnte nicht zuschauen, es mußte und wollte seine Rolle spielen. Das forderten die Grundzüge der italienischen Außenpolitik.

¹⁾ Ein englischer Vorschlag. Ladner, Staatskrise, S. 27.

²⁾ Die Ereignisse um die Sanierung hat Gottlieb Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 (Wien 1964), sorgfältig und ausführlich, wenn auch durchaus von einem pro-Seipelschen Standpunkt aus, darstellt. Siehe dazu auch neuerdings L. Kerekes, Österreichs Weg zur Sanierung (1922). In: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 23 (1977) Nr. 1—2, S. 75—97.

1. Seipel und die Anlehnung an Italien

Am 31. Mai 1922 übernahm das Kabinett Seipel die Regierung. Die neue Regierung und der neue Bundeskanzler gingen mit Energie an die Arbeit zur „Rettung Österreichs“. Die Errichtung einer Notenbank und ein Finanzplan sollten die Inflation stoppen und die Währung stabilisieren. Vorbedingung war ein großer Auslandskredit von etwa 15 Millionen Pfund Sterling, um die Übergangszeit bis zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zu überbrücken.

Seipel verließ sich jedoch nicht allein auf diesen Sanierungsplan, sondern suchte von Beginn an andere Möglichkeiten einer Rettung Österreichs zu finden. Er wollte sich nicht auf einen Weg festlegen, damit nicht, falls er sich als nicht gangbar erwies, das Chaos hereinbreche. In der Tat scheiterte der erste Versuch Seipels, so wie alle Versuche bisher, von Mayr bis Schober, einen großen Kredit oder zumindest die Garantie der Großmächte für einen solchen — als Voraussetzung eines privaten Kredites — zu bekommen, mit der abschlägigen Antwort der Londoner Konferenz der Ententemächte vom 15. August 1922 und der allgemein als reine Formsache beurteilten Verweisung an den Völkerbund. Damit war auch die Durchführung des Finanzplanes unmöglich geworden.

Seipel war ob dieses Mißerfolges nicht ratlos und dachte trotz der vor der Konferenz ausgesprochenen Drohung, die Regierung werde zurücktreten, nicht an Rücktritt. Vielmehr war er vorbereitet, nun andere Wege zu beschreiten, um den unmittelbaren Zusammenbruch der österreichischen Staatswirtschaft, damit Unruhen und die drohende Aufteilung zu verhindern. Der zweite Weg war die „Aufrollung der zentraleuropäischen Frage“. Durch jene berühmte Reise nach Prag, Berlin und Verona — zeitlich zwischen der Absage durch die Londoner Konferenz am 15. August und dem Beginn der Völkerbundtagung am 31. August, auf deren Tagesordnung das Problem stand — gelang es ihm, durch die Erweckung der Rivalitäten um Österreich zwischen der Tschechoslowakei, Italien und Frankreich den Mächten klar zu machen, daß ein Zusammenbruch Österreichs und der dadurch drohende Überfall sämtlicher Nachbarn auf das Land einen Zusammenbruch der europäischen Friedensordnung und der Pariser Friedensverträge bedeutet hätte. Dieses „Ausbieten Österreichs“ brachte den gewünschten Erfolg. Alle wollten lieber beim finanziellen Wiederaufbau Österreichs mit Garantien und Krediten helfen, als daß man zuließ, daß dieses Land oder auch nur ein Teil in die Hände des Gegners oder Konkurrenten fiel, ob das nun für Frankreich der Anschluß Österreichs an Deutschland war, oder für Italien ein Korridor zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien, oder für diese Staaten eine Zollunion Österreichs mit Italien. Das Ergebnis waren die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 und das „Genfer Sanierungswerk“.

Es ist müßig zu fragen, was mit Österreich geschehen wäre, hätte auch dieser zweite Versuch, der als diplomatisches Meisterstück Seipels gilt, keinen Erfolg gebracht. Tatsache ist, daß Seipel und die österreichische Regierung noch eine dritte Möglichkeit sahen und vorbereitet hatten, nämlich die starke wirtschaft-

liche und natürlich auch politische Anlehnung an einen Nachbarstaat³⁾, und zwar — dies macht die Sache für uns interessant — in erster Linie an Italien, trotz dessen Schwäche und Krise. Warum? Der Anschluß an Deutschland war unmöglich, weil Frankreich, die Kleine Entente und Italien ihn nicht geduldet hätten. Und einer Anlehnung an die ČSR zog man eine solche an Italien aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen vor.

So sagte Reichskanzler Wirth in Berlin, auf der zweiten Station der Reise Seipels, eine Anlehnung an die Tschechoslowakei könne zwar eine Hilfe sein, aber auch die endgültige Unmöglichkeit des Anschlusses bedeuten.

„Was die Tschechen einmal haben, würden sie sich als Brücke zu den Südslawen nie mehr entreißen lassen ... Eine Anlehnung an Italien wäre vom rein deutschen Standpunkt aus gesehen noch das Sympathischste. Doch solle dies kein Rat für Österreich sein. Am liebsten wäre es ja dem Deutschen Reich, wenn es Österreich gelänge, sich auch dieser Bindung zu entziehen und sich so wie jetzt noch weiter aufrechtzuerhalten. Doch gegenüber der Möglichkeit einer Revolution oder von Hungerkrawallen wäre die Anlehnung an Italien das kleinere Übel. Dies alles könne freilich vermieden werden durch den Völkerbund.“⁴⁾

Außerdem neigten die führenden Wirtschaftskreise zu einer Anlehnung an Italien. Für den Fall einer starken tschechischen Bindung befürchtete man wirtschaftliche Gefahren wie „die völlige Durchdringung Österreichs durch die ČSR“ und „die Ausschaltung Wiens als internationales Handelszentrum und seinen Ersatz durch Prag und Preßburg“⁵⁾. Vizekanzler Frank sagte nach einer Besprechung mit Banken-, Handels- und Industrievertretern im Ministerrat:

„Interessant ist, daß in allen bei der Besprechung vertreten gewesenen Kreisen eine starke Abneigung gegen eine tschechoslowakische Bindung, dafür eine große Begeisterung für die Anlehnung an Italien bestehe.“⁶⁾

Gegenteiliger Meinung waren nur die Sozialdemokraten, die im Fall der Wahl zwischen Italien und Tschechoslowakei diese bevorzugt hätten, „weil sie von dort eine geringere Beeinflussung ihrer klassenkämpferischen Ideale befürchten“, wie Frank sagte. Und Sozialminister Schmitz meinte: „Die Sozialdemokraten wehren sich wegen der Faschisten sehr gegen Italien“⁶⁾.

Dieser Vorzug für Italien brachte es mit sich, daß Seipel — schon vom Beginn seiner Amtszeit an — die Möglichkeit einer Anlehnung an Italien erwog und diplomatisch vorbereitete. Daß Italien eine sich plötzlich wieder eröffnende Möglichkeit der Einflußnahme in Österreich mit Interesse aufgriff, wundert nicht. In den folgenden Abschnitten sollen diese Bemühungen, die im Juni einsetzten und bis zum Gelingen der Genfer Aktion im September dauerten, sowie die Rolle Italiens in der Genfer Aktion dargestellt werden. Bemerkenswert ist dabei, daß weder vorher noch nachher bis zu den Römischen Protokollen von 1934

³⁾ Letzte Möglichkeit wäre eine drakonische Selbsthilfe gewesen, „stärkstes Zugreifen, das allen weh tut“, wie Seipel sagte (Ladner, Staatskrise, S. 108).

⁴⁾ „Aufzeichnung Wildners über die Reise des Bundeskanzlers Dr. Seipel nach Prag, Berlin und Verona 20.—27. August 1922“, NPA 471, siehe auch Ladner, Staatskrise, S. 95.

⁵⁾ Ministerratsprotokoll 220, 28. August 1922.

⁶⁾ Ebenda.

jemals so konkrete Pläne eines politisch-wirtschaftlichen Zusammengehens zwischen Österreich und Italien besprochen wurden.

2. Der italienische Vorschlag der interalliierten Finanzkontrolle

Den Auftakt gab Seipel in einem Gespräch mit Orsini im Landhaus des Außenministers Grünberger am 11. Juni 1922, also nur zwölf Tage nach Regierungsantritt. Seipel wies auf die österreichische Krise hin, betonte, wie wichtig die rasche Fortführung der Kreditaktion sei, um den psychischen Zusammenbruch der Bevölkerung vorzubeugen, und legte dann dar, daß Österreich

„größten Wert darauf lege, mit unserem mächtigsten Nachbarn in ein möglichst vertrauensvolles politisches Verhältnis zu treten, das sich wirtschaftlich in der Durchbrechung der Absperrung wertvoll erweisen müßte, welche Absperrung seit dem Kriege noch immer Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bildet.“⁷⁾

Dies war ein klares Angebot an Italien, auch wenn man vorerst keine rasche Entscheidung in Rom provozieren wollte, sondern vor allem den Zweck verfolgte — wie Grünberger dem Gesandten Kwiatkowski mitteilte — „zu sondieren, was uns Italien gegebenenfalls für eine solche Annäherung zu bieten gewillt wäre“. Kwiatkowski wurde auch angewiesen, in Rom den Eindruck herbeizuführen, daß diese Unterredung „durchaus akademischen Charakter“ getragen habe.

Dennoch löste sie in der Consulta sofort Beratungen aus⁸⁾, deren Hauptergebnis der Vorschlag war, eine interalliierte Finanzkontrollkommission unter italienischem Vorsitz zu errichten. In der Consulta wurde ein Memorandum über „die Dringlichkeit einer Aktion Italiens in der österreichischen Frage“ verfaßt und dem gerade nach London abreisenden Außenminister Schanzer unterbreitet, der es auch genehmigte⁹⁾. Man vertrat die Meinung, daß es nicht genüge, die Pfandrechte aufzuheben und Österreich Kredite zu gewähren. Man müsse „vornehmlich der österreichischen Regierung jenen Rückhalt geben, den sie zur Durchführung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen benötige“. Das Mittel dazu sei die Entsendung einer interalliierten Finanzkontrollkommission.

Dabei schwebte Italien nicht nur die Kontrolle der Verwendung eines zu gewährenden Kredits vor, sondern eine viel weitergehende, sich über den gesamten Bundeshaushalt erstreckende Kontrolle, wie Sektionschef Schüller im Ministerrat sagte¹⁰⁾. Damit wollte Italien ein Zweifaches erreichen¹¹⁾: Österreich wie-

7) Tel. Nr. 41 an Kwiatkowski (Rom) 17. Juni 1922, NPA 654 Fol. 131 f.

8) Tel. Nr. 43 aus Rom (Kwiatkowski) 19. Juni 1922, NPA 654 Fol. 133.

9) Tel. Nr. 45 aus Rom (Kwiatkowski) 21. Juni 1922, NPA 654 Fol. 134. Das Memorandum selbst ist in Wien natürlich nicht vorhanden, doch teilte der politische Direktor, Lago, am 20. Juni dem österreichischen Gesandten kurz den Inhalt mit. Kwiatkowski berichtete darüber im Tel. Nr. 45.

10) Ministerratsprotokoll 208 4. Juli 1922.

11) Privatschreiben Kwiatkowski an Außenminister Grünberger 24. Juni 1922, NPA 345, bzw. Ladner, Staatskrise, S. 63.

deraufrichten und die Gefahr abwenden, daß es in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Tschechoslowakei oder zu Jugoslawien gerate, anderseits sich selbst einen entscheidenden Einfluß einräumen, indem es die Führung der Kommission beanspruche.

In Wien lehnte man den Vorschlag sofort entschieden ab. Erstens hätte seine Verwirklichung tatsächlich die Souveränität Österreichs aufgehoben, und wenn dies auch das kleine Übel als ein gänzlicher Zerfall Österreichs gewesen wäre, so war die Situation im Juni noch keineswegs so aussichtslos, daß sie ein äußerstes Mittel notwendig gemacht hätte. Gerade im Juni machte ja die geplante Selbsthilfeaktion Fortschritte. Der Finanzplan wurde erstellt, man stand in Kreditverhandlungen mit der Bankgruppe Morgan. Gerade die Selbsthilfemaßnahmen wären — zweitens — durch eine solche Kontrolle äußerst gefährdet worden, weil sie den Eindruck erweckt hätte,

„daß die Mächte in dem Momente, in dem die österreichische Regierung eine eigene Aktion mit größter Energie durchführt, unsere Selbsthilfe für aussichtslos halten. Sie würden den günstigen moralischen Eindruck, auf den alles ankommt, aufheben und sie zum Scheitern bringen.“¹²⁾

Drittens ließ man sich nicht auf eine Kontrolle ohne eindeutige Kreditzusagen ein. „Eine Kontrolle ohne Kredite bringt uns nicht weiter“, sagte Schüller¹³⁾, und man ließ London, Paris und Rom wissen, daß eine „internationale Kontrolle“ (Italien hatte eine inter„alliierte“ vorgeschlagen!) erst dann erträglich wäre, wenn sie derartig große Kredite brächte, daß damit die Sanierung der österreichischen Währung vollständig gesichert sei¹⁴⁾.

Aber nicht nur Wien, auch London und Paris wollten sich nicht auf eine Kontrolle unter italienischem Vorsitz einlassen¹⁵⁾. Endgültig zum Scheitern brachte den Vorschlag der Finanzkontrollkommission — der italienische Außenminister Schanzer¹⁶⁾. Zwar hatte er das Projekt seiner Beamten gutgeheißen, doch setzte er sich überhaupt nicht dafür ein. Er befand sich gerade auf einer Reise nach Paris und London. Vor allem nach London kam er mit größten Erwartungen und einem reichen Programm, erlitt aber einen Mißerfolg. Die Reise war völlig unzureichend vorbereitet, er war gegen den Rat und Willen der Consulta gefahren¹⁷⁾. Es ist verständlich, daß er da nicht noch eine Niederlage einstecken wollte und die österreichische Frage in seiner Unterredung mit Lord Balfour überhaupt nicht erörterte, in Paris „nur ganz nebenbei andeutete“¹⁸⁾.

Da so die Beamten der Consulta von allen Seiten Absagen erhielten und selbst von ihrem Chef im Stich gelassen wurden, mußte der Plan wohl oder übel

¹²⁾ Tel. Nr. 45 an Kwiatkowski (Rom) 25. Juni 1922, NPA 345 Fol. 252.

¹³⁾ Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 86.

¹⁴⁾ Wie Tel. Nr. 45, Anmerkung 12.

¹⁵⁾ Ladner, Staatskrise, S. 64.

¹⁶⁾ Obwohl Schanzer im Finanzministerium eine steile politische Karriere gemacht hatte, wird ihm recht übereinstimmend Unentschlossenheit und Ängstlichkeit nachgesagt.

¹⁷⁾ Bericht Nr. 24/P aus Rom (Kwiatkowski) 15. Juli 1922.

¹⁸⁾ Bericht Zl. 235/P 28. Juni 1922 und Tel. Nr. 57 1. Juli 1922 aus London (Franckenstein), Tel. Nr. 145 11. Juli 1922 aus Paris (Eichhoff), alle NPA 345.

aufgegeben werden. Doch war er nicht die einzige Möglichkeit, in Ausnützung der österreichischen Lage und des Angebotes der österreichischen Regierung den Einfluß in Österreich zu verstärken. In den Mittelpunkt der Bemühungen rückte nun die wirtschaftliche Annäherung.

3. Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und Italien — Zollunion oder Handelsvertrag?

Seipel hatte ja zu Orsini ausdrücklich gesagt, eine politische Annäherung müßte sich wirtschaftlich „in der Durchbrechung der Absperrung“ wertvoll erweisen. Rom bat nun die österreichische Regierung um Vorschläge und lud sie ein, Sektionschef Schüller, den Handels- und Finanzexperten des Außenministeriums, zu entsprechenden Verhandlungen nach Rom zu senden. Ende Juni wurden dem italienischen Gesandten zwei Vorschläge zu einer wirtschaftlichen Annäherung überreicht, am 5. Juli fuhr Schüller nach Rom¹⁹⁾.

Der erste Vorschlag sah eine Zoll- und Währungsunion vor, der zweite einen weitgehenden Handelsvertrag. In Rom war man erstaunt über das weitgehende Angebot, vor allem über die Zollunion, gegen die man wirtschaftliche und politische Bedenken hegte. Generalsekretär Contarini nannte sie sogar eine „Kriegsmaschine“²⁰⁾. Man einigte sich also auf einen Handelsvertrag. Schüller arbeitete mit italienischen Experten einen Vertragsentwurf aus. Österreich sollte u. a. die Meistbegünstigung erhalten. Trotzdem interessierte man sich weiter für die Zollunion: es wurde mit politischen Parteien Kontakt aufgenommen, und Contarini bat Schüller sogar, „des Interesses wegen, auch wenn darüber nicht verhandelt werde, einen Entwurf einer Zollunion zu verfassen“, was Schüller aber ablehnte²¹⁾.

Wie verhielten sich diese Wirtschaftsgespräche zu den beiderseitigen Vorstellungen über die politischen Beziehungen?

Seipels Ziel war einzig die Sanierung der österreichischen Währung und Wirtschaft. Die Anlehnung an Italien war für ihn keineswegs eine Herzensangelegenheit, sondern ausschließlich ein Mittel zum Zweck, einer der möglichen Wege, und lange nicht der erste. Es galt also, die für die Sanierung nötige Hilfe Italiens für möglichst geringe politische Zugeständnisse zu bekommen.

Für Italien war die Anlehnung Österreichs insofern eine Herzenssache, als nahezu sämtliche für die Lösung des österreichischen Problems genannten Alternativen den erklärten Großmachtinteressen Italiens im Donauraum schädlich gewesen wären.

¹⁹⁾ „Notiz betreffend eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Italien und Österreich“, Z 2183 27. Juni 1922, NPA 345 Fol. 255; Tel. Nr. 49 aus Rom (Kwiatkowski) 3. Juli 1922, NPA 345 Fol. 266.

²⁰⁾ Contarini zu Schüller: „Laissons cette machine de guerre.“ Brief Schüllers an Außenminister Grünberger aus Rom, 8. Juli 1922, Z 39181/3 a, NPA 345 Fol. 277—280 und Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 87.

²¹⁾ Ebenda und Tel. Nr. 53 aus Rom (Kwiatkowski) 12. Juli 1922, NPA 345 Fol. 282.

Zwei Aussprüche veranschaulichen diese konträre Ausgangslage. Biancheri sagte zu Kwiatkowski, Italien könne die Zoll- und Währungsunion nur gegen „ein entsprechendes Äquivalent auf politischem Gebiete“ vertreten²²⁾, und Conzatti ließ sich von Schüller versichern, daß „die österreichische Regierung den Handelsvertrag als einen Anfang eines eventuell weiter zu entwickelnden Verhältnisses betrachte“²³⁾. Dagegen sagte Seipel zu Schüller vor dessen Abreise nach Rom, Österreich müsse als ein so schwacher Staat mit allen Nachbarn gut stehen und dürfe „nur Verträge schließen, die es noch nicht festlegen“²⁴⁾.

Konkret wäre Seipel bereit gewesen, den Renner—Nitti Vertrag durch einen entsprechenden neuen Vertrag zu ersetzen. Ein neuer Vertrag hätte aber Österreich weniger an Italien binden müssen. Seipel war auch bereit, „gegen Erlangung entsprechender Vorteile“ zu versichern, Österreich werde vor dem Vertrag mit Italien keinen *politischen* Vertrag mit Jugoslawien schließen. Doch weiter wäre Seipel nicht gegangen. Einen weitergehenden politischen Vertrag könne Österreich nur schließen, sagte er, „wenn dafür eine starke, feste Grundlage in einer großen Mächtekomination gegeben ist“. Dazu war Italien seiner Meinung nach nicht imstande²⁵⁾. Man erinnert sich an den Ausspruch Seipels: „Keine Kombination ohne Deutschland“.

Vorerst traten aber weder der Handelsvertrag noch ein eventueller politischer Vertrag in ein konkretes Stadium. Vielmehr trat, nach dieser ersten Verhandlungsrunde zu Anfang Juli, eine Pause ein, und zwar wegen der Abwesenheit des italienischen Außenministers, wegen der italienischen Regierungskrise Mitte Juli (aus der das Kabinett Facta II, das letzte vor dem Faschismus, hervorging) und vor allem wegen der schon erwähnten Ententekonferenz, die Mitte August in London tagte und deren Ergebnisse hinsichtlich der für Österreich ja vorrangigen Kreditaktion man abwarten wollte.

4. *Intermezzo: Die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen*

Eine der im Sommer 1922 auftauchenden Möglichkeiten war der — stets als Gerücht — verbreitete Plan der Aufteilung oder Besetzung Österreichs im Falle des Zusammenbruches²⁶⁾. Geheime Quellen, aber auch Polizeiberichte wußten von Truppenansammlungen an der tschechischen und jugoslawischen Grenze, von Freischärlergruppen in Ungarn und Südmähren²⁷⁾. Es waren Gerüchte, die z. T. wahr, z. T. aber auch falsch interpretierte Beobachtungen gewesen sein mochten.

²²⁾ Tel. Nr. 62 aus Rom (Kwiatkowski) 17. August 1922, NPA 345 Fol. 340.

²³⁾ Brief Schüllers an Grünberger, wie Anmerkung 20.

²⁴⁾ „Notiz. Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler über einzuleitende Verhandlungen mit Italien“ 4. Juli 1922, NPA 345 Fol. 276.

²⁵⁾ Ebenda und Ministerratsprotokoll 208 4. Juli 1922.

²⁶⁾ Solche Gerüchte, deren Grundursache das fehlende Vertrauen in den Staat war, gab es immer wieder. Siehe dazu Ludwig Jedlicka, Aufteilungs- und Einmarschpläne um Österreich 1918—1934. In: Festschrift Franz Loidl (Wien 1970) Bd. 1, S. 96—112.

²⁷⁾ Ladner, Staatskrise, S. 66 ff.

Sicher ist, daß keine Regierung einen Krieg vom Zaun zu brechen beabsichtigte, daß man aber auch für alle Fälle vorbereitet war. So ist z. B. der Anschluß wiederholt als *casus belli* bezeichnet worden.

Italien nahm in der Frage der militärischen Intervention eine defensive Haltung ein, d. h. es dachte nicht daran, durch Gewalt seinen Einfluß in Österreich auszubauen, wohl aber daran, zu verhindern, daß andere es taten²⁸⁾.

Sein erklärtes Ziel war es, Österreich als einen selbständigen und „unabhängigen“ Staat zu erhalten. Daher ließ man aber auch keinen Zweifel daran, daß man bei einem Einfall fremder Truppen in Österreich nicht ruhig zuschauen würde. Zeitweise hielt man in der Consulta einen solchen Einfall für nicht unwahrscheinlich.

Schon am 21. Juni meldete Kwiatkowski, er habe den Eindruck, man fürchte in der Consulta im Falle des Anschlusses oder des Zusammenbruches Österreichs eine tschechische oder jugoslawische Aktion²⁹⁾. Eine Woche später wurde man deutlicher. Lago, politischer Direktor in der Consulta, sagte zum österreichischen Gesandten³⁰⁾, die italienische Regierung habe Nachrichten von Truppenansammlungen an der jugoslawischen Grenze erhalten, und man befürchte sehr, daß bei nächster Gelegenheit, insbesondere bei Inangriffnahme der Finanzmaßnahmen ernste Unruhen ausbrechen und die Machtmittel der österreichischen Regierung versagen würden. In einem solchen Falle sei fast sicher damit zu rechnen, daß Jugoslawien in Kärnten und Steiermark einmarschieren, Ungarn das Burgenland, die Tschechoslowakei Wien besetzen werden. Es sei dies eine Situation, die Italien unter allen Umständen verhindern wolle. Man habe daher an Schanzer telegraphiert, der gerade in London war, Italien sollte eine energische Demarche der Entente in Prag und Belgrad anregen, um eine militärische Intervention in Österreich zu verhindern. Als persönliche Meinung äußerte Lago sogar, die öffentliche Meinung Italiens würde eine Verzichtspolitik nicht mehr dulden, und wenn auch eine militärische Besetzung Österreichs Italien sehr unerwünscht wäre, so dürfe man doch im Falle einer tschechischen oder jugoslawischen Aktion diese nicht abwarten, man müsse ihr zuvorkommen!

Schanzer behielt demgegenüber einen kühlen Kopf. Auch in dieser Frage ist eine verschiedene Auffassung zwischen der Consulta und dem bedächtigeren oder zögernden Außenminister festzustellen, wie in der Frage der Finanzkontrolle und später bei der Zollunion. Jedenfalls gibt es keinen Hinweis, daß er Lagos Anregung „energisch“ aufgegriffen hätte. Immerhin erklärte er zwei Wochen später, am 15. August, als in London auf der Entente-Konferenz Österreich zur Sprache

²⁸⁾ Die Problematik dieser für den Fortbestand Österreichs an und für sich positiven Haltung lag — wie Sektionschef Schüller zum italienischen Außenminister Schanzer sagte — in der Gefahr, „daß jeder Nachbar die Aktion des anderen fürchte und, um ihm zuvorzukommen, eventuell Schritte mache, durch die die von ihm gefürchteten Ereignisse erst recht herbeigeführt würden“. Privatbrief Schüllers an Außenminister Grünberger aus London 8. August 1922, NPA 345 Fol. 64 f.

²⁹⁾ Tel. Nr. 45 aus Rom (Kwiatkowski) 21. Juni 1922, NPA 654 Fol. 134.

³⁰⁾ Tel. Nr. 48 und Bericht Nr. 82/P aus Rom (Kwiatkowski) 28. Juni 1922, NPA 345 Fol. 239 bzw. 234.

kam, daß sich Italien „für den Fall, als andere Mächte die Absicht zeigen, in Österreich militärisch einzugreifen, volle Bewegungsfreiheit vorbehalte“³¹⁾.

Als dann die abschlägige Antwort der Londoner Konferenz bekannt wurde, stiegen die Befürchtungen der Consulta so an, daß Biancheri das Kriegsministerium auf die Möglichkeit einer Intervention Italiens aufmerksam machte³²⁾. Damit war aber auch der Höhepunkt erreicht. Ein paar Tage später erklärte Schanzer in Verona dezidiert, wenn es irgend ein Land gebe, dem es fern liege, in Österreich zu intervenieren, so sei es Italien. Es wolle den österreichischen Staat als solchen erhalten³³⁾. Und Mitte September, als man in Genf schon intensiv an der Sanierungsaktion arbeitete, außerdem Beneš Italien beruhigende Zusicherungen über das Verhalten der Kleinen Entente gemacht hatte, da telegraphierte Kwiatkowski nach Wien:

„Habe Eindruck, daß Italien heute, wo es Gefahr beziehungsweise Notwendigkeit bewaffneten Eingreifens in Österreich beseitigt glaubt ...“³⁴⁾

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich Kwiatkowskis Urteil bestätigte, das er schon am Anfang der Gerüchtewelle formuliert hatte:

„Im Falle der ... militärischen Besetzung Österreichs ... würde auch Italien kein ruhiger Zuschauer bleiben ... Dennoch sei gewiß, daß Italien die Erhaltung eines selbständigen und lebensfähigen Österreich anstrebt, das sich in keine für Italien schädlichen politischen Kombinationen einlasse ...“^{35) 36)}

³¹⁾ Notiz Wildners über eine Unterredung Orsini-Grünberger, 17. August 1922, Z 50062/36, NPA 345 Fol. 103.

³²⁾ Tel. Nr. 62 aus Rom (Kwiatkowski) 17. August 1922, NPA 345 Fol. 340.

³³⁾ Wildners Aufzeichnung, wie Anmerkung 4, und Ladner, Staatskrise, S. 97.

³⁴⁾ Tel. Nr. 80 aus Rom (Kwiatkowski) 16. September 1922, NPA 345 Fol. 431.

³⁵⁾ Privatbrief Kwiatkowskis an Außenminister Grünberger, Rom 24. Juni 1922, NPA 345, zitiert nach Ladner, Staatskrise, S 64.

³⁶⁾ In Zusammenhang mit der Aufteilung Österreichs steht eine Zeitungs-Affäre vom November 1922, die hier kurz erwähnt sei. Das faschistische Parteiorgan „Popolo d'Italia“ hatte Ende Oktober, als Mussolini noch Chefredakteur war, eine Artikelserie mit dem Titel „Il problema austriaco per l'Italia“ begonnen, in der nachgewiesen wurde, daß Österreich nicht lebensfähig sei. Im Anschluß daran wurde folgender Aufteilungsplan entwickelt: Die fünf Länder Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten und Steiermark sollten zu „Föderation östliche Alpenländer“ vereint und entweder an Italien angeschlossen oder neutralisiert werden. Das würde das Alto Adige sichern. Die Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Wien würden an die Tschechoslowakei kommen. Das hätte zur Folge, daß die CSR Triest als Hafen bevorzugen würde, und daß das deutsche Element in der CSR gestärkt, das slawische also geschwächt würde. Die Artikelserie war groß aufgemacht und mit Skizzen versehen. Die Neue Freie Presse vom 11. November kommentierte die Artikel in erregtem Tone. Mussolini, der inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgerückt war, erklärte auf Anfrage Österreichs, die Artikel entsprächen in keiner Weise den Absichten der kgl. italienischen Regierung. Die Zeitung habe keinen offiziellen Charakter. Seipels Kommentar: Man könne daraus ersehen, was auf Österreich zukomme, wenn die Genfer Aktion zum Scheitern gebracht würde. (NPA 345, Konvolut Z 3669/1, Fol. 568—601; DDI Settima Serie Vol. I Nr. 121; Ministerratsprotokoll 235 Fol. 193 ff, 11. November 1922).

5. Das Treffen Schanzer-Seipel in Verona — Die Zollunion

Das Treffen Schanzer—Seipel in Verona und die Verhandlungen über eine Zoll- und Währungsunion zwischen Österreich und Italien sind zweifellos ein Höhepunkt in den österreichisch-italienischen Beziehungen.

a) Vorgeschichte

Die Londoner Entente-Konferenz hatte, wie gesagt, ohne Ergebnis für Österreich geendet. Die Verweisung des österreichischen Problems an den Völkerbund und dessen Herbsttagung, die am 31. August beginnen sollte, wurde allgemein als Formsache ohne Aussicht auf Erfolg beurteilt.

Seipel entschloß sich nun zur sogenannten „Aufrollung der zentraleuropäischen Frage“, d. h. zur Infragestellung der bestehenden politischen Ordnung Zentral-europas, wie sie die Pariser Friedenverträge geschaffen hatten. Nach rascher Vorbereitung ließ er den Mächten mitteilen:

„Durch das Ausbleiben der Kredithilfe stehen wir vor der Aufrollung der österreichischen Frage und damit des gesamten mitteleuropäischen Problems. Der Herr Bundeskanzler hat sich daher ... entschlossen, mit den in Mitteleuropa am meisten interessierten Regierungschefs das einer schnellsten Lösung zudrängende Problem persönlich zu besprechen und die in der gegenwärtigen Lage noch offenstehenden Möglichkeiten zu studieren.“³⁷⁾

Zuerst fuhr er nach Prag. Indem er den Anschluß und die Zollunion mit Italien als mögliche Auswege durchblicken ließ, erreichte er, daß Beneš sich energisch für die Völkerbundlösung einzusetzen begann. Dann fuhr er — trotz französischer Warnungen — nach Berlin, wo er Gewißheit erhielt, daß Deutschland nicht helfen könne. In Berlin war die Zusage eingetroffen, daß Schanzer bereit sei, Seipel zu empfangen. Seipel fuhr direkt nach Italien weiter, wo er sich am 25. August 1922 in Verona mit dem italienischen Außenminister traf.

In Italien war mittlerweile ein Umschwung eingetreten. Hatte noch vor kurzem Biancheri zum österreichischen Gesandten gesagt, er glaube nicht, daß eine Zollunion angesichts der großen finanziellen Bedenken wegen der damit verbundenen Währungsunion, andererseits wegen der Unerfahrenheit und Ängstlichkeit der Unterhändler in diesem für Italien neuen Problem in nächster Zeit zustande zu bringen sei³⁸⁾, so hatten nun die Befürworter einer Zollunion gegen die Skeptiker Oberhand gewonnen. Vor allem in der Consulta hatte man den günstigen Augenblick erkannt. Die Furcht vor einer Zollunion war dem Verlangen nach ihren politischen Vorteilen gewichen. Durch Seipels Reise nach Prag stand die tschechoslowakische Lösung im Raum, die es abzuwenden galt. Schließlich glaubte Generalsekretär Contarini, der sich am meisten für die Zollunion einsetzte, daß der Moment auch insofern günstig sei, als England und Frankreich gerade selbst eine Hilfe abgelehnt hatten und daher nicht gut einem italienischen Hilfsangebot an Österreich opponieren könnten. Dies würde einen möglichen Widerstand gegen

³⁷⁾ Ladner, Staatskrise, S. 91.

³⁸⁾ Tel. Nr. 62 aus Rom (Kwiatkowski) 17. August 1922, NPA 345 Fol. 340.

die Union hemmen. Befürworter der Zollunion war auch der junge und feurige Schatzminister Paratore.

Hauptgegner war Außenminister Schanzer. Er war ein überzeugter Befürworter der Völkerbundlösung (Ligist) und fürchtete einen Einspruch von seiten Frankreichs und der Tschechoslowakei. Schüller beschrieb die Situation so:

„Schanzer legte sich nicht fest ... er sagte mir, er werde sein Bestes tun, um unsere Interessen beim Völkerbund zu unterstützen, weil dies der beste Weg sei und auch der einzige, auf dem eine friedliche Lösung gefunden werden könne. Contarini und Paratore zuckten die Achseln zu Schanzers Unentschlossenheit. Doch am Ende behielt Schanzer recht, vielleicht durch seinen eigenen Beitrag.“³⁹⁾

b) Der Verlauf der Beratungen und die Zollunionsverhandlungen

Von italienischer Seite nahmen Außenminister Schanzer, Generalsekretär Contarini und Biancheri (ehemaliger Geschäftsträger in Wien, nun Leiter der auch mit Österreich befaßten Abteilung der Consulta) teil, von österreichischer Seite Bundeskanzler Seipel, Finanzminister Ségur, Sektionschef Schüller, Gesandter Wildner und der Gesandte in Rom, Kwiatkowski⁴⁰⁾.

Zuerst legte Seipel die verzweifelte Situation Österreichs dar und stellte dann zwei Fragen, nämlich ob der Völkerbund helfen werde, und was andernfalls geschehen solle. Dabei nannte er den Anschluß an Deutschland, die Anlehnung an die Kleine Entente oder die Anlehnung an Italien als Alternativen. Schanzer antwortete ausweichend, man müsse zuerst unbedingt die Entscheidung des Völkerbundes abwarten, im übrigen solle man nicht an die Katastrophe glauben. Seipel genügte das nicht. Er trieb das Gespräch weiter, indem er direkt die Zoll- und Währungsunion zur Sprache brachte. Schüller und Ségur entwickelten kurz die technischen Seiten einer solchen Union, während Seipel die politischen Aspekte betonte. Er erwähnte die außenpolitischen Schwierigkeiten, mögliche Einsprüche anderer Staaten, aber auch die Abhängigkeit Österreichs von Kohle und Zucker aus der Tschechoslowakei. Mit Contarinis Hilfe gelang es dann, Schanzer, der wieder ausweichend und skeptisch reagiert hatte, zu einer zustimmenden Haltung zu bewegen. Man einigte sich, parallel zur Völkerbundaktion in ernste Konversationen über eine Zoll- und Währungsunion einzutreten. Zu diesem Zweck wurde Sektionschef Schüller zu Detailverhandlungen nach Rom gesandt.

Das war eindeutig ein Sieg der Consulta gegen Schanzer, aber auch ein Erfolg Seipels, weil er nun wußte, daß Österreich auch im Falle des Versagens des Völkerbundes nicht ratlos dastehen würde. Schüller fuhr also nach Rom, wo er in täglichen Besprechungen mit Contarini, Paratore und Experten die technischen Einzelheiten diskutierte. Gleichzeitig nahm sich die Presse der Frage an und bereitete die Öffentlichkeit auf die Union vor. Kwiatkowski sprach von einer „intensiven Pressekampagne“⁴¹⁾, und auch Schüller schreibt:

³⁹⁾ Schüller, *Das Erbe Österreichs*, S. 93.

⁴⁰⁾ Für die Begegnung in Verona siehe vor allem die „Aufzeichnung Wildners“, NPA 471 (wie Anmerkung 4), und Ladner, *Staatskrise*, das entsprechende Kapitel.

⁴¹⁾ Bericht Nr. 30/P aus Rom (Kwiatkowski) 29. September 1922.

„Die italienischen Zeitungen machten einen großen Lärm über unsere Verhandlungen. Jeden Tag große Schlagzeilen ‚Paratore und Herr Schüller‘ und so weiter.“⁴²⁾

Als die Verhandlungen einmal stockten, rief Contarini den Wirtschaftsexperten zu: „Um Himmels willen, seht ihr denn nicht, daß das eine politische Angelegenheit ist?“^{42a)} In zwei Wochen war die Union unterschriftsreif.

Allerdings geschah das alles mit Vorbehalt. Mittlerweile hatte ja die Völkerbundtagung begonnen, auf der die österreichische Frage behandelt wurde, und deren Ergebnisse Österreich und Italien abwarten mußten. Gerade in Verona hatte Schanzer erklärt,

„daß, bevor nicht der Völkerbund gesprochen habe, in der Sache gar keine Entscheidung getroffen werden könne. Die Mächte seien an den Beschluß der (Londoner) Konferenz und an den Beschluß des Völkerbundes gebunden.“⁴³⁾

Und auch für Seipel sollte das italienische Projekt nur nach dem Scheitern der Völkerbundlösung wirksam werden.

Trotz dieses Vorbehaltes darf man die Union nicht als etwas völlig Utopisches betrachten. Der Pessimismus, mit dem Seipel Ende August nach Genf sah, die Sorgfalt und Hartnäckigkeit, mit der er in Verona die Einleitung der Unionsverhandlungen betrieb, die Eile, mit der in Rom die Verhandlungen geführt wurden, die Haltung Contarinis, der damals auf dem Höhepunkt seines politischen Einflusses war, und des Schatzministers Paratore erlauben nicht, die Ernsthaftigkeit des politischen Wollens auf beiden Seiten zu bezweifeln. Schüller formulierte es sogar so, daß Italien und Österreich nur zu schwach gewesen seien, die Union durchzusetzen.

Jedenfalls kann man feststellen, und dies ist für unser Thema wichtig, daß die österreichisch-italienische Zoll- und Währungsunion zwar durch den weiteren Verlauf der Ereignisse verhindert wurde, daß sie aber in jener kurzen Zeit zwischen Verona (25. August 1922) und dem Gelingen der Genfer Aktion (im Verlauf des Monats September) in greifbare Nähe rückte.

Das leitet zu einem weiteren Aspekt der Entrevue von Verona über. Gerade dadurch, daß man offen den wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Länder zu prüfen beschloß (so das offizielle Communiqué), wurde Verona zum Höhepunkt der Aufrollung der mitteleuropäischen Frage. Der Zollunionsplan weckte so starke Rivalitäten und verursachte „so viel Lärm, daß man Österreich nun nicht mehr mit leeren Redensarten abspeisen könne“, wie der französische Gesandte Lefèvre-Pontalis zu Seipel sagte⁴⁴⁾. Wollten die Italien entgegengesetzten Staaten verhindern, daß sich das um Österreich entbrannte Spiel der rivalisierenden Nachbarn einseitig zugunsten Italiens entschied, so mußten sie die Völkerbundaktion zur Rettung Österreichs zu einem erfolgreichen Ende führen⁴⁵⁾.

⁴²⁾ Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 92.

^{42a)} Ebd.

⁴³⁾ Aufzeichnung Wildners (Anmerkung 4) S. 51 Fol. 87.

⁴⁴⁾ Ministerratsprotokoll 220, 28. August 1922 und Ladner, Staatskrise, S. 99.

⁴⁵⁾ Ladner, Staatskrise, S. 99.

Doch ist hier einem Mißverständnis zu begegnen. So wenig die Zollunion ein utopischer Plan war, ebenso wenig diente sie als bloßer Vorwand, als schlauer Schachzug, um die Genfer Sanierung einzuleiten. Vielmehr war Seipel pessimistisch.

„Wird der Völkerbund“, so fragte er in Verona, „bei seiner nächsten Zusammenkunft imstande sein, die Frage der Kredite für Österreich in günstigem Sinne zu erledigen, wie es die in London versammelten Premiers verlangt haben? Wir haben die größten Zweifel in dieser Beziehung. Der Völkerbund beschäftigt sich mit der österreichischen Kreditfrage schon weit über ein Jahr und es ist ihm nicht gelungen, trotzdem wir an dem guten Willen der Beteiligten nicht zweifeln, die benötigten Mittel zu beschaffen. Der Völkerbund hat kein Geld und keine Exekutive, er kann sich nur wieder an die Mächte und an die Bankiers wenden, die selbst sich wieder an die Parlamente wenden müssen. Diese Aktion wird sehr lange dauern, Österreich wird aber nicht noch monatelang warten können.“⁴⁶⁾

Man könnte einwenden, in Verona habe Seipel so sprechen müssen, wollte er Italien zu den Zollunionsverhandlungen bewegen. Aber es gibt auch von Schüller einen ähnlichen Ausspruch in seinen Erinnerungen:

„Man hat oft angenommen, daß Seipel und ich schlau handelten, indem wir die Union mit Italien als ein Mittel zur Erlangung des Kredites verwendeten. Aber das war nicht der Fall und wir glaubten überhaupt nicht, daß uns der Völkerbund einen Kredit gewähren würde. Tatsächlich erschien uns die Union mit Italien der einzige Ausweg aus unserer Katastrophe.“⁴⁷⁾

Wandruszka meint⁴⁸⁾, für die Verwirklichung eines solchen Projekts war die psychologische Voraussetzung weder bei der italienischen noch bei der österreichischen Bevölkerung gegeben. Das hat viel für sich. Es gab in beiden Ländern Gruppen, die opponiert hätten (Tiroler, Sozialisten, italienische Wirtschaftskreise). Es gab aber auch in beiden Ländern Gruppen, die sich von einer Zollunion viel erwarteten, wie österreichische Wirtschaftskreise oder die nationalistischen Außenpolitiker in Rom. Schanzer wurde z. B. gerade von den Faschisten heftig angegriffen, er habe nicht den Mut gehabt, sofort die Zollunion zu verwirklichen⁴⁹⁾. Schüller schrieb, die Union hätte nicht nur das Währungsproblem, sondern auch das Wirtschaftsproblem gelöst, indem sie Österreich einen großen Markt für seine Exporte eröffnet hätte⁵⁰⁾.

Die Anlehnung an Italien wurde als der nächste mögliche Ausweg für den Fall des nicht unwahrscheinlich erachteten Scheiterns der Völkerbundlösung sehr ernst genommen. Die Verhandlungen in Genf scheiterten aber nicht, sondern endeten erfolgreich mit den Genfer Protokollen. Welche Rolle spielte Italien dabei?

⁴⁶⁾ Aufzeichnung Wildners (wie Anmerkung 4), S. 47 Fol. 83.

⁴⁷⁾ Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 95.

⁴⁸⁾ In Furlani-Wandruszka, Österreich und Italien, S. 241.

⁴⁹⁾ Mussolini im Popolo d'Italia: „Seipel“ (24. August 1922) und „Il delittuoso nullismo di Schanzer“ (27. August 1922). In: Opera Omnia Vol. 18, S. 368 und 377.

⁵⁰⁾ Schüller, Das Erbe Österreichs, S. 95. Vgl. auch Vizekanzler Frank im Ministerrat, oben S. 104.

6. Italien und die Genfer Protokolle

Am 31. August 1922 nahm in Genf die Tagung des Völkerbundes ihren Anfang. Die österreichische Delegation wurde eingeladen, am 6. September ihre Sache darzulegen. Auf allgemeinen Wunsch übernahm Bundeskanzler Seipel selbst diese Aufgabe⁵¹⁾. Am 8. und 9. September begannen im eigens gebildeten Österreichkomitee und im Finanzkomitee die Arbeiten. Sie endeten nach z. T. zähen Verhandlungen erfolgreich am 4. Oktober 1922 mit der Unterzeichnung der Genfer Protokolle, in denen die Mächte die Unabhängigkeit Österreichs und vor allem einen Kredit von 650 Millionen Goldkronen garantieren. Österreich mußte sich dafür verpflichten, seinerseits die Unabhängigkeit zu wahren und mittels eines Sanierungsplanes, der unter der Kontrolle des Völkerbundes durchzuführen war, innerhalb von zwei Jahren den Staatshaushalt auszugleichen.

Italien nahm zur Genfer Sanierung eine sehr zwiespältige Haltung ein und bereitete im Laufe der Verhandlungen ernste Schwierigkeiten, die beinahe dazu geführt hätten, daß die Genfer Konvention, die für Österreich eine Hilfe in großer Not war, ohne die Mitwirkung Italiens zustandegekommen wäre. Das mag auf den ersten Blick verwundern, wenn man daran denkt, daß Italien zu den „am meisten interessierten Nachbarn Österreichs“ zählte. Die unmutsvolle Haltung ist jedoch eine logische Folge seiner Österreichpolitik und eine Fortsetzung seiner Bemühungen, den Einfluß im Donauraum zu vergrößern. Erst als es Gefahr lief, durch die widerstrebende Haltung diesen Einfluß gänzlich zu verlieren, gab es seine Zustimmung zur Teilnahme an den Protokollen.

a) Schwierigkeiten

Es ist hier nicht der Platz, den genauen Verhandlungsablauf darzustellen⁵²⁾. Es sollen die Ursachen für die italienische Haltung herausgearbeitet werden. Der leitende Gedanke der Consulta war dabei, wie es der österreichische Gesandte formulierte, daß Italien als größter Nachbarstaat, als Sieger und hauptsächlichster Gläubiger „für sich eine privilegierte Stellung in Behandlung der österreichischen Angelegenheiten in Anspruch nehmen müsse“⁵³⁾. Es ging im wesentlichen um drei Fragen:

- A) Die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs,
- B) Die Form der Kontrolle,
- C) Die Garantie der Anleihe.

A) Die Garantie der politischen Unabhängigkeit Österreichs, wie sie im Protokoll I formuliert wurde, war natürlich in erster Linie gegen den Anschluß gerichtet. Im Hinblick auf die österreichisch-italienischen Beziehungen bedeutete sie aber auch den Verzicht auf die Zollunion. Das war für Österreich kein allzu-schweres Opfer, weil es ja den Völkerbundkredit eintauschte. Für Italien war es aber das Ende der ehrgeizigen Pläne. Daher erhob Imperiali, der Vertreter

⁵¹⁾ Text seiner Rede siehe Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 100 f.

⁵²⁾ Dazu siehe die Arbeit Ladners.

⁵³⁾ Bericht Nr. 30/P aus Rom (Kwiatkowski) 29. September 1922.

Italiens im Österreichkomitee, Einspruch — umsonst. Denn wenn die Drohung Österreichs, sich an den meistbietenden Nachbar anzulehnen, den Völkerbund in Bewegung gesetzt hatte, so war die erste Voraussetzung für eine Völkerbundanleihe sinngemäß der Verzicht auf die österreichisch-italienische Zollunion⁵⁴⁾. Italien blieb nichts anderes übrig, als sich damit zu trösten, daß durch diese Garantie auch die Aufteilung Österreichs oder der slawische Korridor endgültig unmöglich wurden, und zu hoffen, wenigstens mittels der Kontrolle seine besondere Stellung zu wahren.

B) Die Form der Kontrolle.

Es war von allem Anfang an klar, daß Österreich nur dann den enormen Kredit erhalten würde, wenn es einer Kontrolle über seine Verwendung zustimmte. Allerdings durfte eine solche Kontrolle nicht eine Einmischung in österreichische Verhältnisse bedeuten, sondern lediglich darüber wachen, daß der Sanierungsplan durchgeführt und die Gelder dementsprechend verwendet würden. Man einigte sich daher auf folgenden Modus. Ein vom Völkerbund ernannter und ihm unterstehender Kontrollor, Generalkommissär genannt, mit Sitz in Wien, übernahm die oben formulierte Aufgabe. Er durfte keinem Nachbarstaat angehören. Gleichzeitig sollte — um die Interessen der Gläubigerstaaten zu wahren — ein „Komitee der Garantiestaaten“ eingesetzt werden, das nur über den Völkerbund mit dem Generalkommissär verkehrte, während es mit der österreichischen Regierung überhaupt nicht verkehren durfte. Dieser Modus unterstrich vor allem, daß die Kontrolle nicht von den Staaten, sondern vom Völkerbund ausging, worauf besonders die österreichische Delegation im Hinblick auf die innenpolitische Opposition gedrungen hatte.

Das entsprach natürlich überhaupt nicht den italienischen Vorstellungen, die dahin gingen, daß ähnlich der „interalliierten Finanzkontrolle“^{54a)} ein Komitee der Gläubigerstaaten mit Sitz in Wien die Kontrolle ausüben sollte. In diesem Gremium verlangte Italien einen maßgebenden Einfluß⁵⁵⁾. Dafür waren weder England, noch Frankreich oder die ČSR zu haben, die Italien vorwarfen, daß es auf der Londoner Konferenz selbst mitentschieden habe, die Sache dem Völkerbund zu übertragen, und nun den Völkerbund wieder ausschalten wolle⁵⁶⁾.

Die Frage der Kontrolle war für Italien nicht nur deshalb wichtig, weil es auf diesem Wege mehr Einfluß bekommen wollte, sie war auch innenpolitisch eine Frage von eminenter Bedeutung, weil man vor die stark nationalistische Öffentlichkeit nicht mit leeren Händen treten konnte. Diese warf der Regierung ohnehin vor, die Interessen Italiens zu vernachlässigen, seine „Sonderstellung“ zu vergeben. Man darf nicht vergessen, daß die Regierung Facta unter dem Druck der mächtigen faschistischen Bewegung stand, von der sie tatsächlich schon wenige Wochen später hinweggefegt werden sollte. Seipel sagte im Ministerrat über Italien, es drohe dort ein extrem nationalistisches Regime an die Macht zu kommen „und deswegen besorgen die Staatsmänner, welche auch in Zukunft noch

⁵⁴⁾ Ladner, Staatskrise, 137.

^{54a)} Vgl. oben S. 105 ff.

⁵⁵⁾ Außenminister Grünberger im Ministerrat, Ministerratsprotokoll 231, 7. Oktober 1922.

⁵⁶⁾ Ladner, Staatskrise, S. 149.

eine Rolle spielen wollen, daß sie für Italien zu wenig nationale Errungenschaften nach Hause bringen“ ⁵⁷⁾).

C) Die Garantie der Anleihe.

Schanzer hatte schon in London versprochen, Italien werde eine solche Garantie geben, wenn sie auch die anderen Mächte geben ⁵⁸⁾. In Genf aber erhob Italien Einspruch gegen die Höhe der Anleihe (650 Millionen Goldkronen) und gegen verschiedene Details ⁵⁹⁾. Diese Bedenken entsprangen z. T. den Sorgen des Schatzministers, waren aber vor allem ein Druckmittel, ein weiteres Argument gegen die Protokolle. Denn Italien ging mit der Beteiligung an der Garantie kein ernstes Risiko ein, weil sich viele andere Staaten beteiligten und weil für die Kontrolle der Verwendung der Gelder gesorgt war. Die Garantie war primär eine politische Angelegenheit, insofern sie Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft Österreichs war. Dieses Vertrauen war aber notwendig für die Aufbringung der Gelder auf dem Kapitalmarkt.

Der Verzicht auf die Zollunion, überhaupt auf einen stärkeren politischen Einfluß in Österreich; der aus der innenpolitischen Situation erwachsende Zwang, zumindest einen Prestigezuwachs zu erlangen; die Angst vor möglichen finanziellen Opfern, all das verursachte den starken Widerstand Italiens gegen die Genfer Lösung. Gefährdete diese Haltung Italiens die Sanierung? Nein, dazu war Italien zu schwach und die Einigkeit der anderen zu groß. Vielmehr gefährdete sie Italiens eigene Mitwirkung. Es lief Gefahr, „in Mitteleuropa kalt gestellt zu werden“ ⁶⁰⁾. Wie kam es dann doch zur Teilnahme Italiens?

b) Die Teilnahme

Als erstes ist darauf hinzuweisen, daß man in Rom keineswegs einer Meinung war. Die „Haltung Italiens“, von der der Einfachheit halber die Rede war, war die Haltung eines Teils der maßgebenden Männer, allerdings jener, die bis knapp ans Ende in Führung waren: die „Antiligisten“ um Schatzminister Paratore, nationalistische Kreise, die Consulta. Es gab aber eine Gruppe, die überzeugt für die Genfer Lösung eintrat: die „Ligisten“ unter Außenminister Schanzer, zu denen auch der italienische Vertreter beim Völkerbund, Scialoja, gehörte. Schanzer war von jeher für eine solche Lösung eingetreten, er hatte die Zollunionsverhandlungen lediglich zugelassen. Aber er und seine Gruppe waren zu schwach, sie konnten gegen die Antiligisten nicht aufkommen.

Als in Genf die Verhandlungen so weit gediehen waren, daß die Garantie konkrete Formen annahm und die endgültige Zustimmung der Kabinette eingeholt werden mußte, forderte Schanzer diese Zustimmung. Im Kabinett aber setzte sich zunächst Paratore durch, und die Zustimmung wurde verweigert. Beide Minister gingen so weit, daß sie ihren Rücktritt anboten ⁶¹⁾. „Nun gab es in diesem

⁵⁷⁾ Ministerratsprotokoll 231, 7. Oktober 1922.

⁵⁸⁾ Mitteilung Orsinis an Grünberger, Notiz Wildners, 17. August 1922, NPA 345 Fol. 103.

⁵⁹⁾ Ladner, Staatskrise, S. 143, 151, 154.

⁶⁰⁾ Seipel im Ministerrat, Ministerratsprotokoll 231, 7. Oktober 1922.

⁶¹⁾ Ladner, Staatskrise, S. 153 und Bericht Nr. 30/P aus Rom (Kwiatkowski) 29. September 1922.

Stadium der Verhandlungen ein ausgezeichnetes Mittel“, erzählte Seipel im Ministerrat, „über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Dieses Mittel bestand in der Erklärung der Mächte, die Lösung werde gegebenenfalls ohne Italien geschehen, so daß Italien in Mitteleuropa kalt gestellt worden wäre.“⁶²⁾ Diese Drohung brachte Bewegung in die Fronten. Imperiali ging zu Sektionschef Schüller, der als Verfechter der Zollunion in Rom volles Vertrauen genoß, und bat ihn:

„Nur Sie, Herr Schüller, können die Zustimmung meiner Regierung erreichen. Fahren Sie morgen um 6 Uhr früh nach Rom. Das ist unsere letzte Hoffnung. Sie werden dadurch nicht nur Ihrem Lande, sondern auch Italien einen großen Dienst erweisen.“⁶³⁾

Auch Scialoja fuhr nach Rom. Schanzer, der nun Hoffnung schöpfte, besprach mit Kwiatkowski einen Kompromiß, den man dann in Genf z. T. annahm. Er betraf finanzielle Zugeständnisse. Vor allem wurde Italien in der Kontrollkommission der Gläubigerstaaten der ständige Vorsitz überlassen — eine reine Prestigesache. Mittlerweile konnte Paratore im persönlichen Gespräch überzeugt werden.

So bewirkte am Ende die Angst Italiens, man könnte über seinen Kopf hinweg handeln, ferner die Kompromißbereitschaft der anderen Garantiestaaten, die keineswegs Italien eine ernste Niederlage bereiten wollten, weil dies nur dem Völkerbund geschadet hätte, und schließlich der persönliche Einsatz der Diplomaten, daß die politische Vernunft siegte und die Genfer Protokolle am 4. Oktober unterzeichnet werden konnten. Lord Balfour, der im Österreichkomitee den Vorsitz geführt hatte, sagte, es sei ein erhebendes Schauspiel, die Völker zu sehen, die herbeieilen, um Österreich als einem der jüngsten Mitglieder des Völkerbundes ihre Hilfe zu bieten⁶⁴⁾. Unter diesen Völkern war auch Italien, wenngleich es nicht geilt war.

Die Genfer Protokolle und die zwiespältige Haltung Italiens blieben nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zwischen Österreich und Italien. In Italien war man enttäuscht. Zwar war die drohende Aufteilung und eine Anlehnung Österreichs an die Tschechoslowakei abgewendet, doch war es nicht gelungen, den eigenen Einfluß zu verstärken. Die Enttäuschung war umso bitterer, als das Ziel so nahe gewesen war. Ein Jahr später schrieb Attilio Tamaro:

„Die Verantwortung für die unglückselige Position, in der wir uns in Österreich befinden, tragen allgemein die präfaschistische Politik, besonders aber On. Schanzer und die verhängnisvollen Genfer Protokolle, die die italienische Regierung unterzeichnete, obwohl sie Klauseln enthielten, die ausdrücklich mit der Absicht formuliert waren, Italien von jeder privilegierten Position in Österreich auszuschließen.“⁶⁵⁾

Doch auch am Ballhausplatz hatte die Haltung Italiens während der Genfer Verhandlungen nicht die Sympathien gefördert, vielmehr bewirkten sie eine Ver-

⁶²⁾ Seipel im Ministerrat, wie Anmerkung 60.

⁶³⁾ Schüller, *Das Erbe Österreichs*, S 99; Ladner, *Staatskrise*, S. 149.

⁶⁴⁾ Ladner, *Staatskrise*, S. 155.

⁶⁵⁾ „L'Austria e l'Italia“, Artikel Attilio Tamaros im „Secolo“ 30. November 1923, NPA 654 Fol. 341, Z 3707/17.

stärkung der Unabhängigkeit. Contarini versuchte zwar, die gesponnenen Fäden nicht abreißen zu lassen. In einer Unterredung Mitte Oktober mit Kwiatkowski sprach er von guten Beziehungen, von schnellem Abschluß des Handelsvertrages, auch davon, daß man auf die Zollunion zurückkommen könne⁶⁶). Doch hatte man in Österreich mit der Durchführung des Sanierungswerkes, zunächst mit seiner parlamentarischen Erledigung, alle Hände voll zu tun, und Italien selbst befand sich in voller Gärung. Vier Wochen nach der Unterzeichnung der Genfer Protokolle war Mussolini Ministerpräsident.

⁶⁶) Privatbrief Kwiatkowski an Außenminister Grünberger, Rom 10. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 139 ff.

VII. DIE ÖSTERREICHISCH-ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN UND DIE MACHTÜBERNAHME DES FASCHISMUS

1. *Der Marsch auf Rom*

Die Machtergreifung durch den Faschismus löste in Österreich abgesehen von den ideologisch bedingten verschiedenen Reaktionen gewisse Befürchtungen aus. Ein möglicher italienisch-jugoslawischer Konflikt würde nicht nur Kärnten und Steiermark in Mitleidenschaft ziehen, sondern konnte durch die allgemeine Verunsicherung sogar das gänzliche Scheitern der Sanierungsaktion zur Folge haben. Auch wußte man nicht, welche Haltung das neue Regime zu den Genfer Protokollen einnehmen würde¹⁾. Immerhin hatten die faschistischen Organe den italienischen Außenminister Schanzer heftigst angegriffen, als er die Rettung Österreichs dem Völkerbund überließ, und in der Folge die Genfer Protokolle verurteilt²⁾. Noch allgemeiner formulierte der österreichische Gesandte in Rom die Besorgnis, indem er die österreichisch-italienischen Beziehungen als solche gefährdet sah. Schon vor dem Marsch auf Rom hatte er nach Wien berichtet:

„Die nationalistische Richtung wird die Oberhand gewinnen, ihre extremen Anschauungen werden die Reibungsflächen mit den Nachbarn nur vermehren. Die Gestaltung der Beziehungen zu den fremdsprachigen Elementen in den Neuen Provinzen, das Verhältnis zu Jugoslawien könnten eine Schärfe annehmen, welche die Gefahr von Komplikationen nicht ausschließt. Auch die bisher günstigen Beziehungen zu Österreich könnten eine unerfreuliche Gestalt nehmen, mehr denn je wird Italien sich seine Vormachtstellung sichern wollen.“³⁾

Vorerst gelang es aber Mussolini und der Consulta, durch allseitige freundliche Erklärungen zu beruhigen. In Wien, wo die Genfer Protokolle und das Wiederaufbaugesetz zur Debatte standen, wo man jede weitere Komplikation vermeiden wollte, hatte man sofort um eine Erklärung über die Haltung der neuen Regierung zum Problem gebeten:

„Eine Äußerung italienischer Regierung über freundschaftliche Beziehung und Garantiefrage wäre mir für bevorstehende parlamentarische Kampagne sehr erwünscht. Grünberger.“⁴⁾

Allerdings wäre die Sanierung durch einen Rückzug Italiens von den Genfer Protokollen nicht gefährdet gewesen, weil Beneš mit Balfour und Poincaré über-

1) Seipel zu Orsini, Tel. Orsinis an Mussolini, DDI/VII/I Nr. 47; auch Nr. 5. Die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie zum Faschismus hat Otto Wunderer, *Der italienische Faschismus in der Analyse der sozialdemokratischen Partei Österreichs 1922—1933* (Phil. Diss. Wien 1974), behandelt. Zur Machtergreifung siehe S. 1 ff, S. 90 ff.

2) *Popolo d'Italia* 27. August 1922, in: Mussolini, *Opera Omnia* Vol. 18, S. 377; *Politica* 13 (1922) 59 ff; Herre, *Südtirolerfrage*, S. 243.

3) Bericht Nr. 34 aus Rom (Kwiatkowski) 12. Oktober 1922.

4) Tel. Nr. 83 an Kwiatkowski (Rom) 2. November 1922, NPA 345 Fol. 560; auch Tel. Orsini an Mussolini 2. November 1922, DDI/VII/I Nr. 32.

eingekommen war, die Sanierungsaktion eventuell auch ohne Italien durchzuführen und dessen prozentuelle Anteile zu übernehmen, wie er Seipel in einem Privatbrief mitteilte. Orsini hatte umgehend „in vertraulichem Wege, indirekt vom Kanzler“ von diesem Brief erfahren und es sofort nach Rom gemeldet. Er knüpfte daran die Aufforderung, Italien dürfe nicht von der Sanierungsaktion zurücktreten; der Kanzler sei ja für Italien günstig disponiert, außerdem brauche er Italien in dem „Gleichgewichtsspiel“, das er notwendigerweise spiele ⁵⁾).

In der Tat hätte ein Rückzug Italien nur Nachteile gebracht. Bereits am 4. November langte daher in Wien die gewünschte freundnachbarliche Erklärung ein ⁶⁾). Italien sei die einzige benachbarte Großmacht, es sei der privilegierte Gläubiger, eine große Anzahl von Interessen verbinde die beiden Länder. Aus allen diesen Gründen wünsche Mussolini die von seinen Vorgängern begonnenen guten Beziehungen zu Österreich aufrechtzuerhalten und zu entwickeln, wobei er auf die Zusammenarbeit mit Seipel zähle, der zu verschiedenen Gelegenheiten, vornehmlich beim letzten Treffen mit seinem Vorgänger (Schanzer), so weitgehend befriedigende Erklärungen gemacht habe. Was das Genfer Sanierungsprogramm betreffe, so habe er zwar noch nicht die Zeit gehabt, es zu studieren ⁷⁾), doch könne er schon jetzt versichern, daß er Österreich bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten helfen wolle.

Das war eine recht vage Erklärung, doch ein paar Tage später drückte er sich bestimmter aus: Italien habe das Genfer Übereinkommen unterzeichnet und werde es vollinhaltlich einhalten ⁸⁾).

Alles schien demnach in bester Ordnung. Weiterhin freundschaftliche Beziehungen, Teilnahme an der Sanierungsaktion. Ging wirklich alles so glatt von statten? Es wird sich zeigen, daß die Machtergreifung des Faschismus doch eine Zäsur war. Mit den freundlichen Erklärungen wird die Bedeutung der Machtergreifung keineswegs erfaßt, sie stellten bloß die oberste Schicht dar, unter der sich schwere Belastungen für die österreichisch-italienischen Beziehungen verbargen. Diese können nicht isoliert von der allgemeinen Außenpolitik des Faschismus betrachtet werden, weshalb zunächst die weitere Frage nach dem Verhältnis Faschismus-Außenpolitik zu stellen ist, und zwar insbesondere die Frage nach der Kontinuität oder Diskontinuität der italienischen Außenpolitik vor und nach dem Marsch auf Rom.

⁵⁾ Tel. Orsini an Mussolini 1. und 2. November, DDI/VII/I Nr. 16 und Nr. 32; auch Bericht 96/P aus Paris (Eichhoff) 7. November 1922, Z 5460, NPA 345 Fol. 620.

⁶⁾ Tel. Mussolini an Orsini 4. November 1922, DDI/VII/I Nr. 61.

⁷⁾ Dies sei wörtlich zu nehmen, sagte man in Rom.

⁸⁾ Tel. Nr. 106 aus Rom (Geschäftsträger Freudenthal) 10. November 1922, NPA 345 Fol. 625. Dennoch vergingen mehrere Wochen, bis Mussolini das entsprechende Dekret unterzeichnete (23. Dezember, Ladner, Staatskrise, S. 180). Am 6. Dezember hatte Orsini gedrängt, Italien solle doch nicht als letzter der Unterzeichnerstaaten die Anleihegarantie ratifizieren (DDI/VII/I Nr. 207).

2. Die Frage nach der Kontinuität der italienischen Außenpolitik

Eine gewisse Kontinuität ist gegeben. So wenig am 31. Oktober 1922 die volle Diktatur im Innern errichtet wurde, so wenig hat Mussolini sofort eine neue Außenpolitik begonnen, auch wenn sich der Ton vom ersten Tage an änderte, aggressiver, bombastischer wurde⁹⁾. Die anfängliche Unerfahrenheit in der Diplomatie, die Macht des Apparates, die äußeren Gegebenheiten, die es z. B. ausschlossen, daß Mussolini sofort eine Politik des Revisionismus einschlug, oder daß sich Italien von den Genfer Protokollen zurückzog, vor allem auch die teilweise Übereinstimmung zwischen den faschistischen Zielen und den Zielen der nationalistischen Diplomatenkreise, erweckte den Anschein, daß die italienische Außenpolitik auf dem bisherigen Wege fortfahren werde, und daß die Faschisten ihre Radikalität nicht auf die Außenpolitik ausdehnen würden.

Der eingespielte Apparat — nach der kurzen Erschütterung des demonstrativen Rücktritts des Pariser Botschafters Carlo Sforza und des Rücktritts des Berliner Botschafters Frassati — durch die allseits beruhigenden Erklärungen Mussolinis selbst beruhigt, arbeitete weiter. Man war in der Consulta nicht abgeneigt, mit dem neuen Besen zu kehren, und hoffte gleichzeitig, die neuen Machthaber zähmen zu können; und tatsächlich befolgte Mussolini in den ersten Jahren manche der Ratschläge.

Allerdings hat die Geschichtsschreibung die Kontinuität überbewertet. Es entstand die These von einer gemäßigten Übergangszeit, vom „periodo Contarini“¹⁰⁾.

„Es entsteht der Mythos des Generalsekretärs im Außenamt, der den Schüler (Mussolini) an der Hand führt, ihn in der gewohnten Bahn hält, heftige Brüche verhindert und gegebenenfalls die Schäden wiedergutmacht, die das jugendliche faschistische Ungestüm verursacht hat.“¹¹⁾

Das Ende der Periode wurde mit 1926 (Kontroverse mit Stresemann, Rücktritt Contarinis, Reise nach Libyen, Vertrag von Tirana) oder 1929 (offenes Bekenntnis zum Revisionismus) angesetzt.

Diese These, entstanden durch die Wunschkonstruktionen und Aussagen von Karrierediplomaten (z. B. Guariglia), wurden scheinbar bestätigt durch eine Reihe von Fakten, z. B. die Teilnahme Italiens an der Locarnopolitik. Auch der österreichische Gesandte in Rom stellte mehrmals fest, eine Änderung der Außenpolitik Österreich gegenüber sei nicht eingetreten.

Einer von anderen Fragen ausgehenden und auch tieferschürfenden Analyse der faschistischen Außenpolitik konnte die These allerdings nicht standhalten.

⁹⁾ Die erste Weisung Mussolinis an die italienischen Vertretungen lautete zum Beispiel: „Assumo oggi Governo d'Italia e Ministro affari esteri ad interim. Attendo che nell'opera di tutti si trasfonda nuova e più vasta coscienza della Patria . . .“, DDI/VII/I Nr. 11.

¹⁰⁾ Zum Beispiel: Raffaele Guariglia, *Ricordi 1922—1946* (Napoli 1949), H. St. Hughes, *The Early Diplomacy of Italian Fascism 1922—1932*. In: Craig—Gilbert, *The Diplomats 1919—1939* (Princeton N. Jersey 1953), Roberto Cantalupo, *La „Belle Epoque“ diplomatica italiana. Vita diplomatica di S. Contarini* (Roma o. J.), René Albrecht-Carrié, *Italy from Napoleon to Mussolini* (New York 1950), Christopher Seton-Watson, *L'Italia dal liberalismo al fascismo 1870—1925* (London 1967 bzw. Rom 1973), u. a.

¹¹⁾ Rumi, *Alle origini*, S. 225.

Sowohl eine Fülle von Details als auch grundsätzliche Tendenzen des Faschismus lassen es unangebracht erscheinen, von einer anfänglich gemäßigten Außenpolitik zu sprechen¹²⁾. Das Ziel war von Anfang an die „Größe“ Italiens, Größe des Ansehens, Größe des Einflusses und Größe der Ausdehnung. Die liberalen Außenpolitiker suchten zwar auch den Vorteil Italiens, doch kannten sie die Grenzen. Dagegen begleitet den Faschismus von Anfang an die Idee des „impero“¹³⁾, damit verbunden ein Sozialdarwinismus, der sich äußert in der Verachtung anderer Völker, in grundsätzlichem Zweifel am Weltfrieden¹⁴⁾, und in einer Tendenz, die „im Innersten und nicht einmal geheim von jeher auf Krieg gerichtet war“¹⁵⁾. Hier von Mäßigung zu sprechen ist nur möglich, wenn man über äußeren Zeichen das innere Wollen unberücksichtigt läßt. Bezüglich der Details sei auf G. Rumi verwiesen, der Mussolinis Sondierungen betreffend Malta, Korsika, Tessin, seine Kontakte mit kroatischen, ungarischen, bayrischen Separatisten- bzw. Rechtsgruppen, die Organisation der „fasci all'estero“ usw. ausführlich aufgrund von Archivstudien behandelt; ebenso auf A. Cassels, der die Beziehungen Mussolinis zu Deutschland in der Zeit des „periodo Contarini“ untersucht hat¹⁶⁾¹⁷⁾.

Diese Erkenntnisse über die nur scheinbare Fortführung einer maßvollen Außenpolitik durch den Faschismus sind durchaus auch auf die Beziehungen zu Österreich anzuwenden. Was Mussolini in bezug auf Österreich fortsetzte, waren gerade die Bemühungen der nationalistischen Außenpolitik (Torrettas, Biancheris, Contarini), den Einfluß in Österreich zu verstärken. Hatten diese Bemühungen schon bisher Schwierigkeiten verursacht, so mußte ihre Fortsetzung und Verstärkung durch den Faschismus zu schweren Belastungen führen. Gleichzeitig brachte der Faschismus aber auch neue Elemente ins Spiel. Seine im Chauvinismus und im totalitären Staatsgedanken begründete Südtirolpolitik und sein Antisozialismus sollten verhängnisvolle Auswirkungen zeitigen.

¹²⁾ Vor allem Giorgio Rumi, *Alle origini della politica estera fascista 1918—1923* (Bari 1968), Alan Cassels, *Mussolini and german nationalism 1922—1925*. In: *Journal of modern History* 35 (June 1963) 137—157; Ennio di Nolfo, *Mussolini e la politica estera italiana 1919—1933* (Padova 1960) spricht zwar auch von ‚periodo di transizione‘, aber „Mussolini si lasciava guidare come e dove voleva“ (S. 51).

¹³⁾ Rumi, *Alle origini*, S. 247.

¹⁴⁾ Ebenda S. 234.

¹⁵⁾ Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 287. Auch die Sprache mit ihrem chauvinistischen, übertreibenden, gewaltsamen Ton ist nicht harmlos. Salvatorelli—Mira (*Storia d'Italia*, S. 274) schreibt: „... non erano semplici deliri verbali, flatus vocis sperdenti nell'aria. Esse contribuivano a quell'avvelenamento degli spiriti da cui dovevano uscire gli orrori e le catastrofi desolanti l'Europa.“

¹⁶⁾ Cassels, S. 138: „Between october 1922 and the end of 1925 Mussolinis conduct of his relations with Germany embodied precisely those traits usually associated with his activity in the 1930's.“

¹⁷⁾ Allgemein zum Verhältnis Faschismus—Außenpolitik vgl. den mit reichen Literaturangaben versehenen ausgezeichneten Forschungsbericht von Jens Petersen, *Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974) 417—457.

3. *Faschismus und Südtirol im Herbst 1922 — Staatsraison kontra Staatsraison*

Die zeitlich erste Belastung, die der Faschismus in die österreichisch-italienischen Beziehungen brachte, war seine Südtirolpolitik. Diese war einerseits durch die lokalen chauvinistischen Bestrebungen (Ettore Tolomei), anderseits durch den autonomiefeindlichen totalitären Staatsgedanken des Faschismus genährt ^{17a)}. Über die erste faschistische Aktion in Südtirol im April 1921 ist oben berichtet worden. Jetzt, im Sommer und Herbst 1922, in den Wochen vor der Machtergreifung, war Norditalien schon zum Großteil von den Faschisten beherrscht. Die Staatsgewalt war oder gab sich weitgehend machtlos. Zwar amtierte in Trient noch der deutschfreundliche Generalkommissar Credaro, aber er hielt sich nur mit Mühe auf seinem Platz. „Die Dinge nahmen in enger Verbindung mit den Vorgängen in Altitalien den Lauf, auf den alles hindrängte.“ ¹⁸⁾

Am 23. August drohte der Meraner Fascio der Stadtverwaltung, wenn sie nicht eine Reihe von Forderungen unverzüglich erfülle, würden 800 Faschisten, die in Verona bereit stünden, zum Marsch auf Meran antreten. Wie weit die Lage gediehen war, zeigt die prompte Annahme der Forderungen. Mussolinis Kommentar zu diesen Meraner Ereignissen:

„Von 1918 bis heute hat der liberale italienische Staat — durch das Gespann Salata—Credaro — nicht so viel erreicht wie die Faschisten in wenigen Tagen ... Die Methode, die man anwenden muß, wenn man mit den Deutschen zu tun hat: die Methode der Gewalt ... Heute ist Meran nicht mehr nur eine deutsche Stadt, sie ist eine italienisch-deutsche Stadt ... Natürlich darf der Faschismus des Alto Adige, dem wir unseren herzlichsten Beifall aussprechen, sich nicht auf Meran beschränken ... Bozen ... Nach den Gemeindeverwaltungen kommt die lokale Presse an die Reihe ... Der Krieg brachte unsere politische Grenze bis zum Brenner; nun bringt der Faschismus Italien!“ ¹⁹⁾

Zehn Tage später wurde dem Bozner Magistrat eine lange Forderungsliste übergeben, die u. a. die Entlassung des langjährigen und beliebten Bürgermeisters Perathoner enthielt. Eine Liste von Forderungen wurde auch Ministerpräsident Facta überreicht. Credaro und Salata, der Leiter des „Ufficio centrale Nuove Provincie“, mußten ihren Widerstand gegen die scharfe Italianisierung aufgeben, Facta versprach die Erfüllung der Maßnahmen, die Faschisten drohten mit Gewalttätigkeiten ²⁰⁾.

Daß diese Eskalation bereits auf die österreichisch-italienischen Beziehungen störend überzugreifen begann, zeigt eine Eingabe Orsinis vom 23. September, im Kanzleramt sei man besorgt und fürchte, die faschistischen Gewalttaten würden

^{17a)} Immer wieder gibt es Arbeiten zur Südtirolfrage, die diesen Aspekt — die Gleichschaltung einer Minderheit als eine logische und unaufhaltsame Folge des totalitären Regimes — kaum oder zu wenig konsequent berücksichtigen und statt dessen vorwiegend emotional die „Leiden des Volkes“ darlegen. Z. B. Gruber, Südtirol 1926—1939.

¹⁸⁾ Herre, Südtirolerfrage, S. 234.

¹⁹⁾ Mussolini im Popolo d'Italia 31. August 1922, in: Opera omnia Vol. 18 S. 383 f (Übers. v. Verf.).

²⁰⁾ Herre, Südtirolerfrage, S. 244.

in Tirol unangenehme Reaktionen hervorrufen, weshalb Schanzer in Bozen intervenieren möge, um Ausschreitungen zu verhindern ²¹⁾).

Tatsächlich waren die italienfeindlichen Gefühle in Innsbruck in dem Klima der Trauer und Entrüstung über die Teilung Tirols gediehen und durch die faschistischen Ausschreitungen und Forderungen an einen Punkt gelangt, wo sich extreme Elemente herausbildeten, die ihrer Natur nach zu Taten schreiten wollten. Jeden Tag konnte der Haß ausbrechen. So kam es am 25. September im Hotel Maria Theresia in Innsbruck zu einem Wortwechsel und zu Tötlichkeiten zwischen Studenten, anderen deutschen Gästen und einigen Italienern ²²⁾. Ein Student riß einer Italienerin kurzerhand ein Kreuz, das sie an einem Trikolore-Band an der Brust trug, herunter. Die Studenten und andere drangen auf die Italiener ein und schrieten: „Das sind Faschisten, sie tragen alle Faschistenabzeichen, reißt es ihnen herunter, werft sie hinaus, hinaus mit den Italienern aus Innsbruck.“ Einem Polizisten, der herbeigerufen worden war, gelang es, die italienischen Gäste aus dem Saal zu entfernen und in Sicherheit zu bringen, er mußte dafür aber hören, er sei kein deutscher Schutzmann, sondern ein Italiener oder Tschechoslowak.

Die Antwort Schanzers auf die Eingabe Orsinis fiel daraufhin so aus: Man müsse mit der österreichischen Regierung ein klares und energisches Wort reden. Im Alto Adige handle es sich um eine innere Angelegenheit, sie ginge die Tiroler nichts an ²³⁾.

Nur zwei Tage nach der Innsbrucker Ausschreitung stellten die Faschisten dem Bozner Magistrat ein Ultimatum betreffend die Forderungen vom 2. September. Als die Antwort für die Faschisten ungenügend ausfiel, ebenso wie halbherzige Vermittlungsversuche der Regierungsstellen, besetzten einige tausend Faschisten am 2. Oktober die Stadt und erzwangen die Erfüllung aller Forderungen. Die Zentralregierung blieb völlig passiv. Man hat die Bozner Expedition auch Generalprobe für den Marsch auf Rom genannt.

Die Ereignisse riefen in Österreich natürlich Entrüstung hervor. Die Faschisten waren sich übrigens voll bewußt, daß ihre Tat auch außenpolitische Folgen haben konnte. Am 5. Oktober schrieb der Popolo d'Italia:

„Es war nicht eine der üblichen Besetzungen einer sozialistischen Gemeinde, sondern ein sehr heikles Unternehmen, das auch Auswirkungen in der Außenpolitik haben konnte. Vergessen wir nicht, daß die Eisenbahnerkommandos (squadre ferroviari) von Franzensfeste und Brenner den Befehl hatten, nach Innsbruck zu marschieren, falls die Tiroler andere Vergeltungsmaßnahmen ergriffen hätten.“ ²⁴⁾

Vor allem die Drohung einer Expedition über den Brenner beunruhigte die Tiroler verständlicherweise. Der großdeutsche Tiroler Abgeordnete Straßner

²¹⁾ Orsini an das Außenministerium in Rom, 23. September 1922, Archivio Affari Esteri, bei Rumi, Alle origini, S. 211.

²²⁾ Bericht der städtischen Schutzmannschaft Nr. 11011, 26. September 1922, NPA 659 Fol. 294, Z 1994/Präs.

²³⁾ Schanzer an Orsini, 29. September 1922, Staatsarchiv Rom, bei Rumi, Alle origini, S. 211.

²⁴⁾ Popolo d'Italia 5. Oktober 1922, bei Rumi, Alle origini, S. 210 (Übers. v. Verf.).

forderte die Bundesregierung auf, die Intervention des Völkerbundes anzurufen; ähnlich äußerte sich Landeshauptmann Stumpf ²⁵⁾.

Anstatt die faschistischen Drohungen zu verurteilen, intervenierte Schanzer in Wien, die österreichischen Zeitungen sollten sich im Ton mäßigen. Mussolini habe schon die Regierung aufgefordert, angesichts der italophoben Presse Österreich keine weitere Hilfe zu gewähren (wenige Tage vorher waren die Genfer Protokolle unterzeichnet worden). Es sei in Österreichs Interesse gelegen, daß sich die Presse mäßige ²⁶⁾.

Gleichzeitig ereignete sich in Tirol ein neuerlicher Zwischenfall ²⁷⁾. Mehrere bewaffnete junge Leute überfielen eine von Italienern bewohnte Villa in Steinach am Brenner, durchsuchten sie nach Waffen und Munition und erpressten von den Italienern eine antifaschistische Erklärung. Der Führer der Bande konnte festgenommen werden. Vor dem Untersuchungsrichter sagte er aus, man habe keineswegs an den Italienern Rache wegen der Faschistenvorfälle in Bozen üben wollen, vielmehr habe man anlässlich der am 10. Oktober (Tag der Annexion Südtirols an Italien) in Innsbruck stattfindenden Trauerkundgebung über die Zerreißung Tirols einen Einfall der Faschisten in Nordtirol befürchtet und in der Villa in Steinach einen Waffenstapelplatz vermutet. Der 10. Oktober ging auch nicht ohne Ausschreitungen vorüber, und Bundeskanzler Seipel gab eine Erklärung ab, in der er sein Bedauern über die Vorfälle in Innsbruck und Steinach ausdrückte ²⁸⁾.

Endlich, am 12. Oktober, teilte Schanzer dem italienischen Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister mit, Grenzüberschreitungen der Faschisten würden internationale Folgen haben ²⁹⁾; doch ein paar Tage nachher drohte er Österreich mit der Suspendierung der Anleihe und forderte die Unterdrückung der Proteste gegen die Ereignisse im Alto Adige ³⁰⁾.

Wenige Tage später war Mussolini Ministerpräsident. Einige Wochen lang ereigneten sich keine weiteren Zwischenfälle mehr. Mitte November aber erhielt das italienische Konsulat in Innsbruck einen anonymen Brief, in dem die in Innsbruck lebenden Italiener aufgefordert wurden, das Tragen von schwarzen Hemden und Faschistenabzeichen zu unterlassen, andernfalls man dieser Provokation mit den schärfsten Mitteln, „mit denselben Mitteln, welche die Faschisten in Südtirol üben“, entgegentreten werde ³¹⁾.

Mussolini reagierte ungewöhnlich heftig. Obwohl die lokalen Behörden von Innsbruck und auch von Steinach ihre Entschuldigung ausgedrückt hatten ³²⁾, verlangte er nun als Genugtuung für die Vorfälle in Innsbruck und Steinach einen „formellen und feierlichen Entschuldigungsbesuch“ des Landeshauptmannes beim

²⁵⁾ Herre, Südtirolerfrage, S. 256.

²⁶⁾ Schanzer an Orsini 8. Oktober 1922, Staatsarchiv Rom, bei Rumi, *Alle origini*, S. 212.

²⁷⁾ „Zwischenfälle in Innsbruck und Steinach“, NPA 659 Fol. 269 ff.

²⁸⁾ Herre, Südtirolerfrage, S. 256; auch Tel. Nr. 109 aus Rom (Kwiatkowski) 15. Nov. 1922, NPA 345 Fol. 581.

²⁹⁾ Rumi, *Alle origini*, S. 212 f.

³⁰⁾ Schanzer an Orsini 17. und 21. Oktober 1922, Archivio Affari Esteri, bei Rumi, *Alle origini*, S. 213.

³¹⁾ Wie Anmerkung 27.

³²⁾ Tel. Orsini an Mussolini 15. November 1922, DDI/VII/I S. 77 Anm. 30.

italienischen Konsul in Innsbruck ³³). Im Gespräch mit Biancheri meinte der österreichische Gesandte zu dieser Forderung, die Angelegenheit sei eigentlich durch die seinerzeitige Erklärung des Bundeskanzlers als erledigt zu betrachten, und ihr neuerliches Hervorziehen sei nicht gerade angetan, die Beziehungen zu verbessern, vielmehr erwecke es den Eindruck, als ob der neue Kurs eine schärfere Tonart gegenüber Österreich anschlagen wolle. Außerdem könne von einer Entschuldigung keine Rede sein, höchstens könne der Landeshauptmann sein Bedauern ausdrücken.

Biancheri erklärte Mussolinis Verhalten damit, daß er unter dem Druck extremer Elemente stehe. Schwachen Staaten gegenüber würde er sich nicht der Gefahr eines Prestigeverlustes aussetzen. Eine rasche Lösung sei das Beste.

In Wien befolgte man diesen Rat, und Dr. Stumpf begab sich aufs italienische Konsulat in Innsbruck, um sein Bedauern auszudrücken. Unglücklicherweise war nur der Vizekonsul anwesend. Der war zwar sehr freundlich, doch Rom ließ umgehend verlauten, der Landeshauptmann möge den *Konsul* nach vereinbarter Besuchsstunde aufsuchen ³⁴). Diese Forderung konnte man wohl tatsächlich nur mit dem Hinweis aus „das überschäumende Machtgefühl der faschistischen Bewegung“ erklären ³⁵).

In Wien war man vollauf beschäftigt, die Genfer Sanierung in Gang zu bringen. Die erforderlichen Gesetze mußten bis zum 26. November parlamentarisch erledigt sein. Schließlich waren die Protokolle zwar unterzeichnet, aber noch von keinem Staat ratifiziert, d. h. es bestand die Möglichkeit, daß ein Staat aus irgendeinem Grund die Ratifikation verweigerte und damit erneut die Sanierung gefährdete oder zumindest verzögerte. Man hatte also alles Interesse daran, die lächerlichen Zwischenfälle raschest zu bereinigen. Außenminister Grünberger bat also Dr. Stumpf, noch einmal das Konsulat aufzusuchen ³⁶). Es sei ihm ja sehr peinlich, doch im Hinblick auf die gegenwärtige Lage müsse er den Landeshauptmann bitten ...

Dieser tat, worum er gebeten, und Kwiatkowski konnte telegraphieren: „In der Consulta bezeichnet man mir Zwischenfall hiemit als erledigt ³⁷).“

Daß damit bloß der Form genüge getan, in der Sache aber nur böses Blut erregt worden war, beweist der Brief Dr. Stumpfs an Grünberger, in dem er über den Besuch im Konsulat berichtet:

„Nun noch meine Anschauung. Sollte die italienische Regierung noch ein Haar in der Suppe finden, dann müßte ich Herrn Bundesminister dringendst bitten, mich mit einer weiteren Intervention unbedingt zu verschonen; eine solche wäre mir ganz unerträglich und ich versichere, schon diesmal hat es mich viele Überwindung gekostet und wenn ich noch einmal gegangen bin,

³³) Tel. Nr. 111 aus Rom (Kwiatkowski) 18. November 1922, Z 3693/1, NPA 659 Fol. 270, und DDI/VII/I Nr. 129.

³⁴) Tel. Nr. 112 aus Rom (Kwiatkowski) 22. November 1922, Z 2007/Präs NPA 659 Fol. 285.

³⁵) Privatbrief Kwiatkowski an Außenminister Grünberger, Rom 10. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 139 ff.

³⁶) Brief Grünbergers an Stumpf 23. November 1922, Z 3749/1, NPA 659 Fol. 283.

³⁷) Tel. Nr. 113 aus Rom (Kwiatkowski) 29. November 1922, Z 3836/1, NPA 659 Fol. 317.

so geschah es nur im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, in denen sich gegenwärtig der Staat befindet. Sonst hätte ich schon diesmal einfach verzichtet ...“³⁸⁾

So wurden die österreichisch-italienischen Beziehungen durch die Politik des Faschismus in Südtirol und die Reaktionen in Tirol ernstlich in Mitleidenschaft gezogen. Dabei waren die Ereignisse im Herbst 1922 keineswegs eine einmalige, zufällige Angelegenheit, vielmehr kündigte sich hier ein neuer Konfliktstoff an, der immer wieder die Beziehungen trüben würde. So hängen die meisten Spannungen zwischen Österreich und Italien auf diplomatischer Ebene während der Zwanzigerjahre ab 1922 mit Südtirol zusammen: Herbst 1922, Herbst 1923, Ende 1925/Anfang 1926, Sommer 1928.

In einem im Juli 1929 im Außenministerium verfaßten, von Seipel genehmigten Memorandum über „Österreichs Außenpolitik 1918—1928“, das im Jubiläumswerk „10 Jahre Wiederaufbau“ veröffentlicht wurde, heißt es:

„Die pazifistische Außenpolitik hat es vermocht, die politischen Beziehungen Österreichs zum Auslande vollkommen harmonisch zu gestalten. Bloß das Verhältnis zu Italien leidet unter periodischen Störungen, die im allgemeinen in der Politik, welche die italienische Regierung im ehemaligen Südtirol betreibt und in den Rückwirkungen, die diese Politik in Österreich und vornehmlich in Tirol auslöst, ihren Grund haben.“³⁹⁾

Gleichzeitig aber bemühte sich Mussolini eifrig um „gute“ Beziehungen zu Österreich (worauf im nächsten Abschnitt eingegangen wird), weil dieses im außenpolitischen Kalkül einen wichtigen Platz einnahm. Es offenbart sich hier ein eklatanter Widerspruch zwischen der Staatsraison, die aufgrund der jede Autonomie ausschließenden Idee des totalitären Staates die unbedingte Angleichung der fremdsprachigen neuen Provinzen verlangte und dadurch die Gefühle des Volkes im benachbarten Staat immer von neuem verletzte, und der Staatsraison, die ebendiesen benachbarten Staat zu engster politischer Zusammenarbeit, ja Unterwerfung, gewinnen wollte.

Die österreichischen Regierungen mußten natürlich auch, in umgekehrter Richtung, mit einem ähnlichen Widerspruch kämpfen. Einerseits verlangten die Wirtschaft und die Gleichgewichtspolitik, der man sich verschrieben hatte, kurz die Staatsraison, daß man mit dem großen Nachbar gute Beziehungen pflog, andererseits konnte man die dauernden Proteste nicht nur der Tiroler, konnte man die verletzten Gefühle, die das Bild vom Erbfeind wieder einmal bestätigten, nicht gänzlich beiseiteschieben. Wirklich gute Beziehungen könne es erst geben, wenn ein *modus vivendi* in Südtirol gefunden sei, sagte Seipel.

Gleichwohl ist der vom Faschismus erzeugte Widerspruch nur ein scheinbarer. Seine Auflösung erklärt nicht nur, warum der Faschismus nie echte Zugeständnisse in Südtirol machte, sie wirft auch Licht auf den Charakter der „Freundschaft“ zwischen Österreich und Italien in den Dreißigerjahren: Die innere „Einheit“ war für den faschistischen Staat eine absolute Forderung; die Freundschaft Öster-

³⁸⁾ Brief Stumpfs an Grünberger 23. November 1922, Z 3843/1, NPA 659 Fol. 321 ff.

³⁹⁾ Memorandum „Österreichs Außenpolitik 1918—1928“ von Konsul Norbert Bischoff, Juli 1929, NPA Fol. 401 ff.

reichs bloß eine aus einer bestimmten Lage sich ergebende Opportunität, die nie mit einer Preisgabe des Staatsprinzips hätte erkaufte werden können, sondern bei geänderten Umständen ohne weiteres aufgegeben wurde — 1938.

4. Fortsetzung der Versuche der italienischen Außenpolitik, die Vormachtstellung in Österreich zu erringen

a) Mussolini und Österreich

Als Mussolini italienischer Außenminister wurde, war er sich über seine Haltung zu Österreich im klaren. Anlässlich des Treffens Schanzer—Seipel in Verona hatte er geschrieben:

„Italien muß ernstlich und umgehend Österreich zu Hilfe kommen ... wir sagen das aus rein politischen und nicht aus sentimentalischen Gründen ... Wir behaupten, daß Italien seine eigenen Interessen schützt, wenn es Österreich hilft. Wir behaupten, daß Österreich ein guter Bauer in unserem Spiel sein kann ... Wir verlangen nicht, daß Österreich ein Vasall Italiens werde ... wir verlangen bloß Pfänder und Garantien, welche die Freundschaft und Anerkennung flankieren ... Österreich muß, von Italien großzügig unterstützt, in die politisch-ökonomische Einflußsphäre Italiens eintreten. Italien muß verhindern, daß Wien von Prag erobert werde ...“⁴⁰⁾

Mussolini befand sich damit genau auf der Linie der antislawischen imperialistischen Donaupolitik der Nationalisten, wie sie z. B. in der „Politica“ in den Jahren 1921 und 1922 in vielen Artikeln entworfen und gefordert worden war, wie sie auch Torretta und Biancheri vertreten hatten, als Gesandter und Außenminister, als Geschäftsträger und politischer Direktor. Der Anschluß war zu verhindern, im übrigen bildete Österreich einen Riegel zwischen den Slawen des Nordens und des Südens. Dadurch wurde die italienisch-österreichische „Freundschaft“ zur *conditio sine qua non* für die angestrebte Hegemonie Italiens im Donaauraum.

Das aktuelle Problem zur Zeit der Machtergreifung des Faschismus war die Völkerbundsanierung. Trotz der vorhergehenden Kritik mußte Mussolini daran teilnehmen, weil er sich sonst ausmanövriert hätte. Er übernahm also die Politik der Consulta. Die Durchführung bot immer noch Gelegenheiten, den Einfluß zu stärken, wenn auch nicht in dem in Verona so verlockend nahegerückten Ausmaß⁴¹⁾. Die erste Gelegenheit bietet schon ein eindringliches Beispiel für die Fortsetzung der Bemühungen, sich des „Bauers im Spiel“ zu versichern. Es ist die Affäre um die Bestellung des Präsidenten der neuzuerrichtenden Österreichischen Nationalbank.

⁴⁰⁾ Mussolini im *Popolo d'Italia* 24. August 1922, in: *Opera omnia* Vol. 18 S. 368 ff. Ein paar Tage später forderte er erneut „*accrescimento del prestigio morale e dell'influenza economica dell'Italia a Vienna e nel bacino danubiano*“, *Popolo d'Italia* 27. August 1922, in: *Opera omnia* Vol. 18. S. 378.

⁴¹⁾ „Un'occasione formidabile che non si presenterà più“, Mussolini im *Popolo d'Italia* 27. August 1922, wie Anmerkung 40.

b) Ernennung des Präsidenten der neuen Österreichischen Nationalbank

Als in Rom bekannt wurde, daß man in London und Paris die Absicht habe, einen Bankfachmann aus Belgien oder Holland als Präsident der Österreichischen Nationalbank durchzusetzen, erhob man entschieden Protest. Italien könne der Ernennung eines ausländischen Präsidenten unmöglich zustimmen, es sei denn, er wäre Italiener. In Wien vertrat man von vornherein den Standpunkt, die Ernennung eines Ausländers zum Nationalbankpräsidenten würde innenpolitisch größte Schwierigkeiten bereiten ⁴²⁾. In Rom legte man sich aber auf die Forderung nach einem italienischen Präsidenten fest und unternahm alle Anstrengungen, das Ziel zu erreichen — ohne Erfolg ⁴³⁾. Als die Entscheidung unmittelbar bevorstand, unterbreitete Senator Pantaleoni, der Vorsitzende der Kontrollkommission des Völkerbundes, in höchster Eile in Rom den Vorschlag, Mussolini solle unverzüglich die Anleihegarantie ratifizieren (anstelle des Parlaments), Italien solle sofort einen Kredit von 20 Millionen Lire flüssig machen, um den französisch-englischen Druck zu schwächen, und die Ernennung eines Österreicher fordern ⁴⁴⁾. Mussolini griff den Vorschlag auf, ging aber noch weiter, indem er erneut ausdrücklich die Präsidentschaft der Nationalbank für Italien forderte, um die „vorrangigen Interessen Italiens in Österreich“ zu wahren. Nur unter dieser Bedingung könne Italien den Kredit geben ⁴⁵⁾. Dem Gesandten Kwiatkowski deutete man in Rom sogar an, Italien würde andernfalls seinen Kurs Österreich gegenüber ändern, was freilich eine leere Drohung blieb. Kwiatkowski meinte zu der Forderung, Mussolini lege so großen Wert darauf, weil die Präsidentschaft die Möglichkeit einer „intensiven Gerenz“ in österreichischen Angelegenheiten biete und die Möglichkeit, dem Überhandnehmen des französischen und tschechischen Einflusses entgegenzuwirken.

„Denn daß die hiesige Verstimmung hauptsächlich auf diese vermeintlichen Einflüsse zurückzuführen ist, habe ich heute feststellen können.“ ⁴⁶⁾

Doch Mussolini kam zu spät. Am 21. Dezember beschloß der österreichische Ministerrat, den ehemaligen österreichischen Finanzminister Dr. Richard Reisch dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorzuschlagen ⁴⁷⁾. Die Neue Freie Presse schrieb dazu:

„Die Ernennung des Präsidenten der Nationalbank hat eine Verzögerung erfahren, die unerfreulich war, und vielleicht wird erst in künftigen Memoiren klagestellt werden, welche Quertreibereien da stattfanden ... Es muß schon als besondere Errungenschaft betrachtet werden, daß wenigstens die äußerste Demütigung vermieden wurde und daß nicht ein Mann des Auslandes an die Spitze des österreichischen Noteninstitutes gekommen ist.“ ⁴⁸⁾

⁴²⁾ Tel. Orsini an Mussolini 2. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 187.

⁴³⁾ Tel. Unterstaatssekretär Vassallo an Mussolini in London, 9. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 218.

⁴⁴⁾ Tel. Orsini an Mussolini 20. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 252.

⁴⁵⁾ Tel. Orsini an Mussolini 22. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 260.

⁴⁶⁾ Tel. Nr. 116 aus Rom (Kwiatkowski) 22. Dez. 1922, NPA 345 Fol. 629.

⁴⁷⁾ Der französische Favorit, Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank, sollte lediglich in der Anfangszeit beratend mitwirken, was er aber ablehnte.

⁴⁸⁾ NFP 22. Dezember 1922, Morgenblatt, Leitartikel.

Mussolini mußte gute Miene machen. Wenigstens sei kein anderer Ausländer Präsident geworden, sagte er zum österreichischen Gesandten ⁴⁹⁾. Noch einmal startete er einen — erfolglosen — Versuch, als er am 29. Dezember wieder die Flüssigmachung der 20 Millionen anbot, falls man den Posten eines Vizepräsidenten schaffe und ihn einem Italiener gebe ⁵⁰⁾.

c) Weitere Beispiele

Ähnliche Schwierigkeiten gab es, als Österreich mit der Frage der Verkehrs- und Handelserleichterungen den Völkerbund befassen wollte, gegen den die italienischen Nationalisten und Faschisten eine große Abneigung hatten.

Ende Dezember 1922 lud die österreichische Bundesregierung die Nachfolgestaaten und alle anderen Staaten, die mit Österreich-Ungarn Wirtschaftsbeziehungen gepflogen hatten, zum Abschluß von Handelsverträgen ein, um neben der budgetären Sanierung auch die Sanierung der Wirtschaft in die Wege zu leiten. Gleichzeitig richtete sie an den Völkerbundrat das Ersuchen, die Frage der Verkehrs- und Wirtschaftsfreiheit und des Abbaus der Ein- und Ausfuhrverbote zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Österreichkomitees des Völkerbundes zu setzen ⁵¹⁾. Dagegen erhob nun Italien ernste Proteste ⁵²⁾. In einer Demarche ⁵³⁾ ließ man Österreich wissen, dieser Schritt widerspreche dem Renner—Nitti-Abkommen. Italien könne es nicht zulassen, daß die Bereinigung österreichisch-italienischer Fragen auf dem betreffenden Gebiet ohne vorherige Prüfung und Aussprache einfach dem Völkerbund vorgelegt werde. Außerdem gebe Österreich die geringe Unabhängigkeit vom Völkerbund, die es noch besitze, dadurch aus der Hand. Seipel erwiderte dem italienischen Gesandten, der Renner—Nitti Vertrag sei nicht betroffen, weil es sich nur um wirtschaftliche Fragen handle. (Das war nicht richtig, denn der Vertrag sah im Absatz (10) auch die Mitteilung wirtschaftlicher Verhandlungen vor; da man das am Ballhausplatz wohl wissen mußte, scheint eher eine verschleierte Absage an das Abkommen vorzuliegen.) Weiters antwortete Seipel, österreichische Wirtschaftskreise hätten ihn ebenso zu diesem Schritt gedrängt wie die Proteste der Regierungen der benachbarten Staaten gegen Einfuhrverbote. Ferner habe auch „die Enttäuschung, die er in Verona erlitten“, das Ihre beigetragen ... Seipel spielte also den Vorgänger Mussolinis gegen diesen aus. Schließlich sei das Thema ja noch nicht auf der Tagesordnung und Italien könne dagegen stimmen.

Als Kompromiß kamen Orsini und Seipel überein, Sektionschef Schüller solle vor der Genfer Tagung nach Rom fahren und den Problemkreis dort besprechen.

In Rom war man mit diesen Erklärungen nicht ganz zufrieden. Biancheri sagte unverblümt, man erwarte sich von Österreich die Zusage „einer Haltung, welche

⁴⁹⁾ Tel. Nr. 117 aus Rom (Kwiatkowski) 23. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 145.

⁵⁰⁾ Tel. Mussolini an Orsini 29. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 281; siehe auch DDI/VII/I Nr. 643, 701, 710 und DDI/VII/II Nr. 22, 51, 53.

⁵¹⁾ NFP 23. Dezember 1922, Morgenblatt S. 5; Grünberger vor dem Aus. f. Äuß., NFP 6. Jänner 1923, Morgenblatt, S. 7.

⁵²⁾ Tel. Nr. 2 aus Rom (Kwiatkowski) 7. Jänner 1923, NPA 345 Fol. 631.

⁵³⁾ Tel. Orsini an Mussolini 6. Jänner 1923, DDI/VII/I Nr. 306.

sich eher an Italien als an andere Staaten anlehne“ ⁵⁴⁾. Schüller fuhr nach Rom, wo man „ihn überzeugen konnte“, wie es hieß, daß zuerst ein Vertrag zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und Österreich, den Hauptinteressen, abgeschlossen werden sollte, bevor die Sache vor den Völkerbund gelange ⁵⁵⁾.

So setzte die italienische Außenpolitik ihre Forderung nach möglichster Umgehung des Völkerbundes und stärkerer Betonung der bilateralen Verhandlungen, bei denen mehr zu holen war, durch. Allerdings hatte Österreich sein Ziel — Wirtschaftsverhandlungen — erreicht.

Es seien noch aus der Berichterstattung des österreichischen Gesandten in Rom drei Stellen zitiert, die besonders eindringlich die Fortsetzung der nationalistischen Außenpolitik durch den Faschismus vor Augen führen, wobei allerdings nicht der Faschismus gemäßigt, sondern der Nationalismus imperialistisch genannt werden muß.

In einem Privatbrief schreibt Kwiatkowski an den österreichischen Außenminister Grünberger, daß zwar seit dem Umsturz eine schärfere Tonart festzustellen sei — Rom habe plötzlich viele Wünsche (Genugtuung wegen der Vorfälle in Steinach und Innsbruck, die Konzessionierung des Vorsitzes der Nationalbank, die Abtretung Thörls gegen Kompensationen ⁵⁶⁾ u. a.), man wolle alle schwebenden Fragen raschestens, natürlich nur in für Italien günstigem Sinn regeln, energische Erfüllungspolitik sei das neueste Schlagwort — dennoch könne er keine Anzeichen feststellen, daß Italien seiner Politik Österreich gegenüber eine neue Orientierung geben möchte ⁵⁷⁾.

Am 8. Jänner 1923 berichtet Kwiatkowski über die Situation im italienischen Außenministerium nach der Machtergreifung des Faschismus. Ein persönlicher Kontakt mit Mussolini sei wegen seiner starken Beanspruchung schwierig. Für Contarini gelte Ähnliches, weil er von Mussolini oft als Berater herangezogen werde. Der nächste im Range sei Biancheri, der ehemalige Geschäftsträger in Wien.

„Er ist der Berater Mussolinis in Angelegenheiten der Nachfolgestaaten ... geworden. ... Wie seinerzeit in Wien so auch jetzt hat er als Ziel die Bevormundung Österreichs durch Italien. Er ist ein eifriger und hartnäckiger und unersättlicher Verfechter dieser Auffassung, ohne jedoch uns ungünstig gesinnt zu sein ...“ ⁵⁸⁾

Am 5. März 1923, vier Monate nach dem Marsch auf Rom, analysiert der österreichische Gesandte die faschistische Außenpolitik. In der vormussolinianischen Epoche habe sich die italienische Außenpolitik auf die Erhaltung eines selbständigen Österreichs festgelegt.

⁵⁴⁾ Tel. Nr. 3 aus Rom (Kwiatkowski) 9. Jänner 1923, NPA 345 Fol. 632.

⁵⁵⁾ Tel. Mussolini an den ital. Gesandten in Belgrad, Cambiaso, 25. Jänner 1923, DDI/VII/I Nr. 407; auch Nr. 390. Schüller selbst erklärte in Rom, Österreich habe den Schritt nur unternommen, um Prag zuvorkommen, was für römische Ohren schmeichelhaft klingen mußte (DDI/VII/I Nr. 318).

⁵⁶⁾ Siehe nächstes Kapitel S. 138 f.

⁵⁷⁾ Kwiatkowski an Grünberger 10. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 139 ff.

⁵⁸⁾ Privatbrief Kwiatkowski an den Generalsekretär im österreichischen Außenamt, Peter, Rom 8. Jänner 1923, Z 203, NPA 678 5/5.

„Für Italien gilt ein selbständiges Österreich, welches es einer Beeinflussung durch die übrigen Nachbarstaaten fernhalten und tunlichst in seinen Einwirkungskreis einbeziehen könnte, als nächste Etappe seiner Politik. In weiterer Folge steht es einer Vereinigung Österreichs, Ungarns, Kroatiens und Slavoniens als Gegengewicht gegen Jugoslawien und als Expansionsmöglichkeit seiner politischen Einflußsphäre sympathisch gegenüber.

Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß diese Richtlinien der auswärtigen Politik, welche den Ideen Contarinis entsprechen, in der neuen Ära eine Änderung erfahren hätten.“⁵⁹⁾

Solange Österreich nicht in besonderer Weise auf Italien angewiesen war, konnte diese Politik angehen. Doch was würde geschehen, wenn Österreich einmal in eine Position der Schwäche geriet?

5. Der Antisozialismus in der Außenpolitik

Ein anderes, ganz neues Element tritt mit der Machtergreifung des Faschismus in die österreichisch-italienischen Beziehungen ein: Mussolinis Antikommunismus und Antisozialismus. Bisher war die innenpolitische Situation des jeweiligen Staates ausschließlich Gegenstand der Berichterstattung gewesen. Als Ende 1920 in Österreich die Sozialisten von den Christlichsozialen abgelöst worden waren, hatte Torretta dem neuen Bundeskanzler Mayr ausdrücklich erklärt, daß die italienische Regierung zwar moralisch und materiell das Kabinett Renner unterstützt habe, weil Renner bewiesen habe, daß er die österreichisch-italienischen Beziehungen auf eine ganz neue Basis stellen und den alten Groll vergessen wolle, daß diese Unterstützung aber weder einer Person noch einer Partei gegolten habe, sondern jeder österreichischen Regierung gewährt werde, welche den von Renner eingeführten Geist beibehalte⁶⁰⁾.

Anders Mussolini. Er unterstützte Seipel und später Schober, weil sie „Ordnungskräfte“ seien. Er machte die österreichische innenpolitische Situation direkt zum Gegenstand seiner Ermahnungen. Er trug den Kampf gegen die Linke über die Grenze und bediente sich dabei sowohl der offiziellen diplomatischen Wege wie der Unterstützung rechtsgerichteter Organisationen. Welche Rolle dies in der Entwicklung der österreichischen Innenpolitik bis hin zu Dollfuß spielte, ist bekannt und liegt außerhalb des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit. Vor allem ist auch eine Entwicklung festzustellen in dem Sinne, daß die diesbezüglichen Gespräche und Taten im Lauf der Jahre an Häufigkeit und Intensität zunehmen, was sicher mit der Radikalisierung der Lage in Österreich zusammenhängt. Dennoch ist dieses Element von allem Anfang an vorhanden. Schon am 23. Dezember 1922, als Mussolini zum ersten Male den österreichischen Gesandten empfing, brachte er die Sprache auf dieses Thema. Er sagte, Österreich sei ein Zentrum bolschewistischer und antifaschistischer Kräfte. Italien brauche sich nicht zu fürchten, doch solle der Gesandte die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers darauf lenken⁶¹⁾.

⁵⁹⁾ Bericht Nr. 11/P aus Rom (Kwiatkowski) 5. März 1923.

⁶⁰⁾ Gespräch Mayr—Torretta, Hausnotiz Nr. 103 18. Dezember 1920, NPA Präs. 133; Tel. Torretta an Sforza, Wien 22. Dezember 1920, Archivio Affari Esteri, bei Lindeck-Pozza, Burgenlandfrage Anhang Nr. 32, S. 149.

⁶¹⁾ Tel. Nr. 117 aus Rom (Kwiatkowski) 23. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 145.

6. Zusammenfassung

Die österreichisch-italienischen Beziehungen wurden durch die Machtergreifung des Faschismus in mehrfacher Hinsicht belastet und verändert, und zwar von allem Anfang an.

Der Faschismus setzte die hegemonialen Bestrebungen der antislawischen nationalistischen Diplomatenkreise fort — gegen die demokratisch-liberale Außenpolitik; er schuf durch seine Südtirolpolitik eine neue Reibungsfläche, die überdies in besonderer Weise emotionalisierend wirkte — gegen das bessere Wissen und Wollen vieler Italiener; schließlich trug er durch seine ideologisch bedingten Eingriffe in die österreichische Innenpolitik zur verhängnisvollen Entwicklung der Dreißigerjahre das Seine bei.

Konnten sich bei diesen Sachverhalten die österreichisch-italienischen Beziehungen „normalisieren“, oder war eine Fortsetzung der „Erbfeindschaft“ durch diese neuen Interessengegensätze unvermeidlich? Zunächst schien nicht alles verloren. Seipel gelang es, die relative Unabhängigkeit von Italien zu wahren. Der Bürgerkrieg zwischen Links und Rechts war noch in weiter Ferne, auch die Südtirolfrage war trotz aller Vorfälle erst am Anfang ihrer Entwicklung. Wie gestalteten sich nun die österreichisch-italienischen Beziehungen 1923, im ersten Jahr der faschistischen Herrschaft?

VIII. BUNDESKANZLER SEIPEL IN MAILAND UND ROM IM APRIL 1923

Die Höhepunkte in den österreichisch-italienischen Beziehungen des Jahres 1923 waren die Reise Seipels nach Mailand und Rom zu Ostern, der Abschluß des Handelsvertrages am 28. April und die Südtirol-Kontroverse im November. Der Handelsvertrag kann hier allerdings nicht in den Details weder der Bestimmungen noch des Zustandekommens, sondern nur in seiner politischen Bedeutung behandelt werden.

1. Gründe für die Reise

Renners Romreise, fast genau drei Jahre vorher, hatte den Reiz der Erstmaligkeit nach dem großen Krieg. Sie war ein starkes Zeichen für das Ende der leidvollen Epoche und den Willen zu einem neuen, guten Anfang. Seipels Reise nach Verona war der Höhepunkt einer dramatischen Aktion. Sie hatte ein genaues Ziel und ein ebenso genaues Ergebnis. Verglichen mit diesen Reisen war der Italienbesuch des Jahres 1923 eine Höflichkeitstour ohne zwingende Notwendigkeit und ohne konkrete Folgen. Daraus Bedeutungslosigkeit ableiten zu wollen, wäre aber ein Fehlschluß.

Der Besuch war in erster Linie Teil eines größeren Reiseprogramms, das Seipel in diesem Jahr absolvierte. Die „Reisediplomatie“ hatte ihn bereits im Jänner nach Budapest und nach Paris, wo ausnahmsweise der Völkerbund tagte, und im Februar nach Belgrad geführt. Bei diesen Reisen ging es nicht um ein besonderes, aktuelles Problem, sie waren vielmehr ein Instrument der Gleichgewichtspolitik und des Sich-nicht-bindens. Sie dienten, wie Seipel selbst lakonisch sagte, dazu, „die Beziehungen Österreichs mit den anderen Ländern besser zu gestalten“¹⁾. Das war keine Politiklosigkeit, wie man es auch genannt hat, sondern „a policy in itself“, wie Klemperer schreibt²⁾.

Der Gedanke, auch nach Rom zu fahren, lag in der Luft. Schon Anfang Dezember 1922 war von einem Besuch Seipels in Rom die Rede, und beim ersten Gespräch zwischen dem österreichischen Botschafter Kwiatkowski und Mussolini am 23. Dezember 1922 sagte dieser, er würde sich über einen Besuch des Bundeskanzlers freuen³⁾. Der italienische Gesandte Orsini war daher betroffen, als er am 6. März während einer Abendgesellschaft Schüller fragte, wie es mit der Reise

1) Seipel zum „Petit Parisien“, NFP 31. März 1923, Abendblatt, S. 2.

2) „In the midst of the pressures exerted from Paris and Prague, from Berlin, Rome and Budapest and, last but not the least, from the Socialist opposition as the Pan-German coalition partners at home, Seipel's studied noncommitment was a policy in itself.“ (Klemperer, Ignaz Seipel, S. 299).

3) Tel. Nr. 117 aus Rom (Kwiatkowski) 23. Dezember 1922, NPA 654 Fol. 145 und Tel. Mussolini an Orsini 25. Dezember 1922, DDI/VII/I Nr. 267; auch DDI/VII/I Nr. 195.

des Bundeskanzlers nach Rom stehe und Schüller ausweichend antwortete, es biete sich derzeit kein rechter Anlaß ⁴⁾).

Zwei Wochen später meldete sich der Nuntius. Er teilte Außenminister Grünberger mit, daß der Vatikan mit einem nahen Besuch Seipels rechne ⁵⁾. Der Nuntius erhielt zwar eine ähnliche Antwort wie Orsini, doch schon fünf Tage später war die Entscheidung für die Reise gefallen. Am 24. März sprach Grünberger mit Orsini: Seipel habe sich entschieden, nach Rom zu fahren. Es liege dem Kanzler sehr am Herzen, alle schwebenden Fragen zu besprechen und zu bereinigen, weil er sehr viel auf gute Beziehungen zu Italien halte und verhindern möchte, daß sie durch irgendeine der Fragen gestört würden. Auch wollte er zum Abschluß des Handelsvertrages kommen, über den seit einigen Wochen in Rom verhandelt wurde ⁶⁾.

Am selben Tag berichteten auch die Zeitungen von der bevorstehenden Reise. Die Neue Freie Presse widmete ihr gleich einen Leitartikel.

„Der Bundeskanzler wird sich in der Osterwoche nach Rom begeben. Diese Mitteilung ist von besonderer Wichtigkeit. Seit dem Besuch Dr. Renners war kein österreichischer Kanzler in der italienischen Hauptstadt. ... Es ist sicher von wesentlichem Vorteil für unsere Beziehungen mit Italien, daß kurze Zeit nach dem Besuche in Belgrad, unmittelbar vor der neuen Tagung des Völkerbundes, ein persönliches Gespräch mit dem Haupte der italienischen Regierung stattfindet.“ ⁷⁾

Um drei Problemkreise gehe es: um Interimskredite bis zur Begebung der großen Völkerbundanleihe, um handelspolitische Besprechungen („Wir müssen Erleichterungen für unseren Export erreichen, weil wir sonst zugrundegehen und alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Gesundung verlieren“), und um das Südbahnabkommen.

„Über alle diese Probleme dürfte in Rom gesprochen werden, und wir können es nur begrüßen, daß die Gelegenheit sich wiederum bietet, das gute Verhältnis zu Italien zu betonen und zu festigen.“ ⁷⁾

Die bisher genannten Beweggründe erweisen sich, näher betrachtet, als nicht sonderlich stichhaltig. Das Südbahnabkommen war bereits unterschriftsreif, der Handelsvertrag war zwar von großer Wichtigkeit, dennoch laut Schüller kaum ein Anlaß; im übrigen dauerten die Verhandlungen auch nach dem Besuch noch mehrere Wochen. Die Arbeiter-Zeitung hatte nicht unrecht, wenn sie schrieb, Seipel verstehe viel zu wenig von Handelsverträgen, um befähigt zu sein, „ein letztes Wort“ zu sprechen, wie es in der amtlichen „Mitteilung des Bundeskanzlers über die Ergebnisse der Reise“ ⁸⁾ hieß. Und nur, um schwebende Fragen zu besprechen, begibt sich ein Regierungschef wohl nicht auf Staatsbesuch.

Alle diese Angelegenheiten wurden offenbar nur vorgeschoben. Die ausschlaggebenden Gründe waren politischer und persönlicher Natur. Vor allem Seipels

⁴⁾ Meldung Schüllers 7. März 1923, NPA 654 Fol. 149.

⁵⁾ Grünberger an Seipel 19. März 1923, NPA 654 Fol. 150.

⁶⁾ Tel. Orsini an Mussolini 24. März 1923, DDI/VII/I Nr. 640.

⁷⁾ NFP 24. März 1923, Abendblatt, Leitartikel.

⁸⁾ NFP 3. April 1923.

außenpolitische Konzeption, das Gleichgewicht der Freundschaften zu erhalten, mochte ihn bewogen haben, nach den Besuchen im Westen, Osten und Südwesten auch den ohnehin eifersüchtigen südlichen Nachbar zu besuchen. So fährt die Neue Freie Presse in ihrem Leitartikel auch fort, die Situation Österreichs bringe es mit sich, daß man das größte Interesse daran haben müsse, „nirgends Mißtrauen und Eifersucht hervorzurufen“, und der französische „Temps“ schrieb, es sei richtig und natürlich, daß der österreichische Regierungschef nach den Besuchen in den anderen Städten auch nach Rom fahre, da es für Österreich wichtig sei, mit allen Nachbarn Freundschaftsbeziehungen zu unterhalten⁹⁾.

Karl Renner schreibt über Seipel in seinen Erinnerungen:

„In seiner Politik zu den Nachbarstaaten wahrte er in kluger Vorsicht die Selbständigkeit und Würde Österreichs, er bekannte sich zu dem Grundsatz, daß Österreich zu allen Nachbarn in freundschaftlichen und zu keinem in allzu freundschaftlichen Beziehungen stehen dürfe, da Freundschaft verpflichte und ein Übermaß der Freundlichkeiten Abhängigkeit mit sich bringe.“¹⁰⁾

Neben diesem allgemein politischen Anlaß gibt es auch persönliche Gründe. Vor allem der Wunsch des Vatikans, den erfolgreichen Priester zu kennen, mag mit dem durchaus verständlichen Wunsch Seipels, vom Papst empfangen zu werden, übereingestimmt haben. Aber auch Mussolini und überhaupt die Lage in Italien hat Seipel interessiert¹¹⁾. Es ist sicher kein Zufall, daß die Aufzeichnung, die am Ballhausplatz über die Reise angefertigt wurde, sich eingehend mit der inneren Lage in Italien befaßt. Seipel selbst sagte zum „Petit Parisien“: „Ich hielt es für notwendig, mit Mussolini persönlich in Verbindung zu treten.“¹²⁾

Für Italien war der Besuch des österreichischen Kanzlers natürlich erwünscht, nicht zuletzt war er ein kleiner Prestigezuwachs für Mussolini, der Seipel für den 30. März einlud, und zwar zuerst nach Mailand, wo er sich gerade aufhielt. Erst dann fuhr Seipel weiter nach Rom.

2. Der Verlauf¹⁾ und die Unterredungen

Seipel fuhr also zunächst nach Mailand, wo er am 30. März mit dem Generalsekretär im Außenministerium, Contarini, und dann mit Mussolini konferierte. Die amtliche Verlautbarung über die Unterredung sprach vom Dank Seipels für die Mitwirkung Italiens an der finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs, von der Wichtigkeit des Handelsvertrages und vom Verständnis Mussolinis für Öster-

⁹⁾ NFP 27. März 1923, Abendblatt S. 2.

¹⁰⁾ Renner, Österreich, S. 63.

¹¹⁾ Über Seipels positives Verhältnis zu autoritären Staatsformen siehe die Beiträge zum Forschungsgespräch „Seipel und der Staat“, gehalten am 26. 5. 1976, die in einer Sondernummer der „wiener blätter zur friedensforschung“ im Frühjahr 1977 erschienen sind. Für die Einsicht in das Manuskript danke ich den Herausgebern der Zeitschrift.

¹²⁾ NFP 31. März 1923, Abendblatt S. 2.

¹³⁾ Die NFP und die Reichspost berichteten sehr detailliert über den Verlauf der Reise. Die Arbeiter-Zeitung bemerkte dazu, es sei geradezu lächerlich, wie jede Minute und jeder Schritt Seipels aufgezeichnet werde.

reich. Am 31. März wurde Seipel in Rom vom König in Audienz empfangen. Die Audienz beim Papst bereitete Schwierigkeiten, weil der Vatikan noch keine diplomatischen Beziehungen zu Italien unterhielt und der Papst nicht gewillt war, dem italienischen König den Vortritt zu lassen. Diese protokollarische Schwierigkeit war ja auch einem Besuch Kaiser Franz Josephs I. in Rom entgegengestanden. Der übliche Kompromiß war, daß sich der Besuch aus Rom entfernte (Seipel fuhr nach Montecassino), um bei der „neuerlichen Reise nach Rom“ nur den Papst zu besuchen. Am Ostersonntag, dem 1. April, wurde Seipel vom Papst empfangen. Seipel führte noch Gespräche mit verschiedenen Persönlichkeiten, u. a. mit Kardinalstaatssekretär Gasparri und mit dem Führer des Partito Popolare Italiano, Don Luigi Sturzo. Am 4. April war er wieder in Wien.

Worüber wurde nun geredet und verhandelt? Der vom Auswärtigen Amt (wahrscheinlich von Sektionschef Peter, der den Kanzler begleitet hatte) angefertigte Bericht über die „Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Mailand und Rom (28. März—4. April 1923)“ teilt die Ergebnisse der Besprechungen in vier Gruppen ein, nämlich die laufenden Angelegenheiten, die innere Lage Italiens, das zukünftige italienisch-österreichische Verhältnis und die weltpolitische Lage ¹⁴⁾.

a) „Die laufenden Angelegenheiten und schwebenden Verhandlungen zwischen Österreich und Italien“ — Der Handelsvertrag

Es handelt sich hier beinahe ausschließlich um Probleme, die im Umsturz von 1918 ihre Wurzel hatten. Liquidierungsfragen also, die aber doch meist auch einen politischen Aspekt hatten.

Da waren einmal die Eisenbahnfragen. Das Südbahnabkommen war zwar bereits kurz vor der Ankunft Seipels abgeschlossen worden und bildete selbst keinen Gesprächsstoff mehr, doch knüpfte die italienische Regierung daran eine Anzahl von Wünschen politischer Natur. So wollte sie die *Eisenbahnstrecke vom Brenner bis Kufstein* erwerben, um so durch Tirol hindurch den direkten Verkehrsanschluß an Deutschland und Mitteleuropa in Händen zu haben. Weitere Wünsche waren, daß Österreich den Bau eines großen *Anschlußbahnhofes in Innsbruck* gestatte, sowie die Erwerbung des *Bahnhofes in Thörl* (Porticina) in Südkärnten. Ursprünglich hatte Italien sogar Thörl selbst gegen Geld oder gegen eine Gebietskompensation gefordert ¹⁵⁾. Nach der Ablehnung durch Österreich beschränkte man sich auf den Wunsch nach einem Bahnhof in Thörl. Contarini gab offen zu, daß das politische Forderungen seien. Er bot Österreich an „zu begehren, was es wolle“. Mussolini telegraphierte an den König, er möge im Gespräch mit Seipel diese Wünsche einflechten ¹⁶⁾. Seipel aber betonte die Unmöglichkeit dieser Zugeständnisse und begründete sie vor allem damit, daß die Landesregierungen nie ihre Zustimmung geben würden.

¹⁴⁾ NPA 470 geheim. Ich folge hier weitgehend diesem Bericht und zitiere nur, wenn andere Quellen herangezogen werden konnten.

¹⁵⁾ DDI/VII/I Nr. 150 und 214.

¹⁶⁾ DDI/VII/I Nr. 667 und 668.

Mit dem italienischen Wunsch nach Expansion im Nahen Osten und in Ostafrika hing der Wunsch zusammen, Österreich möge die Prägestöcke für die *Maria-Theresien-Taler* an Italien verkaufen. Dies sei ein legitimes wirtschaftliches, politisches und moralisches Interesse Italiens, da sich die Münze in diesen Gegenden der höchsten Wertschätzung erfreue und Österreich seit dem Verlust Triests keinen wirtschaftlichen Einfluß mehr ausübe¹⁷⁾. Österreich gab die Prägestöcke aber nicht her und bot Italien ein Vertragsmonopol an.

Ein weiterer Wunsch der italienischen Regierung zielte auf die Abgabe einer politischen Erklärung, durch die sich die österreichische Regierung verpflichten sollte, an der österreichisch-italienischen Grenze keine *Befestigungen* zu errichten oder von dritten errichten zu lassen. Dieser Forderung begegnete Seipel mit dem Argument, Österreich könne keinerlei Verpflichtungen dieser Art übernehmen, die über die Friedensverträge hinausgingen. Der Friedensvertrag verbot nicht den Bau militärischer Befestigungen.

Die vielfältigen italienischen Wünsche veranlaßten auch Österreich, Wünsche und Beschwerden vorzubringen, z. B. daß das Gebiet von Thörl von Italien immer noch nicht geräumt sei, daß das Österreichische Historische Institut in Rom immer noch sequestriert und das sogenannte kleine Eigentum (d. i. bis zu 50.000 Lire) noch nicht freigegeben sei.

Alle diese „schwebenden Fragen“ wurden einer Prüfung unterzogen. Als konkretes Ergebnis kam der Entschluß zustande, diese Fragen auf Expertenebene weiter zu behandeln, um dann ein Abkommen darüber zu schließen. Dieser Entschluß war insofern ein Erfolg Österreichs, als Mussolini zu einem früheren Zeitpunkt den von Österreich gewünschten Handelsvertrag mit der Bereinigung dieser schwebenden Fragen junktimiert hatte. Seipel hatte das zurückgewiesen und gesagt, in diesem Falle könne er den Besuch nicht abstatten¹⁸⁾. Daraufhin ließ Mussolini die Forderung fallen. Der Handelsvertrag wurde noch im April 1923 unterzeichnet, während die Verhandlungen über das Abkommen betreffend die schwebenden Fragen erst im Sommer 1924 abgeschlossen wurden¹⁹⁾.

Ein weiterer Beratungspunkt war der *Handelsvertrag*. Schon aus dem Sommer 1922 wissen wir, daß Österreich, seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen gemäß, mit Italien in Verhandlungen über einen weitgehenden Handelsvertrag einzutreten wünschte. Die Genfer Sanierungsverhandlungen, dann der Umsturz in Italien hatten weitere Gespräche verhindert. Ende Dezember 1922 lud die österreichische

17) Tel. des Kolonien-Ministers Federzoni an Mussolini, DDI/VII/I Nr. 667, Anmerkung.

18) Tel. Orsini an Mussolini 14. Februar 1923, DDI/VII/I Nr. 507.

19) Die Verhandlungen über das Abkommen, das nach dem Verfasser des ersten, achtzehn Punkte umfassenden Entwurfs „Contarini-Note“ genannt wurde, dauerten vom Frühjahr 1923 bis zum 16. Juli 1924, dessen Datum die Note trägt. Es gab außer den Bahnhöfen von Innsbruck und Thörl, den Maria-Theresien-Talern, der Frage der Befestigungen, dem Historischen Institut und dem Kleinen Eigentum noch eine Anzahl von Verhandlungsgegenständen, darunter das Schwimmdock von Pola, das Mobiliar des Schlosses Miramare bei Triest, Lipizza, die im Besitz der Stadt Wien befindlichen Lungenheilstätten San Pelagio und Lussin Grande u.s.w. Besonders die Verhandlungen über die „politischen Punkte“, z. B. die Befestigungen, gestalteten sich sehr schwierig. Die Korrespondenz der Verhandlungen befindet sich im NPA 654.

Regierung alle interessierten Staaten zum Abschluß von Handelsverträgen ein. Tatsächlich wurden 1923 und in den folgenden Jahren viele solche Verträge abgeschlossen. Die Gespräche mit Italien kamen sehr bald zustande. Am 9. März 1923 wurden die österreichischen Unterhändler nach Rom entsandt, u. a. Sektionschef Schüller²⁰⁾.

Die Verhandlungen waren gut fortgeschritten, als Seipel nach Italien kam. Man bemühte sich gerade um einen Kompromiß in der Frage des Weinzolles. Seipel beschränkte sich darauf, immer wieder zu betonen, wie wichtig der Handelsvertrag für Österreich sei.

Obwohl es in der offiziellen Mitteilung über die Ergebnisse der Reise²¹⁾ hieß, der Handelsvertrag werde schon in wenigen Tagen unterzeichnet werden, kam es noch zu erheblichen Verzögerungen. Am 11. April beklagte sich Außenminister Grünberger beim Wiener Gesandten Orsini, daß die Verhandlungen auf einem toten Punkt seien²²⁾. Österreich habe Kompromißbereitschaft gezeigt, nun solle doch auch Italien die rein materiellen Gesichtspunkte den politischen unterordnen. Orsini unterstützte den österreichischen Standpunkt und meinte, der Abschluß des Handelsabkommens mit Italien habe ja nicht zuletzt im Hinblick auf die Nachbarn so große politische und ökonomische Bedeutung. Italien solle als Großmacht mit gutem Beispiel vorangehen. Außerdem, fuhr Orsini in seinem Telegramm an Rom fort, werde das Abkommen als ein konkreter Erfolg der Politik des Bundeskanzlers gewertet werden, der anders als sein Vorgänger (Schober, Vertrag von Lana) in erster Linie bei Italien Unterstützung suche.

Am 28. April konnte der „Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Österreich und Italien“ endlich unterzeichnet werden²³⁾. Er war der erste wirkliche Handelsvertrag der Ersten Republik — sicher kein Zufall. Die Neue Freie Presse begrüßte ihn sehr erfreut als den ersten regelrechten Tarifvertrag. Er erwecke die Hoffnung, endlich aus der handelspolitischen Anarchie herauszukommen.

„Darum ist der Handelsvertrag zwischen Österreich und Italien nicht nur für die beiden unmittelbar beteiligten Länder, sondern darüber hinaus von Bedeutung. Er durchbricht einen Zustand, der durch das Nichtvorhandensein von Tarifverträgen und durch Vorherrschen der Warenaustauschübereinkommen gekennzeichnet war, und er legt in den Wall von Verbotsbestimmungen Breschen.“²⁴⁾

Man könne sagen, daß sich das gute politische Verhältnis zwischen den beiden Staaten auch handelspolitisch ausgewirkt habe. Die Neue Freie Presse übt auch Kritik. Unter anderem sei es nicht gelungen, die allgemeine Meistbegünstigung durchzusetzen. Trotz der Vorbehalte müsse man aber die Unterzeichnung des österreichisch-italienischen Handelsvertrages begrüßen, „weil sie unseren Export fördert, die Absatzmöglichkeiten erweitert und für die Verbesserung unserer Handelsbeziehungen Raum schafft“.

²⁰⁾ Österreichisches Jahrbuch 1923, 5. Folge (Wien 1924) S. 165.

²¹⁾ Wie Anmerkung 8.

²²⁾ Tel. Orsini an Mussolini 11. April 1923, DDI/VII/I Nr. 699.

²³⁾ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1923, Nr. 77, 21. Juli 1923.

²⁴⁾ NFP 30. April 1923, Nachmittagsblatt, S. 2.

b) „Die innere Lage Italiens“ — Südtirol

Diesbezüglich gewann Seipel aus den Gesprächen mit Mussolini, mit Don Sturzo und im Vatikan als stärksten Eindruck die Anschauung, daß der Faschismus notwendig gewesen sei, schon sehr viel geleistet habe, aber nichts Bleibendes sondern ein Übergang sei. Seipel hatte sogar sehr stark den Eindruck, daß Mussolini selbst von einer solchen Anschauung nicht weit entfernt sei!

Auch über Südtirol wurde gesprochen. Äußerer Anlaß war, daß gerade der Versuch eines Abkommens zwischen dem Deutschen Verband und der Faschistischen Partei in Südtirol gescheitert war (siehe nächstes Kapitel). Es läßt sich nicht feststellen, wer im Gespräch zwischen Seipel und Mussolini das Thema zur Sprache gebracht hat. Goldinger schreibt, Seipel habe vorsichtig auf diese Dinge hingewiesen²⁵⁾. Mussolini selbst schrieb in einem Telegramm an den König, Seipel sei ernsthaft und habe gute Absichten, daher habe er (Mussolini) auch heikle Fragen erwähnen können, u. a. die Situation im Alto Adige²⁶⁾. Die Aufzeichnung im Außenministerium gibt keine Auskunft; auch nicht darüber, was Seipel gesagt hat. Sie hält nur fest, daß Mussolini offen sein Bedauern über das Scheitern des Paktes zum Ausdruck brachte, und folgert daraus, daß Mussolini nicht stark genug gewesen sei, in diesem Falle seine Meinung öffentlich vertreten und durchsetzen zu können.

c) „Die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Österreich und Italien“

Die italienische Haltung war bestimmt durch ein großes Mißtrauen gegen den Völkerbund und durch den Wunsch, im Donaauraum den politischen Einfluß zu vergrößern. Die faschistische Regierung erklärte sich zwar bereit, die in Genf — nicht von ihr — übernommenen Verpflichtungen einzuhalten, doch wollte man die Völkerbundkontrolle so früh wie möglich beendet wissen, um dann freie Hand für die „Neugestaltung Mitteleuropas“ zu haben. Im Bericht heißt es wörtlich:

„Das Mißtrauen (der italienischen Staatsmänner) gegen den Völkerbund ist ein absolutes, daher kommt auch ein gewisser Mangel an Vertrauen in das Gelingen einer ausschließlich auf den Völkerbund eingestellten österreichischen Sanierungsaktion und das ... Bestreben, ohne Störung dieser Aktion, die man schon deswegen zu vermeiden trachtet, weil man in Österreich ein wichtiges Glied für den künftigen Neubau Europas erkennt und es daher vor dem Zusammenbruche retten will, doch immerhin möglichst frühzeitig alles vorzukehren, was Österreich je eher desto besser vom Völkerbund und seiner Kontrolle unabhängig machen kann.“²⁷⁾

Diese Haltung des Mißtrauens gegen den Völkerbund, die Österreich ja schon von den Sanierungsverhandlungen her und auch durch andere Vorfälle bekannt war²⁸⁾, konnte Seipel, der ja ein Völkerbundanhänger war, wenig imponieren. Deshalb verhielt er sich so unverbindlich wie möglich. Er suchte die Italiener vom

²⁵⁾ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, S. 147, auch Herre, Südtirolerfrage, S. 275 f.

²⁶⁾ DDI/VII/I Nr. 667.

²⁷⁾ Bericht S. 11.

²⁸⁾ Siehe voriges Kapitel 4 c, oben S. 131 ff.

Gelingen der Sanierungsaktion zu überzeugen, pflichtete ihnen bei, daß jede Vereinigung der Donaustaaten ohne Italien unmöglich sei, weil sie „das Gespenst des Wiedererstehens der alten österreichisch-ungarischen Monarchie heraufbeschwöre“²⁹⁾, und redete allgemein von europäischer Föderation.

In bezug auf das zukünftige österreichisch-italienische Verhältnis ist auch ein Punkt wichtig, über den nicht gesprochen wurde: ein politischer Vertrag zwischen Österreich und Italien. Ende 1921 hatte Italien die Erneuerung des Renner—Nitti Abkommens angeregt. Schober war diesbezüglich wohl vorbereitet im April 1922 nach Genua gefahren, doch war im Gespräch mit Außenminister Schanzer nicht davon die Rede gewesen. Seipel war an einem Vertrag mit Italien nicht interessiert. Den Renner—Nitti Vertrag hielt man am Ballhausplatz für überholt, einen neuen, weitergehenden Vertrag für unvereinbar mit dem 1. Genfer Protokoll und seiner Garantie der Unabhängigkeit Österreichs. Dennoch war Seipel auf eine allfällige Erwähnung durch die italienischen Gesprächspartner vorbereitet. Doch weder Mussolini noch Contarini brachten den Vertrag zur Sprache. So schwieg auch Seipel und begnügte sich, später in Wien den italienischen Gesandten Orsini merken zu lassen, daß er den Renner—Nitti Vertrag für überholt betrachte³⁰⁾.

d) „Die weltpolitische Lage und die Zukunft Europas“

Man sprach nicht nur über eine „Vereinigung der Danubischen Staaten“ und über die „Lösung der mitteleuropäischen Frage“, sondern auch über das aktuellste Thema: den Ruhrkonflikt. Bekanntlich hatten am 11. Jänner 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, um von Deutschland die Reparationszahlungen zu erzwingen. Seipel, der als Staatsmann Ansehen genoß, war nun von der Reichsregierung gebeten worden, beim Vatikan und bei Mussolini zu sondieren, ob sie bereit seien, zwischen Deutschland und Frankreich eine Vermittlung zu übernehmen³¹⁾. Man hielt Seipel „infolge seiner Doppelstellung als Prälat und Regierungschef“ für besonders berufen, einer solchen Mediation den Weg zu bereiten. Sogar die Zeitungen brachten schon diesbezügliche Gerüchte, die natürlich dementiert wurden.

Seipel konnte nicht viel ausrichten. Wie wichtig die Frage aber war, zeigt, daß von dem 16 Seiten starken Bericht des Außenamtes sich nicht weniger als fünf Seiten mit der Ruhrvermittlung befassen³²⁾.

So viel zum Inhalt der Unterredungen. Vor einigen abschließenden Überlegungen über Ergebnisse und Bedeutung der Reise sei kurz auf das Echo hingewiesen, das sie auslöste.

²⁹⁾ Zum italienischen Gesandten Orsini sagte Seipel in Wien, die Reise habe endgültig die verhängnisvolle Habsburgervergangenheit zerschlagen (DDI/VII/I Nr. 681).

³⁰⁾ DDI/VII/I Nr. 681, 709 und 714.

³¹⁾ S. 11 des Berichtes und DDI/VII/I Nr. 661.

³²⁾ Mussolini hatte schon von sich aus im Jänner einen Mediationsversuch gestartet. DDI/VII/I Nr. 373 u. a.

3. Das Echo der Reise

Die österreichische Öffentlichkeit nahm die Nachricht von der Reise und ihren Verlauf z. T. sehr günstig auf. Die Reichspost freute sich in ihrem Leitartikel vom 31. März: „Die Italienreise ist das Osterereignis geworden.“ Dann stellte sie mit Genugtuung fest, daß der Bundeskanzler, obwohl man nichts Gutes an ihm gelassen und ihn dem Publikum als mausetot geschildert habe, er immer mehr „Leben und Größe offenbare“ und daß auch andere anläßlich der Reise seine Bedeutung anerkennen, da man ihm sogar die Vermittlung im Ruhrkonflikt zutraue.

Am ausführlichsten und am sachlichsten ist die Berichterstattung der Neuen Freien Presse. Sie widmet der Reise nicht nur die zahlreichen amtlichen Verlautbarungen, sondern auch eigene Korrespondentenberichte, zwei erwartungsvolle Leitartikel ³³⁾ und ein Interview mit Seipel ³⁴⁾.

Anders war natürlich die Haltung der Opposition. Die Arbeiter-Zeitung beschränkte sich zuerst auf den Abdruck amtlicher Berichte. Es war aber dann sicher nicht Zufall, daß sie gerade am 30. März, am Tag der Unterredung Seipels mit Mussolini, auf der ersten Seite eine lange Berichterstattung mit dem Titel „Der italienische Imperialismus“ brachte, ohne weiter auf die Reise einzugehen. Darin wurden anknüpfend an einen Artikel der neuen italienischen Zeitung „Impero“ die nationalistisch-faschistischen Weltherrschaftsträume verurteilt. Dieser indirekten Stellungnahme zur Reise des Bundeskanzlers folgte am 4. April, am Tag der Rückkehr Seipels, die direkte Stellungnahme in einem Leitartikel. Die Reise sei eine reine Reklame und völlig überflüssig gewesen.

„Ob der Herr Bundeskanzler in Italien überhaupt etwas zu tun hatte und ob er irgendetwas von Belang ausgerichtet hat, ist keineswegs so gewiß, als es in den abgeschmackten Berichten hingestellt wird; aber auch dann, wenn dieser Osterfahrt irgendetwas zugrunde läge, dürfte man sich gegen die geschmacklosen Übertreibungen wenden, mit denen sie zu einer Triumphfahrt des großen Seipel entstellt wird.“ ³⁵⁾

Ferner wird Seipel vorgeworfen, er habe sich bei seinem Besuch im Vatikan Weisungen für die innere Politik Österreichs geholt. Das Urteil über die Reise lautet:

„Herr Dr. Seipel hat also in Italien alles gefunden, was sein Herz mit Freude erfüllt: die Übereinstimmung mit dem großen Faschistenhüptling, der der bürgerlichen Welt ein so leuchtendes Beispiel gegeben hat, wie man die Demokratie erwürgt, und die Würdigung des Vatikans ... Vatikan und Faschismus vereinigen sich in der Genugtuung, daß Österreich seinen Seipel hat. In Österreich ist die Genugtuung allerdings geringer.“ ³⁶⁾

Die italienische Presse hatte nichts auszusetzen. Von den faschistischen Organen über den *Corriere della sera* bis zum *Avanti!* schrieb man über die Hilfsbereit-

³³⁾ NFP 24. und 28. März 1923.

³⁴⁾ NFP 31. März 1923.

³⁵⁾ Arbeiter-Zeitung 4. April 1923, Leitartikel.

³⁶⁾ Ebenda.

schaft Italiens, über die Bedeutung Österreichs für den Frieden in Europa usw.³⁷⁾. Eine Zeitung meinte, der Besuch Seipels begrabe die unglückliche Vergangenheit der italienisch-österreichischen Beziehungen. Der Triestiner *Piccolo* schrieb, die Verbindung zwischen Österreich und Italien vereitle die imperialistischen Pläne der Slawen³⁸⁾.

Die Slawen waren denn auch von der Reise weniger erbaut. Eine Zeitung schrieb, Mussolini, Seipel, Pašić und Horthy stünden sich seelisch so nahe, daß von ihnen eine ersprießliche Arbeit für die freiheitliche Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa nicht erwartet werden könne³⁹⁾. Und Orsini wußte zu berichten, daß der tschechoslowakische Gesandte Seipel gefragt habe, ob es stimme, daß er die Zollunionsgespräche wiederaufnehmen werde, was Seipel natürlich verneinte⁴⁰⁾. Gegen diese mißtrauischen Stimmen äußerte sich Beneš positiv, und zwar zum Korrespondenten der Neuen Freien Presse. Mussolini habe es verstanden, die Beziehungen zu den mitteleuropäischen Staaten bzw. zu den Staaten der Kleinen Entente zu klären, es sei daher kein Grund zu Mißtrauen oder zu Mißdeutungen der Reise vorhanden⁴¹⁾.

4. Ergebnisse und Bedeutung

Nach der Darstellung der näheren Umstände der Reise bleibt die Frage zu beantworten, welche Ergebnisse sie zeitigte und welche Bedeutung ihr zukommt.

(a) Sie brachte kaum konkrete Ergebnisse, weder in den schwebenden Fragen oder im Handelsvertrag, noch in der Ruhrvermittlung. Immerhin hatte Seipel Gelegenheit darzulegen, wie wichtig nach der finanziellen nun auch die wirtschaftliche Sanierung Österreichs sei.

(b) Seipel benützte sie, um den Österreichern Mut zu machen. Er habe die Lage Österreichs, die nicht überall klar erkannt werde, ins rechte Licht setzen können, sagte er im Interview mit der Neuen Freien Presse, und er habe überall den Glauben an einen guten Ausgang der Sanierungsaktion gefunden. (Die Skepsis, die er gefunden, verschwieg er.) Das Vertrauen des Auslandes sei also da. „Das allerdings steht und fällt mit dem Vertrauen, das wir Österreicher selbst in unsere Zukunft haben“⁴²⁾.

(c) Die Reise war, gemeinsam mit den anderen Reisen dieses Jahres nach Budapest, Belgrad und Warschau, außenpolitisch ein Element des Gleichgewichts und der „Politik der Freundschaft nach allen Seiten“.

(d) Die Reise begründete den persönlichen Kontakt zwischen Seipel und Mussolini. „Ich habe einen guten Eindruck von ihm bekommen“, telegraphierte Musso-

³⁷⁾ „Italienische Blätterstimmen zur Kanzlerreise“, NFP 3. April 1923, Nachmittagsblatt S. 4.

³⁸⁾ „Il Piccolo“ 4. April 1923, NPA 654 Fol. 178 f.

³⁹⁾ Leitartikel der „Dělnické Listy“ 26. April 1923, NPA 654 Fol. 169 f.

⁴⁰⁾ DDI/VII/I Nr. 648.

⁴¹⁾ NFP 3. April 1923, Nachmittagsblatt S. 4.

⁴²⁾ NFP 31. März 1923, Morgenblatt.

lini an den König ⁴³⁾, und Seipel urteilte, Mussolini sei eine „starke Persönlichkeit“ ⁴⁴⁾. Man muß hier folgendes bedenken. Seipel war weniger als ein Jahr, Mussolini erst einige Monate im Amt, als sie sich in Mailand kennenlernten, beide aber sollten noch für lange Zeit die Geschicke ihrer Länder bestimmen. Natürlich hat die zweistündige Unterredung nicht die Politik der beiden Männer geändert, doch hat eine persönliche Begegnung ihren Stellenwert. Zumindest die Nachrichten, die man über den andern erhält, werden durch das persönliche Erlebnis gefärbt ⁴⁵⁾. Man darf nicht vergessen, daß Mussolini im März 1923 noch nicht der faschistische Diktator war, der die Mörder Matteottis gedeckt hatte, der mit Hitler paktierte und sein Land in den Zweiten Weltkrieg führte. Vielmehr hörte Seipel aus dem Munde des Königs, Don Sturzos und verschiedener anderer Persönlichkeiten, mit denen er zusammentraf, daß „das Werk Mussolinis notwendig war, weil der italienische Parlamentarismus und der italienische Bürokratismus einem unverkennbaren Marasmus verfallen waren“, und er lernte es als unbestrittene Ansicht „sowohl der Einheimischen als auch der Fremden in Italien“ kennen, „daß bisher eine bedeutende Änderung zum Guten durch den Faschismus erzielt worden sei“, wie es in der Aufzeichnung über die Reise heißt.

(e) Im engeren Bezug auf das österreichisch-italienische Verhältnis bedeutete die Reise eine Stärkung der österreichischen Unabhängigkeit. Die italienische Regierung hatte hartnäckig versucht, den Besuch Seipels zu benützen, um ihren Einfluß in Österreich zu vergrößern. Die Eisenbahnwünsche und das Verlangen, Österreich solle an der Grenze zu Italien keine Befestigungen errichten, sind bededte Zeugnisse für die Aspirationen Italiens. Daß es Seipel gelang, diese Wünsche abzuwehren, ist nicht der geringste Erfolg der Unterredungen. Hierher gehört auch, daß mit dieser Reise Seipels der Renner—Nitti Vertrag als endgültig erloschen betrachtet werden kann, auch wenn er formell nicht gekündigt wurde.

(f) Die Reise stand sehr stark im Zeichen der Parolen „Vertiefung der Freundschaft“, „Befestigung des guten Verhältnisses“, „reibungsllose Beziehungen“, Hilfe, Zusammenarbeit, Friede. Das sind Worte, wie sie Politiker bei solchen Anlässen in den Mund nehmen, auch wenn sie mit der Wirklichkeit nicht im Einklang sind. Dennoch scheint mir die Bedeutung der Osterreise 1923 auch darin zu liegen, daß sie eine Demonstration jenes Zustandes war, den alle diese Begriffe meinen. Im Frühjahr 1923 wurde das österreichisch-italienische Verhältnis von keinem sichtbaren großen Interessengegensatz überschattet, nur keimhaft waren solche vorhanden. Die Möglichkeit langfristig reibungsloser Beziehungen schien noch gegeben. Doch sollte es anders kommen, und die Weichen dafür waren in Wahrheit schon gestellt. Es steht in schroffem Kontrast zu der im Zeichen freundschaftli-

⁴³⁾ DDI/VII/I Nr. 667.

⁴⁴⁾ NFP 3. April 1923, Nachmittagsblatt S. 4, auch Interview vom 31. März.

⁴⁵⁾ Als im Herbst 1926, nachdem wieder einmal eine „Verstimmung“ in den Beziehungen überwunden war, Seipel ein Buch mit seinen Reden Mussolini überreichen ließ und deshalb kritisiert wurde, verteidigte er sich u. a. mit den Worten: „Überdies leitete mich der Gedanke, daß gewisse persönliche Beziehungen zu pflegen ganz gut sei. Erfahrungsgemäß können solche persönliche Beziehungen gelegentlich auch für die Bereinigung politischer Angelegenheiten einen großen Wert haben.“ (Seipel im Nationalrat, Wiener Zeitung 2. Dezember 1926, S. 2).

cher Beziehungen stehenden Reise, daß in den sieben Jahren, die bis zur nächsten Reise eines österreichischen Bundeskanzlers nach Italien vergingen, sich mehrfache „Verstimmungen“ ereigneten — die erste schon im November 1923 —, daß Italien gegen einen weiteren Völkerbundkredit an Österreich ein Veto einlegte (1928) und daß 1928 die Beziehungen fast an den Rand des Abbruches gerieten. Eine italienische Zeitung schrieb anlässlich des Besuches Seipels, Italien brauche Österreich und Österreich brauche Italien, warum sollte man sich also nicht verständigen, nachdem alle Differenzen verschwunden seien, hoffentlich auf immer ⁴⁶⁾. Das waren sie mitnichten. Die im letzten Kapitel beschriebenen Elemente der Belastung, die die Machtergreifung des Faschismus in die österreichisch-italienischen Beziehungen brachte, wurden durch den Besuch Seipels nicht ausgeräumt. Die Erde war schon losgetreten, die den noch klaren Bach trüben würde. Keimhaft waren Interessengegensätze vorhanden.

Symptomatisch dafür: Nahezu gleichzeitig mit Seipels freundschaftlichem Staatsbesuch vollzog sich die Verschmelzung der Nationalistischen mit der Faschistischen Partei, die deren imperialistische Theorie übernahm, und scheiterte in Südtirol der Versuch einer Verständigung zwischen dem Deutschen Verband und der Faschistischen Partei, der in aller Stille im Februar 1923 vorbereitet worden war.

Es war keine Erfindung des Faschismus, daß Italien eine „Großmacht“ war, daß man daraus gewisse politische Rechte und Forderungen ableitete. Der Faschismus aber, der diese nationalistischen Tendenzen übernahm, verstärkte sie, eignete sich den Begriff des Imperium Romanum an und emotionalisierte das Ganze.

„Die faschistische auswärtige Politik scheint die bisher nationalistische Richtung, die ohnehin an übertriebener Empfindlichkeit und Selbstüberhebung krankt, noch übertrumpfen zu wollen.“ ⁴⁷⁾

So schreibt der österreichische Gesandte einmal aus Rom. Nationalistische Überempfindlichkeit stört aber die nachbarlichen Beziehungen. Kann man von Politikern, deren erklärtes Ziel es ist, die wirtschaftliche und territoriale Expansion des Staates zu fördern, erwarten, daß sie vor einem anderen Staat Achtung haben? Werden sie nicht vielmehr im anderen Staat nur das Objekt ihrer Pläne sehen? Österreich war ein Objekt des faschistischen Imperialismus. Er kam auf der Osterreise Seipels nicht zum Tragen, weil sich Österreich in einer Lage befand, die italienischen Wünsche ablehnen zu können. Das sollte sich aber ändern.

In ihren Anfängen waren auch die faschistische Südtirolpolitik und der österreichische Südtirolirredentismus vorhanden. Zwar nannte Mussolini das Scheitern des Abkommens zwischen dem Deutschen Verband und der Faschistischen Partei einen Fehler, doch tat er nichts, um diesen Fehler gutzumachen. Die Folgen waren eine Verstärkung der Entnationalisierungspolitik in Südtirol und eine Verstärkung des Widerstandes gegen diese Politik in Südtirol wie in Tirol und Bayern. Die Angst vor einem Irredentismus, vor dem Verlust der Brennergrenze verur-

⁴⁶⁾ Wie Anmerkung 37.

⁴⁷⁾ Bericht Nr. 43/P aus Rom (Kwiatkowski) 19. November 1922.

sachte ein härteres Durchgreifen der Faschisten in Südtirol. Das Karussell drehte sich.

Seipel telegraphierte am 3. April, bei der Ausreise aus Italien, an Mussolini:

„Ich hoffe, daß unsere Gespräche beigetragen haben, die Beziehungen zwischen Österreich und der benachbarten Großmacht noch herzlicher zu gestalten.“⁴⁸⁾

Doch schon wenige Monate später hatte sich die Situation so geändert, daß er Mussolini mitteilen ließ, die Voraussetzung eines wirklich ungestörten Verhältnisses zwischen Österreich und Italien sei ein „modus vivendi“ in Südtirol. Wie kam es dazu?

⁴⁸⁾ Zeitungen vom 4. April 1923.

IX. DIE AUSWIRKUNGEN DER FASCHISTISCHEN SÜDTIROLPOLITIK AUF DIE ÖSTERREICHISCH- ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN 1923

1. *Entnationalisierungspolitik*

Das Jahr 1923 brachte mit dem Beginn der planmäßigen Italianisierung der fremdstämmigen Staatsbürger ein neues Element in die österreichisch-italienischen Beziehungen. Zwar hatte Ettore Tolomei schon seit Jahren die Italianisierung Südtirols theoretisch vorbereitet, und schon der Herbst 1922 hatte die oben erwähnten Zwischenfälle von Innsbruck und Steinach gebracht, 1923 aber setzte in vollem Ausmaß die systematische Italianisierungspolitik ein, wobei der lokale Chauvinismus Tolomeis mit der faschistischen Staatsidee — der Staat als unteilbare Monade, als Zitadelle, in welcher es keine Gegensätze zwischen Individuen und Gruppen geben darf ¹⁾ — verschmolz.

Am 4. Jänner wurde Südtirol mit dem Trentino zu einer Provinz vereinigt, die italienische Gemeindegesetzgebung vollständig eingeführt und damit jede Hoffnung auf eine Autonomie zerstört ²⁾.

Für kurze Zeit kam es noch einmal zu einem Versuch der Verständigung zwischen Deutschen und Italienern. Einige vernünftige Vertreter der Faschistischen Partei und Vertreter des Deutschen Verbandes, zu dem sich die Parteien Südtirols vereinigt hatten, arbeiteten im Februar im Stillen ein „Allgemeines politisches Übereinkommen“ aus, in dem die Deutschen jedem Irredentismus absagten und ihre Loyalität zu Italien versprachen, während die Faschisten die Deutschen im Alto Adige als Minderheit anerkannten. Herre schrieb 1926 in seinem Buch „Die Südtirolerfrage“:

„Das Programm war offensichtlich vom Willen zur Verständigung beherrscht und seine loyale Verwirklichung hätte wohl ein friedliches Zusammenleben der beiden Völker möglich gemacht.“ ³⁾

Der Verständigungsversuch wurde aber von den lokalen Faschisten, allen voran Ettore Tolomei, hintertrieben. Es gelang dieser Gruppe, den faschistischen Großen Rat, der sich mit der Angelegenheit befaßte, nachdem die vorzeitige Bekanntmachung größtes Aufsehen erregt hatte, zur Ablehnung des Verständigungsversuches zu bringen. Damit war endgültig jede mäßigende Schranke gefallen. In raschem Zuge folgten die Italianisierungsdekrete.

Am 27. April wurden die italienischen Ortsnamen eingeführt und die deutschen abgeschafft. Am 15. Juli hielt Tolomei in Bozen jene Rede, in der er detailliert die weiteren Maßnahmen in einem 32-Punkte-Programm darlegte ⁴⁾. Am 7. Au-

1) Gatterer, Mussolinis Weisungen zur Südtirolfrage.

2) Herre, Südtirolerfrage, S. 267.

3) Herre, Südtirolerfrage, S. 273.

4) Gruber, Südtirol 1926—1939, S. 14 f.

gust wurde mit Dekret des Präfekten von Trient der Gebrauch aller mit Tirol in Verbindung stehenden Bezeichnungen unter Strafe verboten. Am 4. September wurde der Alpenverein aufgelöst. Im Oktober folgte das Schulgesetz, das beginnend mit der 1. Klasse die Einführung der italienischen Unterrichtssprache brachte. Damit war ein Lebensnerv des Volkes bedroht. Innerhalb weniger Jahre würde es keine deutsche Schule mehr geben. Im selben Monat wurde das Italienische als ausschließliche Amtssprache eingeführt und die Bestimmung über die Aufschriften wesentlich verschärft. Der erste Artikel dieser Bestimmung lautete:

„In der Provinz müssen alle Anzeigen, Kundmachungen, Wegweiser, Tabellen, Aushängeschilder, Firmenaufschriften, Etiketten, Tarife, Fahrpläne und im allgemeinen alle in irgendeiner Weise an die Öffentlichkeit gerichteten ... Kundgebungen, auch wenn sie nur private Interessen betreffen, ausschließlich in der offiziellen Staatssprache verfaßt sein.“⁵⁾

Damit sind keineswegs alle Maßnahmen und Dekrete aufgezählt⁶⁾, es genügt aber, um verständlich zu machen, daß diese massive Entnationalisierungspolitik jenseits des Brenners, vor allem in Österreich, nicht ohne Wirkung bleiben, ja Erregung und Erbitterung hervorrufen mußte.

Ohne Zweifel war Bundeskanzler Seipel aus gesamtstaatlichen Gründen zu einem guten politischen Verhältnis mit Italien bereit, ebenso war der Einfluß in Österreich ein fester Punkt im außenpolitischen Konzept Mussolinis. Dazu stand aber die Minderheitenpolitik im Widerspruch. Mussolini war nicht imstande und auch nicht willens, diesen Widerspruch aufzuheben. Zwar war die Südtirolproblematik nicht wichtig genug, um Mussolinis und Seipels außenpolitische Ausrichtung zu ändern, sie war aber imstande, immer wieder die Beziehungen zu stören, die Entwicklung der Beziehungen zu hemmen, bis dann am Ende der Zwanzigerjahre mit der innenpolitischen Polarisierung in Österreich, mit der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts, mit der Unterstützung der Heimwehr durch Mussolini ein anderes Thema in den Vordergrund rückte.

Die faschistische Minderheitenpolitik war aber nicht nur ein störendes Element in den österreichisch-italienischen Beziehungen der Zwanzigerjahre, sie *schuf* einen neuen Konfliktstoff, der den Faschismus um Jahrzehnte überleben und die österreichisch-italienischen Beziehungen noch lange belasten sollte⁷⁾.

Wenn im folgenden die Auswirkungen näher behandelt werden, die diese Politik auf die österreichisch-italienischen Beziehungen 1923, im ersten Jahr des faschistischen Regimes, hatte, so deshalb, weil die Ereignisse des Jahres 1923 alle die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vorwegnehmen, alle Elemente der folgenden Krisen und Verstimmungen enthalten⁸⁾. Anhand der ersten durch die

⁵⁾ Bericht Nr. 24/P aus Mailand (Konsul Ach) 3. November 1923, Z 3236/17, NPA 664.

⁶⁾ Dazu siehe die Südtirolliteratur, z. B. Herre, Südtirolerfrage und Gruber, Südtirol 1926—1939.

⁷⁾ In gewissem Sinn ist der Konfliktstoff aber gar nicht neu, sondern eine — wesentlich verschärfte — Umkehrung des alten Streites zwischen Italienern und Deutschen im Tirol der Monarchie. Auch Tolomei war schließlich nur ein Kind nicht nur seiner Zeit, sondern auch seiner Umwelt.

⁸⁾ Der Beweis für diese Behauptung kann sehr leicht aus dem im Staatsarchiv befindlichen Material (NPA 665 ff) über Südtirol erbracht werden.

Südtirolpolitik hervorgerufenen Auseinandersetzung soll einerseits überhaupt die Entstehung dieses die österreichisch-italienischen Beziehungen noch lange belastenden Faktors, anderseits der Mechanismus aufgezeigt werden, durch den diese lokale Problematik auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in den Zwanzigerjahren störend einwirkte.

2. Italienische Ortsnamen — Reaktion in Tirol — Die Antwort Wiens

Nur wenige Wochen nach Seipels Rückkehr aus Italien trat das Dekret über die Einführung italienischer Ortsnamen in Südtirol in Kraft. Diese einschneidende Maßnahme rief in Nordtirol größte Erregung hervor. Der Tiroler Landtag nahm am 8. Mai einstimmig einen Dringlichkeitsantrag an, in dem Protest erhoben wurde gegen die Entrechtung der Deutschen Südtirols, die Ausweisungen österreichischer Bundesbürger aus Südtiroler Gebiet und gegen die Abschaffung der deutschen Ortsnamen — die neuen Namen würden Verwirrung und Stockung im Verkehr herbeiführen und schädigten daher die wirtschaftlichen Interessen Tirols. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, auf diplomatischem Wege die Einstellung der Ausweisungen bzw. die Wiedereinführung der deutschen Ortsnamen zu verlangen. Andernfalls werde man mit der Ausweisung von Italienern antworten. Ebenso wurde die Bundesregierung aufgefordert, im Wege des Ministeriums des Äußeren das Verlangen der Tiroler nach Wahrung ihrer wirtschaftlichen und völkischen Rechte an den Völkerbund weiterzuleiten⁹⁾.

In Wien wurde auf die Forderung der Tiroler folgende Antwort formuliert¹⁰⁾.

1. Über Ausweisungen sei überhaupt noch nichts bekannt geworden. Die Landesregierung in Innsbruck müsse also einmal feststellen, um welche Fälle es sich handle und welche Gründe von den italienischen Behörden angegeben worden seien.
2. Sollte es tatsächlich zu unbegründeten Ausweisungen gekommen sein, so stünde nach dem Völkerrecht Österreich das Recht zu Gegenmaßnahmen zu.
3. Italien habe keinerlei ausdrückliche vertragsmäßige Verpflichtungen zum Minderheitenschutz übernommen. Für eine Beschwerde beim Völkerbund fehle der Bundesregierung jede formelle rechtliche Basis. Ein solcher Schritt würde außerdem wenig Erfolg haben, aber sicher die schwerste politische Verstimmung Italiens verursachen.
4. Man könne aber unter Hinweis auf die spontane Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Nitti die römische Regierung in freundschaftlicher und vertraulicher Weise auf die Erregung aufmerksam machen, die durch gewisse Maßnahmen der italienischen Behörden im Alto Adige in dem benachbarten Tirol hervorgerufen werde, und die italienische Regierung bitten, daß sie die psychologische Seite der Frage nicht ganz außer Acht lasse.

⁹⁾ Tiroler Anzeiger Nr. 105, 9. Mai 1923 und Brief des Präsidenten der Tiroler Landesregierung an das Bundeskanzleramt, 14. Mai 1923, NPA 664.

¹⁰⁾ „Notiz betreffend die Tiroler Landtagsbeschlüsse“ Z ad 2257/17 (ohne Datum), NPA 664.

5. Der Tiroler Landtagsbeschuß sei ein interner Beschuß von Parteien in einer autonomen Körperschaft. Die Bundesregierung könne das Zustandekommen eines solchen Beschlusses keineswegs verhindern, sie sei aber auch nicht impliziert und er berühre daher die italienischen Interessen nicht an sich.

Es lohnt sich, diese Stellungnahme etwas ausführlicher zu betrachten, besonders die Punkte 3. bis 5., weil in ihr die Haltung klar formuliert ist, die die österreichische Politik auch in Zukunft einnahm, jedenfalls solange Seipel die Außenpolitik maßgeblich mitgestaltete.

Wien hatte auf zweierlei zu achten. Einerseits konnte und wollte es nicht die größeren Interessen Österreichs aufs Spiel setzen. Dazu zählte jedenfalls ein möglichst reibungsloses Verhältnis zu Italien. Italien war einer der wichtigsten Handelspartner, Ententemitglied, Gläubiger.

Andererseits durfte Wien nicht die öffentliche Meinung völlig mißachten, durfte sich nicht ein Bundesland zum Feind machen. Man mußte sich also den Tirolern gegenüber Handlungsfreiheit bewahren, man mußte aber auch versuchen, Italien von seiner verhängnisvollen Politik abzubringen, ohne es zu verstimmen. Aus dem „einerseits“ wird klar, daß man die Tiroler Forderungen zur Gänze zurückweisen mußte, daß man vor dem italienischen Gesandten dem Tiroler Landtagsbeschuß jegliche Bedeutung absprach. Das „andererseits“ erklärt, warum man auf vertraulicher Ebene dennoch den Italienern zu verstehen gab, daß das Vorgehen in Südtirol die Ursache der Erregung war und daß die Bundesregierung Landtagsbeschlüsse nicht verhindern könne, auch wenn sie „italienfeindlich“ waren.

Der Landtagsbeschuß vom 8. Mai hatte keine weiteren Folgen. Die Tiroler ließ man wissen,

„daß sowohl in der Ausweisungsfrage als auch in der Frage der deutschen Ortsbezeichnungen beim hießigen italienischen Gesandten in freundschaftlicher Weise soweit interveniert worden ist, als dies derzeit überhaupt möglich erscheint.“ ¹¹⁾

3. Überlegungen am Ballhausplatz

Diese freundschaftliche Intervention nützte gar nichts. Die Serie von Dekreten wurde fortgesetzt, der Faschismus machte seinem Anspruch, nicht nur zu reden sondern auch zu handeln, alle Ehre. Am 4. August schrieb der österreichische Konsul aus Mailand:

„Die in letzter Zeit in kurzen Intervallen für das Alto Adige ergehenden Verordnungen der italienischen Regierung ließen keinen Zweifel aufkommen, daß der Faschismus nunmehr entschlossen sei, in der Entnationalisierung dieses Gebietes ein rascheres Tempo einzuschlagen.“ ¹²⁾

Ende August meldeten sich wieder die Tiroler in Wien. Die Bundesregierung wurde dringend ersucht, die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung auf die

¹¹⁾ Notiz des Generalsekretärs Peter, 12. Juni 1923, Z ad 2257/17, NPA 664.

¹²⁾ Bericht Nr. 19/P aus Mailand (Konsul Ach) 4. August 1923, Z 2257/17, NPA 664.

Schwierigkeiten zu lenken, welche dem Ausbau der nachbarlichen Beziehungen durch die Beunruhigung weiter Kreise der Bevölkerung erwachse¹³⁾).

Auch im Außenamt in Wien war man überzeugt, daß etwas geschehen müsse, nicht zuletzt weil man fürchtete, es könnte zu unliebsamen Zwischenfällen gegen italienische Staatsbürger in Österreich kommen. In einem ausführlichen „pro domo“ wurde die Lage analysiert, wobei man, wie im Mai, zum Ergebnis kam, daß man die italienische Regierung in freundschaftlicher Form auf die von ihr verursachten Schwierigkeiten aufmerksam machen müsse¹⁴⁾. Seit im März des Jahres — so führt das „pro domo“ aus — der große Faschistenrat in Rom das Projekt eines Ausgleiches mit dem Deutschen Verband verworfen und damit seinen Willen bekundet habe, mit der konzilianteren Politik der früheren italienischen Regierungen zu brechen, seien in fast ununterbrochener Folge eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die deutlich auf eine „snazionalizzazione“ der Deutschen dieser Gebiete hinauslaufen. Dennoch könne eine formelle Démarche bei der italienischen Regierung nicht ins Auge gefaßt werden.

„Die österreichische Regierung ist in keiner Weise zum Schutz italienischer Staatsbürger deutscher Zunge berufen und hat allen Grund, jeden Anschein zu vermeiden, als wolle sie sich eine derartige Rolle anmaßen oder gar als wolle sie sich in irgendwelche — vom italienischen Standpunkt aus — irredentistische Bestrebungen verwickeln lassen.“

Die einzige Basis, auf die eine solche direkte Démarche sich stützen könnte, sei jener Passus aus der Antwort der Alliierten vom 2. September 1919 auf die österreichischen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen, in dem von der Absicht der italienischen Regierung die Rede ist, gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftliche Interessen eine liberale Politik zu befolgen.

„Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß Italien heute den Versuch, aus diesem Passus eine von uns diplomatisch einforderbare Verpflichtung abzuleiten, energisch zurückweisen würde.“

Aber auch der von mancher Seite empfohlene Weg über den Völkerbund sei nicht gangbar.

„Selbst wenn wir die politischen Risiken einer Anrufung dieser Instanz tragen wollten, könnte der Völkerbund selbst die Sache nicht in die Hand nehmen, wenn er nicht den sofortigen Austritt Italiens provozieren will.“

Abschließend heißt es, es bleibe nur der Weg freundschaftlicher Aussprache offen:

„Da jedoch die Maßnahmen der italienischen Regierung im Oberetsch ein lebhaftes Echo und eine gewaltige Erregung in Österreich und besonders in Tirol hervorrufen, und somit ... mit der Möglichkeit unliebsamer Zwischenfälle gerechnet werden muß, ergibt sich die Notwendigkeit, die italienische Regierung in freundschaftlicher Form auf diese Folgewirkungen ihrer Politik im Oberetsch aufmerksam zu machen.“

¹³⁾ Brief des Präsidenten der Landesregierung von Tirol an das Bundeskanzleramt, 22. August 1923, Z 2257/17, NPA 664.

¹⁴⁾ Pro Domo Z 2257/17, 20. September 1923, verfaßt von Bischoff, NPA 664.

Es wurde auch der Text einer solchen freundschaftlichen *Démarche* ausgearbeitet. Doch kam sie nicht zustande. Vermutlich war es Seipel selbst, der zunächst noch zuwarten wollte. Einen Monat nach der Abfassung dieses „pro domo“ sagte er zum italienischen Gesandten,

„Ich mache keine *Démarche*, ich habe keinen Auftrag nach Rom gegeben, um dort zu reklamieren, weil ich weiß, daß Italien in dieser Beziehung sehr empfindlich ist.“¹⁵⁾

4. Die öffentliche Meinung greift das Thema auf

Die Erregung nahm immer mehr zu. Die faschistischen Gesetzgeber kümmerten sich nicht um Proteste und setzten ihre Entnationalisierungspolitik durch eine Reihe von Maßnahmen fort, wobei das schon erwähnte Schulgesetz besonders erbitterte. Vor allem bemächtigte sich die Presse immer mehr und in immer schärferen Tönen des Themas. Der nationalistische Ton beherrschte ja einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung in Italien; die Entnationalisierung der neuen Provinzen, d. h. ihren endlichen Einbau in den italienischen Staat, hieß man gut. Gegen reichsdeutsche und österreichische Proteste reagierte man sehr empfindlich und sah überall italienfeindliche Kundgebungen¹⁶⁾.

Warum, so fragte der faschistische Journalist Attilio Tamaro, Wiener Korrespondent des Mailänder „Il Secolo“ am 14. Oktober, warum setze sich die deutsche und österreichische Presse so sehr für jene 250.000 Deutschen des Alto Adige ein, wo doch acht Millionen Deutsche unter Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien schmachten? Italien brauche seine Politik im Alto Adige nicht rechtfertigen: sie werde durch Deutschland und Österreich selbst gerechtfertigt. Das Problem des Alto Adige bestehe nur, weil es die Deutschen mit einer anhaltenden Propaganda am Leben erhalten¹⁷⁾.

„Solange die Deutschen jenseits der Grenze schreien, daß das Alto Adige deutsch sei und dieses Deutschtum verteidigt und verewigt werden müsse, solange sie damit die Grundlage einer späteren deutschen Rückforderung legen, muß Italien Präventivmaßnahmen treffen, die raschestens einer solchen Forderung jedes Recht und jeden Grund nehmen.“¹⁸⁾

Die österreichischen Zeitungen antworteten zum einen direkt den italienischen Blättern — so kam es zwischen dem Neuen Wiener Tagblatt und dem Secolo zu einer „Pressefehde“. Zum andern brachten sie immer wieder Reportagen aus Südtirol, die Überschriften trugen wie „Deutsches Leid in Südtirol“, „Deutsches Leid im deutschen Süd“¹⁹⁾. Das gab wieder italienischen Blättern Gelegenheit, von einer antiitalienischen Pressekampagne in Österreich zu sprechen.

Das ganze war ein Teufelskreis, weil gerade die Politik der Assimilation, die

¹⁵⁾ Unterredung Seipel—Orsini, Amtsnotiz 25. Oktober 1923, Z 3239/17, NPA 664.

¹⁶⁾ Bericht Nr. 21/P aus Mailand (Konsul Ach) 18. Oktober 1923 Z 3052/17, NPA 664.

¹⁷⁾ Der Artikel „I tedeschi e l'Alto Adige“ liegt dem in Anmerkung 16 zit. Bericht bei.

¹⁸⁾ Beilage zum Bericht Nr. 25/P aus Mailand (Konsul Ach), Z 3237/17, NPA 664.

¹⁹⁾ Z. B. NFP 17. November 1923, Morgenblatt.

das Problem aus der Welt schaffen und die Angst um die Brennergrenze beenden sollte, die öffentliche Meinung in Deutschland und Österreich mobilisierte und die Erinnerung an dieses südlichste deutsche Land wachhielt, wodurch wiederum die Angst in Italien verstärkt wurde. Wohl erhoben sich vereinzelt Stimmen, die gegen diese Aufschaukelung sprachen, nicht zuletzt oppositionelle Blätter in Italien. Sie waren aber viel zu schwach ²⁰⁾.

5. Die Auseinandersetzung erreicht die diplomatische Ebene

Wo Vorwürfe, Anklagen, Verachtung in ständig steigendem Maß bedeutende Presseorgane erfüllte, da war die Gefahr nicht zu leugnen, daß sich diese offenkundige Störung in den Beziehungen der Völker auch auf die Beziehungen der Staaten, auf die offizielle Politik übertrug. Es konnte nicht fehlen, daß sich die Diplomatie einschaltete, deren Aufgabe es ja ist, die guten Beziehungen zu pflegen und auch Streitfällen vorzubeugen. Immer wieder wird in den Berichten aus Italien vor den unangenehmen Folgen der Polemiken gewarnt. Am 27. Oktober schreibt Lothar Egger, der im September 1923 Kwiatkowski als österreichischer Gesandter beim Quirinal nachgefolgt war, nach Wien, er sei zwar anlässlich der gegenwärtigen Pressefehde, die mit einem ungewöhnlichen Mangel an Takt geführt werde, von italienischer Seite noch nicht angesprochen worden, doch müsse er darauf aufmerksam machen, daß die zügellose Fortdauer dieser nutzlosen Angriffe der österreichischen Presse auf ein nun einmal an der Macht befindliches System für Österreich leicht unliebsame Folgen zeitigen könne.

„Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der Moment käme, wo die gebräuchlichen Argumente unsererseits wie: wir hätten keine Zensur und man müsse nationale Gefühle auch bei anderen respektieren, nicht mehr ausreichen, um Italien abzuhalten, in den vielen Detailfragen, die wir noch mit ihm zu regeln haben ²¹⁾, von seiner bisherigen, im ganzen nicht unkonziliananten Haltung abzugehen.“ ²²⁾

Ein weiterer Schritt war, daß der italienische Gesandte in Wien, Orsini, in einer Unterredung mit Bundeskanzler Seipel die Haltung der österreichischen Presse zur Sprache brachte ²³⁾. Orsini war in einer ganz anderen Angelegenheit zum Bundeskanzler gekommen: Mussolini wünschte, daß italienisches Kapital bei der STEWEAG beteiligt werde ²⁴⁾. Die Aussichten für Italien waren aber sehr schlecht. Orsini überbrachte nun die direkte Bitte Mussolinis an Seipel, er möge seinen großen Einfluß verwenden, diese Beteiligung zu erreichen. Es sei eine

²⁰⁾ Bericht Nr. 42/P aus Rom (Gesandter Egger) 27. Oktober 1923, NPA 77 und 644, Z 3166.

²¹⁾ Gemeint sind hier in erster Linie die Verhandlungen über die Contarini-Note, siehe oben S. 139, Anmerkung 19.

²²⁾ Bericht Nr. 42/P aus Rom, wie Anmerkung 20.

²³⁾ Amtsnotiz über eine Unterredung Seipel—Orsini, 5. November 1923, Z 3293/17, NPA 664.

²⁴⁾ Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts AG. Auch Tel. Nr. 85 aus Rom (Egger) 2. November 1923 Z 3189/17, NPA 654 Fol. 334.

Prestigesache und für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen von großer Wichtigkeit. Daraufhin berührte Orsini die Haltung der österreichischen Presse gegenüber Italien und bemerkte, daß dadurch in Italien eine Verstimmung hervorgerufen worden sei.

Orsinis Ausführungen waren in doppelter Hinsicht befremdend. Zum einen, weil schon die Verbindung der italienischen Kapitalbeteiligung mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen nahezu eine Erpressung war, zum andern, weil die Forderung vorgebracht wurde, während gerade Mussolini selbst durch seine Südtirolpolitik die guten Beziehungen störte. Die Eröffnungen Orsinis waren denn auch für Seipel eine willkommene Gelegenheit, dem italienischen Gesandten die Widersprüche der italienischen Politik ins Gesicht zu sagen. Er erwiderte, daß eine Verstimmung viel mehr als in Italien in Österreich begreiflich erscheine.

„Es ist dies eine Sache des Gefühls, und Sie verstehen recht gut, warum die Presse bei uns verstimmt ist.“

Es werde ihm sogar vorgeworfen, daß er eine italophile Politik mache.

„Wie kann ich aber eine solche Politik machen und im konkreten Falle zugunsten italienischer Wünsche unterstützend eingreifen, wenn Sie mir Schwierigkeiten machen.“

Er müsse, wenn er jetzt die Regierung übernehmen solle (am 21. Oktober hatten Nationalratswahlen stattgefunden), mit den Großdeutschen verhandeln, doch

„Wie kann ich diese in die Koalition bringen, wenn gegen die Deutschen in Südtirol so vorgegangen wird, wie es von seiten Italiens jetzt geschieht?“

In der letzten Bemerkung war sicher ein Gutteil Taktik enthalten, denn sosehr auch die Großdeutschen die Entnationalisierungspolitik verurteilten, sie wäre nicht Grund genug gewesen, nicht an der Regierung teilzunehmen. Obwohl in den kommenden Jahren in Südtirol noch viel ärgere Maßnahmen getroffen wurden, obwohl z. B. die Schule tatsächlich vollkommen italianisiert wurde, sind die Großdeutschen in der Regierung geblieben.

Doch insgesamt traf Seipel hier genau den Kern der Sache. Es war auf die Dauer unmöglich für Österreich, eine „italienische Politik zu treiben“, das hieß nicht nur, gute Beziehungen zu pflegen, sondern der italienischen Konzeption von der Großmacht im Donaauraum zu folgen, wenn Italien das Gefühl der Österreicher so rücksichtslos verletzte.

Orsini verstand genau, was Seipel meinte. In der Amtsnotiz, die die Unterredung festhält, heißt es:

„Diese Eröffnungen haben auf Orsini einen niederschmetternden Eindruck gemacht und er erbot sich sofort, nach Rom zu telegraphieren: der Bundeskanzler möge ihm sagen, was er telegraphieren solle. Dr. Seipel entgegnete ihm, er möge schreiben oder telegraphieren, was er wolle.“²⁵⁾

Dennoch intervenierte Seipel und erreichte die gewünschte Beteiligung des italienischen Kapitals. Der Gesandte Egger erhielt den Auftrag, dies zu melden,

²⁵⁾ Leider enthält die italienische Aktenpublikation (DDI) kein diesbezügliches Telegramm.

gleichzeitig aber auch mitzuteilen, daß die öffentliche Meinung wegen der Vorkommnisse in Südtirol schwer italienfreundlich zu beeinflussen sei. Im Außenministerium in Rom nahm man diese Mitteilung „ohne Gegenbemerkung“ zur Kenntnis ²⁶⁾. Man war sich wohl bewußt, daß die faschistische Minderheitenpolitik zu den außenpolitischen Zielen in Widerspruch stand, doch konnte man nichts anderes tun, als sich auf eine strenge Trennung zwischen inneren Angelegenheiten und auswärtigen Beziehungen hinausreden.

6. Die Auseinandersetzung erreicht die parlamentarische Ebene

Mitte November spitzte sich die Lage zu und die Auseinandersetzung erreichte nun nach der diplomatischen auch noch die parlamentarische Ebene.

Das auslösende Moment lieferten die Tiroler. Am 13. November eröffnete der Tiroler Landtag seine Herbstsession, und obwohl Landeshauptmann Dr. Stumpf mahnte, gerade die Sympathie mit den Südtirolern mache es zur gebieterischen Pflicht, daß man seine Worte und Taten einer strengen Zensur unterwerfe ²⁷⁾, wurde wieder ein Dringlichkeitsantrag über Südtirol eingebracht.

Am 16. November hielt Mussolini im Senat seine erste Rede zur Außenpolitik. Er beschäftigte sich vor allem mit der Reparationsfrage, forderte die Herabsetzung der deutschen und interalliierten Schulden, ein Moratorium und die Räumung des Ruhrgebietes, brach also insgesamt eine Lanze für Deutschland. Ganz kurz kam er auch auf Österreich zu sprechen. Er erwähnte die Opfer, die Italien für Österreich gebracht habe und fügte bei, daß er trotzdem sehr häufig in den Wiener Zeitungen Artikel lesen müsse, die Italien gegenüber sehr wenig korrekt („sconveniente“) seien ²⁸⁾.

Einen Tag später wurde in Innsbruck der erwähnte Antrag behandelt und einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Der Landtag von Tirol protestiert feierlichst gegen die Schließung der deutschen Volksschulen in Südtirol und gegen die Unterdrückung der dort ansässigen deutschen Bevölkerung. Die Bundesregierung wird dringendst aufgefordert, durch unseren Gesandten die kgl. italienische Regierung an ihre bei der Abschließung des Friedensvertrages abgegebenen Versprechungen des Schutzes der Minderheit zu erinnern und die Zurücknahme der Schulverordnungen zu verlangen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch das Ministerium des Äußeren das berechnete Verlangen der Tiroler nach Wahrung der Rechte der Deutschen in Südtirol an den Völkerbund weiterzuleiten und diesen um sein sofortiges Einschreiten zu ersuchen.“ ²⁹⁾

Österreich sollte also von Italien direkt die Zurücknahme der Schulverordnungen verlangen und den Völkerbund anrufen. Beides waren unannehmbare Forderungen.

²⁶⁾ Bericht Nr. 50/P aus Rom (Egger) 7. November 1923, NPA 77 und 664, Z 3423/17.

²⁷⁾ Stumpf arbeitete mit Wien (Seipel) sehr gut zusammen.

²⁸⁾ Tel. Nr. 88 aus Rom (Egger) 17. November 1923, Z 3428/17 NPA 664; auch die Zeitungen berichteten darüber.

²⁹⁾ Brief des Landeshauptmannes von Tirol, Dr. Stumpf, an das Bundeskanzleramt, 19. November 1923, Z 3525/17, NPA 664.

Am 18. November wurde in Innsbruck eine großangelegte Massenkundgebung gegen die Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol veranstaltet. Im Stadtsaal — mit schwarzumflorten Bildern Andreas Hofers und des Schlosses Tirol geschmückt — fand eine Versammlung statt, bei der u. a. der Bürgermeister von Innsbruck und ein Nationalratsabgeordneter sprachen und die mit der Annahme einer flammenden EntschlieÙung endete: „Mit brutaler Mißachtung göttlichen wie menschlichen Rechtes hat die italienische Regierung . . .“³⁰⁾.

Diese Ereignisse veranlaÙten Rom, von Österreich ein klärendes Wort zu verlangen. Ebenso hatte Seipel den Entschluß gefaßt, im Nationalrat Stellung zu nehmen. Denn sowohl Rom als auch Wien waren an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen interessiert.

Contarini ließ den österreichischen Geschäftsträger Freudenthal³¹⁾ zu sich kommen und teilte ihm in sehr ernstem Tone mit, daß der Ministerpräsident über den einstimmig von allen Parteien im Tiroler Landtag angenommenen Protest und über die Aufforderung, sich an den Völkerbund zu wenden, sehr aufgebracht sei³²⁾. Er versicherte, daß Mussolini von besten Intentionen gegenüber Österreich erfüllt sei, doch diese wiederholten Zwischenfälle, wie das in Innsbruck Geschehene, müÙten der ganzen italienischen Politik Österreich gegenüber eine neue Wendung geben. Ferner erfuhr der Geschäftsträger, daß weitere Instruktionen der italienischen Regierung an den Gesandten Orsini von der Antwort der Bundesregierung abhängen würden, und daß die italienische Regierung vorläufig den Auftrag gegeben habe, allen Tiroler Abgeordneten und den Beamten der Landesregierung Einreisevisa nach Italien zu verweigern³³⁾.

Seipel war aber ohnehin schon entschlossen, im Nationalrat Stellung zu nehmen. Er konnte den Tiroler Landtagsbeschluß nach den vorangegangenen Wochen der Agitation nicht einfach unbeantwortet lassen. Zufällig war die nächste Sitzung die Eröffnungssitzung des neuen aus den Wahlen vom 21. Oktober 1923 hervorgegangenen Nationalrates. Für den 21. November war die Vorstellung des neuen Kabinetts vorgesehen.

Am 18. November teilte Seipel Orsini seine Absicht mit. Er werde sehr maßvoll sprechen, sodaß Mussolini zufrieden sein werde, obwohl er den Schmerz, den St. Germain in den Herzen der Österreicher gelassen habe, erwähnen müsse. Den Tiroler Landtagsbeschluß werde er offen zurückweisen. Allerdings, wenn die Einreise nach Italien für Tiroler Abgeordnete verboten werde, müsse Österreich mit ähnlichen Maßnahmen antworten. Damit würden sich die Regierungen auf einen Weg begeben, der zum Bruch der Beziehungen führe. Er hoffe sehr, Mussolini werde ihm helfen, indem er die Tätigkeit der Trentiner Gruppen mäßige, damit nicht Sentiments und Ressentiments das friedliche Zusammenleben bedrohten³⁴⁾.

³⁰⁾ Innsbrucker Nachrichten 19. November 1923.

³¹⁾ Der Gesandte Egger befand sich krankheitshalber in Wien.

³²⁾ Tel. Nr. aus Rom (Freudenthal) 19. November 1923, Z 3448/17, NPA 664.

³³⁾ Das war ein Vorschlag des italienischen Konsuls in Innsbruck gewesen, den Mussolini approbiert hatte; DDI/VII/II Nr. 480; Weitere Berichte des Konsuls: Nr. 479, 481.

³⁴⁾ Tel. Orsini an Mussolini 19. November 1923, DDI/VVI/II Nr. 483 und 484.

Zwei Tage später ersuchte Orsini — er hatte inzwischen offensichtlich Instruktionen erhalten — Außenminister Grünberger, der Bundeskanzler möge im Parlamente doch in einer möglichst entschiedenen Weise sprechen, damit die Manifestationen gegen Italien künftig eingeschränkt würden. Nur durch ein entsprechend energisches Wort des Bundeskanzlers im Parlament könne vermieden werden, daß man in Österreich einen Weg einschlage, der die Beziehungen zu Italien wesentlich schädigen müsse. Der Bundeskanzler möge Worte finden, „die in Rom einen guten Eindruck hervorrufen. Andernfalls würden alle unsere Bemühungen der letzten Jahre vergeblich gewesen sein“³⁵).

Seipel war in keiner angenehmen Lage. Er mußte — oder wollte — eine Formulierung finden, die Italien zufriedenstellte und dennoch dem österreichischen Standpunkt und den österreichischen Gefühlen gerecht wurde.

Zuerst sprach Seipel von der Sanierungsaktion, von der Dankbarkeit Österreichs den Staaten gegenüber, die geholfen hatten, und vom Willen Österreichs zu guten Beziehungen³⁶). Leider, fuhr er fort, werde es Österreich nicht immer leicht gemacht, „denen, die uns als Staat sicher wohlwollen und ihr Wohlwollen auch praktisch betätigt haben“ — das war eine Verbeugung vor Italien — immer ein zufriedenes Gesicht zu zeigen. Österreich könne nichts dafür, daß es in mancher Hinsicht recht empfindlich sei.

„Beim Friedensschluß wurden fast auf allen Seiten die Grenzen unseres Staates durch das lebendige Fleisch unseres Volkes gezogen. (Bewegung.)“

Aber Österreich schicke sich in die unvermeidlichen Dinge:

„Wir haben sicher schon zur Genüge gezeigt, daß wir uns mit Tatsachen, die wir nicht ändern können, abzufinden verstehen; daß wir das alte Wort ‚Hic Rhodus, hic salta!‘ singgemäß auch als für den Politiker geltend anerkennen, daß wir die Politik nicht als bloße Sache des Gefühls, sondern als die des kühl abwägenden Verstandes, mag dabei das Herz auch zucken, betrachten.“

Nach diesem Bekenntnis zum status quo und dieser Absage an eine revisionistische Politik fuhr Seipel, an die Adresse Italiens gerichtet, fort:

„Aber daß das österreichische Volk die Klagerufe seiner Blutsverwandten im Deutschen Reich und in Italien nicht höre oder darauf nicht einmal in Wort und Schrift antworte, das kann man füglich nicht erwarten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)“

Das Folgende war dann das „energische Wort“, um das Orsini gebeten hatte. An die Presse und an den Tiroler Landtag gerichtet sagte Seipel:

„Ich billige die klugen Worte des Landeshauptmannes von Tirol, in denen dieser kürzlich bei Eröffnung einer neuen Tagung des Tiroler Landtages ausgesprochen hat, daß wir alle unsere Taten und selbst Worte sorgfältig daraufhin prüfen müssen, ob sie nicht geeignet sind, jenen zu schaden, die wir doch unserer Sympathien versichern wollen. Ich nehme heute diese Worte auf und gebe die in ihnen enthaltene Mahnung insbesondere an die österreichische Presse

³⁵) Meldung des Herrn Ministers an den Bundeskanzler, 20. November 1923, Z 3482/17, NPA 664.

³⁶) Seipel im Nationalrat am 21. November 1923, Nationalratsprotokolle; Wiener Zeitung 22. November 1923, S. 2.

weiter. Ich muß aber auch darauf bestehen, daß offizielle Äußerungen, die außenpolitisch belangreich sind, der Bundesregierung überlassen werden, der sie alleine zukommen.“

Seipel schloß diesen Absatz in der Hoffnung, daß jene, die sich jetzt scheinbar ganz unversöhnlich gegenüber stünden, doch einmal in gemeinsamem Bemühen den Weg zu einem gerechten Ausgleich finden würden.

Was enthält diese erste Südtirolerklärung Seipels, die ein besonderes Gewicht auch dadurch bekam, daß sie im Rahmen einer Regierungserklärung abgegeben wurde? Ohne das verbotene Wort Südtirol zu nennen, ohne aber auch auf den offiziellen Namen Alto Adige oder Oberetsch auszuweichen³⁷⁾, ohne in die inneren Angelegenheiten Italiens einzugreifen, richtete er eine klare Adresse an Italien, indem er zu verstehen gab, daß die Klagerufe der Blutsverwandten in Italien doch berechtigt seien, und indem er das Recht der Presse, sich damit zu beschäftigen, unterstrich. Gleichzeitig aber erfüllte er nicht minder klar die italienischen Wünsche, die Presse und die Tiroler zurechtzuweisen, indem er jene (mit den Worten des Tiroler Landeshauptmannes!) zur Mäßigung mahnte und dem Tiroler Landtag gegenüber auf die alleinige Zuständigkeit der Bundesregierung in außenpolitischen Fragen pochte.

So verteidigte und rügte er die Presse, lobte und tadelte er die Tiroler, erfüllte die Wünsche Roms und sprach doch von Unzufriedenheit mit Italien. Daraus wird verständlich, daß die Erklärung, so geschickt sie auch war, doch beiderseits Unzufriedenheit auslöste. In Tirol war man aufgebracht über die „unerhörte Rüge für den Tiroler Landtag“³⁸⁾. Es gab eine neuerliche Interpellation, die Innsbrucker übten sich, wie Landeshauptmann Stumpf an Seipel schrieb, in der „Hochkonjunktur des nationalen Tirolertums“³⁹⁾. Der Innsbrucker Gemeinderat beschloß, einige Straßen und Plätze in Südtiroler Namen umzubenennen: „Südtiroler Platz“, „Bozner Platz“, „Salurnerstraße“ usw., damit die Erinnerung ständig wachgehalten werde. Auch die italienische Presse reagierte nicht sehr freundlich⁴⁰⁾. Insgesamt trat jedoch in den kommenden Wochen eine merkbliche Beruhigung ein.

Doch wie nahm Rom selbst die Erklärung des Bundeskanzlers auf? Zunächst hüllte man sich mehrere Tage lang in Schweigen, weshalb man in Wien — wie Orsini nach Rom berichtete — recht nervös sei⁴¹⁾. Am 3. Dezember berichtete Freudenthal aus Rom, man empfinde die Erklärungen als ungenügend, um die Beschlüsse des Tiroler Landtages vergessen zu machen. Er konstatierte eine „Periode vorübergehender Verstimmung“⁴²⁾.

Am 9. Dezember überbrachte Orsini endlich die Antwort Mussolinis⁴³⁾. Er sei

37) Wie Bundeskanzler Ramek 1926 (Rede vor dem Hauptausschuß des Nationalrates am 17. Februar), weshalb er heftigst angegriffen wurde.

38) Innsbrucker Nachrichten 23. November 1923.

39) Privatschreiben des Landeshauptmannes Dr. Stumpf an Bundeskanzler Dr. Seipel, 25. November 1923, (Abschrift), Z 3611/17, NPA 664.

40) Bericht Nr. 63/P aus Rom (Freudenthal) 3. Dezember 1923.

41) Tel. Orsini an Mussolini 24. November 1923, DDI/VII/II Nr. 486.

42) Bericht 63/P, wie Anmerkung 40.

43) Tel. Mussolini an Orsini 9. Dezember 1923, DDI/VII/II Nr. 500.

der Meinung, daß der Kanzler, wenn er im Parlament weniger zweideutig geredet (un linguaggio meno ambiguo), sondern klarer und energischer gezeigt hätte, daß es Österreichs Wunsch und Interesse sei, mit Italien zusammenzugehen, daß dann die antiitalienische Agitation hätte eingehalten werden können. Dagegen müsse er statt einer Beruhigung eine Intensivierung feststellen, was die Beziehungen zwischen den beiden Ländern kompromittieren müsse.

Um dem abzuhelpen, griff man in Wien zu einem persönlichen Mittel: Bundeskanzler Seipel ließ durch den Gesandten Egger anlässlich dessen Rückkehr von seinem Krankenaufenthalt nach Rom eine „Message“ an Mussolini bestellen. (Auch fünf Jahre später, als Mussolini nach einer Südtiroldebatte im österreichischen Nationalrat demonstrativ den italienischen Gesandten aus Wien abberief, bediente sich Seipel der direkten Botschaft oder Message zur Beilegung des Konfliktes.)

Von einer antiitalienischen Kampagne in Österreich könne nicht gesprochen werden, ließ Seipel mitteilen⁴⁴⁾. Das Vorgehen der italienischen Lokalbehörden im Alto Adige sei allerdings nicht ohne Echo geblieben. Er wies auf die erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung hin, eine Beruhigung herbeizuführen. Er machte auch aufmerksam,

„daß Kundgebungen in Österreich wegen Fragen des Adige von verschiedener Seite, namentlich aber durch den hiesigen Secolo-Korrespondenten Tamaro unrichtigerweise als eine feindselige Kampagne gegen Italien dargestellt würden.“

Der harte Kern der Message war, daß der Bundeskanzler auf seinem „schon gelegentlich der Mailänder Entrevue bekanntgegebenen Standpunkt“ verharren müsse,

„daß ein wirklich freundschaftliches und ungestörtes Zusammenwirken zwischen Österreich und Italien erst nach Herstellung eines *modus vivendi* in Alto Adige möglich sei.“

Am 22. Dezember empfing Mussolini den österreichischen Gesandten. Das Gespräch bezeichnet den deutlichen Abschluß der Auseinandersetzungen und ein Ende der „Verstimmung“⁴⁵⁾. Mussolini zeigte sich befriedigt über das Abflauen der Beunruhigung, ließ Eggers Erklärung, es gebe keine antiitalienische Kampagne, unwidersprochen und beantwortete die Bemerkung über Tamaro, daß dieser „keinerlei offizielle Mission habe“. Als Egger auf die Forderung nach dem *modus vivendi* zu reden kam, fiel ihm Mussolini mit großer Lebhaftigkeit ins Wort und erklärte: „Der *modus vivendi* ist gefunden.“ Er habe soeben in einer Sitzung, an der auch der Präfekt von Trient teilgenommen habe, angeordnet, daß der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde und daß der übrige Unterricht zwar italienisch sei, aber Deutsch als fakultativer Gegenstand bleibe.

Das war immerhin eine kleine Milderung des Schulgesetzes und ein gewisser Erfolg für Seipel. Egger berichtete, daß sein Empfang bei Mussolini um einige Tage verzögert worden war, obwohl bekannt war, daß er eine Message Seipels

⁴⁴⁾ Text der Message: NPA 664, Z 3849/17.

⁴⁵⁾ Tel. Nr. 94 aus Rom (Egger) 22. Dezember 1923, Z 3988/17, NPA 664 und Bericht Nr. 69/P aus Rom (Egger) 24. Dezember 1923, Z 4065/17, NPA 664

mitbringe. Egger meinte dazu, zwischen dieser Verzögerung und den in der Zwischenzeit gefaßten Beschlüssen betreffend das Alto Adige sei ein ursächlicher Zusammenhang anzunehmen.

Egger wurde nach der Mitteilung Mussolinis über die Regelung des Deutschunterrichts „in liebenswürdigster Weise verabschiedet“.

Was man in Wien als Erfolg empfand, war, daß man gewissermaßen mit Rom ins Gespräch gekommen zu sein glaubte. Außenminister Grünberger formulierte es bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates so:

„Ohne den meritorischen Wert der vom italienischen Kabinettschef gemachten Zusagen überschätzen zu wollen, ist doch die Tatsache nicht zu übersehen, daß wir durch unseren Vertreter in Rom mit der italienischen Regierung über die Südtiroler Angelegenheiten, wenn auch nur offiziös und vertraulich, reden konnten, und es ist von Wichtigkeit, daß uns dieser Weg auch für die Zukunft nicht verschlossen werde ...“⁴⁶⁾

Die Atmosphäre war jedenfalls gereinigt, das neue Jahr 1924 konnte unter freundlichen Vorzeichen beginnen. Doch war das Problem nun wirklich geklärt? Waren die eigentlichen Ursachen der Spannung durch diesen *modus vivendi* behoben, oder waren bloß die unmittelbaren diplomatischen Verstimmungen bereinigt? Hatte man einen dauerhaften Kompromiß gefunden? Davon konnte keine Rede sein.

7. Ausblick

Die Standpunkte waren nach wie vor entgegengesetzt. Man war in Rom lediglich aus außenpolitischen Gründen zu einem kleinen Zugeständnis bereit gewesen. Von einer grundsätzlichen Anerkennung des Rechtes der Minderheit auf Schutz und Ausnahmeregelung war man weit entfernt. So wurde z. B. am 3. Mai 1924 die Einführung der italienischen Sprache in allen Kindergärten Südtirols verfügt. Am 23. August 1924 wurde die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Bozen aufgelöst. 1925, das Jahr, in dem in Italien die volle Diktatur errichtet wurde, brachte auch Schikanen für die deutsche Presse in Südtirol und ihre fast vollständige Unterdrückung.

Auch der *modus vivendi* von 1923 war nicht von langer Dauer. Der restliche deutsche Unterricht wurde am 22. November 1925 abgeschafft. Der deutsche Religionsunterricht an den Schulen hielt sich etwas länger, doch wurde auch er 1928 durch den Pfarreligionsunterricht ersetzt, sodaß die Schule vollkommen italianisiert war.

Es konnte also nicht ausbleiben, daß es wieder zu Auseinandersetzungen kam. Die Ereignisse des Jahres 1923 betreffend Südtirol sind für die österreichisch-italienischen Beziehungen für Jahre hinaus symptomatisch. In den folgenden Jahren kam es mehrmals zu ähnlichen Verstimmungen. In die Literatur ist vor allem jene des Jahres 1928 eingegangen, als Mussolini den Wiener Gesandten

⁴⁶⁾ Exposé des Außenministers Grünberger im Hauptausschuß am 10. Jänner 1924, NPA 342 Fol. 93 ff.

„zur Berichterstattung“ nach Rom berief und Seipel nur durch eine formelle Erklärung, daß Südtirol eine rein inneritalienische Angelegenheit sei, die Rückkehr des Gesandten erreichen konnte. Alle diese Krisen waren nur Wiederholungen dessen, was 1923 geschehen war.

Schon in diesem ersten Jahr des Faschismus sind die Weichen gestellt. Alle Elemente der späteren Auseinandersetzungen sind vorhanden:

- die faschistische radikale Entnationalisierungspolitik und die Begründung, die pangermanistische Propaganda zwingt Italien zu solchen Maßnahmen zur Sicherung der Brennergrenze;
- die offizielle österreichische Politik der Nichteinmischung, und gleichzeitige Versuche, auf vertraulicher Ebene eine Erleichterung für die Südtiroler zu erreichen;
- die grundsätzliche Bemerkung österreichischerseits, daß eine wirklich freundschaftliche Zusammenarbeit so nicht möglich sei;
- die Radikalisierung der Frage durch lokale Faktoren: Übereifer in Trient, heftigste Reaktionen in Tirol;
- „feindliche“ Presseartikel, Pressefehden, Pressekampagnen, dauernde Klagen der Presseattachés, freundschaftliches Aufmerksammachen auf ungehörige Presseerzeugnisse durch die Gesandten usw. — all das war in den Zwanzigerjahren an der Tagesordnung ⁴⁷⁾;
- schließlich Anfragen, Interpellationen, Debatten und Erklärungen im Parlament.

Für die österreichisch-italienischen Beziehungen ist die Machtergreifung des Faschismus und dessen erstes Jahr eine eindeutige Zäsur. Die Auswirkungen der faschistischen Südtirolpolitik zeigen es besonders deutlich.

Die Jahre 1919—1922 hätten die Chance bieten können, wenn der Weg einer demokratischen Politik konsequent weiter beschritten worden wäre, von jenem eigentümlichen und unbefriedigenden Verhältnis zwischen Österreich und Italien wegzukommen, wie es vor dem Ersten Weltkrieg geherrscht hatte — nämlich nach außen hin „korrekte“ Beziehungen, gleichzeitig aber Mißtrauen und „Erbfeindschaft“. Diese Chance wurde nun vertan. Es war aber keineswegs die einzige Chance, die damals vertan wurde. Die Hoffnungen Renners und Nittis erfüllten sich nicht. Es waren nicht die einzigen Hoffnungen, die sich damals nicht erfüllten.

47) NPA 658, 659, 664—669.

Schluß: Der größere Zusammenhang

DIE JAHRE 1919—1923 IM RAHMEN VON 150 JAHREN ÖSTERREICHISCH-ITALIENISCHER BEZIEHUNGEN

Ziel dieser Arbeit war es, den Ablauf der Beziehungen zwischen Österreich und Italien in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg — z. T. anhand neuer Quellen — zu rekonstruieren. Diese Jahre sind aber nur ein kleiner Teil der langen Geschichte der österreichisch-italienischen Nachbarschaft. Die volle Bedeutung dessen, was zwischen Italien und Österreich in diesen Jahren vorgefallen ist, läßt sich erst erkennen, wenn man es in den größeren Zusammenhang einzuordnen versucht; denn es ging, wie schon einleitend gesagt wurde, weder darum, einen Sektor der Außenpolitik der Ersten Republik zu beschreiben, noch um eine bloße Studie über die 20er Jahre, sondern um die Beziehungen zwischen Österreich und Italien. Welche Stellung den Jahren 1919—1923 im Rahmen dieser Fragestellung zukommt, kann nur bestimmt werden, wenn man diese im Detail untersuchten Jahre zu dem in Beziehung setzt, was vorher und nachher war.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Ausgangslage im Jahre 1919, zu Beginn des untersuchten Zeitraumes. Sowohl aus österreichischer wie aus italienischer Sicht stellte sich rückschauend das 19. Jahrhundert für die Beziehungen zwischen dem Kaisertum Österreich bzw. der Österreichisch-Ungarischen Monarchie einerseits und dem zuerst nur in den Köpfen der Patrioten, ab 1861 tatsächlich bestehenden italienischen Staat andererseits als eine Zeit dar, die ständig von Gegensätzen und Spannungen erfüllt war, und da wie dort bezeichnete man diesen Zustand häufig mit dem bösen Wort „Erbfeindschaft“: Österreich als *nemico ereditario* Italiens, Italien als verräterischer Erbfeind Österreichs.

In der Tat, seit die italienische Nation sich als solche zu begreifen begonnen und den Wunsch entwickelt hatte, einen italienischen Nationalstaat zu bilden, war Österreich das Haupthindernis zur Erreichung dieses Zieles gewesen. Das italienische *Risorgimento* hatte die Einheit, Freiheit (im Innern) und Unabhängigkeit Italiens erstrebt. Alle diese untereinander eng verbundenen Forderungen konnten nur gegen Österreich verwirklicht werden, denn der Kampf um die Einheit Italiens war zugleich ein Kampf um die Unabhängigkeit von Österreich gewesen, und die Freiheitsideale der Französischen Revolution waren vom Österreich der Restauration unterdrückt worden. So war Österreich nach 1815 zum ersten Gegner der italienischen Einigungsbewegung geworden. Aber auch nach 1861, nach

der Verwirklichung des italienischen Staates, war Österreich noch ein halbes Jahrhundert der Vollendung der nationalen Einheit Italiens im Wege gestanden.

Gewiß, über 30 Jahre lang, von 1882—1915, waren die Habsburgermonarchie und das Königreich Italien Verbündete im Dreibund gewesen. Aber der Dreibund war eine Konstruktion der Staatsraison geblieben, welche „die beiden Staaten durch die präzisen Verbindungen wohl fest verband, aber nicht wirklich näher zusammenbrachte“¹⁾. Waren auch die Beziehungen auf Regierungsebene korrekt gewesen, so hatte doch die Bewegung des Irredentismus eine ständig wachsende Spannung und ein Mißtrauen verursacht, die sogar österreichischerseits die Idee vom „Präventivkrieg“ — gegen den Verbündeten — hatte entstehen lassen. Denn es war nicht nur Österreich zum *nemico ereditario* Italiens geworden, auch Italien war vom österreichischen Blickpunkt aus ein Staat gewesen, dem mit Mißtrauen zu begegnen war: das *Risorgimento*, der „Raub des Kirchenstaates“, der Irredentismus waren Gründe genug gewesen.

Der Erste Weltkrieg hatte die Beziehungen zwischen den beiden Staaten aus der seit 1866 nur mehr latenten Erbfeindschaft zur Feindschaft im wörtlichen Sinn umschlagen lassen, mit allen Folgen auch auf emotionaler Ebene. Aber gerade der Ausgang des Ersten Weltkrieges schien dem säkularen Gegensatz ein radikales Ende bereitet zu haben. Durch den Zerfall der Habsburgermonarchie war dem alten Streit der Boden entzogen. Die Republik Österreich empfand sich als ein neuer Staat, den anderen Nachfolgestaaten gleich, unbelastet von den Befürchtungen, aber auch von den Ambitionen der Monarchie. Warum sollte es nicht möglich sein, zu problemlosen Beziehungen zu gelangen, in denen nicht mehr das Trennende den Ton angab, sondern das Gemeinsame und Verbindende, das ja stets auch vorhanden gewesen und bloß überdeckt worden war? Das einzige Problem war die Brennergrenze, doch waren 1919 viele Grenzen verschoben worden; es gab für Österreich noch andere Grenzfragen, sodaß die Aufmerksamkeit verteilt war; die Hoffnung auf gerechte Behandlung der deutschen Minderheit in Italien war durchaus noch berechtigt; kurz, es war nicht alles vergeben. Italien seinerseits hatte noch weniger Grund, die Beziehungen zum neuen, kleinen Österreich durch die Vergangenheit belasten zu lassen, hatte es doch seine Ziele gegen die Habsburgermonarchie mehr als vollkommen erreicht.

Ein Zitat möge diese Ausgangslage noch einmal veranschaulichen. Anlässlich der Romreise des Staatskanzlers Renner schrieb die sozialistische Arbeiter-Zeitung folgendes — man beachte die versöhnliche Geschichtsinterpretation —:

„Zwischen Italien und uns steht alte Schuld. Das Reich der Habsburger war jahrhundertlang der Feind, der Bedrücker Italiens. In einer ganzen Reihe von Revolutionen und Kriegen gegen Habsburg hat das italienische Volk seine Freiheit und Einheit blutig erstreiten müssen. Und als es sie errungen hatte, lebte die alte Feindschaft weiter. Österreich war den Italienern immer noch der Erbfeind, der ja immer noch Triest und Trient in seinen Fesseln hielt. Italien war den Habsburgern und ihrem klerikalen Heerbann das „kirchenräuberische Königreich“, das die weltliche Herrschaft des Papstes zerstört hatte. /.../ ... den Schwarzen ist jede Annäherung an Italien immer noch im Herzen zuwider. Wer aber nicht vatikanische, sondern deutschösterreichische Politik machen will, kann nicht verkennen, daß Deutschösterreich die Hilfe des mächtigsten

1) Furlani, in: Furlani-Wandruszka, Österreich und Italien, S. 230.

unter seinen Nachbarn nicht entbehren kann ... daß schließlich auch das Schicksal des deutschen Gaues in Südtirol nicht durch Kühle oder Feindschaft gegen Italien gewendet werden kann, sondern erst dann wird gewendet werden können, wenn die beiden Völker einander näher-rücken, einander Freunde werden und darum die einzige Streitfrage, die zwischen ihnen steht, werden billig schlichten wollen. /.../ Nur die Republik, die jede Verantwortung für die Jahrhunderte alte Schuld der Habsburger guten Glaubens ablehnen kann, die in Italiens Revolutionen und Kriegen gegen die Habsburger ein großes, ruhmvolles Stück der Geschichte der europäischen Demokratie sieht, der sie selbst entstammt und der sie selbst sich zugehörig fühlt, deren Herzen Garibaldi und Mazzini näher, viel näher sind als Radetzky und der Habsburger Albrecht, die mit der traditionellen antiitalienischen Politik der Schwarzen und Schwarz-Gelben entschlossen und für immer gebrochen hat, nur sie kann das Band weben, das das italienische und das deutsche Volk nach so altem, unseligem Zerwürfnis einander verbinden soll.“²⁾

Auch wenn man das allzu Parteigebundene dieser Darstellung des österreichisch-italienischen Verhältnisses wegläßt, bleibt doch eine starke Überzeugung übrig, daß a) weder die Vergangenheit, b) noch Südtirol ein unüberwindliches Hindernis sind, um c) zu einer dauernden Verbindung in Freundschaft zu kommen. In dieser Auflockerung der erstarrten Verhältnisse liegt das Besondere der ersten Nachkriegsjahre. Es waren gerade die umwälzenden Veränderungen im österreichisch-italienischen Verhältnis und die damit verbundene Auflösung der alten, in verschiedener Form seit einem Jahrhundert bestehenden Interessengegensätze, welche die Möglichkeit boten, nicht nur zu guten Beziehungen im diplomatischen Sinn, sondern mit der Zeit auch zu einem neuen Klima zu kommen. 1919/20 war das Bewußtsein eines neuen Anfangs jedenfalls vorhanden, und auf beiden Seiten war man gewillt, aufrichtige gute Beziehungen zu knüpfen.

Wenn man nun von hier aus den Blick nach vorn richtet, dann muß man feststellen, daß diese Bemühungen erfolglos und die Hoffnungen unerfüllt blieben. Es konnte im Laufe dieser Arbeit gezeigt werden, weshalb die Beziehungen nicht die erhoffte Bereinigung erfuhren; weshalb sich auch zwischen Italien und der *Republik* Österreich ein doppelbödiges, unbefriedigendes Verhältnis entwickelte; welche Konfliktursachen fortbestehen blieben oder neu entstanden; und wann diese verschiedenen Elemente so offenkundig und wirksam wurden, daß sie die weitere Entwicklung entscheidend bestimmten. Es handelt sich dabei sowohl um grundlegende Fragen, wie die verschiedene Auffassung von Wesen und Ziel des Staates, als auch um damit zusammenhängende konkrete politische Aktionen. Zusammenfassend seien hier diese Hindernisse noch einmal dargestellt.

Die Ansichten über den eigenen Staat gingen in Italien und Österreich so weit auseinander wie möglich. Italien zählte sich zu den Großmächten und wollte einen dementsprechenden Platz einnehmen. Österreich war ein Staat wider Willen. Daraus ergab sich für die gegenseitigen Beziehungen zweierlei.

1. Es konnte der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen nicht förderlich sein, daß die liberale, demokratische Richtung in der italienischen Außenpolitik durch die nationalistisch-imperialistische mit ihren Hegemonieansprüchen verdrängt wurde. Dadurch wurde Österreich in zunehmendem Maße zu einem Ob-

²⁾ Arbeiter-Zeitung 14. April 1920, Leitartikel.

jekt der italienischen Außenpolitik, die nicht fragte, ob sich ihre Ziele mit den wahren Interessen Österreichs deckten oder nicht. Diese Komponente beginnt schon mit den Bemühungen Torrettas, Österreich von engeren Beziehungen zu Prag und Belgrad abzuhalten. Sie erfährt im Sommer 1922 eine besondere Verstärkung im Zusammenhang mit der Sanierung, als Italien heftig um seinen Einfluß in Österreich kämpfte. Sie wird vom Faschismus voll und ganz übernommen.

Die Folge dieser Entwicklung war im Großen, daß an die Stelle der Idee einer engen Zusammenarbeit der neuen Staaten im Donauraum (Sforza: „... sich untereinander organisieren, statt sich hermetisch abzuschließen in einem exklusiven Nationalismus ...“³⁾) das Streben nach einem von Italien beherrschten Donau-Balkan-System trat. Dadurch wurden Rivalitäten und Blockbildungen begünstigt und eine Konsolidierung der Verhältnisse unter den Nachfolgestaaten erschwert (Politica: „... die Nord- von den Südslawen endgültig trennen; jeden Plan einer Donaukonföderation für immer vereiteln ...“⁴⁾).

Im Einzelnen bedeutete es, daß man Österreich zu gängeln versuchte, daß jeder Schritt Österreichs von Rom weg dort kritisiert wurde, ganz gleich ob sich Österreich nach Prag, Paris oder zum Völkerbund wandte. Er konnte durchaus auch der Fall eintreten, daß die imperialistischen Interessen Italiens mit den Interessen Österreichs zusammenfielen. Ebenso lag es aber in der Logik dieser Haltung, daß Italien sein Interesse an Österreich aus höheren Gründen verlieren konnte.

Dieses die Beziehungen gewiß nicht fördernde Element verlor seine Wirksamkeit erst mit dem Untergang des italienischen Imperialismus.

2. Die Staatsauffassung Österreichs war natürlich alles eher als imperialistisch. Aber auch die Ansicht, Österreich sei nicht lebensfähig, Österreichs Existenz sei durch die Ungerechtigkeit der Sieger erzwungen, diese Tendenz zur Selbstaufgabe, wie sie nach dem Zusammenbruch der Monarchie herrschte, machte die Republik zu partnerschaftlichen Beziehungen letzten Endes unfähig. Die Forderung, Österreich dürfe keine Bindungen eingehen, die ein Hindernis für den Anschluß sein könnten, war nicht geeignet, ein Klima zu schaffen, in dem unbefangenen freundschaftliche Beziehungen geknüpft werden. Italien war zu berücksichtigen als Ententemitglied, als empfindliche Großmacht, als Handelspartner. Viel weiter reichte das Interesse nicht. Der geistige Vorbehalt äußerte sich etwa in einer am Ballhausplatz im April 1922 erstellten Analyse der Beziehungen Österreichs zu den Nachbarstaaten, wenn die Schlußfolgerung gezogen wird:

„Es ist somit kein Argument gefunden worden, das uns veranlassen könnte, ein Verhältnis zu Italien zu suchen, das uns mehr als reibungslose und korrekt-nachbarliche Beziehungen erlaubte.“

³⁾ „... organizzarsi fra di loro anziché chiudersi ermeticamente in un nazionalismo esclusivo. ... Mostrate soprattutto che siete capaci di comprendervi gli uni gli altri e di associarvi“, Carlo Sforza an den rumänischen Ministerpräsident Take Ionescu, zitiert nach Sforza, Jugoslavia S. 182.

⁴⁾ „... tagliare definitivamente gli slavi del nord da quelli del sud; annullare per sempre ogni disegno di confederazione danubiana ...“, Francesco Coppola in: *Politica* 13 (1922) 68.

/.../ ... und ist kein einziger dauernder, prinzipieller und in der Natur der Dinge selbst begründeter Umstand aufzuweisen, der ein intimeres Verhältnis zu Italien erforderte ...“⁵⁾

Im schwierigen Prozeß der Selbstfindung Österreichs verlor dieser Aspekt seine Wirksamkeit.

In engem Zusammenhang damit steht ein drittes, die Entwicklung der Beziehungen hemmendes Element: die Anschlußbewegung.

3. Die Anschlußbestrebungen weckten in Italien Angst und Mißtrauen. Zunächst Angst vor dem Verlust der Brennergrenze. Diese Komponente tritt mit den Anschlußabstimmungen im Frühjahr 1921 deutlich hervor. Sie wird ein wichtiges Argument für das „Durchgreifen“ des Faschismus in Südtirol. Hinzu kam dann, daß ein Großdeutschland durch seinen Einfluß im Donauraum und den Druck auf die Adria den Einflußbereich Italiens sehr eingeengt hätte. Mißtrauen weckten sie, weil die offizielle Politik zwar der Anschlußpolitik absagte, die Anschlußbewegung sich aber dennoch kräftig entfaltete. Man wird an den Irredentismus erinnert. Die italienischen Regierungen hatten sich in der Regel von dieser Bewegung distanziert, dennoch blieb deren negative Wirkung auf die Beziehungen bestehen, wie eine „zweite unterirdische Handlungslinie“⁶⁾. Ebenso konnte die offizielle korrekte Anschlußpolitik die negativen Wirkungen der Anschlußbewegung nicht aufheben. Andererseits geriet Italien durch seine Ablehnung des Anschlusses bei allen österreichischen Anschlußfreunden in Mißkredit.

Die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffene Situation erledigte dieses Problem.

4. Der schwerwiegendste und folgenreichste Fehler, der in diesen Jahren begangen wurde, war aber zweifellos die Minderheitenpolitik des Faschismus. Sie hat die Beziehungen zwischen Italien und Österreich am längsten getrübt und ist daher für unsere Fragestellung besonders wichtig. Die Verweigerung jeder Autonomie und der Versuch der gewaltsamen Assimilierung riefen nicht nur moralische Entrüstung über diese Verletzung der Menschenrechte hervor, sondern mußten zur Entstehung eines Südtirolirredentismus führen, wodurch die Bereinigung des österreichisch-italienischen Verhältnisses in eine ferne Zukunft verschoben wurde. Gleichzeitig erzeugte die faschistische Politik bei der betroffenen Bevölkerung ein ungeheures und bis heute wirksames Mißtrauen gegen den italienischen Staat, und damit verbunden gegen das italienische Volk, obwohl viele Italiener sofort die Ungerechtigkeit der Entnationalisierungspolitik erkannten und ihre verhängnisvollen Folgen vorhersagten.

Es war in Österreich natürlich von allem Anfang an der Wunsch nach der Rückführung Südtirols vorhanden, ja er war anfangs verständlicherweise besonders stark. Aber die Entstehung eines so gearteten und so gravierenden Südtirolproblems, wie es die faschistische Politik verursachte, ist etwas ganz anderes und war nicht unabwendbar. Es ist für das Verständnis dieses Problems, aber auch für Gegenwart und Zukunft der bilateralen Beziehungen wichtig, die Ursachen zu

⁵⁾ Pro Memoria Z 1215/1 A, 3. April 1922, NPA 771 Fol. 43 ff, S. 4 und 6. Die Analyse wurde mitverfaßt vom späteren österreichischen Gesandten in Rom, Lothar Egger.

⁶⁾ Furlani, in: Furlani-Wandruszka, Österreich und Italien, S. 231.

erkennen. Die Entstehung des Südtirolproblems ist auf Nationalismus, Totalitarismus und Zentralismus zurückzuführen. Natürlich brachte die plötzliche Zugehörigkeit zu einem anderen Staat mit anderer Sprache Probleme mit sich. Die Anpassung erforderte täglich Kompromisse. Doch hätte sich das vermutlich eingependelt, wenn das demokratische, liberale System in Italien an den Hebeln der Macht geblieben wäre^{6a)}. Es kam anders. Der Faschismus fegte das liberale System in seiner Krise hinweg und ergriff die Macht im Staate. Er bot andere Lösungen an für die Probleme der Zeit. Er entwickelte ein völlig anderes Wertsystem. Konkret auf Südtirol bezogen: an die Stelle der Idee vom Minderheitenschutz trat der Gedanke der Entnationalisierung und Assimilierung volksfremder Elemente⁷⁾. Dadurch wurde Südtirol zu einem Problem des totalitären Zeitalters. Im faschistischen, zentralistischen Einheitsstaat war kein Platz für Andersartige, ob es sich um Sozialisten oder um ethnisch fremde Elemente handelte. Es gab schon vor dem Marsch auf Rom Anzeichen für diese Politik, ihr Stichtag war aber der 28. Oktober 1922. Den vollen Durchbruch brachte schon das Jahr 1923, das erste Jahr der faschistischen Herrschaft.

Verhängnisvoll im Hinblick auf die Frage, wie lange dieses die österreichisch-italienischen Beziehungen belastende Element wirksam sein würde, war, daß der Faschismus so früh kam. Die Jahre 1919—1922 waren viel zu kurz, als daß sich geregelte Beziehungen zwischen Südtirolern und Italienern in allen Bereichen herausgebildet hätten. Der Liberalismus hätte viel länger dazu gebraucht. Der Faschismus löste diese Probleme auf seine Art, mit dem Ergebnis, daß nach 1945 kein Modell da war, auf das man hätte zurückgreifen können. Man hatte die Italiener praktisch nur als Faschisten kennengelernt. Aber nicht nur das dadurch entstandene Mißtrauen, auch nicht allein die Enttäuschung darüber, daß die Brennergrenze bestehen blieb, verhinderten nach dem Zweiten Weltkrieg die vollständige Lösung des Problems. Denn während die unter 1. bis 3. genannten Hindernisse für die Entwicklung einwandfreier Beziehungen zwischen Österreich und Italien bis 1945 beseitigt waren, galt dies beim Südtirolproblem nur für eine der Wurzeln, den Totalitarismus, aber nicht vollständig für den Nationalismus und Zentralismus. Beide wurden zwar durch den Pariser Vertrag von 1946 zwischen Österreich und Italien theoretisch restlos beseitigt, indem Minderheitenschutz und Autonomie als Schlüssel zur Lösung des Problems anerkannt wurden, doch blieb vieles davon auf dem Papier. Es bedurfte einer längeren Entwicklung, bis die im Pariser Vertrag festgelegten Prinzipien in Italien allgemeine, selbstverständliche Anerkennung fanden. Dabei ist folgendes zu beachten. Der italienische Staat ist als Nationalstaat entstanden und war von Anfang an zentralistisch. Es ist klar, daß einem zentralistischen Nationalstaat die gerechte, unbefangene Behandlung von ethnischen Minderheiten schwerer fällt als einem föderalistisch organisierten.

^{6a)} Vgl. oben S. 45.

⁷⁾ Der faschistische Journalist Attilio Tamaro schrieb 1923: „L'Italia non è uno Stato di nazionalità, formato da maggioranze e minoranze plurinazionali, ma è uno Stato rigorosamente nazionale, ... con una sola lingua, con una sola legge, a cui devono sottostare ... frammenti d'altre nazioni ...“ (Il Secolo 4. November 1923, Beilage zu Bericht Nr. 25/P aus Mailand (Konsul Ach) 4. November 1923, Z 3237, NPA 664).

Zwar sieht die italienische Verfassung von 1948 die Dezentralisierung und Aufwertung der Regionen vor, doch wurden die entsprechenden Gesetze erst 1970 beschlossen. Die Vorstellung, daß über lokale Interessen auch lokale Instanzen entscheiden sollen, ohne daß dadurch die Loyalität dem Staatsganzen gegenüber irgendwie beeinträchtigt wird, die im Bundesstaat Österreich aufgrund seiner Geschichte stets vorhanden war, mußte sich im zentralistischen Italien erst langsam durchsetzen. Auch die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens und damit die Einsicht, daß ethnische Minderheiten besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, ist — überall — Ergebnis eines längeren Prozesses. In den späten 60er Jahren war die Entwicklung so weit gediehen, d. h. Nationalismus und Zentralismus waren so wirkungslos geworden, daß einer umfangreichen Autonomie für die deutsche Volksgruppe nichts mehr im Wege stand. Nachdem das Südtirolproblem sich noch einmal krisenhaft verschärft hatte, konnte mit dem sogenannten „Paket“ und dem „Operationskalender“ von 1969 die Frage endlich einer von allen Verhandlungspartnern — Rom, Wien und den lokalen Stellen — akzeptierten Lösung zugeführt werden⁸⁾.

Die Erleichterung, die die Annahme des Pakets auslöste, war allgemein. Der italienische Botschafter in Wien formulierte 1973 die neue Situation so:

„Die italienisch-österreichische Zusammenarbeit in allen Bereichen hat im Laufe der letzten zwei Jahre eine besondere Entwicklung gezeigt, die bedeutungsvoll das neue Klima widerspiegelt, das in den politischen Beziehungen zwischen Italien und Österreich als Folge der Lösung einiger zwischen beiden Ländern noch offener Fragen eingetreten ist.“⁹⁾

Und der damalige österreichische Außenminister Dr. Rudolf Kirchschläger sagte, es bestünden jetzt zum erstenmal seit langer Zeit auch auf der Ebene der öffentlichen Meinung die Voraussetzungen für ein aufrichtiges gutnachbarliches Verhältnis zwischen beiden Völkern¹⁰⁾.

Die Bedeutung der Jahre 1919—1923 für die weitere Entwicklung der österreichisch-italienischen Beziehungen läßt sich also so umschreiben. Obwohl durch die großen Umwälzungen, durch die besonderen Umstände und durch den Willen der Politiker eine reale Aussicht auf konfliktfreie Beziehungen gegeben war, setzten sich die Entwicklung hemmende politische Haltungen durch bzw. wurden Konfliktstoffe aufgebaut, die erst nach verschieden langer, aber jedenfalls langer Zeit überwunden wurden.

Dieser Satz läßt sich aber auch auf andere Zeiten anwenden. Damit ist zum Schluß das Paradigmatische dieser Jahre angesprochen, und daraus ergibt sich auch eine Antwort auf die einleitend gestellte Frage, was es denn war, das diese

⁸⁾ Allerdings sei die Bemerkung erlaubt, daß die vollständige Bereinigung des Problems insofern noch nicht erreicht ist, als eine der Wurzeln, der Nationalismus, im lokalen Bereich — auf den durch die Dezentralisierung und Autonomie das Schwergewicht verschoben wurde — noch immer viele Probleme zu verfärben droht.

⁹⁾ Enrico Aillaud, Sonderbeilage „Italien“ der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ vom 31. August 1973, S. I.

¹⁰⁾ Anlässlich der Vorstellung des „Bilateralen Geschichtsbuchs“ von Furlani-Wandruszka, ebd. S. VIII.

europäische Nachbarschaft trotz eines steten Handels- und Kulturaustausches so lange Zeit nicht jene konfliktfreie Form finden ließ, die man sich wünschen möchte. Auf eine kurze Formel gebracht lautet die Antwort: Es wurden zu einer bestimmten Zeit Interessengegensätze aufgebaut oder, anders gesagt, politische Fehler begangen, die lange Zeit die Beziehungen belasteten ¹¹⁾. Zwar kam es von Zeit zu Zeit zu einem „Tauwetter“, zu einer scheinbaren Wende zum Besseren — wie in den hier behandelten Jahren —, doch gelang es entweder nicht, die Gegensätze vollständig auszuräumen, oder es bildeten sich neue Konfliktstoffe, die sich nahtlos an die alten anschlossen, so daß das Trennende doch lauter blieb als das Gemeinsame.

Irgendwann aber werden doch die Gegensätze, die das Zusammenleben der Völker stören, als überwindbare Gegensätze erkannt: auch das könnte man dieser Geschichte einer europäischen Nachbarschaft entnehmen. Es sei die Hoffnung ausgesprochen, daß sich alle, die die bilateralen Beziehungen mitgestalten, mit dem Blick auf die Vergangenheit ihrer Verantwortung bewußt seien.

¹¹⁾ Den Ausdruck „politische Fehler“ kann man deshalb verwenden, weil es nicht an warnenden Stimmen gefehlt hat. So war es, als Kaiser Franz I. dem neuen Königreich Lombardo-Venedien die Selbstverwaltung verweigerte und dadurch die Sympathien für Österreich zu verscherzen begann, kein Geringerer als Metternich, der vor der Unzufriedenheit über die Regierungsmaßnahmen warnte, Zugeständnisse an den Nationalstolz forderte und meinte, man müsse den Italienern beweisen, daß man die Provinzen nicht mit den anderen Provinzen der Monarchie sozusagen verschmelzen wolle (Arthur G. Haas, Metternich, Reorganization and Nationality. A story of Foresight and Frustration in the Rebuilding of the Austrian Empire (= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 28, Wiesbaden 1963) S. 81 ff und S. 112; Furlani, in: Furlani-Wandruszka, Österreich und Italien S. 142). Ebenso wurde hundert Jahre später häufig und eindeutig genug — auch von italienischer Seite — vor den verhängnisvollen Folgen der faschistischen Südtirolpolitik gewarnt.

ANHANG

1. Renner-Nitti-Abkommen vom 12. April 1920 (Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Staatsdokumente)

Afin de passer à l'application pratique des stipulations du Traité de St. Germain-en-Laye et de déterminer les rapports réciproques du Royaume d'Italie et de la République d'Autriche il a été convenu ce qui suit entre Son Excellence l'Honorable Nitti Président du Conseil des Ministres de Sa Majesté le Roi d'Italie et le docteur Charles Renner, Chancelier et Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères de la République:

Les deux Gouvernements en se conformant loyalement aux engagements pris dans le Traité de St. Germain-en-Laye feront de ces engagements la base de leur attitude politique dans toutes les questions, touchant les intérêts de l'un et de l'autre d'entre eux.

Quant à l'exécution des clauses économiques et financières dudit Traité, l'Italie s'engage à user de ses droits dans un esprit conciliateur et en tenant compte des difficultés de la situation économique et financière de l'Autriche.

L'Italie s'engage à accorder à l'Autriche son appui diplomatique dans l'intérêt de l'intégrité du territoire attribué par la Traité de St. Germain à la République d'Autriche ainsi que dans celui d'accélérer l'admission de celle-ci au sein de la société des nations.

La reprise des rapports diplomatiques normaux entre les deux Gouvernements aura lieu sans retard.

Afin de faciliter et accélérer l'établissement de la Légation de la République d'Autriche à Rome le Gouvernement Royal Italien s'efforcera d'assurer, sous des modalités à déterminer, une résidence à cette mission diplomatique.

La République d'Autriche, prenant l'engagement de ni coopérer ni prendre part à la formation d'une nouvelle confédération ou union, soit politique, soit économique égale ou analogue au système de l'ancienne Monarchie Austro-Hongroise, l'Italie lui promet de lui prêter son appui diplomatique pour contrecarrer des menées ayant pour objet soit une transformation de ce genre, soit une restauration de l'ancien régime, soit la séparation de l'Autriche de n'importe quelle de ses provinces.

Dans le cas où l'Italie ou l'Autriche serait attaquée par une Puissance tierce les deux Etats se prêteront assistance diplomatique et appui politique. Il s'en suit que la fourniture de matériel de guerre ou de toute autre contrebande de guerre en faveur de l'agresseur prendra immédiatement fin.

En partant du principe que le traitement des minorités est une question d'ordre purement intérieur, les deux Gouvernements expriment leur ferme résolution de prendre les mesures nécessaires pour permettre d'un côté l'enseignement de la langue italienne à Vienne et dans les autres villes de l'Autriche et de l'autre l'enseignement de la langue allemande dans les villes de la Venezia Giulia où un nombre suffisant de fréquentants pourrait en motiver le besoin.

Le Gouvernement Autrichien tiendra le Gouvernement italien au courant des négociations politiques ou économiques qu'il aurait à conduire avec n'importe quel autre Gouvernement.

Animés du désir de favoriser la reprise des rapports commerciaux entre les deux Pays, le Gouvernement Royal d'Italie et celui de la République d'Autriche collaboreront, d'après des règles à établir dans des accords spéciaux. Ces accords comprendront la création de Chambres de Commerce italo-autrichiennes dans les centres commerciaux des deux Etats.

Conformément au principe général du Gouvernement Italien d'interpréter les dispositions du traité de St. Germain d'une façon tenant compte de l'équité et des nécessités de l'Autriche, le Gouvernement Italien a l'intention de faire valoir son influence auprès de ses alliés afin que, dans l'institution de la Commission des Réparations, des frais trop considérables, une procédure trop compliquée où une durée trop prolongée de son fonctionnement soient évités. De son côté l'Autriche s'engage à enjoindre à toutes ses administrations de s'abstenir de tout ce qui pourrait ralentir les travaux de la commission.

2. Die Regierungschefs und die Leiter der

ÖSTERREICH

Regierungschef	Leiter des Staatsamtes bzw. Bundesministeriums für Äußeres ¹⁾
Karl Renner November 1918—Juli 1920 (Staatskanzler)	Otto Bauer November 1918—Juli 1919 Karl Renner Juli 1919—Oktober 1920
Michael Mayr ab Juli 1920 Vorsitz im Proporzkabinett, November 1920—Juni 1921 Bundeskanzler	Michael Mayr Oktober 1920—Juni 1921
Johann Schober Juni 1921—Mai 1922	Johann Schober Juni 1921—Jänner 1922 Leopold Hennet Jänner 1922—Mai 1922
Ignaz Seipel Mai 1922—	Alfred Grünberger Mai 1922—

¹⁾ Bis zum Inkrafttreten der Verfassung (Nov. 1920) „Staatssekretär“, dann „Bundesminister“ für Äußeres.

Quant aux pourparlers en cours entre la Croix rouge italienne et la municipalité de la ville de Vienne au sujet de l'hospice de San Pelagio, le gouvernement italien tâchera d'obtenir une solution tenant largement compte des besoins hygiéniques des enfants de Vienne.

Quant aux pourparlers qui ont lieu actuellement à Rome, entre des représentants de plusieurs ressorts spéciaux de l'Italie et de l'Autriche et qui seront continués et étendus au fur et à mesure du besoin à d'autres matières, les arrangements qui en résulteront seront considérés comme annexes du présent accord.

Le présent accord constitué un engagement des deux Gouvernements actuellement au pouvoir ainsi que de leurs successeurs pourvu que ces derniers ne préfèrent de la dénoncer.

Rome, le 12 Avr. 1920

Renner StKzlr [Staatskanzler]
Nitti

Außenministerien in Österreich und Italien 1919—1923

ITALIEN

Ministerpräsident

Außenminister

Vittorio Emanuele Orlando
Oktober 1917—Juni 1919

Sidney Sonnino

Francesco Saverio Nitti
Juni 1919—Juni 1920

Tommaso Tittoni
Vittorio Scialoja
ab November 1919

Giovanni Giolitti
Juni 1920—Juli 1921

Carlo Sforza

Ivanoe Bonomi
Juli 1921—Feb. 1922
Luigi Facta
Februar 1922—Oktober 1922

Tomasi della Torretta

Carlo Schanzer

Benito Mussolini
Oktober 1922—

Benito Mussolini

QUELLENVERZEICHNIS

Der für diese Arbeit zentrale Quellenbestand sind die politischen Akten und manche Kartone der Präsidialakten des Neuen Politischen Archivs im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Ausgehend davon wurden einige Bestände des Allgemeinen Verwaltungsarchivs, des Parlamentsarchivs und des Schober-Archivs im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien (das sich leider in großer Unordnung befindet) herangezogen.

I. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien

1. Neues Politisches Archiv

a) Politische Akten

Karton 77 Berichte des österreichischen Gesandten aus Rom (Quirinal) 1921—1923

Karton 298 Liasse Österreich

Karton 333 Liasse Österreich

Karton 335 Liasse Österreich

Karton 342 Liasse Österreich

Karton 345 Liasse Österreich

Karton 363 Liasse Österreich

Karton 443 Liasse Österreich

Karton 444 Liasse Österreich

Karton 470 Liasse Österreich geheim

Karton 471 Liasse Österreich geheim

Karton 476 Liasse Italien geheim

Karton 477 Liasse Italien geheim

Karton 478 Liasse Italien geheim

Karton 522 Liasse nach Materien

Karton 553 Liasse nach Materien

Karton 654 Liasse Italien

Karton 655 Liasse Italien

Karton 658 Liasse Italien

Karton 659 Liasse Italien

Karton 664 Liasse Italien

Karton 665 Liasse Italien

Karton 678 Liasse Italien

Karton 679 Liasse Italien

Karton 680 Liasse Italien

Karton 687 Liasse Italien

Karton 771 Liasse Südslawien

Karton 803 Liasse Südslawien

Karton 809 Liasse Südslawien

Karton 821 Liasse Tschechoslowakei

Karton 822 Liasse Tschechoslowakei

Karton 828 Liasse Tschechoslowakei

Karton 909 Liasse Ungarn

Karton 911 Liasse Ungarn

b) Präsidialakten

Karton 1

Karton 3

Karton 4

Karton 7

Karton 8

Karton 16

Karton 20

Karton 29

Karton 94

Karton 77

Karton 133

2. Sonstiges aus dem Staatsarchiv

a) Staatsdokumente

Beglaubigungsschreiben des italienischen Gesandten Torretta 6. Oktober 1919

Abkommen zwischen Renner und Nitti 12. April 1920

b) Das Erbe Österreichs, von Sektions-

- chef a. D. Dr. Richard Schüller (Erinnerungen aus den Jahren 1919—1922), Maschinschrift, 100 Seiten
- II. Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien
Ministerratsprotokolle aus 1922 und 1923,
Karton 62—65, 67, 73, 74
- III. Parlamentsarchiv
Protokolle des Ausschusses für Äußeres
1919—1923
- IV. Archiv der Bundespolizeidirektion, Wien
Schober-Archiv, Faszikel „Westungarn“
- V. Gedruckte Quellen
I documenti diplomatici italiani, Settima
serie, 1922—1935 (Roma 1952 ff), Volume
I und II
Documents on British Foreign Policy
1919—1939, First Series, Vol. VI und XII
(London 1947 ff)
Zeitungen
Neue Freie Presse
Arbeiter-Zeitung
Reichspost
Zahlreiche Ausschnitte aus italienischen
Zeitungen befinden sich im Anhang an
die Berichte aus Rom, Mailand, Triest
im NPA.

Der für diese Arbeit zentrale Quellenbestand sind die politischen Akten und andere Kartons der Präsidialkanzlei des Neuen Politischen Archivs im Wiener Hof- und Staatsarchiv. Ausgehend davon wurden einige Bereiche des Allgemeinen Verwaltungsarchivs, des Parlamentsarchivs und des Schober-Archivs im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien (das sich leider in großer Unordnung befindet) hinzugefügt.

Karton 680 Litae Italien
Karton 687 Litae Italien
Karton 771 Litae Südwesten
Karton 802 Litae Südwesten
Karton 809 Litae Südwesten
Karton 821 Litae Teichobowels
Karton 822 Litae Teichobowels
Karton 828 Litae Teichobowels
Karton 808 Litae Ungarn
Karton 911 Litae Ungarn
(b) Präsidialkanzlei
Karton 1
Karton 2
Karton 4
Karton 7
Karton 8
Karton 18
Karton 20
Karton 22
Karton 24
Karton 77
Karton 153

2. Zeugnisse im dem Staatsarchiv
(c) Staatsdokumente
begleitend mit dem italienischen
dem Generalen Torsani & Orio
im 1919
Abkommen zwischen Rumänien und
Mold 12 April 1919
(d) Das Rote Österreich von Schöner-

1. Hof- und Staatsarchiv Wien
a) Neues Politisches Archiv
(i) Politische Akten
Karton 77 Berichte des General-
stabs Generalen aus
Rom (Politik) 1921—
1922
Karton 198 Litae Österreich
Karton 255 Litae Österreich
Karton 255 Litae Österreich
Karton 242 Litae Österreich
Karton 245 Litae Österreich
Karton 245 Litae Österreich
Karton 248 Litae Österreich
Karton 248 Litae Österreich
Karton 470 Litae Österreich gefolgt
Karton 471 Litae Österreich gefolgt
Karton 476 Litae Italien gefolgt
Karton 477 Litae Italien gefolgt
Karton 478 Litae Italien gefolgt
Karton 522 Litae nach München
Karton 523 Litae nach München
Karton 524 Litae Italien
Karton 525 Litae Italien
Karton 528 Litae Italien
Karton 529 Litae Italien
Karton 534 Litae Italien
Karton 535 Litae Italien
Karton 573 Litae Italien
Karton 577 Litae Italien

LITERATURVERZEICHNIS

- Alatri, Paolo, Nitti, D'Annunzio e la questione adriatica 1919—1920 (Milano 1959).
- La questione storica del Trentino e dell'Alto Adige. In: La questione dell'Alto Adige. Saggio di Edio Vallini, Introduzione di Paolo Alatri (Firenze 1961) 11—127.
 - La prima guerra mondiale e la crisi della società italiana (S. 3—16); L'avvento del fascismo (S. 29—42). In: Trent'anni di storia italiana 1915—1945. Lezioni con testimonianze, ed. Franco Antonicelli (Torino 1961).
- Albrecht-Carrié, René, Italian foreign policy 1914—1922. Bibliographical article. In: The Journal of Modern History 20 (1948) 326—339.
- Italy from Napoleon to Mussolini (New York 1950).
- Allizé, Henry, Ma Mission a Vienna (mars 1919—août 1920) (Paris 1933).
- Antonicelli, Franco, (ed.), Trent'anni di storia italiana 1915—1945. Lezioni con testimonianze (Torino 1961).
- Atti del Parlamento Italiano, Camera dei Deputati, Sessione 1919—1920, Discussioni (Roma 1920).
- Auer, Johann, Aus Österreichs Krise im Sommer und Herbst 1922. In: Österreich in Geschichte und Literatur 11 (1967) 471—481.
- Barolotta, Francesco, Governi d'Italia 1848—1961 (Roma 1962).
- Bauer, Otto, Acht Monate auswärtiger Politik (Wien 1919).
- Die österreichische Revolution (Wien 1923).
- Benedikt, Heinrich, Kaiseradler über dem Apennin. Die Österreicher in Italien 1700—1866 (Wien/München 1964).
- Borgese, Giuseppe Antonio, L'Alto Adige contro L'Italia. Quattro lettere da Bolzano con aggiunti quattro programmi di Alto Adige autonomo (Milano 1921).
- Cantalupo, Roberto, La „Belle Epoque“ diplomatica italiana. Vita diplomatica di S. Contarini (Roma [1966]).
- Cassels, Alan, Mussolini and german nationalism 1922—1925. In: Journal of Modern History 35 (June 1963) 137—157.
- Castelli, Mario, La questione altoatesina (Milano 1961).
- Catalano, Franco, Dalla crisi del primo dopoguerra alla fondazione della Repubblica. (= Storia d'Italia ed. Nino Valeri, Vol. 5) (Torino 1959/60).
- Chabod, Federico, L'Italia contemporanea (1918—1948) (Torino 1961).
- Coppola, Francesco, L'„unione“ italo-austriaca. In: Politica 13 (1922) 59—69.
- Curato, Federico, La conferenza della pace 1919—1920, 2. Band, (Milano 1942).
- Czurda, Birgit, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich—Ungarn und Italien von 1903 bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges (Phil. Diss. Wien 1966).
- Documents on British Foreign Policy 1919—1939, First Series, Vol. VI und XII (London 1947 ff).

- I Documenti Diplomatici Italiani, Settima serie 1922—1935, Vol. I und II, (Roma 1952 ff).
 Ellenbogen, Wilhelm, Faschismus! Das faschistische Italien. (Wien 1923).
 Falk, Emmerich, Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne (Phil. Diss. Heidelberg) (Stuttgart 1938).
 De Felice, Renzo, Mussolini il rivoluzionario 1883—1920 (Torino 1965).
 — Mussolini il fascista I. La conquista del potere 1921—1925 (Torino 1966).
 Fellner, Fritz, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg (= Österreich Archiv, Wien 1960).
 Ferrario, Carlo Antonio, Italia e Ungheria (Milano 1926).
 Ferraris, Luigi Vittorio, L'amministrazione centrale del ministero degli esteri italiano nel suo sviluppo storico (1848—1954) (Firenze 1955).
 Freise, Ursula, Die Tätigkeit der alliierten Kommissionen in Wien nach dem Ersten Weltkrieg (Phil. Diss. Wien 1963).
 Furlani, Silvio und Wandruszka, Adam, Österreich und Italien. Ein bilaterales Geschichtsbuch (Wien/München 1973).
 — Austria e Italia — Storia a due voci (Bologna 1975).
 Gatterer, Claus, Erbfeindschaft. Italien—Österreich (Wien 1972).
 — Mussolinis Weisungen zur Südtirolfrage. In: Das Fenster. Tiroler Kulturzeitschrift 6 (1969/70) 432—446.
 — Österreich und Südtirol. In: Die Republik. Staatspolitische Blätter des österreichischen Nationalinstituts 6 (1970) Heft 1, S. 29—37 und Heft 2, S. 23—28.
 Giolitti, Giovanni, Denkwürdigkeiten meines Lebens (Stuttgart 1923).
 — Dalle carte di Giovanni Giolitti. Quarant'anni di politica italiana, 3. Band: Dai prodromi della guerra al fascismo 1910—1928, ed. Claudio Pavone (Milano 1962).
 Goldinger, Walter, Geschichte der Republik Österreich (Wien 1962).
 Gruber, Alfons, Südtirol 1926—1939 (Phil. Diss. Innsbruck 1967).
 Guariglia, Raffaele, Ricordi 1922—1946 (Napoli 1949).
 Guglia, Otto, Das Werden des Burgenlandes (= Burgenländische Forschungen 44, Eisenstadt 1961).
 Gulick, Charles A., Österreich von Habsburg zu Hitler, Bd. 1—5 (Wien 1950).
 Haas, Arthur G., Metternich, Reorganization and Nationality. A story of foresight and frustration in the rebuilding of Austrian Empire (= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 28, Wiesbaden 1963).
 Hannak, Jacques, Karl Renner und seine Zeit (Wien 1965).
 — Johannes Schober. Mittelweg in die Katastrophe (Wien 1966).
 Hartmann, Josef, Versuche einer politischen Organisation im Donauraum von den Pariser Friedensverträgen bis zum Anschluß (1918—1938) (Diss. Tübingen 1940).
 Herre, Paul, Die Südtiroler Frage. Entstehung und Entwicklung eines europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit (München 1927).
 Hochenbichler, Eduard, Republik im Schatten der Monarchie. Das Burgenland, ein europäisches Problem (Wien 1971).
 Hoor, Ernst, Österreich 1918—1938. Staat ohne Nation, Republik ohne Republikaner (Wien 1966).
 Hornbostel, Theodor, Fremde Einflüsse auf die Politik der ersten Republik Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur 2 (1958) 133 ff.
 Hughes, H. Stuart, The Early Diplomacy of Italian Fascism: 1922—1932. In: The Diplomats 1919—1939, ed. Gordon A. Craig und Felix Gilbert (Princeton N. Jersey 1953) 210—233.
 Hütter, Helmut, Die Rolle Italiens im Kampf um Kärntens Freiheit. In: Carinthia I 150 (1960) 603—619.
 Huter, Franz, (ed.), Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens (Wien 1965).

- Innsbruck—Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971/72. Hrsg. Adam Wandruszka und Ludwig Jedlicka (Wien 1975).
- Österreichisches Jahrbuch 1920. Nach amtlichen Quellen. Zweite Folge (Wien 1921).
- 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv (= Burgenländische Forschungen, Sonderheft 3, Eisenstadt 1971).
- Jedlicka, Ludwig, Aufteilungs- und Einmarschpläne um Österreich 1918—1934. In: Festschrift Franz Loidl, Band 1 (Wien 1970) 96—112.
- Die Außenpolitik der Ersten Republik. Vortrag, gehalten am 18. April 1973 auf der 20. Historikertagung des Instituts für Österreichkunde in St. Pölten. Manuskript. (Für die Einsicht in das Manuskript danke ich dem Institut).
- Die Entstehung des heutigen Burgenlandes. In: Südostdeutsches Archiv 7 (1964) 172—183.
- Österreich und Italien 1922—38. In: Ders., Vom alten zum neuen Österreich (St. Pölten 1975).
- Kerekes, Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966).
- Zur Außenpolitik Otto Bauers 1918/19. Die „Alternative“ zwischen Anschlußpolitik und Donaukonföderation. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22 (1974) 18—45.
- Österreichs Weg zur Sanierung (1922). In: Acta Historica Academiae Hungaricae 23 (1977) Nr. 1—2, S. 75—97.
- Kienböck, Viktor, Das österreichische Sanierungswerk (Stuttgart 1925).
- Kleinwächter, Friedrich F. G. und Paller, Heinz v., (ed.), Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung (Wien 1930). *Darin u. a.* Friedrich F. G. Kleinwächter, Deutschösterreichs Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bis zu den Genfer Protokollen, S. 61—85.
- Klemperer, Klemens von, Ignaz Seipel. Christian Statesman in a time of crisis (Princeton 1972). Deutsch: Ignaz Seipel, Staatsmann einer Krisenzeit (Graz/Wien/Köln 1976).
- Kostner, Maria geb. Trobinger, Die Geschichte der italienischen Universitätsfrage in der österreichisch-ungarischen Monarchie von 1864—1914 (Phil. Diss. Innsbruck 1972).
- Kromer, Claudia, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Kärntner Frage 1918—1920 (Klagenfurt 1970).
- Ladner, Gottlieb, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle 4. Oktober 1922 (Wien/Graz 1964).
- Lhotsky, Alphons, Die Verteidigung der Wiener Sammlungen Kultur- und Naturhistorischer Denkmäler durch die Erste Republik. In: Aufsätze und Vorträge 4 (Wien 1974) 121—164. Nachdruck aus MIOG 63 (1955) 614—649.
- Lindek-Pozza, Irmtraut, Zur Vorgeschichte des Venediger Protokolls. In: 50 Jahre Burgenland (siehe dieses) 15—44.
- Die Burgenlandfrage in der italienischen Außenpolitik. Ein Vermittlungsversuch Italiens zu Ende 1920. In: Römische Historische Mitteilungen 14 (1972) 123—253. Mit Aktenanhang.
- I rapporti austro-italiani dal trattato di St. Germain all'avvento al potere del fascismo. In: Storia e politica 13 (1974) 1—16. Deutsch in: Innsbruck—Venedig, S. 167—182.
- Macartney, H. H. Maxwell, und Cremona, Italy's Foreign and Colonial Policy 1914—1937 (London/New York/Toronto 1938).
- Mayr, Michael, Der italienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung vornehmlich in Tirol (Innsbruck 1917).
- Mechtler, Paul, Internationale Verflechtungen der österreichischen Eisenbahnen am Anfang der 1. Republik. In: MÖSTA 17/18 (1964/65) 398—426.
- Mikolietzky, Hanns Leo, Österreichische Zeitgeschichte (Wien 1969).
- Moodie, A. E. und Taylor, E. G. R., The italo-yugoslav boundary. A study in political geography (London 1945).

- Moscato, Ruggiero, La politica estera del fascismo. L'esordio del primo ministero Mussolini. In: Studi politici 2 (1953/54) 400—426.
- Muhr, Josef, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (Phil. Diss. Bonn 1973).
- Mussolini, Benito, Opera Omnia di Benito Mussolini, ed. Edoardo e Duilio Susmel, Bd. 1—35 (Firenze 1951—1963).
- Neumann, Wilhelm, Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918—1920. Legenden und Tatsachen (Klagenfurt 1970).
- Zum 50. Jahrestag der Volksabstimmung in Kärnten vom 10. Oktober 1920. Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918—1920. In: Österreich in Geschichte und Literatur 14 (1970) 393—401.
- Nitti, Francesco Saverio, Das friedlose Europa (Frankfurt o. J.); Italienisch: L'Europa senza pace (Firenze 1921).
- Di Nola, Carlo, Italia e Austria dall'armistizio di Villa Giusti (novembre 1918) all'Anschluß (marzo 1938) (= Biblioteca della „Nuova rivista storica“ 25, Milano 1960).
- Di Nolfo, Ennio, Mussolini e la politica estera italiana 1919—1933 (Padova 1960).
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. (München 1963).
- Ogris, Alfred, Ausgewähltes Schrifttum zur mittelalterlichen und neueren Geschichte Kärntens (1959—1971). Sammelreferat. In: MIOG 81 (1973) 344—432.
- Petersen, Jens, Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22 (1974) 417—457.
- Plaschka, Richard und Mack, K. H., (ed.), Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa Instituts 3, Wien 1970).
- Platzer, Erik, Die k. u. k. österreichisch-ungarische Botschaft am Quirinal in Rom 1895—1915 (Phil. Diss. Innsbruck 1968).
- Politica, diretta da Francesco Coppola e Alfredo Rocco, Bd. 1—15 (Roma 1918—1923). (Nationalistische Fachzeitschrift für Außenpolitik, erschienen bis Bd. 46, 1943).
- Preradovich, Nikolaus v., Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918—1933 (Bern 1971).
- Stenographische Protokolle über die Sitzungen des österreichischen Nationalrates (Wien 1920 ff).
- Rainer, Johann, Die Rückführung italienischer Kulturgüter aus Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. In: Alpenregion und Österreich. Geschichtliche Spezialitäten, Hrsg. E. Widmoser u. H. Reinalter, Innsbruck 1976, S. 105—116.
- Ramhardt, Günther, Geschichtswissenschaft und Patriotismus. Österreichische Historiker im Weltkrieg 1914—1918 (= Österreich Archiv, Wien 1973).
- Reimann, Viktor, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik (Wien 1968).
- Reisel, Renate, Karl Renner und die Führung der österreichischen Außenpolitik vom 26. Juli 1919 bis 21. Oktober 1920 (Phil. Diss. Wien 1972).
- Renner, Karl, Österreich von der ersten zur zweiten Republik (Wien 1953).
- Richter, Ingeborg, Michael Mayr als Historiker und Politiker (Phil. Diss. Wien 1959).
- Ritschel, Karl Heinz, Diplomatie um Südtirol (Stuttgart 1966).
- Röglspurger, Helga, Die Politik Frankreichs gegenüber Österreich von 1918—1922 (Phil. Diss. Wien 1973).
- Rumi, Giorgio, Alle origini della politica estera fascista 1918—1923 (Bari 1968).
- Rusinow, Dennison I., Italy's Austrian Heritage 1919—1946 (Oxford 1969).
- Salvatorelli, Luigi, und Mira, G., Storia d'Italia del periodo fascista (Torino 1964, 1956).

- Salvemini, Gaetano, Dalla guerra mondiale alla dittatura 1916—1925 (= Opere di Gaetano Salvemini 3: Scritti di politica estera, Vol. II, Milano 1964).
- Mussolini diplomatico (1922—1932), (Bari 1952).
- Schäfer, Theo, Die Genesis der Anschlußbewegung und die Anschlußdiplomatie 1918—1919 (Phil. Diss. Wien 1970).
- Schlag, Gerald, Zur Burgenlandfrage von St. Germain bis Venedig (10. September 1919—11. Oktober 1921). In: Burgenländische Heimatblätter 32 (1970) 97—125. Auch in: Österreich in Geschichte und Literatur 5 (1971) 433—453.
- Schmid, Georg E., Die Coolidge Mission in Österreich 1919. Zur Österreichpolitik der USA während der Pariser Friedenskonferenz. In: MOSTA 24 (1971) 433—467.
- Schuh, Susanne, Wirtschaftliche und politische Probleme Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg — das Jahr 1921. (Ein Beitrag zur Entwicklung der österreichisch-italienischen Beziehungen) (Phil. Diss. Wien 1977).
- Schüller, Richard, Das Erbe Österreichs, siehe Quellenverzeichnis I/2b.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 37 (1921) 1. und 2. Teil.
- Schusser, Adalbert, Zur Entwicklung der italienischen Universitätsfrage in Österreich (1861—1918). Untersuchungen über das Verhalten von Regierung und Parlament zur Schaffung einer italienischen Rechtsfakultät (Phil. Diss. Wien 1972).
- Segre, Roberto, La missione militare per l'armistizio (dicembre 1918—gennaio 1920) (Bologna 1928).
- Seton-Watson, Christopher, L'Italia dal liberalismo al fascismo 1870—1925, Bd. 1—2 (Taschenbuch Roma/Bari 1973), (englisches Original London 1967).
- Sforza, Carlo, Un anno di politica estera. Discorsi, ed. Amedeo Giannini (Roma 1921).
- L'Italia dal 1914 al 1944 quale io la vidi (Roma 1945).
- Jugoslavia. Storia e ricordi (Milano 1948).
- Siegler, Heinrich, Die österreichisch-italienische Einigung über die Regelung des Südtirolkonflikts (Bonn/Wien/Zürich 1970).
- Der Staatsvertrag von St. Germain samt Begleitnote vom 2. September 1919 und einem alphabetischen Nachschlageverzeichnis (Wien 1919).
- Stadler, Karl, Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österreichischen Republik 1918—1921 (Wien 1968).
- Stransky, Gertraude, Die diplomatischen Beziehungen Österreich—Ungarns zu Italien zwischen dritter und vierter Dreibunderneuerung (1876—1902), (Phil. Diss. Wien 1963).
- Tietze, Hans, Die Entführung von Wiener Kunstwerken nach Italien. Eine Darlegung unseres Rechtsstandpunktes (Wien 1919).
- Trafojer, Karl, Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918—1925 (Phil. Diss. Wien 1971).
- Valsecchi, Franco, Nation, Nationalität, Nationalismus im italienischen Denken. In: Historische Zeitschrift 210 (1970) 14 ff.
- Veiter, Theodor, Die Italiener in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie (= Österreich Archiv, Wien 1965).
- Vietor, Renate, Die Tätigkeit des österreichisch-ungarischen Botschafters am Quirinal Kajetan Mérey von Kapos-Mére 1910—1912 (Phil. Diss. Wien 1962).
- Vigezzi, Brunello, La politica estera italiana e il problema dell'Austria-Ungheria (1912—1914). In: Clio I (1965) 54—97.
- Wagner, Bruno, Der Waffenstillstand von Villa Giusti 3. November 1918 (Phil. Diss. Wien 1970).
- Wandruszka, Adam, siehe Silvio Furlani.
- Österreich und Italien im 18. Jahrhundert (= Österreich Archiv, Wien 1963).

- Wunderer, Otto, Der italienische Faschismus in der Analyse der sozialdemokratischen Partei Österreichs 1922—1933 (Phil. Diss. Wien 1974).
- Wutte, Martin, Kärntens Freiheitskampf (Klagenfurt 1943).
- Zöllner, Erich, Formen und Wandlungen des Österreichbegriffes. In: Historica [Festschrift für Engel-Janosi], (Wien, Freiburg, Basel 1965), S. 63—89.

PERSONEN- UND ORTSREGISTER

- Ach, Rudolf, österr. Konsul in Mailand 149, 151, 153
 Aillaud, Enrico, it. Botschafter in Wien 169
 Albrecht, Erzherzog (Feldherr) 165
 Allizé, Henry, frz. Gesandter in Wien 23
 Aßling (Jesenice) 49—54
- Balfour, Sir Arthur James, brit. Außenminister 106, 118, 120
 Bánffy v. Losoncz, Nikolaus Graf, ung. Außenminister 75
 Bauer, Dr. Otto 19, 24, 32, 42, 77—81, 84
 Bayern 146
 Belgien 130
 Beneš, Dr. Eduard, tschechoslow. Außenminister und Ministerpräsident 33, 46, 72, 79—82, 88 ff., 92, 110 f., 120, 144
 Berlin, Besuch Seipels 103, 111
 Bethlen v. Bethlen, Stefan Graf, ung. Ministerpräsident 83
 Biancheri, Augusto, it. Geschäftsträger in Wien, dann im it. Außenministerium 33, 58, 63 f., 74 f., 95 f., 100, 108, 110 ff., 123, 127, 129, 131 f.
 Bischoff, Dr. Norbert, Beamter im österr. Bundesmin. f. Äußeres 100, 128, 152
 Bissolati, Leonida, it. sozialistischer Politiker 16
 Bleiburg 50, 52
 Böhmen 44
 Bonomi, Ivanoe, it. Ministerpräsident 65, 72, 95
 Borghese, Prinz Livio, it. Bevollmächtigter in Wien 1919 23 f., 53
 Bozen 45, 62 f., 124 f., 161
 Breisky, Walter, Staatssekretär für Inneres 51
 Brenner 24, 26, 44, 50, 62 f., 100, 124 f., 138, 146, 154, 162, 164, 167 f.
- Burgenland 16 f., 21, 31, 35, 39, 48, 54, 60, 66, 89, 92, 94, 109
- Caporetto (Karfreit, Kobarid) 13
 Clemenceau, Georges, frz. Ministerpräsident 61
 Conrad v. Hötzendorf, Franz Freiherr, österr.-ung. Generalstabschef 12
 Contarini, Salvatore, Generalsekretär im it. Außenministerium 65, 107 f., 111 ff., 119, 122 f., 132 f., 137 ff., 142, 154, 157
 Coolidge, Archibald Cary, amerikan. Diplomat 49
 Coppola, Francesco, it. Journalist 62, 166
 Credaro, Luigi, it. Senator 40, 62, 124
 Csáky v. Köresszegh und Adorján, Emmerich Graf, ung. Außenminister 69
 Curzon of Kedleston, George Nathaniel, Marquess, brit. Außenminister 27
- Dalmatien 15 f.
 D'Annunzio, Gabriele 15
 Deutsch, Dr. Julius, Staatssekretär für Heereswesen 51, 80
 Dinghofer, Dr. Franz, österr. Politiker 59, 77, 80 f., 84
 Dollfuß, Dr. Engelbert, österr. Bundeskanzler 133
- Egger, Dr. Lothar, Beamter im österr. Bundesministerium f. Äußeres, dann Gesandter in Rom 97, 100, 154 f., 160 f., 167
 Eidhoff, Dr. Johann, österr. Gesandter in Paris 52 f., 86, 106
 Eisenburg (Vas) 67
- Facta, Luigi, it. Ministerpräsident 95, 98, 108, 116, 124
 Ferlach 50, 52

- Ferrario, Carlo Antonio, it. General 71, 86 f.
 Fiume (Rijeka) 15, 61
 Franckenstein, Georg, österr. Gesandter in London 86, 106
 Frank, Dr. Felix, österr. Vizekanzler 104, 114
 Franz I., Kaiser von Österreich 170
 Franzensfeste 125
 Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 138
 Frassati, Alfredo, it. Botschafter in Berlin 122
 Freudenthal, Karl, österr. Geschäftsträger in Rom 157, 159
 Fürstenfeld 48, 68
- Garibaldi, Giuseppe 165
 Gasparri, Pietro, Kardinalstaatssekretär 138
 Genfer Protokolle 48, 102 f., 110, 113—122, 126 f., 139, 141 f.
 Genua, Treffen zwischen Schanzer und Schöber 96 ff., 100 f., 142
 Giolitti, Giovanni, it. Ministerpräsident 16, 18, 45 f., 53, 58, 65
 Gloggnitz 35, 40
 Goode, Sir William, Leiter der Reparationskommission in Wien 48, 57
 Görz 15, 50, 52
 Grünberger, Dr. Alfred, österr. Bundesmin. f. Äußeres 105, 109 f., 116 f., 127 f., 131 f., 136, 140, 158, 161
 Guariglia, Raffaele, it. Diplomat 122
 Gürtler, Dr. Alfred, österr. Politiker 80
- Hainburg, Treffen zwischen Beneš und Schöber 79
 Hainisch, Dr. Michael, österr. Bundespräsident 89
 Hauenschild, Eugen, Beamter im österr. Bundesmin. f. Äußeres 74
 Hennet, Dr. Leopold, österr. Bundesmin. f. Äußeres 91
 Hitler, Adolf 145
 Hofer, Andreas 100, 145
 Hoffinger, Max, Beamter im österr. Staatsamt f. Äußeres 19
 Holland 130
 Horthy v. Nagybánya, Nikolaus, ung. Reichsverweser 70, 144
- Innsbruck 55, 63, 125 ff., 132, 138 f., 149 f., 156 f., 159
 Ionescu, Take, rumän. Außenminister und Ministerpräsident 166
 Istrien 15
- Janssen, Albert Edouard, Direktor der belg. Nationalbank 130
- Karl I., Kaiser von Österreich 16
 Kärnten 16, 21, 24, 26, 31, 39 f., 48—54, 60, 63, 109 f., 120
 Károlyi v. Nagykároly, Michael Graf. ung. Ministerpräsident 23
 Kirchschläger, Dr. Rudolf, österr. Außenminister 169
 Klagenfurt 50 ff.
 Korsika 123
 Kufstein 138
 Kwiakowski, Dr. Remi, österr. Gesandter in Rom 29, 63, 88, 91, 94—97, 100, 105, 109 f., 112, 118 ff., 127, 130—133, 135, 146
- Lago, Mario, Beamter im it. Außenministerium 105, 109
 Laibach 49
 Lefèvre-Pontalis, Pierre Antonin, frz. Gesandter in Wien 60, 63, 113
 Lemisch, Dr. Arthur, Landesverweser von Kärnten 51, 54
 Leuthner, Karl, österr. Politiker 80, 85
 Libyen 122
 Lindley, Sir Francis Oswald, brit. Gesandter in Wien 27 f., 60
 Lipizza (Lipica) 139
 Lloyd George, David, brit. Premierminister 40
 Locarno 122
 London, Vertrag 1915 15; Besuch Mayrs 57; Entente-Konferenz 1921 58; Entente-Konferenz 1922 103, 108 f., 111, 116
 Lussin Grande (Veli Lošinj) 139
- Macchioro Vivalba, Gino de, it. politischer Kommissär in Wien 23
 Mähren 44, 108
 Mailand 137, 145, 160
 Malta 123
 Marburg (Maribor) 49, 52

- Masirevich, Konstantin v., ung. Gesandter in Wien 74
- Mataja, Dr. Heinrich, österr. Politiker 77, 80 f., 85
- Matteotti, Giacomo, it. sozialistischer Politiker 145
- Mayr, Dr. Michael, österr. Bundeskanzler 29, 46, 54—65, 68, 77 f., 80, 103, 133
- Mazzini, Giuseppe 165
- Meran 24, 124
- Metternich, Klemens Lothar, Fürst 170
- Miklas, Wilhelm, österr. Politiker 80, 82
- Miramare 139
- Montecassino 138
- Morgan, John Pierpont d. J., amerik. Bankier 106
- Mussolini, Benito 26, 100, 110, 119—124, 126, 128—133, 135, 137 ff., 141—147, 149, 154—157, 159 ff.
- Niederösterreich 110
- Nitti, Francesco Saverio, it. Ministerpräsident 16 f., 27 f., 32 f., 35—47, 53 f., 61 f., 87, 150, 162; siehe auch Renner-Nitti-Abkommen
- Oberösterreich 60, 110
- Ödenburg (Sopron) 67, 70—90
- Oppenheimer, Richard, Sektionschef im österr. Bundesmin. f. Äußeres 76
- Orlando, Vittorio Emanuele, it. Ministerpräsident 16, 61
- Orsini-Baroni, Luca, it. Gesandter in Wien 87 f., 90—94, 96 f., 105, 110, 117, 121, 124 f., 131, 135 f., 140, 144, 154 f., 157 ff.
- Pantaleoni, Maffeo, it. Politiker und Wirtschaftswissenschaftler 130
- Paratore, Giuseppe, it. Schatzminister 112 f., 117 f.
- Paris, Besuch Renners 27 f.; Besuch Mayrs 57; Ententekonferenz 1921 57 f.; Vertrag 1946 168
- Pašić, Nikola, jugoslaw. Ministerpräsident 90, 144
- Perathoner, Dr. Julius, Bürgermeister von Bozen 124
- Peter, Franz, Sektionschef im österr. Bundesmin. f. Äußeres 132, 138, 151
- Poincaré, Raymond, frz. Ministerpräsident 120
- Pola 139
- Popović, Tihomir, jugoslaw. Gesandter in Wien 90
- Portorose (Portorož), Konferenz der Nachfolgestaaten 64 f.
- Prag, Besuch Renners 33; Geheimabkommen 33 f., 80, 90; Besuch Schobers 89, 91; Besuch Seipels 103, 111
- Prag-Lana, Vertrag 1921 88—91, 93, 95 f., 98—101, 140
- Preßburg 104
- Radetzky v. Radetz, Johann Josef, Graf 165
- Radkersburg 31, 39, 48, 54
- Ramek, Dr. Rudolf, österr. Bundeskanzler 159
- Rapallo, ital.-jugoslaw. Vertrag 1920 16, 47, 65
- Rappaport, Alfred, Sektionschef im österr. Staatsamt f. Äußeres 35 f.
- Reisch, Dr. Richard, Staatssekretär für Finanzen, Direktor der österr. Nationalbank 130
- Renner, Dr. Karl 19 f., 24 f., 27 f., 31—54, 55 f., 62, 68 f., 72, 77, 80, 90 f., 133, 135 ff., 162, 164
- Renner-Nitti-Abkommen 36—42, 68, 91, 93 f., 96—101, 108, 131, 142, 145
- Ricci, Rolando, it. Diplomat 65
- Rom, Konferenz der Nachfolgestaaten 64 f., 96; römische Protokolle 100, 104
- Rosenbach 50, 52
- Rosenberg, Friedrich, dt. Gesandter in Wien 34
- Ruhrgebiet 142, 156
- Saint Germain-en-Laye 12, 25—31, 34 f., 37 f., 41, 43 f., 46, 54, 59 ff., 67 f., 71, 73, 77, 98, 100, 157
- Salata, Francesco, it. Senator 124
- Salvemini, Gaetano, it. sozialistischer Politiker 47, 65
- Salzburg 60, 62 f., 110
- San Pelagio 38, 139
- San Remo, Ententekonferenz 1920 32 f., 35, 43
- Schanzer, Carlo, it. Finanz-, dann Außenminister 17, 95, 98, 100 f., 105 f., 109—114, 117 f., 120 f., 125, 129
- Schmitz, Richard, österr. Bundesmin. f. soziale Verwaltung 104
- Schober, Johann, österr. Bundeskanzler 41 f.,

- 55 f., 58 f., 61, 64, 65 f., 70—101, 103, 133, 140, 142
 Schraffl, Josef, Landeshauptmann von Tirol 63
 Schüller, Dr. Richard, Sektionschef im österr. Bundesmin. f. Äußeres 24, 105—108, 109, 112—114, 116, 131 f., 135 f., 140
 Scialoja, Vittorio, it. Außenminister, dann Vertreter beim Völkerbund 117 f.
 Seewinkel 75
 Segre, Roberto, it. General 23
 Ségur, August, österr. Bundesmin. f. Finanzen 112
 Seipel, Dr. Ignaz 42, 77, 80 ff., 84, 95, 101—108, 110—118, 120 f., 126, 128 f., 131, 133—147, 149 ff., 153—160, 162
 Seitz, Karl 29 f., 77, 80—84
 Sforza, Carlo, it. Außenminister 16 ff., 36, 44—48, 53, 57 f., 65 f., 68 f., 122, 166
 Sonnino, Sidney, Baron, it. Außenminister 15 f., 51 ff., 61, 67
 Spielfeld 31, 54
 Steiermark 31, 48, 60, 109 f., 120
 Steinach am Brenner 126, 132, 149
 Straffner, Dr. Sepp, österr. Politiker 59, 125
 Stresemann, Dr. Gustav, dt. Reichskanzler 122
 Stumpf, Dr. Franz, Landeshauptmann von Tirol 126 ff., 156, 159
 Sturzo, Don Luigi, it. Politiker 138, 141, 145
 St. Veit a. d. Glan 49 ff.
 Südtirol 12 ff., 20, 24, 26, 32, 35, 40 f., 43 f., 47, 56, 62 f., 100, 123—128, 134 f., 141, 146 f., 148—162, 165, 167 f.
 Tamaro, Attilio, it. Journalist 118, 153, 160, 168
 Tarvis 49 f.
 Teleki v. Szék, Paul Graf, ung. Ministerpräsident 48, 68
 Tessin 123
 Thörl 132, 138 f.
 Tirana 122
 Tirol 13, 26, 45, 60, 62 f., 110, 125, 128, 138, 146, 149—152, 156, 158 f., 162
 Tittoni, Tommaso, it. Außenminister 30
 Tolomei, Ettore 56, 124, 148 f.
 Torretta, Pietro Paolo Tomasi, Marchese della, it. Gesandter in Wien, dann Außenminister 17, 27—30, 33—36, 39 f., 46, 48, 58, 64 ff., 68—76, 80—88, 90—95, 123, 129, 133, 166
 Trentino 148, 157
 Trianon 48, 68 f., 71, 73
 Trient 12, 124, 149, 162, 164
 Triest 12, 15, 27, 36, 49 f., 52, 62, 110, 139, 164
 Trumbić, Ante, jugoslaw. Außenminister 33
 Vanutelli-Rey, Luigi, it. Diplomat 49, 52 f.
 Vatikan 35, 136 f., 141 ff.
 Vaugoin, Karl, österr. Bundesmin. f. Heereswesen 80, 82
 Venedig, Konferenz und Protokoll 1921 70 f., 76 f., 83—87, 101
 Venezia Giulia 37
 Verona, Treffen zwischen Seipel und Schanzer 103, 111—114, 129, 131, 135
 Versailles 27
 Villach 49 ff.
 Vittorio Veneto 13
 Völkermarkt 50 f.
 Vorarlberg 32, 110
 Westungarn, siehe Burgenland
 Wieselburg (Moson) 66
 Wildner, Dr. Heinrich, Beamter im österr. Bundesmin. f. Äußeres 104, 110, 112
 Wilson, Thomas Woodrow, Präsident der USA 14, 45, 49, 52, 67
 Wirth, Dr. Josef, dt. Reichskanzler 104
 Zinkendorf (Nagy Zenk) 76